

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 8 August 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bonn:

Aktuelles aus dem Tollhaus Bundesrepublik

Haß – Hetze – blinde Wut der Bonner Parteien gegen die national Konservativen statt gelebte Demokratie

Geld:

Probleme mit dem Schweizer Franken

Trilaterale Kommission:

Das ganze Interesse gilt den Sowjets

Israel:

Enttäuscht über Henry Kissinger

USA:

Außenpolitik im Namen der Chase Manhattan

Europa:

Schatten des EG-Binnen-Marktes über deutschen Mittelstand



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornamе

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland

Finanzen



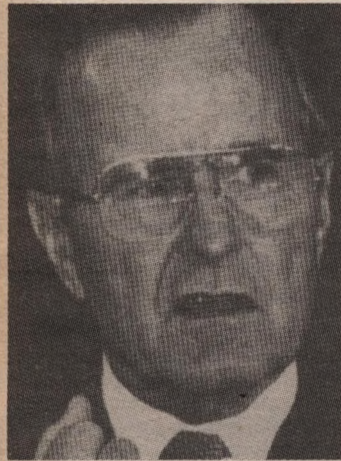
David Rockefeller hat Gorbatschow versprochen, daß der Westen der Sowjetunion finanziell großzügig helfen wird.



Die britische Premierministerin Margaret Thatcher ist wegen ihres Nationalismus den Internationalisten und ihren Plänen für einen europäischen Superstaat ein Dorn im Auge.

Internationales

Nr. 8 August 1989



George Bush verläßt sich als amerikanischer Präsident voll auf die alten Herren des Council on Foreign Relations (CFR) und des amerikanischen Geheimdienstes CIA.

Technik

Medizin

Ständige Rubriken

National-Konservative

Haß und Hetze statt Argumente

Günther Martens

Die Europawahlen haben es bewiesen: Das deutsche national-konservative Lager befindet sich weiter im Aufwind. Eindruckvolles Ergebnis hierfür waren die 7,1 Prozent der Wählerstimmen, die die Republikaner auf Anhieb erzielten – und dies trotz Spaltungsversuchen im nationalen Lager. Damit bestätigt sich ein Trend, der bereits seit einigen Jahren erkennbar war, sich aber erst nach dem Tod von Franz Josef Strauß spürbar in Wählerstimmen für andere Parteien als der Union niederschlug.

Besonders interessant war zu beobachten, wie die anderen Parteien und auch die Medienvertreter darauf reagierten. Teilweise blanker Haß war in den Gesichtern mancher zu lesen. Pure Beschimpfung der Offiziellen dieser noch recht jungen Partei, das Hineinstecken dieser in irgendwelche von Umerziehern geprägte Schubladen.

Nicht mit Polemik und Schlagworten

Scheute man aber die programmatische Auseinandersetzung mit dieser Partei – meist mit dem Hinweis, sie hätte gar keine politisch relevanten Programmpunkte, sondern nur Schlagworte –, so wurden aber die Wähler vorsichtig behandelt. Es handele sich größtenteils um Protestwähler, um irregeleitete Menschen, die aber wieder auf den Weg der Gerechten zurückgeholt werden könnten. Kurzum, der Wähler wurde von den etablierten Parteien wie ein unmündiges, schwachsinniges Wesen behandelt, dem man eigene Gedanken nicht zutraut. Doch gerade dieser hatte die Zeichen der Zeit erkannt.

Und der Publizist Johannes Groß war der einzige der ganzen sogenannten »Experten«, der noch am Wahlabend die richtige Erklärung für den Wahlerfolg der Republikaner nannte. Groß warnte davor, wie in der Vergangenheit geschehen, lediglich mit Polemik und Schlagworten – so wie beispielsweise CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Republikaner nur kurz verächtlich »Reps« nennt – die Auseinandersetzung gegen die Republikaner aufzunehmen. Vielmehr müßte das, was die Wähler der Republikaner bewegt, was diese veranlaßt, diese Partei zu wählen, in den Mittelpunkt des politischen Geschehens rücken.

Johannes Groß hat recht. Die derzeitige Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist nämlich nicht am Willen des Volkes, sondern ausschließlich an dem Interesse einiger weniger Grüppchen ausgerichtet. Wenngleich man sicherlich sagen muß, daß die Gesundheitsreform neben allerdings einigen ganz schlimmen Dingen, vor allem für die materiell nicht besonders gut Gestellten unserer »Wohlstands«-Gesellschaft, auch viele richtige und überfällige Dinge zum Wohle des »kleinen Mannes« beinhaltet.

Der Normalbürger will keine multikulturelle Gesellschaft

Dennoch: der weitaus überwiegende Teil der derzeitigen Politik geht an dem vorbei, was der »kleine Mann« wünscht, an dem, was ihn ängstigt, an dem, was er nicht versteht.

Der »kleine Mann«, also jeder Normalbürger – und an diesem muß die Politik eigentlich ausgerichtet sein, und nicht an irgendwelchen Minderheiten –, wünscht sich eben keine multikulturelle Gesellschaft Geißlerscher und Rommelscher Prägung. Er sieht, wohin dies führt; nämlich zu wachsender Kriminalität, wobei besonders die Ausländerkriminalität mit besonders hohen Zuwachsraten »hervorsticht«, zu einem Verlust der kulturellen Eigenarten des deutschen Volkes, zu einem Schulunterricht, dessen Qualität und Niveau immer weiter sinkt, oftmals nicht zuletzt deshalb, weil viele ausländische Kinder Sprachschwierigkeiten haben oder besonders Kinder moslemischen Glaubens sehr oft nicht die Rolle einer Frau als Lehrerin anerkennen.

Der Großteil der Deutschen will kein Ausländerwahlrecht, weder auf kommunaler noch gar auf Landes- oder Bundesebene; selbst viele politische linksstehende Personen lehnen dies kategorisch ab. Und doch wird dies gegen den Mehrheitswillen von Rot und Grün durchgesetzt. Und selbst die CDU, die dies vordergründig bekämpft und nun sogar Verfassungsklage dagegen eingereicht hat, stimmt im EG-Parlament für ein sogenanntes EG-weites kommunales Wahlrecht auf Gegenseitigkeit. Übersehend, daß die deutschen Städte durch den hohen Ausländeranteil von meist deutlich mehr als zehn Prozent viel stärker einem ausländischen Einfluß ausgesetzt werden als umgekehrt.

Es wird nicht eingesehen, warum Ausländer, die noch nicht eine Sekunde lang in der Bundesrepublik gearbeitet haben, sofort Kindergeld oder Sozialhilfe bekommen, viele deutsche Rentner, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, aber nur eine Rente bekommen, deren Betrag zu hoch zum Sterben, aber zu niedrig zum Überleben ist. Das gleiche gilt für Punker, Arbeitsscheue und sonstige Tagediebe, die oftmals durch die Sozialhilfe mehr oder nur unwesentlich weniger in der Tasche haben, als wenn sie den ganzen Tag arbeiten würden.

Nur geredet wird von drakonischen Maßnahmen

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen die überbordende Asylantenschwemme. Dennoch geschieht hier nichts. Zwar hat die CDU und besonders Bundesinnenminister Schäuble jetzt gerade wieder drakonische Maßnahmen angekündigt – nur geschah dies auch schon vor der angeblichen Wende, die jedoch ein Auf-der-Stelle-treten war. Geändert hat sich jedoch nichts.

Ganz im Gegenteil, die Zahl der nach der Bundesrepublik strömenden Asylanten erreicht immer neue Mengenrekorde. Zig Millarden DM werden für diese Leute ausgegeben. Und obwohl feststeht, daß mehr als 90 Prozent von ihnen reine Wirtschaftsasylanten sind, die in ihrem Heimatland nicht die geringste politische Verfolgung zu erwarten haben, dürfen sie bleiben und belasten somit den Staatssäckel.

Kaum ein Deutscher ist gegen die Aussiedler, die nun endlich aus den östlichen Diktaturen in ihre Heimat kommen dürfen. Auch ist es richtig, diesen Leuten Starthilfe zu geben. Nicht richtig ist dagegen, diese eindeutig zu bevorzugen und ihnen, wenige Wochen, nachdem sie in die Bundesrepublik kamen, Sozialwohnungen zuzuweisen, auf die viele andere bedürftige Deutsche schon jahrelang warten.

Ein Aussiedler sagte einmal sinngemäß folgendes: »Man hat fast den Eindruck, es soll eine Art Antipathie gegen die aus den Ostdiktaturen in die Bundesrepublik kommen wollenden Deutschen geschaffen werden, die diese auch in ihren derzeitigen Aufenthaltsländern durch eine gezielt gestreute Information mitkriegen, um sie dann zu einem Überdenken ihrer Ausreisepläne zu veranlassen.«

Manchmal muß man dies wirklich annehmen, besonders dann, wenn man Umfrageergebnisse hört, wonach die Aussiedler noch ein starkes deutsches Nationalbewußtsein haben, was aber gerade Personen wie Geißler, Rommel, Lafontaine, Brandt, Vollmer und wie sie alle heißen, abschaffen wollen.

Gerechtigkeit nach zweierlei Maß

Der absolute Großteil der deutschen Bevölkerung ist dagegen, daß Deutschland wegen tatsächlicher oder oftmals auch nur an-

geblicher Verbrechen während der Zeit des Dritten Reiches auch heute noch, fast 50 Jahre nach dem vom Deutschen Reich verlorenen Zweiten Weltkrieg, das Büßerhemd angezogen werden soll – so wie es beispielsweise auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei fast jedem Auftritt macht.

Der normale Deutsche versteht nicht, daß alte schwerkranke Greise in ihrem 7. oder 8. Lebensjahrzehnt sich wegen irgendwelcher angeblicher Taten während der Zeit des Nationalsozialismus vor Gericht verantworten müssen, terroristische Mörder, wie Angelika Speitel, aber wegen angeblicher Resozialisierung nach elf Jahren Luxus-Haft vom Bundespräsidenten begnadigt werden; nachdem sie schon seit Jahren Freigang haben und nur noch im Gefängnis übernachten müssen.

Nicht zu vergessen die vielen ungesühnten Verbrechen an Deutschen, die noch nicht einmal erwähnt werden dürfen, da es sich um »Aufrechnung mit den NS-Greueltaten« handelt. Selbst wenn dies zutreffen sollte, warum ist es verboten, an Deutschen verübtes Unrecht offen vorzubringen?

Was muß in dem Bürger vorgehen, wenn der Bundespräsident anfang dieses Jahres anläßlich des 75. Geburtstages des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt ein großes Ehrenfest für diesen veranstaltet und ihn gleichzeitig als einen der bedeutendsten Politiker dieser Welt bezeichnet? Einen Mann, der, wie kürzlich der aus der DDR emigrierte hohe Ex-Funktionär der SED, Hermann von Berg, in seinem Buch »Vorbeugende Unterwerfung« mitteilte, bei der SED angefragt hat, was er denn dort werden könne, sollte er sich entschließen, bei ihnen mitzuarbeiten.

Ein Mann, der sich in seinen im »Exil« geschriebenen Büchern beklagte, daß im Rahmen der Entnazifizierung viel zuwenig Deutsche getötet wurden. Ein Mann, der durch die Ostverträge den östlichen Teil Deutschlands an Polen verscherbelte, wenn schon nicht de jure, so aber doch de facto. Im übrigen stießen diese Verträge auch bei den in den von Polen besetzten Gebieten lebenden Deutschen auf großen Widerspruch und nicht, wie von der SPD gerne erklärt, auf überwiegende Zustimmung.

Die Integrität des Bundespräsidenten

Wie soll ein deutscher Bürger Vertrauen in die etablierte Politik haben, wenn er erfährt, daß der derzeitige Bundespräsident gleichzeitig der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung GmbH angehört, die – ob mittelbar oder unmittelbar sei jetzt mal dahingestellt – die Kontrolle über die Robert Bosch GmbH ausübt? Dieser aber wiederum gehört die Heidelberger Teldix GmbH, die die Gehirne für Lenkwaffen lieferte, die während des Golfkrieges an den Irak verkauft wurden.

Was soll der Normalbürger davon halten, daß der Bundespräsident am 24. Mai, dem 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, davon sprach, daß das Deutsche Reich am 8. Mai kapituliert hat? In Wirklichkeit hat aber die damalige deutsche Wehrmacht kapituliert.

Na und, werden jetzt vielleicht manche sagen, das ist doch nur Wortklauberei. Ganz im Gegenteil! Wenn nämlich, wie geschehen, nur die Wehrmacht kapituliert hat, dann gelten bis zum Abschluß eines Friedensvertrages völkerrechtlich die Grenzen zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns fort. Also Deutschland inklusive Österreich, dem Sudetenland, Schlesien. Kapituliert aber ein Staat, dann verzichtet dieser Staat völkerrechtlich auf die zu diesem Zeitpunkt in Feindeshand befindlichen früheren eigenen Staatsgebiete. Damit wäre der Wiedervereinigungsvorbehalt aber nur mehr eine leere Floskel.

Und was soll »Otto Normalbürger« davon halten, daß der Bundeskanzler in seiner Tischrede anläßlich des Besuchs von US-Präsident George Bush in der Bundesrepublik nicht ein einziges Mal das Wort »Wiedervereinigung« über seine Lippen brachte, sondern sich vielmehr für »eine dauerhafte, stabile und gerechte europäische Friedensordnung« aussprach, »in der Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung für alle Völker gewährleistet sind, in der künstliche Trennungen beseitigt und ihre abstoßenden Symbole, wie die Berliner Mauer, abgerissen werden, und in der das ganze Europa in seiner großen geschichtlichen, kulturellen und menschlichen Einheit wiederentsteht?«

Kohl übersieht dabei nur, daß ein einheitliches Europa noch niemals bestanden hat, sondern immer nur ein Europa der souveränen Nationalstaaten.

Viele Sprüche, wenig Taten

Der Großteil der Deutschen ist gegen den EG-Binnenmarkt und gegen die Aufgaben deutscher Interessen zugunsten einer Einigung Europas, von der im wesentlichen Frankreich und einige südeuropäische Länder profitieren. Dies hindert die etablierten Politiker aber nicht, diese trotzdem unter Vorspiegelung vieler Tatsachen zu betreiben.

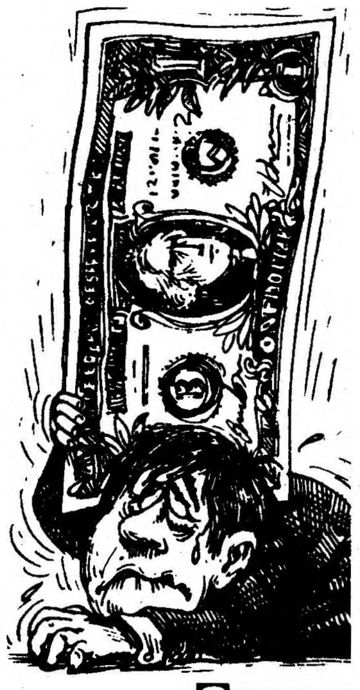
Und wie soll es ein vernünftig denkender Mensch verstehen, daß Tausende wegen irgendwelcher chilenischer Terroristen, denen die Todesstrafe droht, demonstrieren, auf der anderen Seite aber der hunderttausendfache Mord an ungeborenen Kindern befürwortet wird?

Diese oben aufgeführten Punkte, denen noch viele folgen könnten, auf die aus Platzmangel leider verzichtet werden mußte, sind die Dinge, die den Normalbürger, und damit die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung interessieren und beschäftigen. Zwar erklären die etablierten Parteien, und hierzu müssen auch die Grünen gerechnet werden, sich dieser Probleme annehmen zu wollen – doch sind den vielen Sprüchen aus der Vergangenheit bislang nur sehr wenige Taten – wenn überhaupt – gefolgt.

Nimmt sich aber nun eine Partei dieser Probleme an, wie dies die Republikaner tun – selbst wenn aus nationaler Sicht noch einige notwendige Dinge offenbleiben und manche Äußerungen Schönhubers Erstaunen hervorrufen –, dann dreschen diese Politiker polemisch und oftmals auch regelrecht primitiv auf diese Partei ein, ohne sich auch nur einmal die Frage zu stellen, ob es nicht richtiger wäre, sich dieser Probleme selbst anzunehmen und die Verhältnisse zu ändern.

Lieber werden dann linientreue Links-Journalisten zusammengetrommelt, die nicht mehr ihrer objektiven journalistischen Pflicht nachkommen, sondern reine Tendenz-Berichterstattung betreiben (so wie am 20. Juni in der Sendung »ZDF-Spezial« betrieben). Dort werden dann Dinge aus dem Zusammenhang gerissen, wird es als Führergehabe abqualifiziert, wenn Schönhuber sich am Telefon für ein Parteiausschlußverfahren gegen ein Mitglied ausspricht, das gegen die Satzung verstoßen hat. Droht Kohl aber dem Berliner CDU-Abgeordneten Lummer, der eine Koalition mit den Republikanern für die Zukunft nicht ausschließen wollte, schwere Konsequenzen an, dann jubeln die gleichen Leute dem Bundeskanzler zu, die Schönhuber in einem ähnlichen Fall als eine Art Diktator abqualifizieren.

Dies alles hat aber auch sein Gutes. Wer es bisher noch nicht wußte, daß die Berichterstattung über nationale Dinge der Vergangenheit und der Gegenwart nämlich nicht die Wirklichkeit, sondern nur linke Beeinflussung wiedergibt, kann es nun nicht mehr übersehen. Und hierin liegt für das nationale Gedankengut auch eine große Chance. Diese muß nur genutzt werden. □



Wider den Etiketten-schwindel

Siegfried Gärtner

Daß wir in einer Zeit abgrundtiefer Verlogenheit und bodenloser Heuchelei leben, wird wohl niemand bestreiten, der die letzten Jahrzehnte kritisch und wachen Auges durchlebt hat. Es ist, als ob die gesamte Wertewelt mit einem Minuszeichen versehen worden wäre. Grundlegende Werte und Tugenden aller Zeiten und Völker werden in Frage gestellt, negativ gesehen, während umgekehrt Laster, Krankes und Abartiges jeden Bereichs hochstilisiert werden. Je größer der Unsinn, desto lauter die Jubelchöre, mit denen die Massenmedien ihn beweihräuchern!

Und es wird höchste Zeit, daß wir dieser absoluten Sinnverkehrung energisch entgegentreten. Die Formel, wonach es fünf Minuten vor zwölf sei, wurde leider schon oft mißbraucht: Jetzt aber stimmt sie wirklich. Denn wenn die Pläne der One-Worldler aufgehen, ist es um das Kulturvolk im Herzen Europas geschehen. Es ist nämlich klar, daß diejenigen, die die Menschheit zu einem gestaltlosen Brei vereinigen wollen, herausragende Völker nicht gebrauchen können. Das geben sie teilweise offen zu, während es zum Beispiel Henry Kissinger geschickt zu kaschieren versucht. Die Menschheit muß dann notgedrungen auf dem allerniedrigsten Nenner nivelliert werden unter einer Oligarchie aus Plutokraten und roten Kosmopoliten.

Der Ermordete ist schuld!

Was aber hören wir angesichts dieser realen Bedrohung nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller europäischen Nationen? Kaum lassen die an sich schafsgeduldigen Deutschen ein leises Murren hören, hagelt es bösartige Verdächtigungen: Fremdenfeindschaft, Angstmacherei, Wörterbuch des Untermenschen. Dies ist alles üble Rabulistik nach der Methode »Haltet den Dieb« und »Der Ermordete ist schuld«.

Wer im Hinblick auf die bedrängte Lage unseres zerschnittenen Volkes die Schleusen nicht nur für die Asylanten, sondern für das Strandgut der ganzen Welt öffnen will, gibt dadurch nicht allein seine Menschenverachtung, sondern seinen Haß gegen das deutsche Volk kund.

Was wollen diese zerstörerischen Kräfte diesem geschundenen, geteilten, besetzten und bereits schrumpfenden Volk eigendlich noch alles zumuten? Soll es der leidende Pseudoheiland werden, der der ganzen Welt zuruft: »Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquikken«? Oder soll es ein Chamäleon werden, das bei der Nachahmung aller Farben – sprich fremder Kulturen – kläglich zugrunde geht? Schon jetzt geht nicht ohne Grund der Spruch um: »Über Afrika lacht die Sonne, über Deutschland die ganze Welt.«

Die Opfer der täglichen Lügen

Für viele Grünen,und nicht nur für diese, ist das Verschwinden des deutschen Volkes der Gipfel des Fortschritts. Dies ist leider keine Übertreibung. Sie sind längst zu Opfern der Lügen geworden, die nicht erst seit 40 oder 60, sondern seit 100 Jahren über unser Volk verbreitet werden. Außerdem sind sie ahnungslos und ungebildet.

Wer nämlich behauptet, wir hätten in diesem zerstückelten Mitteleuropa eine »multikulturelle Gesellschaft« à la Berlin-Kreuzberg nötig, hat nicht den leisesten Schimmer eines blassen Dunstes von deutscher Kultur. Die Kulturmächtigkeit eines Volkes läßt sich ablesen an der Zahl berühmter Männer und Frauen aus allen Lebensbereichen, die es im Laufe seiner Geschichte hervorgebracht hat.

Man nehme nur einmal eine objektive Enzyklopädie eines neutralen Landes, etwa Schwedens, zur Hand, und man wird leicht die überragende Zahl der Namen aus dem deutschen Sprachraum feststellen können. Dabei sollen die gewaltigen kulturellen Leistungen anderer Völker, der Franzosen, Italiener, Briten oder Russen keineswegs geschmälert werden. Aber wir haben diese ständige Zurücksetzung, Selbstverkleinerung und Selbsterniedrigung unseres deutschen Volkes endgültig satt.

Und deshalb steht hier ein ganz klares Wort: Wer die Überfremdung und Auflösung des deutschen Volkes betreibt, der begeht Völkermord im doppelten Sinne. Denn auch die fremden Volksteile aus aller Welt, die nach Mitteleuropa verpflanzt werden, verlieren ihre Identität. Nach einer UNO-Deklaration bedeutet es aber bereits Völkermord, wenn einer ethnischen Einheit eben diese Identität geraubt wird. Der Versuch, dieses in Jahrtausenden gewachsene Volk im Herzen Europas zu zerstören, ist das größte denkbare Verbrechen an der Menschheit. Denn die Menschheit wird das Organisationstalent, das technische Können und den Idealismus dieses Volkes noch sehr wohl nötig haben.



Die deutschen Soldaten in Ost und West sind im Ernstfall die Dummen; sie sterben im Atom- oder Giftgaskrieg der Supermächte.

Dabei gehört es eben zum Etikettenschwindel, daß viele dieser Welteintöpfler die Existenz ausgerechnet eines deutschen Volkes leugnen. Ein solches habe angeblich nie bestanden. Dabei merken sie gar nicht, in welch schreiende Widersprüche sie sich verwickeln. Denn genau dieselben Leute erklären uns ständig mit erhobenem Zeigefinge, daß »die Deutschen« aufgrund ihrer Vergangenheit erstens ewig büßen müßten und es zweitens klaglos hinzunehmen hätten, wenn ihnen das Fell voll-

ständig über die Ohren gezogen werde.

Derselbe Etikettenschwindel mit Europa

Willy Brandt sprach davon, die Wiedervereinigung sei »die Lebenslüge« der Bundesrepublik seit Anbeginn. Was gibt er damit zu? Daß die Politiker aller »staatstragenden Parteien« mit der SPD an der Spitze das Volk nach Strich und Faden belogen haben.

Denn selbstverständlich ist die Wiedervereinigung eines Volkes keine Lebenslüge, sondern das normalste und primitivste Naturrecht, so normal, daß sich selbst die Siegermächte 1945 zu dieser Wiedervereinigung Deutschlands bekannt haben.

Was aber tun die Bonner Parteien unter flagranter Verletzung des Grundgesetzes? Sie laden regelmäßig am 17. Juni Sonntagsredner in das Bonner Bundeshaus ein, die dann zwei, drei Stunden lang gegen die deutsche Einheit sprechen, ohne daß ein einziger Abgeordneter aus Protest den Sitzungssaal verläßt. Und in den Kalendern steht dann unter diesem Datum nicht mehr »Tag der deutschen Einheit«, sondern nur noch kalt »Gesetzlicher Feiertag«.

Derselbe Etikettenschwindel findet auch in bezug auf Europa statt. Dieses Europa müßte zunächst frei sein, wenn man es ernst mit ihm meint. Dies bedeutet, daß vor allem die Besatzungstruppen raumfremder Weltmächte, also die Sowjets und Amerikaner, Mitteleuropa verlassen müßten, um die Spaltung unseres Kontinents zu beenden. Was aber geschieht?

Praktisch wird die Bundesrepublik von Westeuropa annektiert. Aus einer militärischen Besetzung durch England und Frankreich soll zusätzlich eine staatsrechtliche werden. Wir haben einen sogenannten Grenzschutz.

Nachdem die Grenzen nach Westen praktisch offen sind, »schützt« er nur noch die deutsch-deutsche Grenze, das heißt, die Spaltung unseres Vaterlandes.

Während fremde Besatzungen aus Kambodscha, Afghanistan, Angola und anderen Teilen der Welt verschwinden, stellt Kohl weitere bundesdeutsche Truppenteile unter fremden Oberbefehl, wie die Bildung der höchst überflüssigen deutsch-französischen Brigade in Böblingen beweist.

Frankreich befindet sich außerhalb der NATO; es hätte seine Truppen längst aus Westdeutschland zurückziehen müssen. Die Franzosen verfolgen nur ihre nationalen Interessen. Bei einem militärischen Ernstfall nehmen sie sich das Recht heraus, beide Teile Deutschlands mit Atom- und Neutronenwaffen zu beschießen.

Hat nicht auch Margaret Thatcher zynisch erklärt, die Deutschen müßten selbstverständlich damit rechnen, daß ihr Land in Feuer und Qualm aufgeht.

Deutsche, wehrt euch, ehe es zu spät ist!

Nachdem Bonn die Einheit unseres Landes preisgegeben hat, das deutsche Bauerntum praktisch schon geopfert ist, nachdem unsere Sprache und Kultur planmäßig verhunzt und überfremdet werden, ist jetzt auch die DM an der Reihe, deren bisherige Stärke war den Franzosen schon lange ein Dorn im Auge. Sie soll durch die ECU-Währung ersetzt werden.

ECU war die Bezeichnung für eine alte französische Münze. Ihre Wortelemente werden jetzt mit European Currency Unit (Europäische Währungseinheit) wiedergegeben. Die Deutsche Mark soll über ECU in Richtung Griechenland und Portugal hinunterharmonisiert werden.

Harmonisierung ist das große Schlagwort der Brüsseler EG-Behörde. Es bildet die tückische Tarnkappe, die jedesmal hervorgezogen wird, wenn es gilt, insbesondere die Deutschen zu schröpfen.

Wenn wir alle diese Dinge nüchtern betrachten, wird es klar, daß es eigentlich nur noch eine Parole geben kann: »Deutsche, wehrt euch, ehe es endgültig zu spät ist!« □

Bonn

Tollhaus Bundesrepublik

Josef Klemens

In jedem Staat und jeder Staatsform gab und gibt es Gerichtsentscheidungen oder Vorfälle, die den normal denkenden Bürger den Kopf schütteln lassen – und es wird diese auch in der Zukunft geben. Solange sie sich in einer geringen Größenordnung abspielen und nicht grundsätzlichen Charakter auf das Allgemeinleben haben, können sie noch als Verrücktheiten abgetan und vergessen werden. Schlimm wird es erst dann, wenn diese Dinge das öffentliche Leben stark beeinflussen oder sogar reglementieren, wie es derzeit in der Bundesrepublik geschieht. Anhand weniger Beispiele soll dies nachfolgend dargelegt werden.

Am meisten hat in der jüngsten Zeit wohl die höchstrichterliche Entscheidung Kopfschütteln hervorgerufen, daß Arbeitnehmer aus Gewissensgründen die ihnen vom Arbeitgeber zugewiesene Arbeit verweigern können und dafür noch nicht einmal zur Rechenschaft gezogen werden. Konkret war es in diesem Fall um die Weigerung zweier Forscher in einem Pharmaunternehmen gegangen, das ein Mittel zur Bekämpfung der heimtückischen Krebskrankheit herstellte, das gleichzeitig aber auch die Folgen zu hoher radioaktiver Bestrahlung, wie Übelkeit und Schmerzen, abmilderte, ohne jedoch den Tod verhindern zu können.

Die Auswirkungen sind kaum abzusehen

Also schlußfolgerten die Forscher, könne das Mittel auch die Kampfkraft radioaktiv verseuchter Soldaten im Kriegsfall verlängern. Dies stieß aber auf einen Gewissenskonflikt der betreffenden Forscher. Und das Gericht gab ihnen recht, daß in so einem Fall, wenn nämlich das Gewissen nicht mit der übertragenen Arbeit vereinbart ist, die Arbeit verweigert werden kann und die betreffenden Angestellten mit einer anderen Arbeit beauftragt werden müssen.

Wenngleich jetzt nicht einzusehen ist, was so schlimm daran sein soll, wenn Soldaten, deren Leben schon nicht mehr zu retten ist, wenigstens der Schmerz genommen wird, so sind aber die Auswirkungen dieses Gerichtsurteils kaum abzusehen.

Der türkische Müllmann kann sich jetzt aufgrund eines Gewissenskonfliktes weigern, den Müll des griechischen Konsulats abzutransportieren und umgekehrt. Der Briefträger, der Mitglied der Grünen ist, kann es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, Briefe von sogenannten neofaschistischen Organisationen auszutragen. Der linke Postbeamte kann sich weigern, Briefe des »rassistischen« Südafrika entgegenzunehmen oder weiterzutransportieren, da sie durch ihre »Propaganda und Fehlinformationen der Festigung des dortigen Regimes« dienen. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis dieses oder ähnliches auch tatsächlich geschehen wird.

Und die seltsamen und nicht mehr zu verstehenden Gerichtsurteile setzen sich fort. So wurde nun kürzlich ein süddeutscher Taxifahrer zu einer Geldstrafe von 2500 Mark und einem Führerscheinentzug von sechs Monaten verurteilt, weil er auf der Autobahn rechts überholt hatte. Dieser Taxifahrer hatte aber dringend Blutkonserven zu einem kleinstädtischen Krankenhaus bringen müssen, war aber

Tollhaus Bundesrepublik

durch einen stur auf der linken Spur fahrenden Schleicher daran behindert worden. Nachdem er dann bereits 15 Kilometer hinter diesem hergefahren war, überholte er rechts und schaffte es dann in letzter Sekunde rechtzeitig zur Operation die dringend benötigten Blutkonserven abzuliefern. Der Linksfahrer, durch dessen Fehlverhalten fast ein Mensch gestorben wäre, wurde nicht bestraft.

Schulbücher können tendenziös sein

Das Bundesverwaltungsgericht entschied im Mai des vergangenen Jahres, daß Schulbücher in ihrer Gesamtheit zwar ausgewogen, aber nicht völlig tendenzlos und wertneutral sein müssen. Ein Schulbuch könne nur dann verboten werden, »wenn es verfassungs- oder rechtswidrige Ziele verfolgt«. Statt also, wie eigentlich richtig, vollkommen objektiv unterrichtet zu werden – was angesichts der immer weiter links stehenden Lehrerschaft sowieso schon lange nicht mehr gegeben ist; jetzt gibt es in Berlin sogar einen grünen Schulsenator –, können Schulbücher die Schüler also bereits in eine bestimmte Richtung indoktrinieren. Dreimal darf geraten werden, in welche!

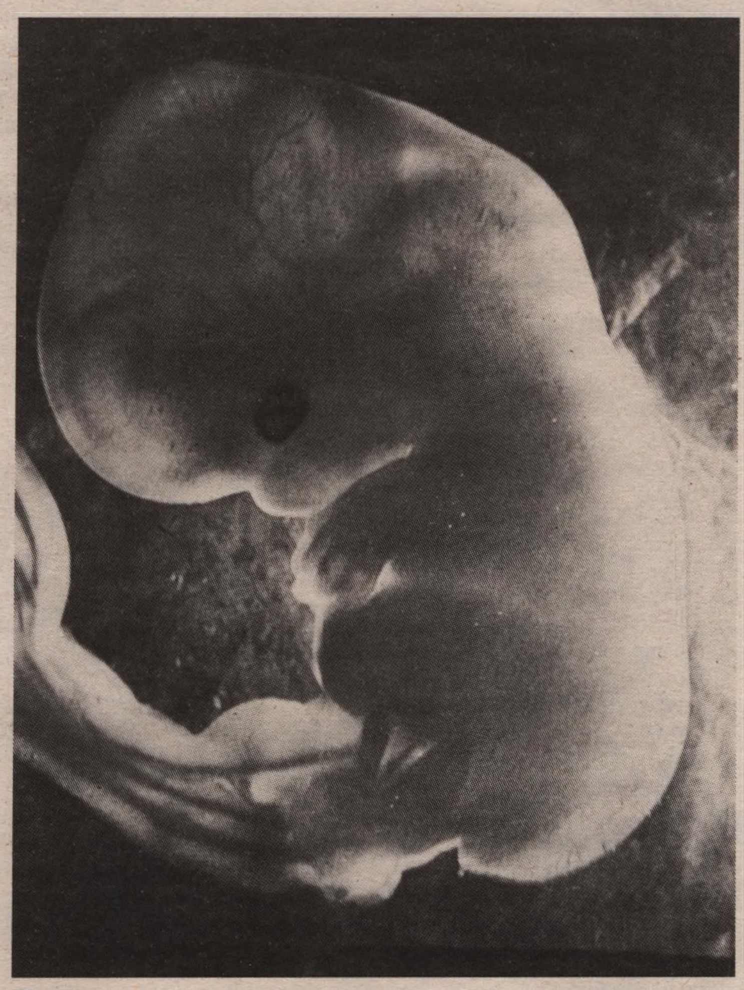
Ende des vergangenen Jahres entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf, daß der Witwe des verstorbenen »Künstlers« Joseph Beuys eine Entschädigung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen von 40 000 Mark zusteht, weil Putzfrauen in einem Museum das »Kunstwerk Fettecke« in den Abfall geworfen haben. Bei dem »Kunstwerk« handelte es sich um fünf Pfund Markenbutter, die in fünf Meter Höhe in einer Ecke eines Raumes angebracht worden waren, die dann bei Säuberungsarbeiten heruntergeklatscht waren und die Putzfrauen das einzig richtige getan hatten – es nämlich dort hinzubefördern, wohin es auch gehört: in den Mülleimer. Und Ministerpräsident Johannes Rau zahlte dann auch brav.

Man kann an dieser Stelle nur zustimmend zitieren, was Picasso am 2. Mai 1952 in einer in Madrid gehaltenen Rede sagte: »Seit die Kunst nicht mehr die Nahrung der Besten ist, kann der Künstler sein Talent für alle Wandlungen und Launen seiner Phantasie verwenden. Das Volk findet in der Kunst weder Trost noch Erhebung. Aber die Raffinierten, die Reichen, die Nichtstuer und Effekthascher suchen in ihr Neuheit, Seltenheit, Verstiegenheit und Anstößigkeit.

Seit dem Kubismus, ja schon früher, habe ich selbst alle diese Kritiker mit den zahllosen Scherzen zufriedengestellt, die mir einfielen, und die sie um so mehr bewunderten, je weniger sie ihnen verständlich waren. Durch diese Spielereien, diese Rätsel und Arabesken habe ich mich schnell berühmt gemacht. Und der Ruhm bedeutet für den Künstler: Verkauf, Vermögen, Reichtum. Ich bin heute nicht nur berühmt, sondern auch reich. Wenn ich aber allein mit mir bin, kann ich mich nicht als Künstler betrachten, im großen Sinne des Wortes. Große Maler waren Giotto, Rembrandt und Goya. Ich bin nur ein Spaßmacher, der seine Zeit verstanden hat und alles, was er konnte, herausgeholt hat aus der Dummheit, der Lüsternheit und Eitelkeit seiner Zeitgenossen.« Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Wie sehr die Kunst heute zur Lächerlichkeit verkommen ist, kann man aus einem Beispiel aus Japan erkennen. Dort hatte ein Kunstprofessor einem Affen Pinsel und Farben in die Hand gedrückt und ihn auf eine Leinwand kritzeln lassen. Diese Bilder wurden dann mit einer Rahmengeschichte umgeben und fanden bei den Kritikern Riesenbeifall. Alles Mögliche wurde in die Farbgebung hineininterpretiert. Die Bilder fanden für Preise von umgerechnet mehreren tausend Mark ihre Liebhaber. Peinlich war dann nur, als alles aufgedeckt wurde.

Siegfried Jung hatte einmal gesagt: »Wenn ich gewußt hätte, was alles in meine Bücher hineininterpretiert wird, hätte ich diese nie geschrieben.« Damit hat er den Kern der Sache genauestens getroffen.



Ein Embryo in der sechsten Woche. Für Politiker ist es Zellgewebe, das man unbekümmert absaugen kann.

Wegen Gartenzwerge vors Gericht

Allgemein ist bekannt, daß die Gerichte überlastet sind und der Bürger oft genug unverhältnismäßig lang auf sein Recht warten muß. Um so unverständlicher ist dann aber, wenn ein Wohnungsinhaber eines Eigentumswohnhauses, der in dem vielgeschossigen Haus im obersten Stockwerk wohnte, durch mehrere Instanzen klagen kann, weil ihn zwei Gartenzwerge auf dem Gemeinschaftsrasen störten. Und er bekam dann sogar noch recht!

Eine 77jährige Rentnerin verklagte vor dem Landgericht Darmstadt den Präsident des Wetteramtes, Professor Heinz Reiser, weil dieser in einem Wetterbericht von »Altweibersommer« sprach und sich die alte Dame diskriminiert fühlte. Diese Klage ging aber, man muß schon fast sagen: ausnahmsweise, verloren.

Man liest fast wöchentlich in den Zeitungen von Klagen wegen Nachbarschaftskrächen, weil jemandem eine Werbung nicht gefiel, weil jemand sich auf dem Land durch das morgendliche Kikeriki eines Hahnes gestört fühlte oder weil jemand durch das fröhliche Kinderlachen auf dem Spielplatz belästigt wurde. Wenn all diese Klagen gar nicht erst angenommen würden, könnten die Gerichte, vor allem die niederste Instanz der Amtsgerichte, soweit entlastet werden, daß sie Entscheidungen in wirklich wichtigen Fällen auch in angemessen kurzer Zeit fällen können. Von den für Vater Staat anfallenden Kosten einmal ganz abgesehen!

Nach dem insgesamt recht milde ausgefallenen Urteil im sogenannten Memminger Abtreibungsprozeß regte sich die vereinigte linke Mafia auf, wie heutzutage einem Arzt, der abtreibt, damit also menschliches Leben tötet, eine derart drakonische Strafe aufgebürdet werden kann. Dies wäre ein Relikt aus der Vergangenheit und nicht mehr zeitgemäß. Hier wird also

der pure Lustgewinn, der stärker ist als die Vernunft, Verhütungsmittel zu benutzen oder die Triebe auch einmal beherrschen zu lernen – denn das unterscheidet den Mensch vom Tier –, höher gestellt als das Leben Ungeborener. Und das von Leuten, die sich der Friedensbewegung angehörig fühlen und gegen die Tötung menschlichen Lebens demonstrieren. Daß Rita Süssmuth (Ex-Bundes-Familienministerin) ebenfalls Kritik an dem, wie viele ihn bezeichneten, »Inquisitionsprozeß« übte, ist schon nicht mehr verwunderlich.

Mehr Mitleid für Bäume als für Embryos

Die grüne Abgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin schrieb vor einem Jahr sogar in einem Positionspapier zum Paragraphen 218: »Es tut mir leid: aber das Abholzen von 50 Jahre alten Kastanien tut mir wirklich viel mehr weh als das Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will.« Der Embryo sei in den ersten Wochen »Urschleim«. Ein Kommentar erübrigt sich wohl!

Daß der Bundesgerichtshof in einer Anfang Juli des vergangenen Jahres veröffentlichten Entscheidung Sitzblockaden nicht von vorneherein als strafbar im Sinne des Nötigungsparagraphen wertete, sondern daß auch die Absichten der Blockierer beachtet werden müssen, soll den Abschluß der unverständlichen Gerichtsurteile bilden.

Doch diese »Tollheiten« beschäftigen nicht nur Gerichte, sondern auch das ansonsten tägliche Leben. Angefangen von der CDU, in der Abgeordnete ein Gesetz plan(t)en, das den Diskotheken verbietet, am 24. Dezember geöffnet zu haben. CDU/CSU-Familienexperte Norbert Geis wörtlich: »Heiligabend ist in unserer Tradition ein Fest der Familie. Das Weihnachtsfest verträgt sich nicht mit einem Discobesuch – deshalb müssen Diskotheken am Heiligabend geschlossen bleiben.« Dies wäre ein genauso überflüssiges Relikt der Vorzeit, wie es das weltweit einzigartige Ladenschlußgesetz ist. Alles muß reglementiert werden, dem Bürger alle Freiheiten genommen werden.

Der Kölner Soziologie-Professor Scheuch richtete an den Bremer Physiker Dr. Heiko Ziggel folgende Anfrage: »Sehr geehrter Herr Dr. Ziggel: Nach einer Pressemeldung haben Sie auf der Grundlage der Zahlen des Statistischen Bundesamtes ein Ansteigen der Säuglingssterblichkeit als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl um 35 Prozent errechnet. Da ich gewiß bin, daß diese Aussage falsch ist, hätte ich gerne Ihre Zahlen überprüft. Darf ich Sie um eine Kopie des an die Presse gesandten Berichts bitten? Mit freundlichen Grüßen, Erwin K. Scheuch.«

Der Umgang unter Wissenschaftlern

Professor Scheuch erhielt folgende Antwort: »Sehr geehrter Herr Scheuch: In diesem Ton bitte nicht. Da können Sie mich nur mal am A . . . lecken! Hochachtungsvoll Heiko Ziggel.« Ein nicht seltenes Beispiel heutiger Beweisführung.

Einige wenige weitere Beispiele: Bis Ende 1990 schickt die Europäische Gemeinschaft (EG) 1000 Beamte mit 55 Jahren in den Ruhestand – weil ihre Planstellen den Beamten der neu in die EG gekommenen Staaten Spanien und Portugal zustehen. Kosten alleine für die Bundesrepublik: 50 Millionen DM jährlich!

Nachdem schon vor Jahren der Lehrling in den Auszubildenden (Azubi/Azubine) verwandelt wurde, gibt es ab diesem Jahr auch im Amtsdeutsch nicht mehr den Dreher. Dieser heißt jetzt »Zerspanungstechniker«. Der Schlosser wurde zum »Konstruktionsmechaniker Maschinen- und Systemtechniker« umgewandelt.

Im Niedersächsischen Ministerialblatt war vor einem Jahr der Runderlaß 104-430060/2 (Berechnung von Fahrgeldausfällen) zu lesen, in dem es hieß: »Die Fahrgeldausfälle werden auf Antrag gemäß Paragraph 62 SchwBG jeweils i. V. m. dem jährlich bekanntgegebenen Vomhundertsatz nach 62 Abs. 5 Schbg erstattet. Voraussetzung ist, daß der Unternehmer während des Erstattungszeitraumes (jeweils ein Kalenderjahr) auf Grund der Verpflichtung des 59, Abs. 1 und 2 SchwBG und Art. 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. 7. 1979 (BGBI I. S. 989), geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 22. 12. 1983 (BGBI I. S. 1532), die nach 59 Abs. 1 SchwBG berechtigten Personen, ggf. einschließlich ihrer Begleitperson, ihres Handgepäcks, ihrer mitgeführten Krankenfahrtsstühle, ihrer sonstigen orthopädischen Hilfsmittel und ihrer Führhunde unentgeltlich befördert hat.« Molière sagte einmal richtig: »Wer so spricht, daß er verstanden wird, spricht gut.«

Bonns Spiel mit der Geld-Gießkanne

Gibt es in der Bundesrepublik genügend unverschuldete Armutsfälle, besonders alte Männer und Frauen, die in den Nachkriegsjahren unseren Staat aufbauten und dabei ihre Gesundheit ruinierten, so schmeißt die Bundesregierung aber das Geld im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Fenster heraus. 1989 und 1990 zahlt die Bundesregierung nämlich laut einem vertraulichen Bericht des Auswärtigen Amtes 176 Millionen DM an Streitkräfte und Polizei in 30 Entwicklungsländern.

So bekommt zum Beispiel Malawi 4,5 Millionen DM, um seine Flugzeuge zu modernisieren, und die marokkanische Armee erhält mobile Feldküchen und -bäckereien im Wert von acht Millionen DM. Thailand bekommt 3,5 Millionen DM für den Aufbau eines abhörsicheren Funksystemes, während die Armee in Simbabwe Fahrzeuge und Funkgeräte erhält. Für eine Armee-Druckerei werden dem Sudan 10,9 Millionen DM zur Verfügung gestellt und der Armee in Mali 8,5 Millionen DM zum weiteren Ausbau der Truppe. Die Begründung lautet fast immer. »Es liegt im westlichen und deutschen Interesse . . .«

So unverantwortlich die Tötung eines Türken in Berlin durch einen Deutschen ist (wobei die Umstände allerdings noch immer im unklaren sind), so überzogen ist doch auch die Reaktion Berliner Offizieller. So sagte die alte und neue Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, John (CDU), nach dieser furchtbaren Tat dürfe man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und die AL behauptete, der Tod des jungen Türken sei möglich geworden »durch einen stillschweigenden Konsens in breiten Bevölkerungsgruppen«.

SPD und AL riefen aus Anlaß dieser Tat zu einer Massendemonstration gegen Ausländerhaß auf, an der 5000 Menschen teilnahmen. Der ebenfalls anwesende Rgierende Bürgermeister Momper erklärte, die Regierungsparteien würden die Kosten übernehmen, die der Witwe des getöteten Türken dadurch entstünden, daß sie als Nebenklägerin in dem Prozeß gegen den angeklagten Andreas Sch. auftritt. Bei der Beerdigung wurde der Leichenwagen von einem Autokorso von 39 Wagen begleitet.

Alles wird liberalisiert

So schlimm der Tod des jungen Türken auch ist, so überzogen sind doch diese Reaktionen. Wie viele Deutsche werden in ihrem Heimatland Deutschland von Ausländern überfallen, zusammengeschlagen und beraubt? Wie viele deutsche Frauen sind schon von Ausländern gerade an Bahnhöfen belästigt und vergewaltigt worden? Die Ausländerkriminalität nimmt immer mehr zu, besonders bei Rauschgiftdelikten!

In der Nacht vom 20. auf den 21. April zogen Hunderte durch Berlin auf der Suche nach Nazis – darunter nach amtlichen Angaben die Hälfte Türken –. Und die Beispiele ließen sich beliebig verlängern. Doch darüber hört man nichts. Der Deutsche ist heute schon im eigenen Lande der Paria.

All diese oben aufgeführten Dinge haben eines gemein; nämlich die Beraubung traditioneller Werte, die erst ein geordnetes Leben ermöglichen und die das deutsche Volk in den vergangenen Jahrhunderten zu seiner kulturellen und geistigen Höhe geführt haben. □

Westbindung oder Wieder-vereinigung

Werner Gebhardt

Den Status quo, den gegenwärtigen Zustand, zu erhalten, an die Beseitigung der deutschen Spaltung nicht heranzugehen, das ist das Fazit der vierzigjährigen Bonner Politik. Von Adenauer über seine christdemokratischen Epigonen, von Brandt und seinen Nachfolgern, von einer unter Scheel und Genscher völlig auf teilstaatliche Verkrustung gebrachte FDP und von den ganz offen separatistischen Grünen war und ist nicht zu erwarten, daß sie das Gebot des Grundgesetzes, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, an die Spitze ihrer Aufgaben setzen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, und die sind trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse nur leeres Stroh.

Nur gibt es genug bezahlte Propagandisten und an ihren Posten hängende Funktionäre, die verkünden immer wieder: Der Kreml verhindere jeden Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Der »Erfolg« Kohls in Moskau

Dem ist zu entgegnen: Erstens, warum wurde beispielsweise nach den diversen russischen Angeboten zwischen 1952 und 1954 im Hinblick auf ein wiedervereinigtes, militärisch blockfreies Deutschland nicht einmal der Versuch gemacht, in Moskau auszuloten, was dahintersteckt?

Zweitens, wie kann der Kreml heute noch den Bonner Wiedervereinigungswillen ernst nehmen, wenn auch die jetzige Bundesregierung die dauerhafte Westbindung Westdeutschlands zur »Staatsräson« erklärt? Wenn darüber hinaus die offizielle Propaganda mitsamt ihren Massenmedien diese Bindung an den Westen unentwegt über alles stellt und dementsprechend unser Volk binden will?

Wenn Kohl bei seinem letzten Moskaubesuch im Oktober 1988 einer Pflichtübung nachkam und in einem Nebensatz gegen Schluß einer langen Tischrede erwähnte, im Zuge der Annäherung von Ost und West sollte es auch für die Deutschen möglich sein, ihre Teilung auf friedlichem Wege zu überwinden, so nimmt die Kreml-Führung diese Bemerkung als für die deutsche Innenpolitik bestimmte Floskel hin.

Ansonsten ließ sich Gorbatschow in seiner Zielsetzung, die deutsche Spaltung unter den gegenwärtigen Bedingungen beizuhalten und trotzdem von Bonn große Kredite zu ergattern, nicht stören. Obendrein bezeichnete Kohl seinen Besuch auch noch als »großen Erfolg«.

Die Freiheit ist wichtiger als die Einheit

In der Tat dürfte es für alle Rheinbündler ein »Erfolg« sein, den Status quo verfestigt zu haben; denn zum entscheidenden Punkt, daß mittlerweile über 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ein militärisch blockfreies, wiedervereinigtes Deutschland wünschen, ließ es der völlig nach Westen ausgerichtete Kohl nicht kommen.

Ein Blick auf die Landkarte sollte ihn belehren, daß Deutschland nicht in West- und auch nicht in Osteuropa liegt, sondern in der Mitte des Kontinents.

Wer meint, Kohl würde etwas Ungerechtes unterstellt, sei nur an zwei Äußerungen erinnert. Laut der Pariser Tageszeitung »Le Monde« vom 20. Mai 1987 sagte Kohl zum französischen Staatspräsident Mitterrand: »Ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.«

Und am 20. Januar 1988 gab »Le Monde« ein Interview mit Kohl wieder, worin dieser erklärte: »Ich stamme aus einer Gegend, der Pfalz, die 15 Jahre lang ein französisches Departement war. Das hat mich tief geprägt. Die Freiheit ist wichtiger als die Einheit. Die Bundesrepublik ist nicht einkaufbar . . . Unsere Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft ist unumkehrbar . . . Mein größtes Ziel ist es, daß dann, wenn ich einmal meine Ämter abgeben werde, der Weg der Deutschen in die Zukunft so festgelegt ist, daß man ihn nie mehr umkehren kann.«

Vergleicht man die Bonner »Entspannungspolitik«, die von Brandt und Scheel Anfang der siebziger Jahre durch die sogenannten »Ostverträge« eingeleitet wurde, mit den heutigen Interpretationen von SPD- und FDP-Seite, die diesen »Ostverträgen« gegeben werden, nämlich daß es nicht Gewaltverzichtsverträge seien – wie ursprünglich unserem Volk vorgegaukelt –, sondern Grenzanerkennungsverträge, so ist es um so empörender, daß die jetzige Union, die ursprünglich in Worten dagegen war, völlig auf diese »Entspannungspolitik« eingeschwenkt ist.

Ziel ist, den Status quo unter schweigender Anerkennung der deutschen Spaltung zu bewahren und gleichzeitig die Bundesrepublik in Westeuropa zu »integrieren«.

Deshalb neue Kredite an den Ostblock und die DDR, dafür gewährt Honecker ein paar Reiseerleichterungen. Die ursprüngliche CDU/CSU-Parole, »Leistung nur bei Gegenleistung«, ist längst den notorischen Vorleistungen Brandts gewichen. Daß man mit dem Kreml über das westliche Problem, nämlich die deutsche Teilung, reden und gleichzeitig auf Kreditwünsche hinhaltend reagieren sollte, ist den Bonner »Politikern« noch nicht in den Sinn gekommen. Sie dünken sich schlau, wenn sie für viel Geld nicht mehr als »kalte Krieger« von den Kommunisten verleumdet werden; wobei Deutschland von den daran interessierten Mächten in Ost und West immer mehr gespalten wird.

Törichte Bekenntnisse eines deutschen Bundeskanzlers

Man kann es, versetzt man sich einmal in die sowjetische Lage, dem Kreml gar nicht verdenken, wenn er sich sagt: Wenn die Deutschen selbst geteilt bleiben wollen, dann ist uns das auch recht, vorausgesetzt, daß von dort keine weitreichenden Raketen auf uns gerichtet sind und obendrein das kapitalistische Westdeutschland uns mit Krediten und Wirtschaftshilfe unter die Arme greift. Warum an dieser schönen Lage etwas ändern?

Druckmittel der Moskauer Propagandisten sind stets, von »kalten Kriegern« in Bonn zu sprechen und uns unsere eigenen Selbstanklagen als »alleinige Schuldige am Zweiten Weltkrieg« aufs Butterbrot zu schmieren. Kohl ging dabei ein paar Tage vor seinem letzten Moskau-Besuch in geradezu törichter Weise voran, als er in einem Interview mit dem Regierungsorgan »Iswestija« sagte: »Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir um die schrecklichen Folgen im Geiste des Hasses.«

Das sagte er einseitig im Rückblick auf eine Zeit, als Stalin herrschte und sein Vertrauter, Ilja Ehrenburg, ein wahrer Ausbund an Haß, entscheidend die maßlose Hetze gegen das deutsche Volk betreiben konnte.

Doch über Geschichte und Zeitgeschichte mit Bonner Politikern zu reden, gleicht einem Unterfangen, Blinden die Unterschiede der Farben zu erklären. □

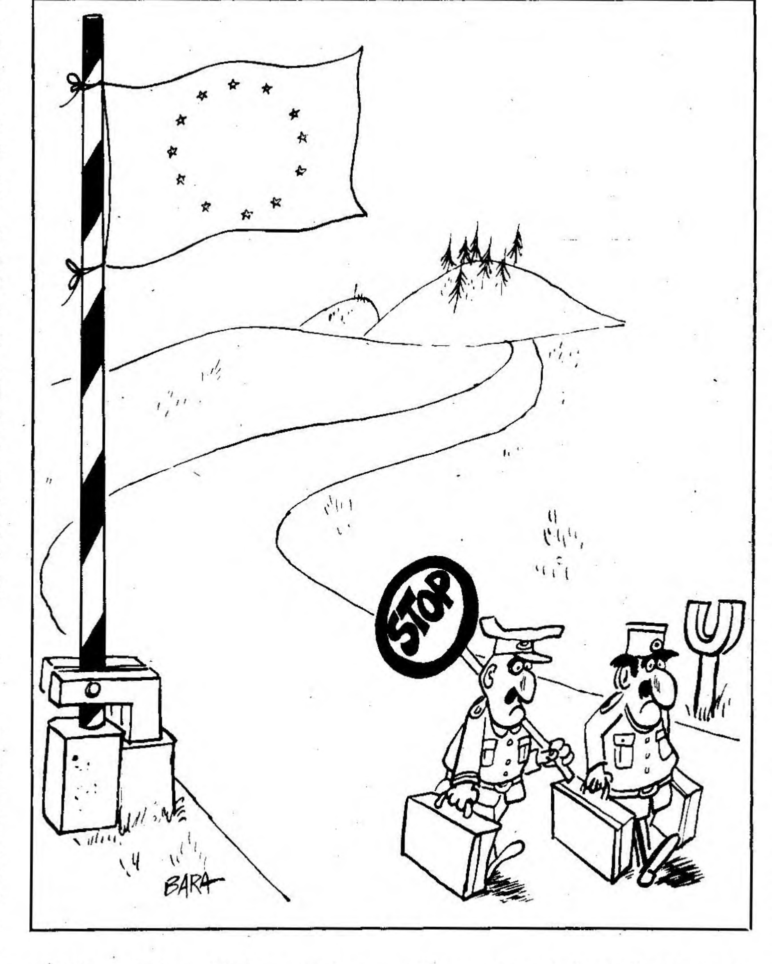
Mittelstand

Schatten des EG-Binnenmarkts

Karl-Heinz Harold

Ab 1993 soll der europäische Binnenmarkt Wirklichkeit sein. Was der bundesdeutschen Bevölkerung und vor allem auch der bundesdeutschen Wirtschaft als großes Heil angekündigt wird, könnte in Wirklichkeit den Todesstoß für unzählige mittelständische Firmen bedeuten. Wenngleich es auch unter den Politikern der etablierten Parteien warnende Stimmen gibt, überwiegt doch ganz eindeutig die Zahl der blinden Befürworter eines zumindest wirtschaftlich vereinigten Teil-Europas.

Tatsache ist, daß für den Handel die Qualität der produzierten und gelieferten Waren entscheidend ist und nicht, wie immer behauptet, die fortschreitende Einigung. Betrug die deutsche Exportquote 1913 in die jetzigen EG-Länder 43 Prozent und 1937 bereits 47 Prozent, liegt die Quote derzeit bei etwas mehr als 50 Prozent. Und hieran hat der bundesdeutsche Mittelstand einen großen Anteil. Vielleicht muß man besser sagen: hatte. Denn die großen Konzerne sind derzeit auf Jagd; nämlich auf der Jagd nach lukrativen mittelständischen Unternehmen. Bestehen keine Möglichkeiten zur Übernahme, wie beispielsweise bei den freien Tankstellen, dann beginnt ein Vernichtungsfeldzug gegen sie.



Das Übernahmefieber grassiert in Europa

Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht eine schon fast spektakulär zu nennende Übernahme erfolgt. Im April beteiligte sich die Bayernwerk AG an dem zweitgrößten deutschen Papierkonzern PWA, im Mai der Düsseldorfer Energieversorgungskonzern VEBA an dem größten deutschen Papierkonzern, der Feldmühle Nobel AG.

Das am meisten bekannte Beispiel ist die geplante Fusion von Daimler mit MBB. Und der Vorstandssprecher des Genossenschaftsverbandes Rheinland, Claus Peter Mossler, beklagte auf dem Anfang Mai stattgefundenen »Wirtschaftstag 89« seiner Organisation die immer weiter zunehmende Konzentration im Handel.

Sorgen diese Übernahmen für Schlagzeilen, so verschwinden andere meist in den kurzen, nur von wenigen gelesenen »Unternehmensnachrichten« der Zeitungen. Da liest man dann, daß sich der Konzern X das mittelständische Unternehmen Y einverleibt hat und der Konzern XX sich den Mittelstandsbetrieb YY.

Das Bundeskartellamt interessiert sich nur für die Großen

Noch nie war das Übernahmefieber so groß wie derzeit. Und in der Begründung wird fast immer der EG-Binnenmarkt als Grund hierfür genannt. »Im Hinblick auf den Binnenmarkt soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.« So oder so ähnlich lauten fast alle Begründungen.

Allein im vergangenen Jahr sind die vom Bundeskartellamt zu genehmigenden Übernahmen in der Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr um gut 30 Prozent von 887 auf 1159 gestiegen. Das Bundeskartellamt muß aber erst bei einer Umsatz-Größenordnung von mehreren hundert Millionen DM um Zustimmung gebeten werden. Der Großteil der Übernahmen spielt sich dagegen in weitaus geringeren Größenordnungen ab.

Der Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, Hubert Geissel, hat zwar kürzlich vor zu großen Übernahme-Ängsten gewarnt, besonders auch im Hinblick auf negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Geissel begründete dies unter anderem damit, daß lediglich Unternehmen mittlerer Größenordnung für Übernahmen interessant sind. Die kleinen Betriebe seien zu klein, um irgendeinen Konzern zu interessieren.

Das Gros der Arbeitsplätze werde aber wiederum von diesen Klein- und Kleinstbetrieben gestellt. Da die mittleren Unternehmen durchrationalisiert seien, müssen also von dieser Seite kein Arbeitslosenschub befürchtet werden.

Von Großfusionen würde sogar die Zulieferindustrie profitieren. Dies deckt sich mit Aussagen von Daimler-Vorstandsmitglied Dr. Werner Niefer, der erklärte, daß die Zahl der an sein Unternehmen liefernden Betriebe von 19 000 auf rund 50 000 in den vergangenen 25 Jahren angewachsen sei.

Wenn die mittelständischen Unternehmen diversifizierten, die Bundesregierung steuerliche Hemmnisse wegräume, werde sich der Binnenmarkt »à la long« für den Mittelstand positiv entwickeln und bestünden keine Gefahren durch Großfusionen.

So gerne man Herrn Geissel recht geben würde, so übersieht er aber doch einige Probleme.

Zum einen haben viele der übernommenen oder von einer Übernahme bedrohten Unternehmen mittlerer Größenordnung Zulieferunternehmen. Das betroffene Unternehmen wird aber nicht in einen Konzern einverleibt, weil dessen Vorstand momentan nichts anderes zu tun hat, sondern weil er eine Ergänzung der Produktpalette, der Fertigung oder was sonst immer bedeutet. Damit entfällt aber ein Teil, wenn nicht alle der Zulieferunternehmen.

Ein zweites Problem ist, daß die Kluft zwischen klein und groß

Mittelstand

Schatten des EG-Binnenmarkts

immer größer und die Anzahl der zu liefernden verschiedenen Waren immer kleiner, diese aber mengenmäßig immer größer wird. Damit entfällt auch die von Geissel selber als Voraussetzung für wirtschaftliches Überleben genannte Diversifizierung. Da Kleinbetriebe meist in ihrer Produktionskapazität eingeschränkt sind, können sie nämlich nicht auf mehreren Hochzeiten tanzen, sondern müssen sich auf ein oder maximal zwei von ihnen zu beliefernde Konzerne konzentrieren. Damit machen sie sich aber weitgehend abhängig von diesem.

Das EG-Land mit den höchsten Löhnen

Auch ist das von Niefer genannte Beispiel eine reine Zahlenspielerei. Er gab nämlich auch zu, daß Daimler Mitte der sechziger Jahre vom Umsatz her »nur« das achtgrößte deutsche Unternehmen war – heute das größte. Dieses ist aber nicht nur aus eigener Umsatzsteigerung geschehen, sondern auch durch viele Beteiligungen an anderen Unternehmen und Gründung von Tochterunternehmen. So mußte zwangsläufig der Prozentsatz der Zulieferunternehmen wachsen.

Und wie gefährlich die Abhängigkeit von einem großen Partner ist, ist vielen sicherlich aus Vorfällen der vergangenen Jahre bekannt, als Einzelhandelsketten teilweise barsch ihren Lebensmittelzulieferern die Verträge kündigten, wenn diese sich nicht auf die von dem Konzern diktierten Preise und Rabatte einlassen wollten. Konsequenz dessen war der Konkurs des betreffenden Unternehmens.

Nicht zuletzt diese warnenden Beispiele vor Augen, warnte dann auch die Mittelstandsvereinigung der CDU mit ihren rund 38 000 Mitgliedern Anfang Mai auf ihrem Bundeskongreß vor der Daimler-MBB-Fusion mit der Begründung: »Sowohl der Bund selber wie die mittelständische Zulieferindustrie würden in eine totale Abhängigkeit von diesem Wirtschaftsgiganten geraten.«

Und noch eins darf nicht vergessen werden: die Bundesrepublik ist ein recht schmales Land. Das größte bundesdeutsche Industriezentrum, das Ruhrgebiet, ist sogar nur wenige Kilometer von der belgischen und holländischen Grenze entfernt. Das gleiche gilt für das Dreieck Saarbrücken, Mannheim, Stuttgart, das an Frankreich grenzt. Die Lohnkosten dort sind aber extrem niedriger; die Bundesrepublik ist das Land mit den höchsten Lohnkosten in Europa. Schon heute sieht man im Ruhrgebiet sehr viele niederländische Baufirmen. Und ab 1993 können sich die ausländischen Betriebe noch ungehemmter in der Bundesrepublik tummeln.

Das Spiel der Multis auf dem Mineralölmarkt

Da die Lohnkosten dort aber zwischen 10 und 50 Prozent niedriger als bei uns sind, diese Unternehmen überwiegend auch viel weniger Steuern zu zahlen haben – so ist zum Beispiel die Bundesrepublik das einzige Land mit einer Gewerbesteuer –, wird gerade in den Grenzbereichen die Konkurrenz für die deutschen mittelständischen Unternehmen immer größer werden. Und da die Arbeitslosenquote in den meisten anderen EG-Ländern weit höher als in der Bundesrepublik ist, brauchen die ausländischen Firmen auch nicht auf deutsche Zeit-Arbeiter zurückzugreifen und damit auch nicht deutsches Arbeitsrecht anzuerkennen, sondern sie beschäftigen ihre Landsleute.

Und wie geschickt und nahezu unbemerkt Multis vorgehen, um ihnen unliebsame Konkurrenten kaputtzumachen, zeigen die jüngsten Geschehnisse auf dem Mineralölmarkt.

Ganz harmlos werden seit Ende des vergangenen Jahres von den fünf in Deutschland den Markt beherrschenden Ölmultis (Esso, BP, Shell, Texaco und Aral) sogenannte Flottenkarten angeboten. Diese Flottenkarten, die jeder Gewerbebetrieb mit mehr als zehn Autos erhalten kann, gestatten es dem Kunden, ohne Bargeld bei den Tankstellen der betreffenden Firma alle Leistungen, wie Tanken, Wagenwäsche oder den Einkauf von angebotenen Waren, in Anspruch nehmen zu können. Als besonders bedenklich empfindet der Geschäftsführer des Bundesverbandes des deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes, Hubert Brockmeier, dabei die Blockbildung von Aral und BP sowie von Esso, Shell und Texaco, die die Inanspruchnahme untereinander ermöglichen.

Nach Berechnungen des Verbandes können durch diese Karten bis zu 35 Prozent des Kraftstoffumsatzes an die Marke gebunden werden. Ein Wert, der bislang nicht gegeben sei. Der Marktanteil der freien Tankstellen, die wirtschaftlich und organisatorisch gar nicht in der Lage seien, ein Pendant hierzu aufzubauen, werde mittelfristig auf 20 bis 25 Prozent zurückgehen – was den wirtschaftlichen Ruin vieler freier Tankstellen bedeuten würde.

Abhängig von den Großkonzernen

Verstärkt werden könnte dieser Trend noch dadurch, daß die Firmen ihre Flottenkarten auch ihren Mitarbeitern für deren Privatfahrzeuge zur Verfügung stellen würden, so daß auch diese in den Genuß von teilweise gewährten Rabatten auf den Benzinpreis kämen. Während die anderen Unternehmen eine derartige Rabattgewährung verneinen, gibt BP sie zu.

Ziel der Ölmultis ist es, den seit nunmehr zwölf Jahren bei rund 65 Prozent stagnierenden Marktanteil beim Benzinumsatz weiter auszubauen. Brockmeier schätzt, daß, sollte das Bundeskartellamt, das mittlerweile eingeschaltet worden ist, dem nicht einen Riegel vorschieben, der Marktanteil der Ölmultis relativ schnell auf 75 Prozent und mehr schnellen könnte. Dies würde es den Ölmultis aber in weitaus stärkerem Maße als bisher ermöglichen, die Benzinpreise zu kontrollieren. Während heute noch die freien Tankstellen, die organisatorisch und finanziell gar nicht in der Lage wären zu den Flottenkarten der Multis ein Pendant aufzubauen, ein gewisses Regularium darstellten, wird diese Möglichkeit bei schwindendem Marktanteil immer geringer.

Natürlich leugnen alle fünf Mineralölkonzerne eine Absicht, den freien Tankstellen mit den Flottenkarten den Krieg erklärt zu haben, dazu wäre auch die Akzeptanz bislang viel zu gering, doch kann nur ein Naivling erwarten, daß sie der Öffentlichkeit ihre wirklichen Pläne auf dem Tablett präsentieren.

Die Konsequenz all dessen wird sein, daß zukünftig neben einigen sehr großen viele sehr kleine freie Betriebe existieren werden. Zu denen werden Schneidereien, Reinigungen, Reparaturunternehmen und sonstige Klein-Dienstleistungsbetriebe sowie einige regional starke, alteingesessene mittelständische Unternehmen gehören. Das Gros des Mittelstands, vor allem die Unternehmen mittlerer Größenordnung, werden aber entweder vollständig von Großkonzernen übernommen werden oder von ihnen abhängig sein.

Die heutigen Unternehmen mit einem Umsatz von 5 bis vielleicht 20 Millionen DM, die überall Marktregulatoren darstellen, werden dagegen kaum noch existieren und damit die gesamte Wirtschaft schwächen.

Ein Beispiel hierfür sind die USA. Dort ist bereits das eingetroffen, was geschildert wurde. Und gerade diese Entwicklung war und ist auch einer der Hauptgründe, warum es in den Vereinigten Staaten diese so große Kluft zwischen Superreichen einerseits und Armen beziehungsweise kleinen Angestellten mit geringem Spargutahaben andererseits gibt. Denn es fehlt eben der Mittelstand, der die Preise und auch das Lohnniveau reguliert; dies kann nicht oft genug wiederholt werden.

Ein weiterer Grund skeptisch über den EG-Binnenmarkt zu sein, sind auch die sonstigen Vorhaben in der EG, beispielsweise die Schaffung einer Währungsunion mit der Kunstwährung Ecu, sowie eine europäische Fusionskontrolle, die die Rechte der nationalen Kartellbehörden stark beschneidet. Besonders interessant ist dabei folgendes: Ende Juni appellierte ein sogenanntes »Aktionskomitee für Europa« an den Europäischen Rat, die Entwicklung Europas in Richtung auf eine Wirt-

schafts- und Währungsunion voranzubringen, wobei sich auf den vom Delors-Ausschuß einstimmig vorgelegten Bericht gestützt werden soll.

Herrhausens Ziele im Binnenmarkt

Dieser Bericht bedeutet aber eine exorbitante Schwächung des in Deutschland geltenden Rechtes zugunsten der meisten anderen EG-Länder, speziell Frankreichs. Vorsitzender einer Arbeitsgruppe des Komitees, das die obige Resolution erarbeitet hat, ist aber niemand anderes als der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Dieses ist ein weiteres Indiz für die schon seit langer Zeit gehegten Vermutungen, daß die Deutsche Bank nämlich weniger nationale Interessen, als die der französischen Rothschild-Gruppe vertritt.

Bedenklich stimmen auch Gerüchte, wonach spätestens 1992 ein neuer Börsencrash stattfinden soll. Von besonderem Interesse ist dabei die sich verdichtende Einschätzung, daß der Börsencrash vom Oktober 1987 ebenfalls künstlicher Natur war. Denn, wie sich jetzt nach intensiven Untersuchungen herausgestellt hat, wurden an dem betreffenden Montag hohe Milliardensummen an Dollar und Aktien auf einmal unlimitiert verkauft. Gleichzeitig sollen sich diese Gruppen monatelang vorher mit Verkaufsoptionen eingedeckt haben. Diese beinhalten gegen Zahlung einer sogenannten Basisprämie das Recht, Aktien zu einem Mindestpreis an den Optionskontrahenten zu verkaufen. Und der Clou ist, daß man diese Aktien in der Regel vorher gar nicht besitzen muß; manchmal wird allerdings dann die Hinterlegung des entsprechenden Gegenwertes von den Banken oder Brokern verlangt.

Ein neuer Crash im Interesse der Multis

Also konnten diese Gruppen die Aktien nach dem Crash billig kaufen und diese mit teilweisen Gewinnen von 100 Prozent und mehr an ihre Kontrahenten verkaufen; sofern sie nicht die Optionen selber verkauften, die durch den Hebeleffekt der niedrigen Basisprämie sogar Kurssprünge von mehreren tausend Prozent aufwiesen. Dies konnte aber nicht ausschließlich geschehen, da diese Gruppen auch daran interessiert waren, daß die Baisse gestoppt wurde, denn schließlich hatten sie sich mit langlaufenden extrem billigen Kaufoptionen zu niedrigen Kursen eingedeckt, die sie dann bei wieder anziehenden Kursen ebenfalls mit hohem Gewinn veräußerten.

Während als Millionen kleine und mittlere Aktienanleger zum Teil ihr ganzes Vermögen verloren und sogar nunmehr auf hohen Schulden sitzen, verdiente also eine kleine Clique von skrupellosen Finanzjongleuren Milliarden.

Sinn dieses angeblich in Vorbereitung befindlichen neuerlichen Crashs soll die Schwächung des Mittelstands sein, der als erster die Auswirkungen einer schweren wirtschaftlichen Krise zu spüren bekommt. Und dann wäre es noch leichter, diese Unternehmen billig zu übernehmen – und die Multis hätten ihre Macht nochmals vergrößert.

Sicherlich kann auch ein europaweiter Binnenmarkt für den Mittelstand von Vorteil sein. Auch die nationale Entwicklung – unabhängig vom Binnenmarkt – muß nicht zwangsläufig die Zerschlagung des Mittelstandes nach sich ziehen. Nur ist hierzu eine sehr behutsame Politik vonnöten, eine Politik, die eben weitaus mehr als bislang mittelstandsorientiert ist.

Hierzu müssen vor allem gezielte Steuererleichterungen für diese Unternehmen durchgeführt werden. Auch dürfen staatliche Förderprogramme nicht so aufgebaut sein, daß, wie überwiegend bislang, die Großkonzerne in den Genuß dieser Vergünstigungen kommen, sondern die kleinen und mittleren Betriebe. Ein Großkonzern kann nämlich mit Schwierigkeiten viel besser alleine fertig werden als die anderen Firmen. Doch können dies nur erste Schritte sein.

Wie in vielen anderen Bereichen ist auch hier ein grundlegendes Umdenken notwendig, vielleicht auch der Verzicht auf einige kleine Annehmlichkeiten, die in Wirklichkeit aber nur vordergründig, da von vielen anderen Nachteilen umrahmt sind. □

Banker-Journal

Philippinen wollen US-Reis kaufen

Die Philippinen bemühen sich um Reis-Einfuhren aus den Vereinigten Staaten. Die staatlichen Vorräte der Philippinen an Reis sind äußerst niedrig. »Ich möchte nicht einmal ein paar Stunden Venezuela haben«, meinte Präsidentin Corazon Aquino, als sie den Kauf genehmigte, und wies auf die Tage des blutigen Aufstands hin, als über 1000 Menschen starben, nachdem der venezuelanische Präsident Carlos Perez ein Sparprogramm mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzeichnete, wodurch die Nahrungsmittelpreise steil nach oben kletterten.

Philippinische Regierungsbeamte hielten sich inzwischen in Washington auf, um einen Handel über 250 000 Tonnen amerikanischen Reis abzuschließen. Sie wollen damit versuchen, die Lagervorräte, die auf 190 000 Tonnen gesunken sind, aufzustocken; 90 Tage werden als sicheres Nachschubniveau erachtet. □

Afrikanische Nationen verlangen Schuldenerlaß

In einer Erklärung vor einer Versammlung von Wirtschaftsplanungs- und Entwicklungsministern aus 28 afrikanischen Ländern werden ausländische Gläubiger aufgefordert, alle ihre Auslandsschulden abzuschreiben.

Fallende Verbrauchsgüterpreise, unzureichende Auslandshilfe, eine Verhärtung der Bedingungen für solche Hilfeleistungen, verschlimmert durch Witterungs- und Flüchtlingsprobleme, »hat zu einer Vermehrung der LCDs – der am wenigsten entwickelten Länder – in Afrika von 21 im Jahr 1981 auf 28 im Jahr 1988 geführt. Die meisten unserer Länder sind an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht«, heißt es in der Erklärung.

Die Minister riefen die internationale Gemeinde auf, die Nahrungsmittel und Nothilfelinderungsleistungen zu bezuschussen; ausreichende Hilfe zum Ausgleich der Zahlungsbilanz und anderer dringender Bedürfnisse zu leisten; einen größeren Anteil von Geldzuweisungen durch multilaterale Institutionen zuzuteilen; Zoll- und Nicht-Zoll-Handelsschranken abzubauen; Entwicklungshilfe, Darlehen und Bewilligungen ohne daran geknüpfte Bedingungen zu gewähren; die Zinsen für Darlehen nicht höher als die von der International Development Association erhobenen anzusetzen. □

UN-Kommission kritisiert Weltbank-Bericht

Die Kommission der Vereinten Nationen für Afrika hat eine gemeinsame Studie der Weltbank und des Entwicklungsprogramms der UN verurteilt. Laut »New York Times« war in dieser Studie zu lesen, daß »landwirtschaftliche Produktion, Ausfuhren und Bruttosozialprodukt der 45 Länder südlich der Sahara seit 1985 gestiegen seien, und daß der Nahrungsmittelausstoß seit 1970 schneller expandierte als die Bevölkerung. In dem Bericht steht, daß die beste Leistung aus Ländern komme, die eine markt-orientierte wirtschaftliche Umwandlung vollzogen hätten.«

Die United Nations Commission for Africa teilte in einer äußerst selten vorkommenden Auseinandersetzung mit der Weltbank mit, daß es in dem Bericht nicht nur »an Dokumentation mangelt«, sondern daß darin eine »ziemlich selektive Annäherung an die Probleme« mit »schwerwiegenden Auslassungen« und inneren »Widersprüchen« zum Ausdruck kommt.

Die Kommission fügte hinzu: »Die Verwirklichung dieser markt-orientierten Programme führte zu einer bedeutenden Verringerung der öffentlichen Ausgaben auf dem Sozialsektor, besonders bei der Erziehung, der grundlegenden Gesundheitspflege sowie der Sanierung der Wasserversorgung, mit betrüblichen langfristigen Folgen für die afrikanischen Länder und deren Wirtschaften.« □

Autoproduktion in den USA wird verringert

Sowohl Ford als auch General Motors haben Drosselungen ihrer Autoproduktion angekündigt. Die Warenbestände haben sich auf 80 Tage und mehr ausgeweitet, während 60 bis 65 Tage als normal betrachtet werden, und beide Firmen bieten den Käufern bereits kostspielige Anreize, darunter eine Finanzierung über zwei Jahre hinweg zu 2,9 Prozent Zinsen und große Barzahlungsrabatte bei den meisten Modellen an.

General Motors, der Automobilhersteller Nummer eins in den USA, verringert die Produktion im zweiten Quartal um drei Prozent oder 26 000 Fahrzeuge; sein Umsatz in den USA ging bisher im Jahr 1989 um 13 Prozent zurück.

Ford beabsichtigt, die Produktion um zwei Prozent oder 18 000 Autos zu verringern, aber die Tatsache, daß die Produktion wegen großer Warenbestände überhaupt verringert werden mußte, ist unheilverkündend. Bis vor kurzem erhöhte Ford noch seinen Marktanteil und mußte mit voller Werkskapazität produzieren, um den Bedarf zu decken. □

Warnung vor einem neuen Crash

In einem Gespräch mit der Montrealer Zeitung »La Presse« bezeichnete der französische Wirtschaftler und Nobelpreisträger Maurice Allais »einen neuen Zusammenbruch auf den Aktienmärkten der Welt und eine weltweite wirtschaftliche Rezession als sehr wahrscheinlich«.

Allais führt dazu folgende Faktoren an: Das Schuldenproblem der dritten Welt; amerikanische Handels- und Haushaltsdefizite; hohe Haushalts- und Körperschaftsverschuldung, besonders in den Vereinigten Staaten, aber auch in Westeuropa; das Ausmaß der spekulativen Inflation auf den Aktienmärkten.

Allais erwähnt das tägliche Volumen des Devisenhandels von 420 Milliarden Dollar und die Tatsache, daß davon nur durchschnittlich 12,3 Milliarden Dollar direkt zur Finanzierung des internationalen Handels, das übrige zur Spekulation bei Devisen- und anderen Effektengeschäften bestimmt ist. □

Für Kennedy ist der Brady-Plan zu wenig und zu spät

Am Ende eines Besuches in Mexiko hielt US-Senator Ted Kennedy vor einer Gruppe von mexikanischen und amerikanischen Geschäftsleuten eine Rede, in der er die vom amerikanischen Finanzminister Nicholas Brady vorgeschlagene Verringerung der Schuldenrückzahlungen durch lateinamerikanische Länder um 20 Prozent als »zu wenig, zu spät« bezeichnete. Er sagte, die Schulden sollten über einen Zeitraum von sechs Jahren um mindestens das Zweifache dieses Prozentsatzes verringert werden.

Kennedy: »Wir können es uns nicht leisten, auf der Seite der Banken Fehler zu machen, wenn die Alternative ein Alptraum der Wirtschaftskrise und des Umsturzes ist. Von den Arbeitern und dem Volk von Mexiko kann nicht länger verlangt werden, die Last der Fehler der Finanzwelt auf ihren Schultern zu tragen.«

In der gleichen Rede rief Kennedy zu einem »Bündnis gegen Drogen« auf. Indem er versuchte, das »Bündnis für den Fortschritt« seines Bruders zu beschwören, sagte Kennedy: »Es ist Zeit damit aufzuhören, miteinander über das Angebotsproblem in Mexiko und das Nachfrageproblem in den Vereinigten

Staaten zu sprechen, und statt dessen miteinander über andere Möglichkeiten zu reden, um mit beiden Problemen fertig zu werden.«

Kennedy lobte Präsident Carlos Salinas de Gortari wegen seiner sechs Monate im Amt, besonders für das harte Vorgehen gegen Drogen und »Korruption«. Man nimmt an, daß letztere sei ein Hinweis auf die polizeilich-staatliche Aktion, die Gewerkschaften der Ölarbeiter zu zerschlagen und deren Führer Joaquin Hernándes Galicia zu verhaften. □

Crédit Lyonnais gründet mit Moskau eine neue Bank

Crédit Lyonnais, die zweitgrößte französische Privatbank, hat ihre erste Arbeitsgemeinschaft mit der Sowjetunion eingerichtet. Sie wird in einem Konsortium von fünf Banken, darunter Österreichs Kreditanstalt, Deutschlands Bayrische Vereinsbank, Italiens BCI und Finnlands Kansallis-Osake-Pankki, arbeiten.

Die neue internationale Bank in Moskau wird sich mit Handelsfinanzierungen befassen und dazu benutzt werden, Sowjet-Menschen in westlichen Bankmethoden auszubilden. Überraschenderweise wählte Moskau den französischen Konzern aus vielen anderen Anbietern, darunter die Deutsche Bank, heraus. Crédit Lyonnais, eine Großbank im westeuropäischen Finanzwesen, expandiert auch aggressiv nach Italien hinein, wo sie soeben Credito Bergamasco gekauft hat, und nach Belgien, wo sie Chase Manhattan aufgekauft hat. □

Im Sumpf des Drogen-Dschungels

Der französische Anthropologe Jacques Soustelle, einer der führenden Inspiratoren des internationalen Drogen-Terrorismus, hat Anklagen der neuen paraguaischen Regierung zurückgewiesen, er sei zusammen mit dem gestürzten paraguaischen Diktator Alfred Stroessner in einen geplanten Betrug verwikkelt.

Paraguays Ministerium für Handel und Industrie klagte an, daß Soustelle und Stroessner über 40 Millionen Dollar veruntreut hätten. Sie sollen das angeblich über eine in der Schweiz zugelassene Shell-Firma getan haben, in die leitende Direktoren von Paraguays staatseigener National Cement Industrie, die bei dem Betrug mit überhöhter Rechnungslegung arbeitete, verwikkelt waren.

Stroessner lebt in Brasilien im Exil. Gegen dreißig seiner Mitarbeiter läßt die neue Regierung zur Zeit ermitteln. Soustelle, ein ehemaliger Generalgouverneur von Algerien, war 1958 bis 1959 Informationsminister in der Regierung von Charles de Gaulle. Soustelle schied aus der Regierung aus und wurde zu einer führenden Figur in der Geheimarmee OAS, die mehrere Attentatsversuche gegen de Gaulle inszeniert hat. □

Wirtschafts-katastrophen lauern in China

Die Arbeitslosenrate im kommunistischen China wird sich in diesem Jahr fast verdoppeln. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei zwei Prozent; in diesem Jahr wird sie bis auf mindestens 3,5 Prozent steigen, da Schulabgänger, entlassene Soldaten und Bauern, die sich nach Fabrikarbeit umsehen, alle gleichzeitig Arbeit suchen.

Die Tageszeitung »China Daily« berichtet, daß eine Kohlenkatastrophe in der Luft liegt, und daß in der Provinz Guizhou, dem größten Kohlenrevier des Südens, Investitionen dringend benötigt werden. Die Gesamtnachfrage wird bis 1995 auf 63 Millionen Tonnen geschätzt, während die Produktion nur 42 Tonnen erreichen wird, selbst »wenn angenommen wird, daß die geplanten Investitionen tatsächlich erfolgen«.

Trotz der erkannten Krise werden Investitionen in die Industrie jedoch von 90 Millionen Yuan im vergangenen Jahr auf 60 Millionen Yuan im laufenden Jahr reduziert. Die Produktion wird daher erwartungsgemäß sinken.

In der Zwischenzeit bedroht eine Dürre die Winterernte in Nordchina und wirkt sich sehr nachteilig auf eine Energiekrise im Süden aus. Zehn Provinzen im Norden droht ein schwerer Ernteschaden, wobei Liaoning und Jilin am stärksten betroffen sind.

Wie der Nachrichtendienst der Provinz Jilin meldet, sind »das Ausmaß der Dürre und die Größe des davon betroffenen Ackerlandes ohne Beispiel seit Gründung der Volksrepublik China.« Die Wasserbehälter in der Gegend haben sich seit 1988 um 40 Prozent geleert.

Indessen haben zwei aufeinanderfolgende Jahre der Dürre den Wasserstand in den beiden Haupt-Wasserkraftwerken so tief gesenkt, daß die beiden Werke erwartungsgemäß stillgelegt werden mußten. Yunnans Energienetz wird im zweiten Quartal 400 Millionen Kilowatt zu wenig haben. Wegen der Kohlenknappheit ist es unmöglich, die Ausgangsleistung des Wärmekraftwerks in die Höhe zu treiben. Ähnliche Probleme liegen in allen südlichen Provinzen vor. □

Mexiko erlaubt ausländisches Eigentum

Neue von der mexikanischen Regierung erlassene Bestimmungen werden in dem 1973 geschaffenen Schutzsystem für mexikanische Geschäfte wesentliche Veränderungen herbeiführen. Jetzt wird Ausländern das hundertprozentige Eigentumsrecht an tourismus-bezogenen Firmen und an den Ausbeuterbetrieben längs der amerikanisch-mexikanischen Grenze zugestanden. Sie dürfen auch zu 100 Prozent Eigentümer vieler Industriebetriebe sein, vorausgesetzt, daß gewisse Bedingungen erfüllt werden.

Zum ersten Mal wird Ausländern bis zu 49 Prozent Eigentum an petro-chemischen Industrien zugestanden, wodurch das vorher von Pemex, der staatlichen Ölgesellschaft, gehaltene Monopol durchbrochen wird. Der Pemex wurde Kapital entzogen, man zwang sie, ihre eigenen Investitionen zu drosseln, so daß Ausländern ein Spielraum bleibt, in den Genuß ihrer billigen Aktien zu kommen.

Der gleiche neunundvierzig-prozentige Besitzanteil wird in einigen anderen strategischen Sektoren gestattet, die vorher für Mexikaner reserviert waren. Ausländische Spekulanten werden ermutigt, mit gegenseitigen Geldern auf den örtlichen Aktienmärkten tätig zu werden, die als Vehikel für die Reprivatisierung von Industrie dienen sollen. Öl, petro-chemikalische Grundstoffe, das Bankwesen, die Eisenbahnen und die elektrische Energie bleiben staatliche Monopole.

Mexikanische Behörden vertreten die Ansicht, daß die Liberalisierung ein weiterer Schritt in ihren Bemühungen ist, weitere Kompromisse über die Auslandsschulden des Landes zu erreichen. □

Taiwan verurteilt die »Unfair-Liste« der USA

Vincent Siew, der für das Republik China-USA »Trade Panel of the Taiwan Executive Yuan« sprach, verurteilte die amerikanische Regierung, weil sie Taiwan auf ihre Liste der »unfairen Handelspartner« gesetzt hat. Diese Liste wurde durch einen kürzlich von der Handelsvertretung der USA herausgegebenen Bericht bekannt.

»Dies ist ein unfairer Akt, in dem Recht mit Unrecht verwechselt wird«, sagte Siew. Er umriß die Verringerung des taiwanesischen Handelsüberschusses gegenüber den Vereinigten Staaten von 1987 bis 1988 von 18 Milliarden Dollar auf 14,1 Milliarden Dollar, aufgrund von Amerikas »Kauft-amerikanische-Waren«-Feldzug und ähnlicher Bemühungen und der Aufwertung der taiwanesischen Währung um 49 Prozent im Laufe der letzten Jahre. □

Banker

Der Deutschen Bank steht der Wind ins Gesicht

Karl-Heinz Harold

In den vergangenen Ausgaben hat CODE ausführlich die immer gigantischer werdende Machtfülle der Deutschen Bank dargestellt. Besonders wurde dabei auch aufgezeigt, wie Vorstandsvorsitzender Alfred Herrhausen, der nach der Pensionierung Friedrich Wilhelm Christians alleiniger Chef des größten deutschen Geldhauses ist, mit noch härteren Mitteln als seine Vorgänger versucht, die Machtposition seines Instituts auszubauen. Damit schuf er sich allerdings eine ganze Menge Feinde – auch innerhalb seines eigenen Hauses.

Und in den vergangenen Wochen hat Herrhausen nun die ersten Reaktionen auf sein Machtstreben erhalten. Diese fielen so machtvoll aus, daß selbst »Kaiser Alfred«, wie er von vielen bereits tituliert wurde, zurückstecken mußte. Seine erste Niederlage erlitt Herrhausen bei Krupp. Hier hatte er Aufsichtsratsvorsitzender werden wollen, was dann aber offiziell an der Arbeitsüberlastung des ersten Mannes der Deutschen Bank scheiterte. Nachdem Herrhausen aber vorher nach mehreren Informationen intern seinen Wunsch auf diesen Posten vorgetragen hatte, stinkt die ablehnende Begründung meilenweit gegen den Wind.

Angeschlagen auf der Hauptversammlung

Noch deutlicher wurde Herrhausens Angeschlagenheit auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank am 10. Mai dieses Jahres in Frankfurt. Zu Beginn seiner Rede geschah Erstaunliches. So schrieb dann das Handelsblatt: »Eingangs hatte Herrhausen offen zugegeben, es sei wohl nicht gut gewesen, von den neun Oppositionsanmeldungen nur diejenigen fünf den Aktionären mitzuteilen, die geschrieben hätten, sie würden andere Aktionäre um Unterstützung bitten (diese Floskel ist vom Aktiengesetz vorgeschrieben, obwohl sie sich eigentlich aus der Oppositionsanmeldung selber ergibt, denn wer Opposition anmeldet, will sich schließlich auch durchsetzen, und dies kann er nur mit Hilfe anderer Aktionäre; der Verfasser). Außerdem räumte Herrhausen ein, daß eine Angabe der Bank in der Entgegnung auf eine Oppositionsanmeldung nicht zutreffend gewesen sei.«

Auf der Hauptversammlung gab der Vorstandsvorsitzende dann auch kund, daß seine Bank die Inhaber der Klöckner-Genußscheine, die nach der Übernahme des Duisburger Handelshauses durch die Deutsche Bank wertlos geworden waren, auf freiwilliger Basis entschädigen wolle. Wenig vorher hatte die sogenannte »Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW)« ihre zuerst gegen die Deutsche Bank gerichtete diesbezügliche Schadenersatzklage auf Klöckner umgeändert.

Börsengerüchten zufolge soll pro Genußschein um die 100,– DM gezahlt werden. Nachdem der letzte Kurs vor Einstellung des Handels bei 111,– DM gelegen hatte, muß dieser Betrag als fair angesehen werden. Zumal wenn man berücksichtigt, daß der Kurs nach Bekanntwerden der finanziellen Schieflage sowieso deutlich nachgegeben hätte. Die Ironie ist, daß dann manche Anleger ihre Stücke vielleicht in der ersten Panikreaktion zu einem viel billigeren Kurs verkauft hätten, als sie nun von der Deutschen Bank erhalten, sie von der Kursaussetzung also sogar profitieren. Davon abgesehen macht die Deutsche Bank durch den nun erfolgten Verkauf Klöckners an Viag einen schönen Reibach.

Die drohende Schadenersatzklage

Auch der von vielen vermutete Plan, den Grefrather Textilkonzern Girmes in Konkurs gehen zu lassen, um ihn dann billig einem anderen Mitglied der Hochfinanz zuschachern zu können, ging so nicht auf. Zwar wurde Konkursantrag gestellt und wurde das laufende Geschäft in eine Auffanggesellschaft, die neugegründete Girmes GmbH, eingebracht. Doch platzte dann eine Schadenersatzklage des Börsenjournals »Effecten-Spiegel« unerwartet in das Spiel hinein. Und ein für den »Effecten-Spiegel erstelltes Rechtsgutachten von Deutschlands führendem Wirtschaftsprozeßrechtler, Professor Dr. Wolfgang Grunsky, stellte dann auch unmißverständlich fest, daß das für die Deutsche Bank im Aufsichtsrat gesessene Vorstandsmitglied Ulrich Cartellieri voll schadenersatzpflichtig ist, da er seiner Aufsichtspflicht nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, sondern vielmehr aktiv zu dem Konkurs beigetragen habe.

An der Börse wunderte man sich nur, warum die Girmes-Aktie nach wie vor im amtlichen Handel notierte und die Kursfeststellung laut Angaben des Börsenvorstands »bis auf weiteres ausgesetzt« war? Normalerweise wird bei Eröffnung eines Konkursverfahrens die Aktie aus dem amtlichen Handel genommen und im sogenannten Telefonverkehr weitergeführt.

Nun kam das Geheimnis heraus: Wie von einem Vorstandsmitglied selber bestätigt, will die Balsam Sportstätten GmbH und Co. KG, Steinhagen, den AG-Titel mitsamt Verlustvortrag erwerben. Da dieser aber steuertechnisch von Balsam nur genutzt werden kann, wenn ihr eigener Anteil unter 75 Prozent liegt, würde dies, den positiven Ausgang der Verhandlungen einmal vorausgesetzt, für die Altaktionäre eine Kapitalzusammenlegung mit anschließender Kapitalerhöhung bedeuten. Einfach gesagt: das Unternehmen würde wieder reaktiviert und durch den Kapitaleinschuß Balsams auch wieder lebensfähig. Konsequenz dessen wäre die Wieder-Notierung der Girmes-Aktien an der Börse.

Eine weitere Niederlage für die Deutsche Bank

Was ist nun der Hintergrund: Börsengerüchten zufolge soll hinter Balsam die Deutsche Bank stecken. Mit der Reaktivierung der Girmes AG würde nämlich die Grundlage für die Schadenersatzklage des »Effecten-Spiegels« gegen die Deutsche Bank entfallen. Eine Niederlage, die nach dem erstellten Rechtsgutachten nun sehr wahrscheinlich wäre, würde nämlich einen Renommierverlust bedeuten, den selbst die Deutsche Bank nur schwerlich verkraften könnte. Daneben wäre dann neues Recht geschaffen, da bislang einzelne Aktionäre Aufsichtsratsmitglieder nicht selber verklagen konnten. Also wird nun Balsam vorgeschickt (immer vorausgesetzt, diese Börsengerüchte entsprechen der Wahrheit). Für Balsam selber, ein mittelständisches Unternehmen, wäre diese Transaktion allerdings durchaus lohnenswert.

Eine weitere Niederlage erlitt die Deutsche Bank bei ihren Bemühungen, die derzeitige Präsenzbörse abzuschaffen (an der der Handel durch Makler und Händler stattfindet) und dafür eine reine Computerbörse zu installieren. Damit wären nämlich die Freimakler und auch die kleinen Banken zugunsten der großen Banken (und hier speziell der Deutschen) aus dem Markt gedrängt worden. Die Freimakler wären nahezu überflüssig geworden und zum anderen hätten die kleinen Banken gar nicht die Möglichkeiten gehabt, einen effektiven Computerhandel durchführen zu können.

Hier probten nun die beiden anderen Großbanken (Dresdner Bank und Commerzbank) sowie die Landesbanken den Aufstand, die unter anderem auch über den rüden Ton der Deutschen Bank bei den Konsortialmitteilungen bei Kapitalerhöhungen sehr verärgert sind. Denn dem bei einer Computerbörse wachsenden Einfluß der Deutschen Bank auf die Marktgestaltung hätten auch sie sich nur schwer entgegenstemmen können.

Und auch der Erwerb von insgesamt 46 Prozent der Anteile des Feldmühle Nobel-Konzerns durch VEBA ging an der Deutschen Bank vorbei, obwohl sie Hausbank bei Feldmühle ist. Wie bekannt, hatten Friedrich Christian und Gert Rudolf Flick, die Neffen des Konzerngründers, 40 Prozent an Feldmühle Nobel zusammengekauft und an VEBA verkauft; die anderen sechs Prozent hatte VEBA selbst über die Börse erworben.

»Der Spiegel« schrieb hierzu am 22. Mai: »Gleichzeitig (nach der Emission der bis dahin im Privatbesitz Flicks befindlichen Feldmühle-Aktien an der Börse 1985; der Verfasser) beschlossen die Banker (die der Deutschen Bank; der Verfasser) intern, alle Aufkaufversuche zu verhindern. Ahnungslos hatte Vorstandsmitglied Herbert Zapp noch Anfang Mai in einer Feno-Aufsichtsratssitzung den Vorstandschef der Feno, Heribert Blaschke, beruhigt: ›Wir haben keine Paketbildung feststellen können.‹

Gegenschlag der anderen beiden Großbanken

Die Deutsche Bank, kein Zweifel, ist vorgeführt worden. Das Institut, das sonst alles weiß, bekam noch nicht einmal mit, wie im Falle Feno ganz routiniert eine kalte Übernahme gegen den Vorstand inszeniert wurde.

Als Affront muß die Deutsche Bank das Verhalten von Commerzbank-Chef Walter Seipp und der Kollegen von der Dresdner Bank empfinden. Die Nummer zwei und die Nummer drei des Geldgewerbes haben mit äußerster Verschwiegenheit Beihilfe bei dem Feno-Coup geleistet.« Soweit »Der Spiegel«. Ein Schlag der Dresdner und Commerzbank, der vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Dies alles bedeutet aber nicht, daß die Macht der Deutschen Bank damit gebrochen ist. Diese wurde vielleicht etwas angekratzt und wird dazu führen, daß die Deutsche Bank von ihrem fast offen dargestellten Machtstreben wieder hin zu subtileren Mitteln greifen wird, die vor allem nicht an die Öffentlichkeit dringen – außer wenn Insider etwas verlauten lassen.

Und es besteht sogar eine große Gefahr, daß diese Niederlagen Herrhausens in der Öffentlichkeit die Meinung entstehen lassen: »Seht her, so stark, wie immer dargestellt, ist diese Bank gar nicht; also ist das Gerede von zu großer Bankenmacht Quatsch.«

Denn die wirkliche Macht besteht nicht darin, irgend jemandem aus irgendwelchen Gründen ein insgesamt doch eher mittelständisches Unternehmen zuzuschanzen oder durch die Quasi-Enteignung von Genußscheininhabern 100 Millionen DM Profit zu erzielen. Die wirkliche Macht der Großbanken, und hier speziell der Deutschen Bank, besteht in den Möglichkeiten, die sie auf der politischen Ebene hat. Und diese ist durch das oben geschilderte, wenn überhaupt, nur unwesentlich geschmälert worden.

Da die Öffentlichkeit aber gegenüber früher in dieser Frage viel hellhöriger geworden ist, hat das Großkapital schnell seine Taktik geändert. Wurde früher ein gesellschaftlicher Einfluß strikt verneint, so wird dieser nun relativiert.

So sagte Herrhausen Anfang Juni in einem Interview mit der »Bunten« folgendes: »Und wir haben nun einmal Macht, genauso wie große Firmen, wie Gewerkschaften, Verbände, wie Medien. Es kommt darauf an, ob Macht kontrolliert wird, ob sie ausbalanciert ist durch die anderen Machtgruppen. Und dies ist der Fall.«

Kein Wort verlor Herrhausen darüber, daß Daimler, das größte deutsche Unternehmen, und die Deutsche Bank praktisch eins sind. Kein Wort darüber, daß das Depotstimmrecht, mit dem die Banken nahezu alle Publikums-Aktiengesellschaften kontrollieren, selber aber nicht kontrolliert wird und es hierfür kein Pendant gibt – außer Selbstabstimmung durch die Kleinaktionäre, was aber illusionär ist.

Die Macht der Mammutkonzerne

Und mit der Fusion von Daimler mit MBB würde nicht nur ein kaum mehr zu kontrollierender gigantischer Konzern entstehen, der auch politisch sehr einflußreich wäre, sondern er müßte auch in Wirklichkeit Deutsche Bank-Daimler-MBB heißen. Und damit wäre ein Machtfaktor entstanden, dem keine Regierung etwas entgegenstellen könnte. Allein durch die Millionen Arbeitsplätze die von ihm abhingen, durch die Steuerzahlungen, die bei Verlegung des Standortes den Bankrott der dortigen Kommunen bedeuten würden, durch das finanzielle Volumen, könnte der Regierung, natürlich immer in subtiler Weise, diktiert werden, was zu geschehen habe.

Der Vorstandsvorsitzende Daimlers, SPD-Mitglied Edzard Reuter, verneint dies natürlich. So schrieb er am 26. April in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Je mehr man im Fadenkreuz der öffentlichen Aufmerksamkeit steht, um so stärker ist die Bereitschaft, das eigene Tun noch mehr als ohnehin üblich selbstkritisch zu bedenken.

Gegen die Sorge vor einem Übermaß an politischer Macht spricht nicht zuletzt auch, daß ein Konzern, dessen Wohl und Wehe vom Wohlwollen einer höchst sensiblen Pkw-Kundschaft abhängt, es sich schlicht nicht leisten kann, durch kritikwürdige Praktiken auch nur drei Prozent seiner Käufer zu verlieren. Nein, die Politik hat durchaus die Möglichkeit, einem Unternehmen empfindlich zu schaden, aber ein Unternehmen hat in unserem Land – Gott sei Dank – nicht die Macht, die Fähigkeit, die demokratischen Kontroll- und Reinigungsprozesse zu unterlaufen.«

Hören wir uns an, was der Präsident des Bundeskartellamtes, Professor Wolfgang Kartte, dagegen in einer bemerkenswerten Rede auf der Jahrestagung des Verbandes der Druckindustrie am 14. April zur politischen Macht von Großkonzernen sagte: »Unseren Großunternehmen wachsen durch die zunehmende Öffnung der Märkte und die damit verbundenen Konzentrationsprozesse, aber auch durch die zunehmende Bereitschaft der Regierungen, bestimmte Industrien zu fördern, zu subventionieren, ja eigenhändig Mammutkonzerne zusammenzuschweißen, erhöhte Machtpotentiale zu.

Gefahr für die Balance der wirtschaftlichen Ordnung

Wirtschaftliche Macht schlägt aber jedenfalls dann, wenn sich die Wertschöpfung eines Großunternehmens in Prozentpunkten des Bruttosozialproduktes seines Heimatlandes ausdrücken läßt, in politische Macht um. Ein solches Unternehmen ist, wegen der Vielzahl seiner Arbeitsplätze, nicht nur unsterblich. Es hat Verhaltensspielräume, die allenfalls noch von konkurrierenden, ebenbürtigen, multinationalen Konzernen, nicht aber mehr von den politischen Instanzen des eigenen Heimatlandes ausreichend kontrolliert werden können. Wenn hier die Unternehmermoral nicht stimmt und die Hybris sichtbar wird, gerät die gesamte Balance unserer marktwirtschaftlichen Ordnung in Gefahr.«

Kartte fuhr fort: »Auch ich würde den ›Wettbewerb als Entdeckungsverfahren‹, das Evolutionsprinzip, uneingeschränkt akzeptieren, wenn auch nur annähernd Waffengleichheit zwischen Klein und Groß bestände.

Indessen wird rund die Hälfte unseres Bruttosozialprodukts in staatlich beschränktem Wettbewerb erwirtschaftet, und die staatlichen Subventionen, vorwiegend an die Großindustrie, steigen weiterhin in jedem Jahr. So gesehen, stellt sich die herrschende Wettbewerbstheorie in der Praxis als ein Schutzmechanismus für die Entfaltungsfreiheit der Großen zu Lasten der Kleinen dar.«

Dies ist eine klare Antwort auf Herrn Reuter, der nur noch eines hinzuzufügen ist. Anscheinend geht der Kapitalisten-Sozi von einer unbeschreiblichen Naivität der Deutschen aus – die ja leider in vielen Fällen auch

Banker

Der Deutschen Bank steht der Wind ins Gesicht

wirklich gegeben ist. Denn wer glaubt wirklich, daß Deutsche Bank-Daimler mit einer Presseerklärung kommt und irgend etwas fordert. Das geschieht im Geheimen, in Einzelgesprächen mit Ministern oder dem Kanzler selber. Und da die die Regierung stellenden Parteien heutzutage sowieso mehr oder weniger zu »Aufs-Kommando-die-Händchen-hebe-Parteien« verkommen sind, echte Opposition aus Reihen eigener Abgeordneter meist durch die Drohung »Bei der nächsten Wahl verlierst Du Deinen Wahlkreis beziehungsweise sicheren Listenplatz« meist blitzschnell zum Verstummen gebracht wird, ist eben demokratische Kontrolle nicht gegeben.

Die Macht der Banken besteht im Depotstimmrecht

Und daß das Protestgeschrei der Oppositionsparteien in der Regel sehr schnell in das Gegenteil umschlägt, wenn sie selber an der Regierung sind, kennzeichnet folgendes Beispiel sehr gut: Die SPD/FDP-Koalition hatte während ihrer Regierungszeit erstmals die Bundesbank-Gewinne zur Verminderung der Haushaltslücke eingesetzt. Während der damaligen Haushaltsdebatten kritisierte der Finanzexperte der CDU, Gerhard Stoltenberg, dies auf das heftigste. Was aber geschah nun, als die FDP zur Union wendete? Stoltenberg tat genau das gleiche wie seinerzeit die SPD/FDP-Regierung. Und dreimal darf geraten werden, wer dies nun kritisierte: Genau, die Sozialdemokraten!

Und die Macht der Banken hat sich im Laufe der Zeit gefährlich gewandelt. Verfügte eine Bank früher in der Regel nur dann über Macht in einem Unternehmen, wenn es dieses durch hohe Kredite an sich gebunden und damit auch im gewissen Sinne von sich abhängig gemacht hatte – schließlich können kurzfristige Kreditkündigungen oder auch »nur« Erhöhung der Zinsen um einige wenige Prozentpunkte das Unternehmen in seiner Existenz gefährden –, so war der Einfluß der Geldinstitute bei kapitalstarken Firmen doch sehr begrenzt.

Also mußte was geschehen. Und das Schwert, diesen Gordischen Knoten zu durchschlagen, war die Einführung von Publikums-Aktiengesellschaften, Firmen also, deren Aktienmehrheit nicht in festen Händen, beispielsweise der Firmengründer war, sondern in Händen vieler einzelner Aktionäre. Da diese oft gar nicht über das wirtschaftliche Wissen verfügen, das notwendig ist, über das Wohl und Wehe eines Unternehmens mitentscheiden zu können, übertragen sie dies per Vollmacht an jemanden, der ihrer Meinung nach über dieses Wissen verfügt. Und erneut darf dreimal geraten werden an wen. Natürlich an die Banken, die auch heute noch in der Bevölkerung als Ausgeburt der Seriosität gelten.

Und da es in der Bundesrepublik nur noch sehr wenige Großunternehmen gibt, die nicht in der Form einer AG firmieren, ist die Macht der Banken durch das vom Gesetzgeber eingerichtete Depotstimmrecht bei diesen Unternehmen nahezu ins Unermeßliche gestiegen. Und genau in diesem Sinn ist auch das vehemente Einsetzen der Banker zu verstehen, immer mehr Unternehmen an die Börse heranzuführen, und zwar in Form von Stammaktien.

Ein Crash bringt den Großen Profit

Wer eine Aktie kauft, muß auch mitentscheiden können, heißt es zur Begründung. Der Kleinaktionär, der vielleicht im Besitz von zehn Aktien ist, kann aber mit seiner Stimme, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, nicht viel ausrichten und ist mehr an einer möglichst hohen Dividende interessiert, zum Beispiel in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Nur dagegen wehren sich die Banken; schließlich würde dies ihre Macht beschränken. Genau das, die Angst vor zuviel Bankeneinfluß, ist aber der Grund, warum dennoch einige Großunternehmen, wie etwa Nixdorf oder VDO, nur Vorzugsaktien an die Börse brachten.

Hier passen auch weitere Gerüchte bezüglich des Börsencrashs vom Oktober 1987. Dieser führte nämlich weltweit zu Kursabschlägen von bis zu 40 Prozent, und in Einzelfällen auch mehr. Dies bedeutet auf der anderen Seite aber auch, daß potentielle Kaufinteressenten dementsprechend weniger für diese Unternehmen aufzuwenden haben. Und dies soll auch in großem Maße geschehen sein. Also ein weiterer Pluspunkt des Börsencrashs, der viele kleine Aktien-Sparer um ihr ganzes Geld gebracht hat, für gewissenlose Finanzhaie.

Unter Berücksichtigung all des Vorgenannten sind Bestrebungen zu begrüßen, die Macht der Banken einzuschränken. In den vergangenen Wochen haben auch SPD und FDP Vorschläge in diese Richtung gemacht. Beispielsweise die Begrenzung der Beteiligung von Banken an Nichtbanken auf fünf Prozent (SPD) beziehungsweise 15 Prozent (FDP) des Aktienkapitals. Diese Bestimmung ist aber über Strohmänner oder befreundete Auslandsbanken ganz einfach zu unterlaufen und bringt von daher nicht viel, wäre aber trotzdem ein Fortschritt. Das gleiche gilt für Aufsichtsratsmandate, da die Banken als Kredit-Macht im Hintergrund weiter Einfluß ausüben würden.

Eine wirkliche Machteinschränkung der Banken könnte nur über den Wegfall des Depotstimmrechts geschehen, wobei Paragraph 135 Absatz 6, was so gut wie unbekannt ist, sogar eine falsche Stimmrechtsabgabe der Banken sanktioniert. Zwar kann dadurch unter Umständen eine Schadenersatzpflicht der Banken entstehen, die Entscheidung als solche wird aber nicht rückgängig gemacht.

Ein Wegfall des Depotstimmrechts hat aber nur den Sinn, wenn dies nicht nur für Banken, sondern auch für sogenannte Aktionärsvereinigungen gilt. Über den Einfluß, den das Großkapital bei der größten »Aktionärsvereinigung« der Bundesrepublik, der oben genannten DSW, ausübt, hat CODE bereits in einer der vorherigen Ausgaben ausführlich berichtet; so ist ja unter anderem der Berliner Anwalt Gerold Bezzenberger, der für die Großbanken schon viele Fälle vor Gericht vertrat, Vizepräsident dieses Vereins.

Lassen Sie uns zum Abschluß dieses Artikels bitte noch auf folgendes hinweisen: CODE ist nicht grundsätzlich gegen das Großkapital. Ganz im Gegenteil, funktionierende Großunternehmen und Banken sind notwendig, um die Wirtschaft eines Landes funktionsfähig und vor allem auch international wettbewerbsfähig zu erhalten.

Erfüllungsgehilfen der Internationalisten

Worauf es aber ankommt, ist die politische Ausrichtung des Großkapitals. Und zumindest bei den Großbanken, Daimler und leider auch vielen anderen Großunternehmen ist die Einstellung ganz eindeutig internationalistisch. Dies sieht man zum Beispiel bei Herrhausen, der zusammen mit dem Franzosen Delors der geistige Vater des Europäischen Binnenmarktes mit seinen vielfältigen Nachteilen für die Bundesrepublik, die die wenigen Vorteile mannigfach überwiegen, ist.

Es gab in der Vergangenheit viele sogenannte Großkapitalisten, die über mächtige Wirtschaftsimperien verfügten, diese aber zum Wohl Deutschlands einsetzten. Zu nennen wären dabei unter anderem die Namen Flick und Krupp. Und eben dieses muß der Hauptpunkt der Betrachtung von Konzernen und Großbanken sein. Wenn diese ihre Macht und ihren Einfluß ganz für die Stärkung der Interessen Deutschlands in der Welt und nicht für irgendwelche internationalistischen Ziele einsetzen, muß man zwar noch immer darauf achten, daß sie nicht so stark werden, daß ohne sie nichts mehr geht, doch dann ist ihre Position höchst begrüßenswert. Dieses ist derzeit aber leider selten der Fall. Auch hier hat die in den vergangenen 44 Jahren getätigte Umerziehung ihre Wirkung gezeigt. □



Währungen

Probleme mit dem Schweizer Franken

Gordon C. Tether

Auf dem internationalen Währungsgebiet liegen die Dinge nicht mehr so, wie sie waren. Eine der spektakulärsten Veränderungen muß in dem Verfall im Status des Schweizer Franken gesehen werden.

Als das Bretton-Woods-System der internationalen Zusammenarbeit auf dem Finanzsektor durch Washingtons Entscheidung Anfang der siebziger Jahre, den äußerst wichtigen Zusammenhang zwischen dem Dollar und dem Gold zu beenden, torpediert wurde, reduzierten sich die Devisenmärkte sofort im Grunde zu einem Trümmerhaufen. Die einzige Einheit, die, wie allgemein anerkannt wurde, über dem Chaos stand, war der Schweizer Franken.

Die Abwertung des Franken

In der Tat war die anschließende Steigerung der Popularität des Landes als ein Hafen für ausländisches Kapital derart beachtlich, daß innerhalb von einem oder zwei Jahren der Schweizer Franken einen gewaltigen Fortschritt verzeichnete, bezogen auf alle Währungen, darunter diejenigen, die bislang zu den stärksten der Welt zählten.

Darüber hinaus erwies sich dies als alles andere als nur eine vorübergehende Erscheinung. Denn weit über ein Jahrzehnt hinaus blieb das Image des Franken so, daß die Gewinne, die er in der ersten Hälfte der siebziger Jahre im Vergleich zu den anderen Währungen verzeichnet hatte, voll beibehalten und sogar noch verbessert werden konnten. Aber gerade in dem Augenblick, als es so auszusehen begann, als nehme seine Überlegenheit einen dauerhaften Charakter an, wendete sich das Blatt.

Über das gesamte Jahr 1988 hinweg erlitt der Schweizer Franken tatsächlich eine Abwertung im Sinne aller Hauptwährungen, die im Lichte seiner jüngeren Geschichte mit Recht als dramatisch bezeichnet werden kann. Im Verhältnis zum amerikanischen Dollar verzeichnete er einen prozentualen Verfall, der weit in die Doppelziffern hineinging. Das dürfte in gewissem Maße der Tatsache zuzuschreiben sein, daß der Dollar zu dieser Zeit so etwas wie ein Comeback veranstaltete.

Und doch muß zur Kenntnis genommen werden, daß der Schweizer Franken das Jahr auch mit Verlusten zwischen drei und 13 Prozent gegen alle anderen Währungen aus der ersten Liga abschloß. Die Situation hat sich auch nach Beginn des laufenden Jahres nicht wesentlich verändert.

Es ist bemerkenswert, daß trotz der Herunterkurbelung der Zinssatzunterschiede zugunsten der Deutschen Mark der Preis der Mark in Schweizer Franken den Handelsbereich von 80 bis 85 Schweizer Franken, auf den sich die Behörden in den beiden Ländern seit einigen Jahren bemüht haben hinzuarbeiten, zeitweilig durchbrochen hat. Also, was ist geschehen?

Es scheint, daß die Erklärung für den offensichtlichen Rückgang im internationalen Ansehen des Schweizer Franken hauptsächlich darin zu suchen ist, was anderswo geschah, und nicht in Mängeln seitens der Schweizer selbst. Zunächst einmal hat die Leistung des Schweizer Franken im weltweiten Kampf gegen die Inflation aufgehört so günstig gegenüber den anderen Haupt-Währungseinheiten abzuschneiden, wie das früher der Fall war.

Die Mängel sind nicht in der Schweiz zu suchen

Mitte der siebziger Jahre gingen die Inflationsraten in Ländern, die Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, um zehn Prozent über die der Schweiz hinaus. Noch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre betrug die Lücke fünf Prozent. In den letzten paar Jahren drückte das neue Inflationsbekämpfungs-Bewußtsein anderer Länder den Unterschied bis auf unter zwei Prozent herunter.

Da die Zinsfüße in der Schweiz selbst auf Höhen weit unter denen, die anderswo vorherrschen, gehalten werden, wurde der frühere Anreiz für Ausländer, ihr Geld in der Schweiz anzulegen, entscheidend abgestumpft. In die gleiche Richtung zu ziehen, war eine bedeutende Entwicklung auf dem Gebiet der Devisenmärkte.

Sie hat die Gestalt des wachsenden Erfolgs angenommen, der vom europäischen Geldsystem – die Finanzschöpfung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – mit der Schaffung einer Insel der Stabilität in der stark schwankenden Währungswelt, die durch das Aufkommen von frei veränderlichen Devisenkursen zustande kam, erzielt wurde.

Dies war natürlich der Traum der Gründungsväter, als Ende der siebziger Jahre das Europäische Währungssystem in Erscheinung trat. Seine Kritiker bezeichneten es als Seifenblase, die innerhalb von einem oder zwei Jahren zerplatzen würde.

Schließlich ist dank der Bereitschaft der teilnehmenden Länder, sich formlosen Zwängen zu unterziehen, die darauf abzielen, ihre jeweilige Wirtschaftspolitik zu harmonisieren, das neue Unternehmen von Stärke zu Stärke geeilt. Dabei hat es seiner eigenen Währungseinheit – dem Ecu – den Rechtsanspruch verliehen, im Interesse der Stabilisierung den Schweizer Franken selbst in den Schatten zu stellen.

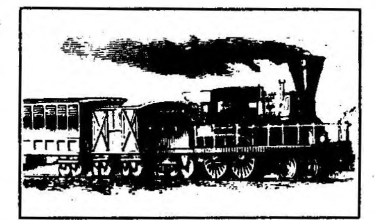
Immer noch eine besondere Währung

Was dabei herauskommt, ist die Tatsache, daß der Schweizer Franken in einem beträchtlichen Ausmaß seiner einzigartigen Stellung in weltweiten Finanzgeschäften beraubt worden ist, die er sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erworben hatte. Es wäre jedoch falsch, dahingehend zu argumentieren, daß er etwa aufgehört habe, eine besondere Währung zu sein, nur weil er nicht mehr einzigartig ist.

Es stimmt, daß von jetzt an die Fähigkeit der Schweiz, trotz der stärker werdenden Konkurrenz, aus anderen Zentren ausländisches Kapital an sich zu ziehen, mehr durch Zinssatzunterschiede bestimmt wird. Der Glaube, daß man sich auf den Franken verlassen kann, um bessere Kapitalgewinne zu erzielen als andere führende Währungseinheiten, wird fast mit Sicherheit viel weniger Einfluß ausüben, als das in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Fall war.

Da aber die Schweizer Behörden immer noch keine Anstalten machen, den geraden und schmalen Weg der finanziellen Redlichkeit zu verlassen, den sie so lange gewandelt sind, kann man zuversichtlich erwarten, daß der Schweizer Franken weiterhin als eine der angesehensten Währungen der Welt gelten wird.

Diejenigen, die so lange ihre Fahnen an ihn geheftet haben, sollten lange und gründlich darüber nachdenken, bevor sie ihn zugunsten von Einheiten verlassen, die zwar für den Augenblick attraktiver aussehen, die aber auch als grundsätzlich verwundbarer gegenüber den Schlingen und Pfeilen des Glücks – übermäßig zügellos oder nicht – gesehen werden können. □



US-Dollar

Der gleiche alte Irrsinn der Amerikaner

John Springfield

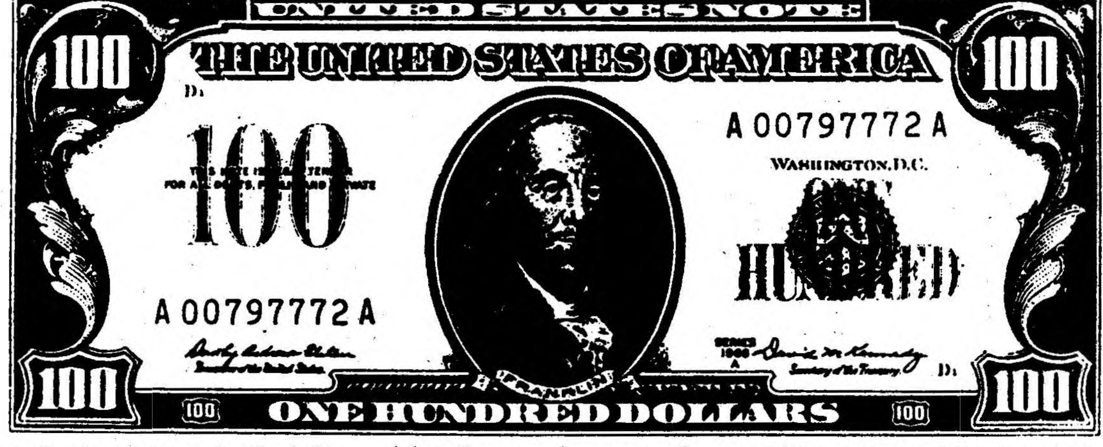
George Bush und seine Regierung haben die Wirtschaftspolitik der ersten beiden Jahre der ersten Reagan-Regierung nachgeahmt. Ein Teilzweck dieser Übung ist es, den kurzfristigen Anschein einer Beruhigung auf dem Dollar-Sektor zu erwecken, um einen verräterischen Abrüstungshandel mit den Sowjets besser verkaufen zu können. Die ganze Welt soll die Bush-Regierung wieder einmal durch Sicherheitsleistungen aus ihren Schwierigkeiten herausbringen. Solche Bemühungen können nicht lange erfolgreich sein.

Um dieses Ziel voranzutreiben, hat die Bush-Regierung, zusammen mit Alan Greenspans Federal Reserve System, auf weltweiter Basis Zinserhöhungen eingeleitet. Der in die Höhe schnellende Dollar ist ein einkalkuliertes Merkmal dieser Politik.

Die Plünderung der übrigen Welt

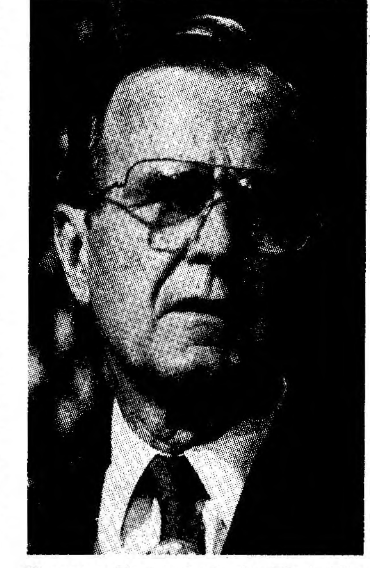
Der Vorsitzende des Federal Reserve Systems (Fed) und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender von Morgan Guaranty, Alan Greenspan – ein Schüler von Ayn Rand, die ihrerseits eine Verehrerin von Friedrich Nietzsche war –, und der amerikanische Finanzminister Nicholas Brady haben versucht, zu der Politik des starken Dollar zurückzukehren, die in der ersten Hälfte der ersten Reagan-Regierung von US-Finanzminister Donald Regan betrieben wurde.

Die Ziele dieser Politik sind: Die übrige Welt auszuplündern, den von der dritten Welt abgeschöpften Schuldenstand zu erhöhen und aufgrund der Wechselkursunterschiede Importgüter billiger einzukaufen. Dies entlarvt die Handelskriegspraktiken der Vereinigten Staaten, die andere Länder »unfairer« Praktiken beschuldigen, als reine Heuchelei.



Außerdem geht es der Bush-Regierung darum, Gelder hineinzuholen, um das Haushaltsdefizit zu finanzieren, nicht nur die Posten innerhalb des Haushaltsplans, sondern auch die Posten außerhalb des Haushaltsplans, vor allem den Wohnungsbau. Die Tatsache, daß Freddie Mac, der halb regierungsamtliche, halb private Immobilienkäufer auf dem amerikanischen Zweitwohnungsmarkt, im Dezember 1988 mit einem wenig publizierten Schritt auf dem Aktienmarkt in die Öffentlichkeit gehen konnte, ist Teil dieser Aktion. Die Folgen für die Wirtschaft können am Ende nur katastrophal sein.

Als Reaktion darauf haben die Briten auch die Zinssätze erhöht. Im Mai erhöhte die Bank von England den Diskontsatz um einen vollen Prozentsatz auf erstaunliche 14 Prozent. Die Wirtschaft ist Premierminister Margaret Thatchers Achillesferse, weitgehend selbst herbeigeführt.



George Bush hat ein Ziel: Die übrige Welt auszuplündern durch Abzug von Geldern in den Hochzins-Dollar.

Die Schuld schob man den Deutschen zu

Die Deutsche Bundesbank, die Bank von Japan und die Banque de France mußten auf diese Erhöhung reagieren, indem sie ihrerseits die Zinsen erhöhten, um einen Geldverlust in Form von Kapitalflucht zu verhindern. Berichte in den Medien, darunter in der Londoner Finanzpresse, wonach die Deutschen die Erhöhung der Zinssätze eingeleitet hätten, sind falsch und, soweit festgestellt werden kann, reine Propaganda.

Zum Beispiel: Am 29. Januar stand der Zinsfuß auf dreimonatige US-Schatzpapiere, die in London gehandelt werden, auf sieben Prozent; der entsprechende Zinssatz für japanische Schatzpapiere war 4,2 Prozent und der für deutsche etwas über drei Prozent.

Dank Greenspan hatte sich der amerikanische Zinssatz für den gleichen Schatzwechsel bis Mitte Mai um mehr als 200 Berechnungspunkte auf über neun Prozent in die Höhe geschlängelt. Die Japaner mußten ihren Satz auf fünf Prozent erhöhen, und der deutsche Zinssatz wurde auf über sechs Prozent hochgezogen. Die Sätze gaben in den beiden letzten Mai-Wochen ein wenig nach.

Das Federal Reserve System begann Ende Februar den Lombardsatz – den Zinssatz von Geldern, die von Bank zu Bank verliehen werden und den das Federal Reserve System beeinflußt – zu erhöhen.

Dies kehrte den Dow-Jones-Aktien-Durchschnitt um, der seit Mitte Februar einige Wochen lang böse gefallen war, wobei ein nervöser Bush, der den ganzen Monat schon im Amt war, tatenlos zuschaute.

Das Timing stimmt genau. Bush brauchte auch eine erneute Stärkung des Anscheins, der den Potemkinschen Dörfern gleichkommenden »Erholung« als Hintergrund, um die nächste Phase der Ausverkaufsverhandlungen mit den Sowjets zu vollenden.

In Wirklichkeit ist die amerikanische Realwirtschaft in der dazwischenliegenden Zeit seit Anfang 1989 weiter zusammengebrochen, wie sogar aus der Er-

höhung der stark gefälschten Arbeitslosenziffern hervorgeht.

Hoher Zinssatz, starker Dollar

Ehe wir uns mit den Hauptmerkmalen der Bush-Greenspan-Brady-Politik »hoher Zinssatz, starker Dollar« befassen, sind zwei Punkte an der Reihe.

Erstens, es sollte klar sein, daß die Vereinigten Staaten mit dem Feuer spielen. Der amerikanische Leitzins beträgt bereits 11,5 Prozent und liegt damit viermal so hoch wie er sein sollte. Der vom Federal Reserve System festgesetzte Lombardsatz wird mit 9¾ bis 10 Prozent gehandelt. Der Umfang der Blase von Schulden und Spekulationspapieren allein in den Vereinigten Staaten ist 18,3 Billionen Dollar.



Ronald Reagan begann das Spiel mit dem Feuer: Hoher Zinssatz, starker Dollar. Die Blase wird eines Tages platzen.

Die Blase wird platzen, wenn die Zinssätze sich versteifen. Das Wachstum der US-Papier-Wirtschaft schreitet mit schwindelerregendem Tempo weiter.

Zum Beispiel stiegen im März die Kreditkartenschulden um sage und schreibe 4,3 Milliarden Dollar und für das erste Quartal von 1989 stiegen die Kreditkartenschulden um 8,1 Milliarden Dollar an – der höchste Stand in einem Jahrzehnt. Darüber hinaus, während andere OECD-Staaten ihre Zinssätze anheben, um mit den Vereinigten Staaten im Wettbewerb zu bleiben, erzeugen sie ihre Inlands-Schuldenblasen selbst.

Zweitens, das Wenige, was noch von der Realwirtschaft übrigbleibt, wird ausgelöscht. Zum Beispiel: Trotz Händler-Nachlässen von 1000 bis 2000 Dollar und Finanzierungsplänen von bloßen 5,9 bis herunter zu 0 Prozent gingen die Autoverkäufe Mitte Mai auf 6,8 von 7,4 Millionen Anfang des Monats zurück. Dies entspricht zwei Drittel der Autoumsätze des Jahres 1979 und ist ein bedeutender Rückgang im Vergleich zum letzten Jahr.

Neubestellungen für langlebige Wirtschaftsgüter, die seit vier Monaten ständig in die Höhe klettern und die von allen Wirtschaftsweisen als sicheres Zeichen einer überhitzten Wirtschaft angesehen werden, lagen im April bei 129,1 Milliarden Dollar, unter dem Stand, auf dem sie sich im November befanden.

Die Zahlen für die Ausnutzung der Produktionskapazität sind gestiegen, aber nur weil viel weniger Kapazität vorhanden ist. 1988 produzierte die amerikanische Stahlindustrie 99,66 Millionen Tonnen Rohstahl. Im Vergleich zu der veranschlagten Kapazität der Stahlproduktion für 1988 von 112 Millionen Tonnen wurde damit eine scheinbar beeindruckende Kapazitäts-Ausnutzungsrate von 89 Prozent verzeichnet.

Aber die amerikanische Stahlindustrie hat seit 1977 48 Millionen Tonnen Produktionskapazität entweder in die Luft gesprengt oder sonstwie vernichtet. Hätten die USA die für 1977 benötigte Kapazität von 160 Tonnen nicht zerstört oder anderweitig modernisiert, dann hätte die Kapazitäts-Ausnutzung 1988 nur 62 Prozent betragen.

Erhöhungen der Belastungen für die dritte Welt

Wie Zar Michail Gorbatschow von Rußland möchte George Bush auch auf der Welle der Speichelleckerei reiten, die durch seine angeblichen Errungenschaften entstanden ist. Daher die Merkmale der Politik »hoher Zinssatz, starker Dollar«. In Wirklichkeit ist dies nur eine billige Imitation der Politik von Donald Regan von vor acht Jahren, mit der lediglich die Jimmy-Carter-/Paul-Volcker-Konjunkturflaute verlängert wurde.

Wir untersuchen nun die Dinge im einzelnen: Es gibt zwei Mittel, mit dem der starke Dollar die übrige Welt ausplündert. Erstens durch Erhöhung der Zinsschuld-Belastungen, mit denen die dritte Welt ihres Kapitals beraubt wird, sowie durch die Anziehung von Fluchtkapital aus Ländern um den ganzen Globus herum.

Zweitens macht dies die Kosten für Einfuhren billiger, wodurch die Vereinigten Staaten an die realen Sachgüter anderer Länder herankommen. Es wird geschätzt, daß für jeden Prozentpunkt Erhöhung der amerikanischen Zinssätze die dritte Welt jährlich zusätzlich 5 bis 6 Milliarden Dollar an Zinsen zahlen muß, wobei Lateinamerika allein 3 Milliarden Dollar zahlt. Der höherstehende Dollar bringt Gelder aus jedem Land herein.

Nach Angaben des Wirtschaftlers am Nomura Research Institute, Mark Cliffe, steckte Japan im April 10 Milliarden Dollar in ausländische Aktien, die fast alle auf Dollar lauten. Die Japaner boten auch Anfang Mai bei der Versteigerung von amerikanischen firmeneigenen Schuldverschreibungen in der Größenordnung von 28 Milliarden heftig mit.

»Anleger wollen ihr Geld aus Tokio herausnehmen und in die USA hineinstecken«, sagte Takenori Kato, der Devisen-Chef für America's Continental Bank in Japan. »Die Nachfrage nach Dollar ist gewaltig«, sagte Liliana Nealon, ein Vize-Präsident der Union Bank of Switzerland.

Politik zur Vernichtung der Verbündeten

Der stärkere Dollar wird es den USA ermöglichen, die dritte Welt weiter auszuplündern. 1982 wurde der mexikanische Peso zum Beispiel mit 40 pro Dollar gehandelt. Der frei veränderliche Peso steht heute auf 2460 im Verhältnis zum Dollar. Mexiko muß viel mehr Sachgüter an die USA verkaufen, um den gleichen Betrag in Dollar zu verdienen.

Die USA hoffen, daß sie ihre Import-Abhängigkeit kaschieren können, indem sie die Importkosten verbilligen. Das wird nicht funktionieren. In den ersten drei Monaten des Jahres 1989 gingen die amerikanischen Ausfuhren von Anlagegütern, der Inflation angepaßt, tatsächlich zurück. Da der steigende Dollar die amerikanischen Ausfuhren in sechs bis acht Monaten immer mehr verteuert, wird das Loch in der Handelsbilanz größer werden und Bush in den sicheren Ruin führen.

Der steigende Dollar läßt ausländische, auf Dollar lautende Aktien im Wert steigen, auch wenn die einzelne Aktie nicht teurer wird. Dies beseitigt die Furcht, Aktien auf Kredit, mit geliehenem Geld, zu kaufen wegen der höheren Zinssätze. Dies machte in den letzten zehn Wochen für Devisen den Weg frei, mitzuhelfen, den Aktienmarkt »in die Höhe zu treiben«.

»Business Week Magazine« unterstrich diesen Trend in einem Artikel mit der Überschrift »Europe's Smart Money Heads Back to Wall Street« (»Europas kluge Geldköpfe zurück zur Wall Street«) wie folgt: Milliarden von Dollar sind über den Atlantischen Ozean gegangen.

Höhere Zinssätze auf amerikanische Schatzwechsel und Aktien, die Gelder aus der ganzen Welt anziehen, haben vorübergehend die Besorgnis gemildert, mit der die USA bis Februar dieses Jahres in jede Versteigerung von Schatzpapieren hineingegangen sind. Dadurch ergab sich ein scheinbar glatter Hintergrund, vor dem Bush Waffengeschäfte mit den Sowjets tätigen konnte. Dies war auch eine Tarnung für einen der bemerkenswertesten Ponzi-Pläne der Geschichte.

Und jetzt? Der Dollar wurde nach oben gefahren, der Aktienmarkt künstlich neu aufgeblasen, alles mittels einer Politik, die zur Vernichtung der Verbündeten führen wird, die diese Politik unterstützen. Die angewendeten Mittel haben die Unstabilitäten im Finanz- und Wirtschaftssystem erhöht, und diese Unstabilitäten werden früher oder später an die Oberfläche treten und sich rächen, wie sie es zwischen August und Oktober 1987 getan haben. □

US-Dollar

Ein Ende der Schwankungen

Gordon C. Tether

Eine gewaltige Übung der Zusammenarbeit auf finanziellem Gebiet wird vorbereitet, um den US-Dollar zu den höheren Kurssätzen, die er in den letzten Monaten erreicht hat, stabil zu halten.

Der langandauernde Verfall im internationalen Wert des Dollar, der Ende der achtziger Jahre einsetzte, ging im Spätsommer des vergangenen Jahres zu Ende. Danach erfuhr der Dollar eine wesentliche Erholung, und gegen Ende des ersten Quartals des laufenden Jahres stand er etwa zehn Prozent über seinem Tief von 1988, sowohl von der Deutschen Mark als auch vom japanischen Yen her gesehen, die jetzt der Welt erstrangige »Hart«-Währungen sind.

Konzertierte Aktion der Zentralbanken

Wohin wird es von hier aus weitergehen? Versuche, eine Antwort auf diese höchst relevante Frage zu geben, wurden kürzlich vorgelegt, wobei ein zusätzliches Hindernis zu überwinden war. Dieses nimmt die Gestalt einer weiteren internationalen Großübung der Zusammenarbeit an, die von den schrittmachenden Ländern durch die sogenannte G-7-Gruppe organisiert wird.

Basierend auf dem Plan, daß der internationale Wert des Dollar jetzt mehr oder weniger »richtig« ist, zielt das Ganze darauf ab, den Markt zu konditionieren, daß durch die konzertierte Aktion der Zentralbanken wesentliche Bewegungen des Dollar nach oben oder unten verhindert werden.

Es kann zur Rechtfertigung dieser Politik gesagt werden, daß der Wechselkurs des Dollar jetzt auf breiter Basis zu den Niveaus zurückgekehrt ist, auf denen er stand, als die amerikanische Zahlungsbilanz zum letzten Mal ausgeglichen war – das war zu Beginn der achtziger Jahre.

Da ist auch noch der Punkt, daß das Argument, das für eine Beendigung der Schwankung, die der Dollar in den letzten Jahren auf den Devisenmärkten zur Schau trug, spricht, um so stärker wird, je tiefer der Dollar fällt. Das ist so, weil der Schwund des Vertrauens in seine Zukunft unter zukünftigen ausländischen Besitzern – der bereits ziemlich ernsthafter Natur ist – sehr wohl katastrophale Proportionen erreichen könnte, wenn die Möglichkeit eines weiteren Verfalls des Dollar-Wertes wieder drohend aktuell werden würde.

Es gibt jedoch noch eine andere Weise, die Dinge zu betrachten, und es ist wichtig, diese sorgfältig zu untersuchen; denn viel könnte hinsichtlich der gesamten wirtschaftlichen Zukunft Amerikas davon abhängen.

Analyse der Lloyds Bank of London

Es ist eine Tatsache, daß, ungeachtet des sehr beträchtlichen Verfalls, den der Dollar herunter von den offensichtlich überbewerteten Höhen, auf die er in der ersten Hälfte der achtziger Jahre durch die Geldexperimente der Reagan-Regierung gebracht wurde, zu verzeichnen hatte, die Schrumpfung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits bislang enttäuschend gering gewesen ist.

Eine verzögerte Reaktion ist unter diesen Umständen immer zu erwarten. Aber das langsame Tempo, mit dem sich die Lücke während des vergangenen Jahres verengt hat – etwa vier Jahre nachdem damit begonnen wurde, die Überbewertung zu korrigieren –, deutet auf eines hin, nämlich darauf, daß es notwendig sein könnte, den Dollar eine Zeitlang auf einen Stand unterhalb seines gedachten Gleichgewichtes zu halten, wenn das Tempo der Verringerung des Defizits in der Zahlungsbilanz nicht in ausreichendem Maße erhöht werden kann.

Eine kürzlich durch Lloyds Bank of London, einem der führenden Bankhäuser des Vereinigten Königreichs, durchgeführte Untersuchung zeigte deutlich, daß die Schwankung der Wechselkurse für alle größeren Länder in den achtziger Jahren eine deutliche Tendenz aufwies, sich Jahr für Jahr zu vergrößern – und dies ungeachtet des Wiederauflebens der Aktivität einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Finanzsektor, die darauf abzielt, die Bewegungen auf dem Devisenmarkt stärker auszubügeln.

Die mögliche Auswirkung der Tatsache, daß sich die Geschäftswelt dessen bewußt ist, so wurde argumentiert, sei ein längeres Zögern in der Geschäftswelt, Veränderungen in der Struktur der Wechselkurse zu berücksichtigen, wenn die erforderlichen Schritte unternommen werden, um Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder auszugleichen.

Die Übermenge an US-Dollar

Was dies im Falle Amerikas bedeutet, wie es in der Untersuchung formuliert wird, ist folgendes: »Jene, die dahingehend argumentieren, daß der Dollar tief genug gefallen ist – weil er den gleichen Realwert erreicht hat wie zu dem Zeitpunkt, als die amerikanische Handelsbilanz zum letzten Mal ausgeglichen war –, werden in ihrer Ansicht widerlegt werden.«

»Bei Nichtvorhandensein einer strengeren amerikanischen Steuerpolitik«, so fährt der Untersuchungsbericht fort, »wird der Dollar noch eine Zeitlang wesentlich unter seinem langfristigen Gleichgewichtswert und unter seinem derzeitigen Marktwert falsch ausgerichtet bleiben müssen, um die amerikanische Handelsbilanz zu korrigieren.«

Wenn diese Einschätzung richtig ist – und es fällt schwer, Fehler darin zu finden –, dann leistet die von der G-7-Gruppe in Angriff genommene internationale Stabilisationsübung den Vereinigten Staaten keine guten Dienste. Denn sie wird sich dahingehend auswirken, Amerikas Zahlungsbilanz-Todeskampf – und alles, was damit einhergeht – in einem viel größeren Ausmaß zu verlängern, als andernfalls nötig gewesen wäre.

Es kann jedoch sehr wohl sein, daß die Übermenge an Dollar auf den internationalen Märkten, die durch Fortbestehen eines hohen Zahlungsbilanzdefizits in Amerika verursacht wurde, schließlich Druck auf das G-7-Unternehmen ausüben wird. Aus der Untersuchung der Lloyds Bank geht dies in der Tat ausdrücklich dadurch hervor, daß Wechselkurse für ein Jahr vorausgesagt werden, die den Dollar im Verhältnis zur Deutschen Mark und zum japanischen Yen um rund zehn Prozent niedriger bewerten, als er in jüngster Zeit stand.

Um zehn Prozent nach unten

Die jüngste Tendenz des Auslands, die Anziehungskraft ihrer Kapitalmärkte zu stärken, besonders durch Ausübung eines Aufwärtsdrucks auf inländische Zinssätze, wird voraussichtlich jeden Druck auf den Dollar nach unten verstärken. Daher kann man sich schwer vorstellen, daß er nach oben geht, selbst wenn er zur Stunde nicht nach unten geht. □



Inflation

Eine Lösung ist nicht in Sicht

Gordon C. Tether

Ist die Inflationskrankheit in einer modernen Wirtschaft unheilbar? Das Übel der Inflation greift derzeit in der weniger entwickelten Welt in einem nie zuvor erlebten Ausmaß um sich. Und selbst in den industrialisierten Ländern ist sie wieder einmal auf dem Vormarsch und zeigt in ihrem Verlauf, daß Programme, die laut Meinung der Experten in der Lage sein sollen, die Inflation für immer auszurotten, unter entschiedenen Mängeln leiden.

Die Zahl der weniger entwickelten Länder, die auf eine jährliche Inflationsrate hinweisen können, die nicht weit in zweistellige Zahlen hineingeht, kann jetzt fast an den Fingern einer Hand abgezählt werden.

Die Folge sind steigende Preise

Von Zeit zu Zeit werden einzelne Länder von den westlichen Regierungen, die zu ihren Zahlmeistern geworden sind, unter Druck gesetzt, einschneidende Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Aber bevor sie sehr weit damit gekommen sind, rufen solche Programme fast unveränderlich politische Reibereien in einem Ausmaß hervor, das nach einem energischen Umdenken verlangt. Die unvermeidliche Folge ist eine vorzeitige Wiederaufnahme der Aufwärtsbewegung der Preise.

Glücklicherweise sind die Probleme in der industrialisierten Welt nicht ganz so schlimm. Aber selbst dort sind die Nachrichten von der Inflationsfront alles andere als gut.

Eine Zeitlang sah es so aus, als ob die Entschlossenheit, das Übel ein für allemal auszurotten, die die meisten Staaten in dieser Kategorie vor einem Jahrzehnt deutlich zu zeigen begannen, von Erfolg gekrönt sein würde. Anfang der achtziger Jahre lag die durchschnittliche Jahresquote für die Ländergruppe bei zwölf Prozent. Fünf Jahre später betrug sie weniger als die Hälfte davon.

Danach verlangsamte sich das Tempo der Verbesserung stark und kam im Zeitraum eines weiteren Jahres völlig zum Stillstand.

Jetzt verlaufen die Dinge entschieden in die umgekehrte Richtung. In den Ländern, die zu denen gezählt wurden, die am meisten Erfolg hatten – die in einigen wenigen Fällen tatsächlich das verheißene Land der völligen Geldstabilität zu sein schienen –, trat die Verschlechterung im gemäßigten Umfang ein. Aber in anderen Ländern war sie groß genug, um Befürchtungen zu wecken, daß die Rückkehr der Inflation viel mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung sein könnte.

Die Geldmenge fest im Griff behalten

Die Vereinigten Staaten scheinen jetzt über die Fünf-Prozent-Grenze hinauszuklettern, während man in Großbritannien diese Ziffer bereits weit hinter sich gelassen hat. Dort liegt die Jahr für Jahr zu verzeichnende Preissteigerungsrate bei fast acht Prozent.

Es ist nicht schwierig, dies als äußerst bedrückend anzusehen. Denn die Botschaft besagt deutlich, daß keine langfristige Lösung der Inflationsprobleme erzielt wird, wenn genau die gleichen Waffen geschwungen werden, die – wie der Welt Anfang der achtziger Jahre versichert wurde – die einzigen seien, auf die man sich verlassen könne, um die seit langem angestrebte Heilung herbeizuführen.

Wie man sich erinnern wird, bestand dieses in Mißkredit geratene Allheilmittel darin, in den von der Inflation betroffenen Ländern das Wachstum der inländischen Geldmenge im allgemeinen fest im Griff zu behalten und im besonderen zu gewährleisten, daß der durch defizitäre Haushaltsführung der Regierung geleistete Beitrag zum Wachstum der Geldmenge auf ein absolutes Mindestmaß gehalten wird.

Warum, so könnte man sich sehr wohl fragen, hat diese Mischung so deutlich versagt, langfristig Früchte zu tragen, wie es angeblich geplant war?

Im Falle Amerikas, so könnte man argumentieren, findet sich leicht ein ausreichendes Alibi. Wenn es nämlich etwas gibt, mit dem sich Washington durch das vergangene Jahrzehnt hindurch nicht befaßt hat, dann ist es die Senkung des Bundeshaushaltsdefizits bis auf handhabbare Proportionen herunter.

Aber solch eine leichte Ausrede steht im Falle Großbritanniens offensichtlich nicht zur Verfügung. Der Thatcher-Regierung gelang es nämlich nicht nur, die Haushaltsdefizite aus der britischen Finanzszene verschwinden zu lassen. Sie hat sie sogar mit Hilfe einer ungewöhnlich harten Steuerpolitik durch Haushaltsüberschüsse von einer Größenordnung ersetzt, von denen man in London – und was das betrifft fast überall anderswo – nicht einmal geträumt hatte.

Und doch hat der neue Inflations-Menschenfresser in Großbritannien sein Haupt auf noch bedrohlichere Weise erhoben wie bei den gängigen Industrieländern. Und als ob dies noch nicht schlimm genug wäre, trat auch eine Verschlechterung in der Zahlungsbilanz des Landes von höchst alarmierender Größenordnung ein.

Die Gefahr von steigenden Löhnen

In der Praxis allein zeigt sich die Bewährung, in der Wirtschaft wie anderswo. Was dabei herauskommt, ist die Tatsache, daß die Rezepte gegen die Inflation, die vor einem Jahrzehnt so eine breite Popularität genossen, schwerwiegende Fehler aufwiesen. Eine nähere Untersuchung der Entwicklung der Inflationsszene in den letzten Jahren weist auf zwei Gründe hin, warum die Dinge so sehr schiefgelaufen sind.

Einer davon ist darin zu sehen, daß die Geldmaßnahmen von der Art, wie sie in jüngster Zeit in der Wirtschaftspolitik der Industrieländer marktschreierisch propagiert werden, nicht in der Lage sind, die Steigerung der Löhne und Gehälter ausreichend unter Kontrolle zu halten. Sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten stiegen die Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren in einem schnelleren Tempo als weder durch die Notwendigkeit, die durch den Wertverfall des Geldes verursachte Erosion wettzumachen, noch durch den Anstieg in der Produktivität gerechtfertigt werden kann.

Die unvermeidliche Folge davon war, daß die kostendrückende Inflation sich wieder ganz groß ins Bild zurückschleichen konnte. Das wäre an sich schon schwerwiegend genug gewesen. Aber was die Wirkung noch wesentlich schlimmer macht, ist die Umgehung von Versuchen auf staatlicher Ebene, ein übermäßiges Wachstum der Geldmenge durch Entwicklungen auf internationalem monetärem Gebiet zu verhindern.

Da Beschränkungen auf Kapitalbewegungen von Markt zu Markt nun praktisch der Vergangenheit angehören, bedeutete dies, daß in der ganzen industriellen Welt praktisch unbegrenzte Kredite für die Ausgaben der Verbraucher verfügbar geworden sind.

Weil sie keinen Weg sehen, um mit dieser Situation fertig zu werden, erklären die Finanzminister immer wieder, daß eine stufenweise Erhöhung der Zinssätze, um die Aufnahme von Darlehen empfindlich teuer zu machen, die einzige Waffe sei, die ihnen zur Verfügung stehe, um das Größerwerden der Lükke zwischen Geld und Waren in Grenzen zu halten. □

Federal Reserve System

Geheimnisse des US-Dollar

Peter Blackwood

Die amerikanische Bundesbank, das Federal Reserve System, bestehend aus zwölf Bezirksbanken, arbeitet als Zentralbank für die Vereinigten Staaten und hat das ausschließliche Recht, die Geldmenge und damit die Zinssätze zu steuern. Es gehört den Mitgliederbanken und wirkt mit völliger Unabhängigkeit vom amerikanischen Kongreß und vom US-Präsidenten.

Und dennoch hat es die Befugnis, Millionen Dollar aus den Taschen der amerikanischen Steuerzahler beliebig zu verwenden, ohne sich die Genehmigung irgendeiner gewählten Volksvertretung einholen zu müssen. Das Federal Reserve System hat durch eine Politik des knappen Geldes und der hohen Zinssätze ohne Billigung durch den amerikanischen Kongreß eine verheerende Wirtschaftsflaute ausgelöst, in der Tausende von Geschäften in den Konkurs gingen und die Arbeitslosigkeit nie dagewesene Höhen erreichte.

Eingebettet zwischen Regierungsgebäuden aus weißem Marmor steht das Haus des Federal Reserve Systems, der US-Bundesbank, die aber Bankern gehört.

Wer gründete das Federal Reserve System?

»Die derzeitige Politik der hohen Zinsen des Federal Reserve Systems mag richtig oder falsch sein. Darüber kann man streiten. Aber ich glaube nicht, daß es bestreitbar ist, daß es unvereinbar mit einer repräsentativen Demokratie ist, daß so viel Macht von einem Gremium ausgeübt werden darf, das politisch nicht zur Rechenschaft gezogen wird.« Dies sind die Worte aus der Erklärung des US-Senators Alan Cranston, als er seinen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Federal Reserve Act vorlegte.

Der amerikanische Kongreß schuf das Federal Reserve System als eines der letzten Vorweihnachts-Gesetze am 22. Dezember 1913. Es war das Ergebnis einer fünfjährigen Arbeit zwischen US-Senator Nelson Aldrich und J. P. Morgan. 1910 traf sich eine Gruppe von New Yorker Bankern und ein Vertreter der Bankenfamilie Rothschild und Warburg aus Europa auf Morgans Privatgut, das als Jekyll Island im US-Bundesstaat Georgia bekannt ist.

Neun Tage später trat diese Gruppe mit »dem Aldrich-Plan« an die Öffentlichkeit. Nach diesem Plan sollte für die Vereinigten Staaten eine sich in Privatbesitz befindliche Zentralbank gegründet werden, ähnlich wie die, die seinerzeit in Europa bestanden. Diese Bank sollte das ausschließliche Recht haben, Geld zu schaffen und durch Manipulation der Geldmenge die Zinssätze zu regulieren.

Nachdem es nicht gelungen war, das Gesetz mit Unterstützung der Republikaner zu verabschieden, lief man zu den Demokraten über und hatte Erfolg.

Die USA haben heute eine sich in Privatbesitz befindliche Zentralbank, die sich als »das Federal Reserve System« bezeichnet. Sie wurde durch US-Präsident Woodrow Wilson gesetzlich verankert, der von Morgan dazu ermutigt worden war, in die Politik zu gehen, und der schon drei Jahre nach seiner Unterzeichnung des Gesetzes schrieb:

Kredite beherrschen eine Weltmacht

»Eine große Industrienation wird von ihrem Kreditsystem beherrscht. Unser Kreditsystem ist in dem Federal Reserve System eng zusammengefaßt. Das Wachstum der Nation und daher aller unserer Tätigkeiten liegt daher in den Händen von ein paar Männern. Wir sind zu einer der am schlechtesten geführten, eine der am stärksten gesteuerten und dominierten Regierungen in der zivilisierten Welt geworden – nicht mehr eine Regierung durch freie Meinungsäußerung, nicht mehr eine Regierung durch Überzeugung und durch die Stimmen der Mehrheit, sondern eine Regierung durch die Meinung und Nötigung einer kleinen Gruppe von dominierenden Männern.« Das Zitat stammt aus »National Economy and the Banking System«, Senate Documents Co. 3 No. 23, 76th Congress, 1st session, 1939.

Der Abgeordnete Charles A. Lindbergh, Vater des berühmten Überfliegers des Atlantischen Ozeans, erklärte:

»Dieses Gesetz richtet den gigantischsten Konzern auf Erden ein. Wenn der Präsident das Gesetz unterzeichnet, dann wird die unsichtbare Regierung durch die Macht des Geldes legalisiert. Das schlimmste gesetzgeberische Verbrechen aller Zeiten wird mit diesem Banken- und Währungsgesetz begangen. Die Parteiversammlung und die Parteibosse haben wieder einmal gehandelt und das Volk daran gehindert, die Wohltaten seiner eigenen Regierung zu genießen.« Zitiert aus Kenan, H. S., »The Federal Reserve Bank«, Seite 138–139.

Wem gehört das Federal Reserve System?

Das ursprüngliche Gesetz sah ein siebenköpfiges Gremium von Gouverneuren vor, das das System leiten sollte. Diese Gouverneure sollten vom amerikanischen Präsidenten ernannt werden und der Kongreß sollte ihrer Ernennung zustimmen. Jedoch wurden im Laufe der Jahre durch die Gegebenheiten viele Veränderungen herbeigeführt, und jetzt werden wichtige Entscheidungen durch ein Gremium von zwölf Männern getroffen, das als »Federal Open Market Committee« (»Bundesausschuß für den Freien Markt«) bekannt ist.

Fünf dieser Männer werden durch Banken gewählt. Die anderen sieben sind ordnungsgemäß ernannte und akkreditierte Gouverneure. Nach der Ernennungsklausel der amerikanischen Verfassung handelt das Federal Open Market Committee ungesetzlich dadurch, daß fünf seiner Mitglieder nicht vom amerikanischen Präsidenten ernannt und ihre Ernennung nicht vom Senat gebilligt wird. Bei diesen fünf Männern besteht ein himmelschreiender Interessenskonflikt, weil sie die gleichen Banken regulieren, die sie selbst vertreten. Die Mitglieder dieses Gremiums von Gouverneuren werden nämlich auf der Grundlage der Bankinteressen zur Ernennung vorgeschlagen.

Als Folge dieser Anordnung machten während der tiefen Wirtschaftsflaute der Jahre 1980 bis 1981 die meisten der größeren US-Banken Rekordgewinne, während viele Betriebe durch Zinssätze in Rekordhöhe vernichtet wurden.

Der ehemalige Vorsitzende des Federal Reserve Board, Marriner S. Eccles, gab gegenüber dem Leiter des Banking and Currency Committee of the House (Banken- und Währungsausschuß des Repräsentantenhauses) auf die Frage, ob das Federal Reserve System mehr Macht habe als der Kongreß oder der Präsident, zu:

»Auf dem Gebiet des Geldes und der Kredite, ja« (Kenan, »Federal Reserve Bank«, Seite 206).

Thomas Jefferson prophezeite: »Wenn das amerikanische Volk den Banken jemals gestattet, die Verteilung seiner Währung zu steuern, erst durch Inflation, dann durch Deflation, dann werden die Banken und die Gesellschaften, die um sie herum in die Höhe schießen, das Volk seines ganzen Besitzes berauben, bis seine Kinder auf dem von ihren Vätern eroberten Kontinent heimatlos aufwachen« (Olive Cushing Dwingell: »The Story of Our Money«, 2. Auflage, Boston, Forum Publishing Co., 1946, Seite 84).

Segensreich für einige auserwählte Banker

Dem Federal Reserve System wurden seine enormen Machtbefugnisse zuerkannt, weil es versprach: Erstens, die Wirtschaft zu stabilisieren und Krisen zu verhindern – und doch ist bekannt, daß das Federal Reserve System die längste und schlimmste Wirtschaftskrise in der Geschichte der USA herbeiführte; und zweitens, der Freund und Helfer des Farmers und des kleinen Geschäftsmannes sein zu wollen – und doch hat es die Wirtschaft manipuliert und den Bankrott von Tausenden von Farmern und Geschäftsleuten herbeigeführt.

Das Federal Reserve System sollte der Beschützer der kleinen örtlichen Banken sein, im Gegensatz dazu wurden Sparkasseneinrichtungen durch die ihnen auferlegte Politik zum Bankrott gezwungen. Am meisten versprach das Federal Reserve System, seine unheimliche Macht zum Wohle der Öffentlichkeit einzusetzen; aber es stellte sich heraus, daß seine Handlungen sich in erster Linie segensreich für die von New York und Europa aus operierenden großen Geldkonzerne ausgewirkt haben.

Mitten in der Wirtschaftskrise erklärte der Abgeordnete Louis T. McFadden: »Herr Vorsitzender, wir haben in unserem Lande eine der korruptesten Institutionen, die die Welt jemals gekannt hat. Ich spreche von dem Federal Reserve Board und den Federal Reserve Banken. Das Federal Reserve Board, eine Regierungsbehörde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten um soviel Geld betrogen, daß die Staatsschulden damit getilgt werden könnten« (Kenan, Seite 141, 172–173).

Der Dollar eine Privat-Währung?

Der Einpeitscher der Demokratischen Partei, William Jennings Bryan, der später amerikanischer Außenminister wurde, schrieb: »In meiner langen politischen Laufbahn ist das, was ich ehrlich bereue, mein Beitrag dazu, die Banken- und Währungs-Gesetzgebung gesetzlich verankert zu haben« (Kenan, Seite 127).

Eine Untersuchung der Zentralbanken anderer Länder zeigt, daß das deutsche und das Schweizer System dem amerikanischen weit überlegen sind und doch nicht privat gesteuert werden. Als einziges Land in der freien Welt lassen es die Amerikaner zu, daß ihre Zentralbank sich in Privatbesitz befindet und privat betrieben wird.

Wo in der Verfassung der Vereinigten Staaten wurde das genehmigt?

Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung fragte US-Senator Jake Garn aus Utah einen Kritiker des Federal Reserve Systems, kurz »Fed« genannt, ob er glaube, daß die Zentralbank von Politikern kontrolliert werden sollte. Seine einfache Antwort lautete: »Wie können wir sonst eine Demokratie haben?« □

Spekulation

Folgen eines japanischen Erdbebens

Martin Burns

Viele Menschen leben in einer krankhaften Wißbegierde, sogar Furcht, hinsichtlich den Folgen eines Erdbebens. Dies gilt besonders für die Amerikaner, die in Kalifornien leben, wo das Gerede über »das große Erdbeben« manche sonst eintönige Cocktail-Party erfrischend belebt. Die Folgen eines Erdbebens in Kalifornien wären allerdings kaum so bedeutend und hätte nicht so katastrophale Folgen wie ein Erdbeben in Japan.

Ein größeres Erdbeben in Japan riefe sicherlich ein gewaltiges Finanzchaos hervor. Diese Wahrscheinlichkeit wurde erst kürzlich in der Zeitschrift »Euromoney« kommentiert. Man nahm ein Erdbeben mit 600 000 Toten und einen Sachschaden in Höhe von 200 Milliarden Dollar an. Um diese Schadensansprüche zu befriedigen, müßten japanische Versicherungsgesellschaften einen Großteil ihrer ausländischen Vermögenswerte liquidieren, darunter amerikanischer Schatzanweisungen, und den Neuerwerb einstellen.

Japan anfällig für Erdbeben

»Euromoney« zitierte den Chef-Wirtschaftswissenschaftler von Mitshubishi Corporation, Johsen Takahashi, der gesagt haben soll: »Niemals zuvor hing die Weltwirtschaft von einem derart verwundbaren Teil der Welt ab.«

Und die Zeitschrift fügte hinzu: »Der Zusammenbruch des amerikanischen Wertpapiermarktes und Runs auf japanische Banken könnten fast unverzüglich eine weltweite Finanzpanik auslösen.«

Japan ist anfällig für Erdbeben, noch mehr als Kalifornien. Es hatte seit 1923 sechs große Erdbeben. Darüberhinaus wurden am 15. Juni 1986 27 000 Japaner durch einen durch Erdbeben hervorgerufenen Tsunami (unterirdische Meereswellen) getötet.

Japans schlimmstes Erdbeben passierte am 1. September 1923 in Yokohama mit schätzungsweise 200 000 Toten. Andere größere Erdbeben und damit verbundene Katastrophen waren: 2. März 1933 (2900 Tote); 21. Dezember 1946 (2000); 28. Juni 1948 (5131); 12. Juni 1978 (21) und 26. Mai 1983 (81 Tote).

Die letzten beiden waren realtiv »mild« mit 7,7 auf der Richterskala und ereigneten sich in verhältnismäßig unbevölkerten Gebieten.

Im Vergleich dazu hatten die drei größeren Erdbeben in Amerika in diesem Jahrhundert – das von San Franzisko am 18. April 1906; das vom 27. März 1964 in Alaska und das vom 9. Februar 1971 im San Fernando Valley in Kalifornien – einen Sachschaden von weniger als 2 Milliarden Dollar und 699 Tote zur Folge.

Landagentur sagt, Erdbeben ist wahrscheinlich

Zumindest eine Stelle der japanischen Regierung glaubt, daß ein großes verheerendes Erdbeben wahrscheinlich ist. Am 6. Dezember 1988 gab die Staatliche Landagentur (National Land Agency) ein Dokument mit dem Titel: Ergebnisse der Untersuchung über den geschätzten Sachschaden, der von einem Erdbeben im Bereich Südkanto verursacht wurde.

Spekulation

Folgen eines japanischen Erdbebens

Zu dem Gebiet Südkanto gehören die Innenstadt von Tokio und der Hafen von Yokohama, das Gebiet, das durch das Erdbeben von 1923 am meisten zerstört wurde.

Die Staatliche Landagentur nahm an, daß am 1. September 1988 ein Erdbeben mit einem »milden« Wert von 6,0 auf der Richterskala im Zentrum dieses Gebietes ausgebrochen ist – obwohl natürlich bis heute nichts dergleichen geschah. Nach dieser Annahme wurden 387 000 Wohnungen und Gebäude (4,5 Prozent) von dem Erdbeben völlig und 419 000 (4,9 Prozent) teilweise zerstört.

Der durch Feuer angerichtete Schaden wäre sogar noch größer: 2 570 000 Gebäude (30 Prozent) völlig und 3 750 000 (39 Prozent) teilweise zerstört. Nur 21,6 Prozent der Gebäude in diesem zentral gelegenen Gebiet würden danach unbeschädigt bleiben.

In der Schätzung wurden auch 152 000 Tote und 205 000 Verletzte angenommen.

Der Bericht befaßt sich dann mit den wirtschaftlichen Folgen einer derartigen Katastrophe. Für Geschäftsleute liegen 56,3 Prozent der Gebäude der großen Tokioer Banken in diesem Bereich, ebenso wie die Tokioer Girostelle (Clearing House), die über 80 Prozent von Japans Geldüberweisungen bearbeitet. Es befindet sich relativ wenig Schwerindustrie dort, aber 40 Prozent von Japans persönlichen Medien – Telefon, Telefax- und Daten-Fernmeldeeinrichtungen.

Die angenommene Katastrophe würde eine längere Zeit des negativen Wirtschaftswachstums, einen scharfen Anstieg der Großhandels- und der Verbraucherpreise in Japan hervorrufen, Japans Handelsüberschüsse in der übrigen Welt beseitigen, und seine laufende Rechnung würde vom Überschuß ins Defizit absinken. Der Yen würde von seinem Stand von 120 per Dollar vom September 1988 bis 1991 auf rund 200 per Dollar fallen.



Japans schlimmstes Erdbeben tötete am 1. September 1923 150 000 Menschen. Ein weiteres Erdbeben dieser Größenordnung würde die US-Wirtschaft schwer erschüttern.

Japans Tokai Bank nahm an, daß bis zum Steuerjahr 1993 das Schlimmste dieser Katastrophe für Japan vorüber wäre; zu diesem Zeitpunkt würde seine laufende Rechnung, nach nur vier Jahren Defizit, wieder zum Überschuß übergehen. Die übrige Welt würde jedoch langfristige finanzielle Folgen erleiden, viel schlimmer als ein durch Erdbeben verwüstetes Japan.

Schwerwiegende Folgen für die Welt

Die maßgebende, in London ansässige »International Currency Review« (»ICR«) kommentierte im März: »Die schlimmsten finanziellen Folgen wären eher international als national. Der Hauptgrund ist wohlbekannt – nämlich, daß die Vereinigten Staaten ständig Geld beschaffen müssen, um die riesigen Defizite in der laufenden Rechnung, die Jahr für Jahr anfallen, zu decken.

Ein verheerendes Erdbeben würde den Strom japanischer Gelder in das Finanzsystem der USA verringern, mit tiefer Einwirkung auf amerikanische Aktien- und Wertpapierpreise wie auf Zinssätze.« Die »ICR« unterschätzt die Sachlage mit Sicherheit; der Ausfluß von Geldern aus Japan würde zum Stillstand kommen, nicht bloß verringert werden. Das angenommene Erdbeben würde eine plötzliche Rationalisierung der preisüberhöhten japanischen Aktien- und Rentenmärkte und vor allem der Immobilienmärkte erzwingen.

Die Zerstörung der japanischen Dienstleistungs- und Informationswirtschaft würde die weitgehend verschonte Dienstleistungs- und Industriewirtschaft dazu zwingen, Preise zu fordern, die sich ihre Kunden leisten können, und Aktienpreise würden diese neue Realität bald widerspiegeln. Die Auswirkungen auf dem Immobilienmarkt wäre besonders verheerend.

Nach der japanischen Wirtschaftsplanungsstelle war alles Land in Japan im Dezember 1988 rund 3,06 Billionen Dollar wert, im Vergleich zu 2,12 Billionen Dollar für alles Land in den Vereinigten Staaten – einer Nation mit der zweifachen Einwohnerzahl, dem zweifachen Bruttosozialprodukt und einer 25mal größeren Landfläche als Japan. Überhöhte Immobilienwerte würden einfach absterben und in den Geldhimmel kommen.

Stattdessen würden Japans Finanzresourcen dazu verwendet, Lebens-, Feuer- und Sachschadenversicherungsansprüche zu befriedigen. Es gäbe einen plötzlichen Auftrieb bei Einfuhren und eine Neuorientierung der Inlandsproduktion weg von Exporten und hin zum Wiederaufbau.

Wenn sich diese auch langfristig für die Vereinigten Staaten und andere Industrienationen als segensreich erweisen würde, da heimische Industrien in die Bresche gesprungen sind, so würde doch laut »ICR« das plötzliche Abschneiden der japanischen Geldströme einen Aktienmarktkrach, einen Rentenmarktkrach und höhere Zinsfüße weltweit heraufbeschören.

Dies würde zu einer Rezession vor allem in den USA, zum Zusammenbruch der amerikanischen Immobilienpreise – besonders von Hotels, Bürogebäuden, Einkaufszentren und Luxuswohnungen – und einer Neubelebung der Probleme der Staatsschuldner führen.

Lateinamerika schwer betroffen

Tokai Bank schätzt, daß Lateinamerika in allen Bereichen am härtesten betroffen wäre.

Es ist wichtig, hervorzuheben, daß dieses Szenarium nicht irgendeine Spinnerei ist; es ist die offizielle Schätzung einer japanischen Regierungsstelle. Die Staatliche Landagentur stellt fest: »Wenn (nicht falls) ein großes Erdbeben das südliche Kantogebiet heimsucht, dann wird der angerichtete Schaden 13mal größer sein als der des großen Kantoerdbebens von 1923«.

Die Tokai Bank sagt: »Wenn (nicht falls) ein Erdbeben das südliche Kantogebiet erschüttert, dann wird der Schaden sehr ernsthafter Natur sein«.

Niemand kann vorhersagen, wann ein großes Erdbeben Japan oder auch Kalifornien verwüsten könnte. Aber die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe kann nicht von der Hand gewiesen werden, und seine Folgen – sollten sie eintreten – wären in der Tat weitreichend. □

Trilaterale Kommission

Das ganze Interesse gilt den Sowjets

James P. Tucker

Aus neuen von der Trilateralen Kommission herausgebrachten Geheimdokumenten geht hervor, daß die Absprachegremien beabsichtigen, der Sowjetunion die ewige Beherrschung Ost- und Mitteleuropas zu gewährleisten.

Als Gegenleistung werden die internationalen Banker und Politiker, aus denen sich die Trilaterale Kommission zusammensetzt, über ein neues, ungeheures Profitpotential verfügen, wenn sich ihnen die Märkte hinter dem Eisernen Vorhang öffnen. Gelder von den internationalen Bankern, die weitgehend von den Steuerzahlern der westlichen Industrienationen aufgebracht werden, werden den kommunistischen Ländern zur Verfügung gestellt, damit sie ungehindert im Westen einkaufen können.

Der Verrat westlicher Interessen

Ein für die kürzlich in Paris stattgefundene Sitzung der Trilateralen Kommission erstellter »Diskussions-Entwurf« enthüllt diesen finsteren Verrat westlicher Interessen. Er wurde von Henry Kissinger, ehemaliger amerikanischer Außenminister; Valery Giscard d'Estaing, ehemaliger französischer Staatspräsident; Yasuhiro Nakasone, ehemaliger japanischer Ministerpräsident, zusammengestellt.

Aus anderen Dokumenten geht hervor, daß Nakasone wegen des Bestechungsskandals in seiner Heimat an der Pariser Sitzung der Trilateralen nicht teilnehmen konnte, aber in jedem Stadium an der Erstellung des Papiers beteiligt war.

Dieser Plan wurde auch bei dem Treffen zwischen dem Sowjetführer Michail Gorbatschow, Kissinger und David Rockefeller im Januar dieses Jahres in Moskau besprochen. Einen Monat später erörterte Rockefeller und eine von diesen Vorgängen profitierende Gruppe, der Council on Foreign Relations (CFR), den Plan mit Polens kommunistischer Führung in Warschau.

Nach Abklärung mit kommunistischen Führern wurde der »Diskussions-Entwurf« am 8. April in Paris zwischen den drei Herren »finalisiert«, als die Jahreshauptversammlung hinter verschlossenen und bewachten Türen im Gange war.

Westliche Garantien für Moskau

Im Austausch für eine vorgegebene Freiheit, die die Trilateralen als notwendig erachten, damit die westlichen Steuerzahler die Subvention kommunistischer Regierungen dulden, sollen die Sowjetunion und Ostblockländer massive wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Darüberhinaus soll der Westen der Sowjetunion garantieren, daß sie die Länder Ost- und Mitteleuropas, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt hat, auf ewig beherrschen kann.

Unter besonderer Bezugnahme auf »Ost- und Mitteleuropa« verkündet das Dokument: »Unsere Länder sollten klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie nicht die Absicht haben, legitime sowjetische Sicherheitsinteressen in Frage zu stellen.«

Die Sowjetunion hatte schon lange ihre eigenen »Sicherheitsinteressen« als Grund der Beherrschung von Ost- und Mitteleuropa herangezogen. Bei dem Treffen im Moskau, so geht aus den Dokumenten hervor, machte Gorbatschow klar, daß die UdSSR keinem der Ostblockländer jemals gestatten würde, sich vom Warschauer Pakt, dem Gegenstück des kommunistischen Blocks zur NATO, zurückzuziehen. Die Trilaterale Kommission hat diese Haltung akzeptiert.

An anderer Stelle wird in dem Dokument verlangt, daß alle Unterzeichnerstaaten sich an das Abkommen von Helsinki halten sollen, nach dem alle Parteien die »Einflußsphäre« jedes Landes, so wie sie »zur Zeit besteht«, respektieren sollen. Das bedeutet ganz klar, daß die sowjetische Beherrschung von Ost- und Mitteleuropa akzeptiert werden muß.

Unterstützung der kommunistischen Ziele

Das Papier verlangt auch »wirtschaftliche« Hilfe für die Sowjetunion: »Speziell sollte die Verbreitung von Joint-Ventures zum Zwecke der Erzeugung von Verbrauchsgütern ermutigt werden. So investiertem westlichen Kapital könnte das gleiche Ausmaß an Garantien gewährt werden, wie sie für den Verkauf von Anlagegütern gelten. Eine solche Deckung könnte teilweise durch eine spezialisierte Institution gewährt werden, die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu gründen ist.«

Das Papier verlangt nach »normalisierten Wirtschaftsbeziehungen auf solchen Gebieten wie Handel, Kapitalanlagen, nicht militärbezogene Übermittlung von Technologien, Handelsdarlehen und Handelskredite.

»Finanzielle Unterstützung sollte neuen in der Sowjetunion eingerichteten Institutionen gewährt werden, die kleinen Betrieben, neuen Dienstleistungsindustrien und dem Privatsektor der Landwirtschaft Finanz- oder Ausbildungshilfe zukommen lassen.«

Das Papier stellt fest: »Wir sind dafür, daß der Sowjetunion in internationalen Einrichtungen, wie GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) und dem IWF (Internationaler Währungsfonds) ein Beobachterstatus eingeräumt wird.« Das setzt jedoch »Vollmitgliedschaft der Sowjetunion in internationalen wirtschaftlichen Institutionen voraus«. Rockefeller und Kissinger versprachen dies Gorbatschow in Moskau.

Die Sowjetunion soll »zum integralen Bestandteil der Weltwirtschaft« werden. Indem man feststellt, daß es dies »ist, was Gorbatschow im Sinne hatte, als er seine Absicht bekundete, daß die Sowjetunion ›normaler‹ Teilnehmer an internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Rubel konvertierbar werden sollte«, heißt es in dem Papier: »Wir unterstützen diese Zielsetzung.«

Angeblich freie Wahlen werden zur Charade

Die Strategie den westlichen Industrieländern einzureden, es sei ihre patriotische Pflicht, den kommunistischen Ländern Geld zu schicken, ist bereits ausführlich dargelegt worden. US-Präsident Bush hat Polen Hilfe im Werte von bis zu einer Milliarde Dollar als Belohnung zu dessen Schritt der »Freiheit« entgegen zugesagt.

Aber die polnische »Freiheit« ist eine Charade. So wie sie von der Weltschattenregierung ausgearbeitet wurde, wird Polen den Anschein von Freiheit vermitteln, ohne frei zu sein.

Polen hat inzwischen eine neue nationale Gesetzgebung gewählt. Der Welt wird erzählt, daß die vom Kreml beherrschte Polnische Kommunistische Partei nur ein Drittel der Sitze im unteren Hause zugestanden bekommen soll. Jedoch mit einer festverankerten Koalition anderer kommunistischer Organisationen werden dem Kreml mehr als 60 Prozent der Sitze garantiert.

Die obere Kammer, grob einem Senat entsprechend, kann keine Gesetze verabschieden, wodurch die Macht fest in Moskau verbleibt, auch wenn die Polen bei ihrer »freien Wahl« wählten. □



Bilderberg-Konferenz

Im Visier ist Margaret Thatcher

James P. Tucker

Die Bilderberg-Konferenz tagte in diesem Jahr vom 11. bis 14. Mai auf der Insel La Toja vor der spanischen Atlantikküste – in der Nähe von Pontevedra –, um den politischen Tod der britischen Premierministerin Margaret Thatcher vorzubereiten.

Daß das Treffen stattgefunden hat, wurde von Miguel Garzon von der spanischen Botschaft in Washington bestätigt. Garzon sagte, König Juan Carlos und Premierminister Felipe Gonzalez von Spanien seien zugegen gewesen, hätten jedoch nichts zu sagen gehabt. Das Treffen wurde auch auf negative Weise von einem Mitarbeiter Henry Kissingers bestätigt, der nicht abstreiten wollte, daß die Geheimsitzung stattgefunden hat.



Margaret Thatcher ist für die Verwirklichung des europäischen Superstaates wegen ihres Nationalismus ein Hemmschuh.

Sie soll die britische Souveränität opfern

Von Kissinger, Spitzenmann sowohl bei der Bilderberg-Gruppe als auch bei deren Schwester-Organisation, der Trilateralen Kommission, weiß man, daß er an der Sitzung teilgenommen hat.

Den Bilderbergern gelang es wiederum, eine fast absolute Nachrichtensperre durchzusetzen. Eine Computerforschung nach dem Wort »Bilderberg« zeigte, daß dieses in den ersten beiden Wochen des Monats Mai von Associated Press, United Press International, der »New York Times«, der »Washington Post« oder irgendeinem der großen Nachrichtenmagazine nicht benutzt wurde. Die großen Zeitungen der westlichen Welt ließen über Jahre hinweg leitende Redakteure an den Geheimsitzungen teilnehmen, sie mußten aber versprechen, daß nichts in ihren Blättern veröffentlicht wird.

Aus Kreisen innerhalb der geheimen Absprachegremien internationaler Banker und Politiker verlautet, daß bei ihrer diesjährigen Geheimsitzung der Schwerpunkt auf die Notwendigkeit gelegt wurde, Mrs. Thatcher von ihrem Sockel herunterzuholen, weil sie sich weigert, die britische Souveränität dem europäischen Superstaat, der 1992 geschaffen werden soll, zu opfern.

Das Ziel ist die Weltregierung

Mrs. Thatcher wurde wegen ihres »Provinzialismus« und »Nationalismus« verurteilt, weil sie darauf besteht, daß Großbritannien die Kontrolle darüber behält, wer in das Land hineinkommt, anstatt Pässe des Superstaates anzuerkennen, und weil sie die Souveränität über die Geldpolitik sowie in anderen Fragen nicht an den Superstaat übergeben will.

Politische Führungspersönlichkeiten in Großbritannien, die an der Bilderberg-Sitzung teilnahmen, wurden angewiesen, Mrs. Thatcher politisch anzugreifen und den Willen der »eisernen Lady« zu brechen. Man vertrat die Auffassung, daß nicht genug öffentlicher Druck ausgeübt werden kann, Mrs. Thatcher dazu zu zwingen, die Souveränität ihres Landes aufzugeben, um ihre eigene Regierung zu retten.

Der Plan für einen europäischen Superstaat ohne Handels- oder Reisebeschränkungen zwischen den Staaten Westeuropas und Großbritannien und, letztendlich, eine gemeinsame Währung – der Ecu – steht schon seit Jahren auf der Tagesordnung der Bilderberger. Er wird als wesentlicher Schritt in Richtung auf ihr Ziel der Errichtung einer Weltregierung angesehen und schafft ein günstiges Klima für die Großbanken, die kleinen zu verschlingen, und für riesige Multi-Konglomerate, kleinere Firmen aufzusaugen.

Andererseits verfolgte die Bilderberg-Sitzung, wie üblich, die Politik weiter, die von der Trilateralen Kommission auf ihrer April-Sitzung in Paris ausgearbeitet wurde. Es gibt eine sich stark überlappende Führung unter den beiden Gruppen, die von David Rockefeller und Henry Kissinger dominiert wird.

Die Trilaterale Kommission entwickelte einen Plan, wonach Michail Gorbatschow und einige Ostblockländer vom Westen verlangte »Reformen« durchführen sollen, um es für westliche Staaten politisch schmackhaft zu machen, Steuergelder zu schikken, um das kommunistische System zu stützen und vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.

Als Gegenleistung sind mindestens 17 »Joint-ventures« (Arbeitsgemeinschaften) in der Sowjetunion in der Größenordnung von mehreren Milliarden Dollar in Vorbereitung, in denen westliche Technologie, Management-Know-how und Kapital verwendet werden, um die Anlagen zu finanzieren, zu bauen und zu betreiben. Die Sowjets stellen das Menschenmaterial und teilen die Gewinne auf.

Eine Woche nach der Sitzung der Trilateralen in Paris versprach US-Präsident Bush ein Hilfspaket an Polen in der Größenordnung von Milliarden Dollar als Belohnung dafür, daß das Land sich auf die »Freiheit« zu bewegt. Dem Kreml wird dabei die Kontrolle über die neue, in Polen »gewählte« staatliche Gesetzgebung zugesichert.

Absolute Geheimhaltung sogar über die Existenz

Dieser Plan wurde Gorbatschow von Rockefeller, Kissinger und anderen Mitgliedern der Trilateralen im Januar und Führungspersönlichkeiten in Polen im März vorgeschlagen und erhielt auf der Sitzung der Trilateralen im April die endgültige Zustimmung.

Dieses Vorgehen paßt genau in das von der Bilderberg-Gruppe hervorgehobene europäische Superstaatsprogramm hinein, weil es viele Handelsbeziehungen zwischen den Konglomeraten und den neuen Industrien hinter dem Eisernen Vorhang ins Leben rufen wird.

Es war zu erfahren, daß der ehemalige US-Senator Charles Mathias, ein reguläres Mitglied, an der Sitzung teilnahm. Königin Beatrix von den Niederlanden absolvierte ihre zweite Bilderberg-Sitzung, nachdem sie im vergangenen Jahr der Sitzung in Innsbruck beigewohnt hatte. Ihr Vater, Prinz Bernhard, war der erste Vorsitzende der Bilderberger.

Die geheimnisvolle Natur dieser internationalen Absprachegremien zeigt sich in den extravaganten Bemühungen, absolute Geheimhaltung nicht nur über ihre Sitzungen, sondern sogar über die Existenz ihrer Gruppe zu bewahren.

Einen Tag nachdem die Sitzung der Bilderberger endete, am 15. Mai, sagte Charles Muller, der den Bilderberg-Mitarbeiterstab in den USA von seinem New Yorker Büro aus leitet, zu Reportern in Washington, er habe keine Informationen. Ersuchen um Auskunft von amerikanischen Kongreßmitgliedern im Namen ihrer Wähler wurden häufig ebenfalls negativ beschieden. □

Außenpolitik im Namen von Chase Manhattan

Warren Hough

Wenn James Baker, der neue Außenminister der Bush-Regierung, die amerikanische Diplomatie in Unordnung vorgefunden hat, dann wegen des schweren Schadens, den er selbst in seinem früheren Amt als amerikanischer Finanzminister der Reagan-Regierung und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zugefügt hat.

Als amerikanischer Finanzminister war James Baker davon »überzeugt, daß das, was gut für die Chase Manhattan ist, auch gut für Amerika ist«. Baker schurigelte und bedrohte als Finanzminister ausländische Regierungen, die mit ihren Zinszahlungen an die Großbanken der Wall Street in Rückstand geraten waren. Indem er die Rolle als »Chefvollstrecker für die Geldverleiher« übernahm, rief Baker Übelwollen und Feindschaft gegen die amerikanische Regierung hervor und unterminierte die Führung der Vereinigten Staaten in der ganzen Welt.

Den Interessen der Banker voll verpflichtet

James Baker, der Sprößling eines wohlhabenden texanischen Clans von Bankanwälten, »war den Interessen der Banker gegenüber voll verpflichtet«, meint Dr. Gilberto Treixas Filho, ein bekannter brasilianischer Wirtschaftswissenschaftler.

Im Herbst 1987 nutzte Baker seine »Dampfwalzen«-Kraft als höchster Beamter der amerikanischen Bundesregierung, um einen Versuch des hart bedrängten Brasiliens, seine lähmenden Verpflichtungen gegenüber ausländischen Banken zu lindern, zu durchkreuzen, verlautet aus dieser Quelle.

»Baker liebt es, in der Öffentlichkeit Reden über ›Schuldenerlasse‹ zu halten, aber wenn er wieder in seinem Büro ist und die Tür hinter sich geschlossen hat, handelt er wie ein starkarmiger Schuldeneintreiber«, versicherte Treixas.

»Der brasilianische Plan zur Neuverhandlung über Schulden, von unserem Finanzminister vorgelegt – der selbst ein Banker war –, war ein verantwortungsbewußter Versuch, unsere Wirtschaft zu retten. Es wurde darin vorgeschlagen, fast die Hälfte unserer Schuldscheine gegenüber ausländischen Banken in garantierte festverzinsliche Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 35 Jahren umzuwandeln. Baker schlug diesen Vorschlag sofort aus.«

Bakers Interesse an gewissen Banken

Was die Öffentlichkeit seinerzeit nicht erfuhr: Untersucher haben seitdem herausgefunden, daß Baker private und eigennützige Gründe dafür hatte, die von Brasilien vorgeschlagene Neuordnung seiner Schulden zu vereiteln. Sie hätte den Großbanken – Bank of Amerika, Citicorp, Chase und Chemical Bank of New York –, die die meisten brasilianischen Solawechsel in Besitz hatten, Verluste zugefügt, die zwar wesentlicher Natur, aber durchaus zu verkraften gewesen wären.

Obwohl er das Geheimnis niemals lüftete, besaß Baker einen großen Aktienblock an der Chemical Bank zu dem gleichen Zeitpunkt, als er die Behörden seiner Dienststelle in Bewegung setzte, um Brasiliens Versuch zu einer Neuordnung seiner Schulden zu blockieren.

Die Folge: Chemicals Profite für das Jahr stiegen um mehr als 24 Prozent und Baker steckte sich eine private Abzahlung von mehr als einer Million Dollar auf den Wert seiner schnell steigenden Bankaktien in die Tasche.

Aus einem nicht bekannten Grund haben die Demokraten niemals versucht, Bakers offensichtliche Korruption politisch auszuschlachten.

Ebenso wie Chemical Bank sahnten auch andere Wall-Street-Banken durch Bakers Maßnahmen ab. Citicorp addierte 436 Millionen Dollar zu ihrem Einkommen des ersten Quartals für 1988; die Gewinne pro Aktie schossen um fast 25 Prozent in die Höhe. Die Anteile von Bank of America erhöhten sich nach einem längeren Niedergang auf fast das Doppelte.

Stolze Gewinne durch die dritte Welt

J. P. Morgan & Co., Wells Fargo und die Security Pacific Bank meldeten sämtlich stolze Gewinne an Einnahmen und Eigenkapital als Folge der wiederaufgenommenen Schuldenzahlungen Brasiliens.

Aber Brasilien geriet zusammen mit anderen Schuldnerländern tiefer als je zuvor in den Sumpf der wirtschaftlichen Misere hinein. »Nachdem unser einziger Ausweg aus der Schuldengrube – unser sorgfältig ausgearbeiteter Schuldverschreibungs-Umwandlungsplan – von Baker verbaut worden war, verschlimmerte sich unsere Krise«, berichtete Professor Treixas.

»Die Inflation stieg bis auf 1000 Prozent pro Jahr, und die Fabrikproduktion wurde stark gedrosselt. Um März 1988 herum war ein Drittel unserer Arbeitskräfte ohne Beschäftigung. Die Regierung des Präsidenten José Sarney, die zunächst die Hoffnung des Landes auf wirtschaftliche Rettung in dem Schuldenumwandlungs-Programm war, geriet in Mißkredit und wurde regierungsunfähig, als Baker auf Wunsch der Banker auf Erfüllung der Zahlungen bestand.

Brasilien wurde nur durch die Aussicht auf allgemeine Wahlen, die noch in diesem Jahre stattfinden sollen, vor dem Chaos und der gewalttätigen Revolte gerettet.«

Aber Wahlen, wenn sie auch Unruhen hinausschieben können, erweisen sich vielleicht nicht in dem Maße als verläßliche Instrumente für die Banker wie Baker. Argentinische Wähler, die am 14. Mai dieses Jahres zu den Wahlurnen gingen, mißachteten die von den internationalen Bankern und dem politischen Establishment unterstützten Kandidaten und wählten Carlos Saul Menem, einen Populisten und Wirtschaftsnationalisten, zu ihrem Präsidenten.

Menems Wahlkampfprogramm versprach Einstellung der Zahlungen von Auslandsschulden und eine detaillierte Überprüfung ihrer Ursprünge, ein Vorschlag, der von den Banken am meisten befürchtet wird. Sogar unter den kleineren Nationen Mittelamerikas, wo die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert außer Frage stand, gab es starke Bewegungen des Ausbrechens aus Washingtons Bevormundung.

»Wenn sich die Bush-Regierung jetzt überall in der Welt einem Verfall des amerikanischen Ansehens gegenübersieht, dann hat sie dies Bakers brutaler Taktik zugunsten der Banken zuzuschreiben«, warnten Experten. »Echte Schuldenerleichterung ist notwendig, wobei die aufgeblähten Großbanken einen Anteil an dem Sparprogramm, das sie der übrigen Welt auferlegt haben, selbst übernehmen, bevor die Vereinigten Staaten unter den nicht-kommunistischen Länder wieder einmal die Rolle als westliche Führungsmacht übernehmen können.« □

Lateinamerika

Unter dem Diktat des IWF

Martin Burns

Nehmen wir einmal an, Georg Bush verpfuscht seine vier Jahre als amerikanischer Präsident, ein nicht unmöglicher Gedanke. Was sollte das amerikanische Volk dann 1992 machen? Glauben Sie, daß eine Wiederwahl von Jimmy Carter die Dinge regeln könnte?

Das Volk von Venezuela probierte das funktionelle Äquivalent dieser zweifelhaften Aktion im vergangenen Jahr aus, als es seinen ehemaligen Präsidenten, Carlos Andres Perez, 66, wiederwählte, der schon einmal von 1974 bis 1979 im Amt war. Am 2. Februar 1989 in sein Amt eingeführt, wurde sein Land weniger als vier Wochen später von den blutigsten Unruhen seiner Geschichte heimgesucht, bei denen etwa 500 Venezuelaner auf dem Schlachtfeld blieben. Das Magazin »Economist« schätzte die Zahl der Toten sogar auf 600.

Aus Protest gegen Preiserhöhungen plünderten die Bürger von Guarena, Venezuela, die Geschäfte.

Die Hauptursache sind die Schulden

Diese Unruhen erfolgten unmittelbar auf drastische Erhöhungen der Benzinpreise und der Kosten für den öffentlichen Verkehr, die von Perez auf Verlangen der Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeführt wurden. Der »Economist« schrieb, daß Venezuelas neugewählter Präsident »als ebenso fähig wie populär eingeschätzt werde«.

Die »New York Times« vertrat sogar die Auffassung: »Erst vor vier Wochen übernahm ein populärer sozialdemokratischer Präsident das Amt in Venezuela, das immer noch das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der lateinamerikanischen Region hat.«

Die Hauptursache für diese Unruhen sind Venezuelas Auslandsschulden. Wenn man die Devisenschulden der regierungseigenen Industrien und privaten Großfirmen hinzurechnet, dann schuldet dieses Land von 19 Millionen Einwohnern 38 Milliarden Dollar oder 2000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind im Lande.

Jeder Venezuelaner wird aufgefordert, auf seinen Anteil an dieser Schuld Zinsen zu zahlen. Realeinkommen gingen um 40 Prozent zurück, seitdem die internationale Schuldenkrise 1982 öffentlich explodierte, eine Zahl, die für Lateinamerika typisch ist.

Venezuelas Währung, der Bolivar, ist in diesem Zeitraum gründlich abgewertet worden und fiel von einem festen Kurs von 4,30 Bolivars per Dollar auf 39,25 Bolivars per Dollar im März 1989, mit weiter fallender Tendenz. Weitere größere Abwertungen werden erwartet.

Die vom IWF verlangten Erhöhungen der Benzinpreise und der Busfahrscheine sind ganz einfach eine Form von Bedarfslenkung. Wenn sie den anderen wirtschaftlichen Opfern, die die Venezuelaner in den letzten sechseinhalb Jahren zu verkraften hatten, noch aufgeladen werden, dann wirkt sich eine 30prozentige Erhöhung dieser Belastungen sofort in einer verringerten Nachfrage nach Erdölprodukten aus.

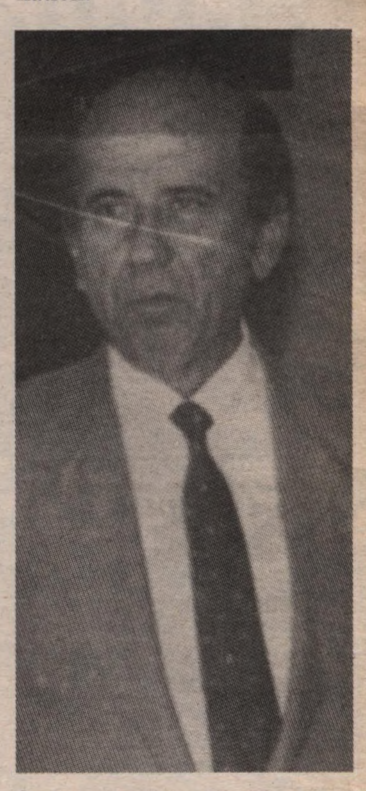
Die alte Geschichte mit den Bankern

Öl ist Venezuelas hauptsächliches Exportgut und macht 90 Prozent der Exporteinnahmen aus. Jedes Barrel, das nicht im Inland verbraucht wird, kommt zur Ausfuhr, und der Verkaufserlös steht zur Zahlung von Zinsen an das internationale Bankensystem zur Verfügung.

Diese Opfer wurden von Menschen erbracht, deren Lebensstandard niemals annähernd so hoch war, wie der des Durchschnittsbürgers westlicher Industrienationen.

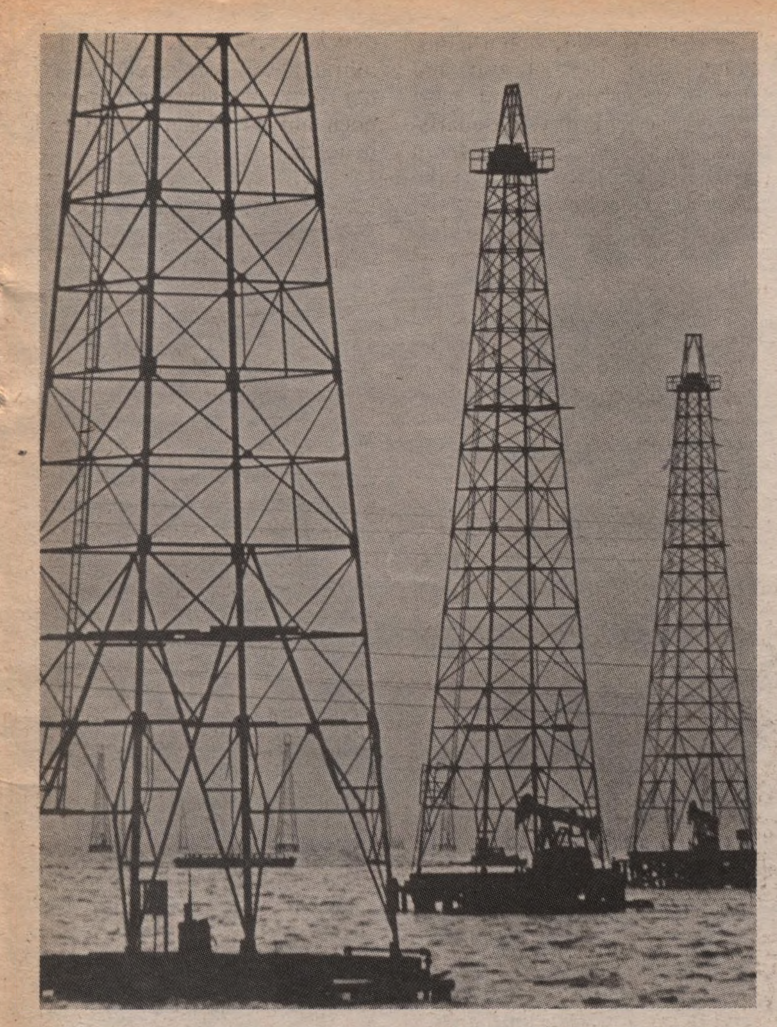
Wie ist Venezuela in den derzeitigen Wirtschaftsschlamassel hineingeraten? Es ist die gleiche alte Geschichte der internationalen Großbanken in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre, die mit Darlehen weltweit zu allen hausieren gingen, die »kreditwürdig« zu sein schienen. Staaten können nicht in Verzug geraten, war die herkömmliche Weisheit des Tages, und besonders kein so bedeutendes Ölausfuhrland wie Venezuela, zu einer Zeit, als sich die Ölpreise noch auf 34 Dollar pro Barrel beliefen.

Es war niemand anders als der seinerzeitige und derzeitige Präsident Perez, der den Vorsitz über Venezuelas Sturz in die Schuldenkrise führte, eine offensichtliche Tatsache, die den Berichterstattern des »Economist« und der »New York Times« entgangen zu sein scheinen. Sie entging nicht der »International Currency Review« (»ICR«), einem in London beheimateten Blatt mit einem unübertroffenen Rekord von richtigen Voraussagen über die Schuldenkrise selbst und über die Schwierigkeiten jeder einzelnen Schuldnernation.



Carlos Andres Perez wurde wieder ins Amt gerufen, obwohl er Venezuela seinerzeit in die Schuldenkrise führte.

Die »ICR« ist übermäßig besorgt über die weitere gute Gesundheit der internationalen Banken, aber dies beeinträchtigt nicht die Qualität und Klarheit ihrer Beobachtungen. Im Dezember 1980 – über 18 Monate bevor die breite Öffentlichkeit und sogar die meisten Banker sich der »Weltschuldenkrise« bewußt waren – leitete die »ICR« ihren Bericht über Venezuela wie folgt ein:



Öl ist Venezuelas wichtigstes Exportgut. Die Hälfte der Ölreserven ist allerdings verbraucht.

»Jetzt, wo die venezuelanische Regierung über die Ruinen nachdenkt, die der große Ölboom der siebziger Jahre zurückgelassen hat, scheint sie in einen Zustand der lähmenden Verwirrung verfallen zu sein. Der herrschenden Stagflation und dem geringen Selbstvertrauen zur Abwicklung von Geschäften stehen die Behörden ohne klare Wirtschaftsstrategie gegenüber, ganz zu schweigen von einer solchen zur Wiederbelebung der Wirtschaft, ohne den Inflationsdruck zu verstärken.

Liederlichkeit, Korruption und Mismanagement

Und was noch schlimmer ist: Es gibt Anzeichen dafür, daß die Behörden die Gewalt über den Haushalt verloren haben, und, was noch viel gefährlicher ist, über kurzfristige Darlehensaufnahmen durch staatliche Körperschaften eine Rettung suchen.

Nach fünf Jahren übertriebener Erwartungen, die von einer durch Öl herbeigeführten Expansion genährt worden waren, wurden die Venezuelaner 1979 gezwungen, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen. Die Regierung des Señor Luis Herrera Campins übernahm im März jenes Jahres die Regierungsgeschäfte von Perez und hatte es mit einer durch übertrieben schnelle Staatsausgaben und steigende Inflationsraten über fünf Jahre hinweg überhitzten Wirtschaft zu tun.

So wie diese Regierungsgeschäfte seinerzeit nur in Voraussagen bestanden, erwies sich der Produktionsapparat des Landes als ziemlich unfähig, die von der von Señor Perez geführten Accion Democratica Administration angeheizten Erwartungen zu erfüllen, und mußte von einem immer kostspieliger werdenden System von Subventionen und Schutzmaßnahmen unterstützt werden. Gleichzeitig wurden, wie das in derartigen Fällen üblich ist, das bürokratische Mismanagement und das ›Verschwinden‹ von Geldern endemisch.«

Im gleichen Bericht wurde festgestellt, daß, nachdem Perez 1979 aus dem Amt geschieden war, »die Ungerechtigkeiten und Schändlichkeiten seines Regimes der Öffentlichkeit in immer sensationeller werdenden Berichten enthüllt wurden und Liederlichkeit, Korruption und Mismanagement in einem erstaunlichen Ausmaß zutage traten«.

Das Campins-Regime machte es leider nicht besser. Die »ICR« berichtete: »In den ersten sechs Monaten des Jahres 1980 erhöhten sich die Nahrungsmittelkosten um 37 Prozent, Kleidung um 44 Prozent und Haushaltswaren um 21 Prozent.« Die Dinge verschlechterten sich weiter unter Campins Nachfolger, Jamie Lusinchi, und im vergangenen Dezember entschlossen sich die Venezuelaner nun, Perez wieder einzusetzen.

Präsident Perez führte 1988 seinen Wahlkampf gegen genau die gleiche Auslandsschuld, die er seiner unglücklichen Nation aufgebürdet hatte – im Jahre 1979 beliefen sich Venezuelas Auslandsschulden auf 26 Milliarden Dollar. In den zwei Monaten zwischen seiner Wahl am 4. Dezember 1988 und dem Amtsantritt am 4. Februar 1989, verbrachte der gewählte Präsident »einen Großteil seiner Zeit im Ausland im Verfolg seiner Vision vom Aufbau einer vereinten Schuldnerfront, die sich dem IWF und anderen Gläubigern gegenüber behaupten würde«, schrieb das Magazin »Time«.

Aber Perez war erst ein Monat wieder im Amt, als er schon wieder einen Kotau gegenüber dem IWF vollzog. Seine neue Regierung handelte weitere 4,4 Milliarden Dollar aus, die bis 1992 zur Verfügung gestellt werden sollen – 2,8 Milliarden vom IWF und 1,6 Millionen von den internationalen Banken.

Als sich sein Volk zu einer spontanen Revolte gegen das zusätzliche Sparprogramm erhob, das diese Darlehensaufnahme erfordern würde – die natürlich hauptsächlich zur Zahlung von Zinsen verwendet wird –, schob Perez die Schuld auf die »Aufständischen«, die »danach streben, aus den schwierigen Zeiten Vorteile zu ziehen«. Er entschuldigte sich nicht einmal für das Blutbad, das die Armee im venezuelanischen Volk anrichtete. »Es gelang uns, verhältnismäßig gut wieder darauszukommen«, soll der Präsident, was kaum zu glauben ist, gesagt haben.

Das Finanzestablishment ist immer noch beunruhigt, auch wenn Präsident Perez es nicht ist. Man hat Angst davor, daß 500 oder 600 tote Venezuelaner nur der Anfang sein könnte, besonders weil so ziemlich jedes andere Hauptschuldnerland sich in einem schlimmeren Zustand als Venezuela befindet.

Ein Massaker am Volk im Namen des IWF

Jeder vom Volk gewählte Präsident, der es duldet, daß das gleiche Volk im Namen des IWF und der internationalen Banken durch das Militär einem Massaker unterzogen wird, hat jede moralische Autorität zum Regieren verloren.

Daß dem so ist, wurde offensichtlich durch die Rufe »etwas zu tun«, die diesem Blutbad auf dem Fuße folgten. Der Gedanke, der am meisten kommentiert wurde, war der »Brady Plan«, mit dem die Banken aufgefordert werden, einen Teil der lateinamerikanischen Schulden abzuschreiben und sich für den Rest mit einem niedrigeren Zinsfuß zu begnügen. Sie würden in diesem Fall jedoch in der Größenordnung von 80 bis 90 Milliarden Dollar aus Geldern der amerikanischen Steuerzahler entschädigt.

Die Einzelheiten dieses Plans sind jedoch verschwommen, und die Stellungnahme des Establishments dazu ist weitgehend negativ. Er findet in der Tat einen nur wenig besseren Anklang als der Vorschlag des US-Finanzministers Nicholas Brady, die Bankkonten des Durchschnittsamerikaners zu besteuern, um die Banken und Spar- und Darlehensgesellschaften aus ihrer Misere herauszubringen.

Venezuela braucht sicherlich eine Form von Schuldenerlaß. Das Land ist abhängig von Erdölexporten in Höhe von 90 Prozent seines Außenhandelsgewinns, und sein Ölvorrat läuft aus, zu-

Lateinamerika

Unter dem Diktat des IWF

mindest die schnell greifbaren Reserven. Die Ölproduktion ist auf 2,2 Millionen Barrel pro Tag gesunken.

Das U.S. Department of Energy (Energie-Ministerium) schätzt, daß von 1983 an etwa zwei Drittel des letztendlich greifbaren Ölbestands bereits erschöpft sind. Nach den optimistischten Schätzungen ist die Hälfte der Ölreserven des Landes bereits aus dem Boden herausgepumpt worden. Derzeitige Schätzungen besagen, daß Venezuela um das Jahr 2020 herum – also in etwas über 30 Jahren von heute – kein Öl mehr haben wird.

Venezuelas andere Exporte – Kaffee, Zucker, Vieh und Eisenerz – können die Lücke nicht auffüllen. Und es ist unwahrscheinlich, daß Orinoco Petroleum Belt mit seinen zwischen 500 Milliarden und drei Billionen Barrel eines sehr schweren und trägen Öls kommerziell mit dem Öl konkurrieren kann, das andere Länder noch über das Jahr 2020 hinaus produzieren werden.

Venezuela erlebt auch den größten Prozentsatz an Kapitalflucht aller lateinamerikanischen Schuldnerländer. Zwischen 1979 und 1982 betrug die Kapitalflucht 136 Prozent des hereinkommenden Kapitals. Im Vergleich dazu hatten die am dichtesten auffolgenden Länder Argentinien und Mexiko eine Kapitalflucht von 65,1 beziehungsweise 47,8 Prozent, nach Angaben des IWF.

Steuergelder sollen den Banken helfen

Warum sollte man die wohlhabenden Venezuelaner nicht dazu zwingen, ihr Geld auf die eine oder andere Weise zurückzubringen und zumindest dazu beizutragen, die Auslandsschuld abzutragen? Ganz einfach, weil praktisch ganz Venezuela immer ein offenes Wechselkurssystem hatte und es dem Kapital freistand, das Land zu den höchsten Wechselkursen des freien Marktes zu verlassen.

Es gab zweifellos auch eine ungesetzliche Kapitalflucht, die darin bestand, daß zu Vorzugskursen erworbene Devisen sehr wohl dem Zweck entfremdet worden sein könnten, zu dem sie offiziell gekauft wurden, wie für den Kauf von lebenswichtigen Importgütern oder die Rückzahlung von legitimen Auslandsschulden; dies jedoch von Fall zu Fall nachzuweisen, wäre ein zeitraubender Vorgang.

Es würde auch eine Pandorabüchse öffnen, die die Banken sehr gerne verschlossen halten möchten, da viel von diesem Fluchtkapital in den gleichen Banken ruht, denen Venezuela 38 Milliarden Dollar schuldet.

So sind wir wieder beim Brady-Plan angelangt. Das »Wall Street Journal« stimmte mit einem Leitartikel in den Chor jener ein, die nach einem »bail-out« der Banken (Sicherheitsleistung) durch die Steuerzahler verlangen: »Es wäre in der Tat durchaus nicht falsch, eine Art Beitrag von den Steuerzahlern anzustreben, deren Politiker die Inflation genährt und die Banken mit Reserven zum Geldverleih vollgestopft haben.«

Wegen Unruhen, die durch Preiserhöhungen hervorgerufen wurden, patrouilliert die Nationalgarde durch Caracas.

Es stimmt: Politiker verursachen die Inflation, die dazu führt, daß von der amerikanischen Federal Reserve Bank und den Handelsbanken aus dem blauen Himmel heraus mehr Geld für Kredite geschaffen wird. Daher müssen die Steuerzahler für die Zahlungsunfähigkeiten bluten, die sich aus dem übermäßigen Geldverleih der Banken ergeben, und diese Exzesse sind keineswegs auf Darlehen an die dritte Welt beschränkt.

Diese Prämisse ignoriert die offensichtliche Tatsache, daß Banken durch Verleihung Geld schaffen müssen. Auf diese Weise kommen die Wirtschaften der übrigen westlichen Welt und Japan zu ihrem Geld.

Zinsen werden mit neuen Krediten bezahlt

Die Bedenken des »Journal« gegen den Brady-Plan sind eine indirekte Anerkennung dieser Tatsache. Die Zeitung ist besorgt darüber, daß der formale Erlaß eines Teiles der Schulden und die Verringerung des Zinssatzes auf die verbleibende Schuld den Strom neuer Darlehen an Lateinamerika abschneiden wird: »Die wahrscheinlichste Folge wäre eine Austrocknung der Finanzströme in die Entwicklungsländer hinein und eine Lawine von Schuldenstundungen.«

Der Wirtschaftler Martin Feldstein, einer der ehemaligen Vorsitzenden von Präsident Reagans Council of Economic Advisors schrieb: »Die vorgeschlagene neue Richtung der Finanzpolitik könnte es weit schwieriger machen, die für ein verhaltenes Wachstum in Lateinamerika benötigten Einfuhren zu finanzieren. Das US-Finanzministerium hat den Banken effektiv mitgeteilt, daß zukünftige Darlehen, die sie gewähren, wahrscheinlich nicht voll zurückgezahlt werden. Dies hat den Schuldnerländern auch einen starken Anreiz gegeben, es abzulehnen, laufende Schulden zu bedienen und dazu veranlaßt, andere Maßnahmen zu ergreifen, die den Marktwert der bestehenden Schulden verringern.«

Feldstein und das »Journal« übersehen die Tatsache, daß, wenn die dritte Welt ihre Schulden nicht anerkennen würde, sie eine sehr große Menge von »für verhaltenes Wachstum benötigte Einfuhren« mit Geldern finanzieren könnte, die jetzt unproduktiv als Zinszahlungen an Auslandsbanken ausgegeben werden.

Es wird viel Unsinn geredet

Feldsteins Argument hinsichtlich der Erhebung von »Zinssätzen, die geringer sind als die Kosten für die Gelder«, ist bedeutsamer. Es würde jedoch vom Standpunkt eines Bankers keinen Sinn ergeben, sagen wir einmal acht oder neun Prozent für einen Depotschein zu zahlen und dann einen geringeren Satz für ein Darlehen zu erheben.

Dies ist richtig trotz der Tatsache, daß die Banken »Reserven« von lediglich etwa 15 Prozent beibehalten müssen, gegen die sie neue Darlehen schaffen.

Larry A. Sjaastad, ein Professor für Ökonomie an der Universität von Chicago, verlieh dem Ausdruck »intellektueller Schwachsinniger« neue Bedeutung, als er im »Wall Street Journal« schrieb: »Zinszahlungen aller Entwicklungsländer zwischen 1983 und 1987 beliefen sich auf insgesamt 356 Milliarden Dollar; im gleichen Zeitraum stieg die Gesamtauslandsschuld der gleichen Länder um 401 Milliarden Dollar an.

Daraus ist zu schließen, daß angesichts der Schuldenkrise die unterentwickelten Länder als Gruppe in der Lage waren, nicht nur ihre kollektive Auslandsschuld zu überrollen, sondern mehr zu leihen als erforderlich war, um die Zinsrechnung für diese Schuld zu begleichen.«

Sjaastad, der seinen Artikel mit »Schuldnerländer hatten es niemals so gut« überschrieb, glaubt anscheinend, daß die Darlehensaufnahme zur Zahlung von Zinsen ein gesunder Vorschlag ist. Man braucht kein Professor für Ökonomie zu sein, um solchen Unsinn zu reden. □

Lateinamerika

Banker bestimmen den Kurs

Warren Hough und James Harrer

Der Übergang von der Herrschaft der Militärs zu der von Zivilpersonen in Lateinamerika, wo seit 1981 in einem Dutzend Ländern das jeweilige Militärregime einer gewählten Regierung weichen mußte, wurde in den westlichen Demokratien als Morgendämmerung eines demokratischen Zeitalters gepriesen.

»Genau das Gegenteil«, behauptet Professor Dr. Tiberio Aldeasaca, ein angesehener argentinischer Wirtschaftswissenschaftler. »Die ›Schuldenkrise‹, unter der diese mit schweren Hypotheken belasteten Länder jetzt leben, ist härter und erstickender als jede Junta von Generalen. In der Tat waren die militärischen Führer nicht erbarmungslos und hart genug, die von internationalen Gläubigern auferlegte Steuertyrannei zu verwalten. Es blieb unredlichen, globalistischen Politikern vorbehalten, diese Art von System zu vollstrecken.«

Erbarmungslose Kritik an der Schuldenwirtschaft

Zivile lateinamerikanische Politiker gaben offen zu, obwohl sie keine »unredlichen Globalisten« sind, daß auch sie die Schuldenwirtschaft verurteilen. »Unsere öffentliche Auslandsschuld beläuft sich auf vier Milliarden Dollar«, berichtet Roberto Martinez, Finanzminister der Dominikanischen Republik. »Wenn man die aufgelaufenen Zahlungsrückstände zusammenrechnet, dann hat es uns mehr als eine Milliarde Dollar gekostet, diesen Verpflichtungen im vergangenen Jahr nachzukommen. Das war mehr als das Dreifache unserer gesamten Exporte. Das macht uns kaputt!«

Um diesen lähmenden Strom von Zahlungen an Wall Street-Banken in Gang zu halten, muß sich die Dominikanische Republik mit endlosen Hungerunruhen, Streiks und Chaos abfinden, verlautet aus anderen Quellen. »Die Polizei und die Armee sind dauernd auf den Straßen und jagen Demonstranten, schlagen Schädel ein und verwenden scharfe Muniton, wenn die Proteste gewalttätig werden«, berichtet Carmen Beaza Garcia, eine dominikanische Studentin, an der Universität New York.

»Es gab tausende von Verhaftungen. Wir haben eine von Zivilpersonen geführte Regierung, aber einen vom IWF beherrschten Polizeistaat«.

Der Polizeistaat des IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF), weithin als Verwalter und Vollstrecker des von den Gläubigerbanken auferlegten Raubsystem angesehen, ist für Millionen von Lateinamerikanern zu einem vertrauten Bösewicht geworden.

Der US-Außenminister James Baker, der während der zweiten Reagan-Regierung als Finanzminister diente, wird von den gebildeten, gutinformierten Lateinamerikanern immer häufiger als »Drahtzieher« hinter der Intervention und der Ausbeutung erwähnt, die man dem IWF zuschreibt.

»Baker ist so geschmeidig, so gelassen; er redet in so schönen Sätzen«, sagte Elpidio Queros, ein peruanischer Journalist. »Aber wenn man beobachtet, was er tut, dann wird einem klar, daß seine einzige Besorgnis darin besteht, die Bankprofite gesund zu halten.«

Wirtschaftler und Politiker teilen diese Ansicht. Den großen internationalen Gläubigerbanken ging es trotz der düsteren Voraussagen die ganze sogenannte Schuldenkrise hindurch viel besser als allgemein angenommen.

Aber den Armen der Dritten Welt, die gezwungen wurden, die Last auf sich zu nehmen und die Kosten der grenzenlosen Darlehensaufnahme zu tragen, ging es weniger gut. Ein kürzlich freigegebener UN-Bericht enthüllt, daß schätzungsweise 500 000 Kinder unter zehn Jahren jedes Jahr in der ganzen Dritten Welt wegen Fehlens einer ausreichenden Ernährung und ärztlicher Versorgung auf Grund von durch den IWF auferlegten Einsparungen in den Haushalten der öffentlichen Dienste sterben.

Solche Grausamkeiten sind häufig, sogar Gemeinplätze geworden in den Ländern, die die Banker als weniger entwickelte Länder bezeichnen, weil die sogenannten neu hervortretenden Demokratien Lateinamerikas in Wirklichkeit »Kommando-Wirtschaften« sind, die vom IWF regiert werden.

»Es ist ein brutal wirksames System der Unterdrückung«, meint ein Experte. »Verfassungsmäßige Begrenzungen, rechtliche Absicherungen, politische Freiheiten sind zwecklos dagegen. Mit einigen wenigen Ausnahmen – Südkorea, Thailand und das drogenreiche Kolumbien – sind die meisten dieser Länder pleite. Um weiterzumachen, brauchen sie immer mehr Kredite, um neue Almosen von den Megabanken zu bekommen, müssen sie damit einverstanden sein, daß der IWF ihre Wirtschaften neu ordnen darf.«

Unter dem Diktat der Buchhalter

Die Interventionsstreitkräfte des IWF benötigen keine Panzer, Kanonen, Fahnen oder Truppen. »Sie erscheinen in aller Ruhe, mit kommerziellen Fluglinien – ein kleines Häuflein von Buchhaltern und Statistikern in dunklen Anzügen. In den örtlichen Regierungsvierteln brennen die Lichter noch spät abends, in einer Atmosphäre der Furcht, wenn das Wort umhergeht: ›Die SAP-Mannschaft ist hier‹«, berichtete Dr. Aldeasaca.

»SAP«, vielleicht das am meisten gefürchtete Schlagwort in der unterentwickelten Welt, bedeutet »Structural Ajustment Program« (Struktur-Anpassungsprogramm). Es bezeichnet ein Verfahren, mit dem der IWF in der Wirtschaft einer Nation die Rechnungsprüfung vornimmt – speziell beim Haushalt – und diese »neu anpaßt«, um mehr harte Währung zur Schuldenbegleichung zu schaffen.

Die traditionell für die Sicherstellung von unentbehrlichen Dienstleistungen und Verbrauchsgüter für die Arbeiter gewährten Subventionen werden schnell beseitigt, um Geld zu sparen. »Benzin, Öl, Brot, Milch, Busfahrkarten, Mieten, Schuhe – alles geht nach oben, manchmal um 50 oder 100 Prozent, nachdem der IWF sein Neuanpassungsprogramm durchgeführt hat«, sagt Queros.

»Preise schießen in die Höhe, Behördendienste – Schulen, Eisenbahn, Müllabfuhr, öffentliche Arbeiten – fallen weg. Und was noch wichtiger ist, seitdem der IWF auch bei Importen hart ist, gerät auch die Produktion ins Stocken. Es gibt weniger Arbeit für jeden. Für viele gibt es überhaupt keine Arbeitsplätze.«

Die Folgen: Schuldenaufstände in jedem lateinamerikanischen Land. »Über viele von diesen wird nicht berichtet«, versicherte Queros. »Die Unruhen in Venezuela im letzten Februar waren eine Ausnahme. Mehr als 500 Menschen starben bei den Demonstrationen – und Venezuela ist eines der reichsten lateinamerikanischen Länder. Aber es gab allerorts ähnliche Proteste im vergangenen Jahr.«

»In der Kampagne, viele Länder in ein erstickendes Schuldengewebe zu verstricken, war Baker der Spitzenmann für die Wall Street«, sagt Aldeasaca. »Dies machte ihn zu einer verhaßten Figur südlich der Grenze, ungeeignet, als amerikanischer Außenminister die Diplomatie zu leiten. Wenn die Wahlergebnisse bekannt sind, werden sich die Vereinigten Staaten vielleicht darüber klar sein, daß die Schuldenwirtschaft verschwinden muß.« □

Europa-Journal

CIA stellt Schwierigkeiten bei Gorbatschows Plan fest

Michail Gorbatschows vergebliche Bemühungen, die sowjetische Wirtschaft zu neuem Leben zu erwecken, sind zum Stillstand gekommen, wird in einem gemeinsam von der Central Intelligence Agency (CIA) und der Defence Intelligence Agency (DIA) herausgegebenen Bericht behauptet. In dem vom Joint Economie Committee of Congress (Gemeinsamer Wirtschaftsausschuß des Kongresses) freigegebenen CIA-DIA-Jahresbericht wird behauptet, daß Gorbatschow »seiner ursprünglichen Vision einer wieder zum Leben erweckten Wirtschaft verpflichtet bleibe. Er sei jedoch zu der Schlußfolgerung gekommen, daß er diese Vision nicht so schnell verwirklichen könne, wie er es einst für möglich gehalten habe, oder direkt auf dem Weg vorzugehen, den er anfangs verfolgen wollte.«

US-Senator Jeff Bingaman, Vorsitzender des Ausschusses, charakterisierte den Bericht gegenüber der »Washington Post« als »Korrektur auf halbem Weg« durch Gorbatschow, wobei grundlegende Änderungen wie Preisreform vertagt werden und »ein Großteil des übrigen Reformprogramms auf Eis gelegt werde«. □

Sowjets geben den Einsatz von Giftgas in Georgien zu

Sowjetische Truppen haben in Georgien Giftgas eingesetzt, geben Regierungskreise dort und auch in Moskau zu. Die ersten Berichte über den Giftgaseinsatz kamen aus dem Zentrum für Demokratie in der UdSSR, in denen nationalistische Widerstandskreise in der georgischen Hauptstadt Tiflis zitiert werden. Darin heißt es, daß, als am 9. April dort betrunkene russische Soldaten in die Masse der Demonstranten eindrangen, »42 Menschen unter den Hungerstreikenden verschwanden und über 500 schwer verwundet wurden«. Von den ermordeten Demonstranten »waren zwanzig Frauen – darunter zwei über 60 Jahre alte Frauen und ein elfjähriges Mädchen. Sie wurden alle zu Tode geprügelt von russischen Truppen, die den von Fallschirmjägern sonst für den Grabenkrieg benutzten Spaten dazu verwendeten«.

Darüber hinaus, so heißt es weiter in dem Bericht, »gibt es Beweise dafür, daß die Truppen eine Art von Giftgas verwendeten, um die Demonstranten aus dem Regierungsgebäude hinauszudrängen. Der Gesundheitsminister Menegarishvili gab vor dem georgischen Fernsehen zu, daß deutliche Symptome von Giftgas in den Körpern der Toten und anderen Verwundeten festgestellt wurden. Alle diese Leichen wiesen einen erweiterten Magen auf. Demonstranten behaupten, sie seien durch das Gas buchstäblich gelähmt und sogar bewußtlos gewesen.«

Menagarishvili wurde auch von der Zeitung der georgischen Kommunistischen Partei »Zarya Vostoka« zitiert. Er soll gesagt haben, daß immer noch Leute hereinkommen, um sich wegen Vergiftung ärztlich versorgen zu lassen.

Die Nachrichtenagentur Reuter zitierte den stellvertretenden Gesundheitsminister Irakli Pagava, der gesagt haben soll, daß 21 Kinder an einer Schule Symptome einer milden Vergiftung aufwiesen und daß Laboratorien mit ihnen Versuche durchführen.

Sowohl die sowjetische Regierungszeitung »Istvestia« in Moskau als eine Expertengruppe haben diese Berichte bestätigt. □

Spionage-Blitzfeldzug der Sowjets in England

Die von der britischen Regierung Margaret Thatchers kürzlich ausgewiesenen sowjetischen Spione waren auf eine streng geheime Überwachungsanlage angesetzt, die gemeinsam von den Vereinigten Staaten und Großbritannien entwickelt wird, um die Sowjetunion zu überwachen.

Die jüngste Gegenoffensive der britischen Regierung gegen die Spionage der Sowjets »wurde am 9. April – zwei Tage nachdem der Staats- und Parteichef Gorbatschow seinen triumphalen Besuch in Großbritannien beendet hatte –« gestartet, berichtete die Londoner Zeitung »Sunday Express«.

Wie die Zeitung weiter ausführt, trat der entscheidende Augenblick ein, »als ein zäher, 56 Jahre alter Schotte das Kommando von MI-6, des für die Sammlung von Nachrichten im Ausland verantwortlichen Geheimdienstes, übernahm. Innerhalb von Stunden, nachdem er dieses Amt übernommen hatte, übte Colin McColl das Hauptvorrecht seiner Stellung aus, indem er sich mit dem Premierminister traf. Er bestätigte Thatchers schlimmste Befürchtungen. Moskau war dabei, seinen Spionage-Blitzfeldzug gegen Großbritannien zu verstärken. Am 19. Mai, nur sechs Wochen nachdem McColl sein Amt übernommen hatte, erhielten acht sowjetische Diplomaten und drei Journalisten ihre Marschbefehle.«

Laut »Sunday Express« schien das Hauptziel der sowjetischen Spionage eine anglo-amerikanische Überwachungsanlage zu sein, die zur Zeit entwickelt wird, um die Sowjetunion zu überwachen.

Aus informierten Kreisen verlautet, daß McColl ein »sehr zäher Geheimdienstmann«, ein »kalter Krieger« ist, mit praktischer Erfahrung aus Genf, Vientiane und Bangkok. Er verbrachte neun Jahre im Hauptquartier von MI-6.

Kurz nach der Übernahme der Leitung von MI-6 begab er sich in Begleitung des Leiters von MI-5, Großbritanniens Geheimdienst für innere Sicherheit, ins Büro von Margaret Thatcher und sagte zu ihr: »Vergessen Sie das Außenministerium, es muß etwas gegen die sowjetische Spionage getan werden.« □

Europäischer Rechnungshof krititsiert Marktordnung für Obst und Gemüse

Über die EG-Marktordnung für Obst und Gemüse können sich allenfalls fanatische Tierschützer freuen. Die besten Erzeugnisse dienen – sofern sie nicht der Vernichtung anheimfallen – der Tierfütterung, während sich Europas Verbraucher mit Produkten minderer Qualität begnügen müssen. Derartige Auswüchse sind nach Angaben des EG-Rechnungshofes keine Seltenheit. Die Luxemburger Kontrollbehörde legte jetzt die Ergebnisse einer Untersuchung vor, die in Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden – den vier größten Agrarproduzenten der Gemeinschaft – durchgeführt wurde.

Danch kostete die Vernichtung von Obst und Gemüse Europas Steuerzahler zwischen 1982 und 1987 über eine Milliarde ECU – ein ECU sind 2,08 DM –. Als Hauptursache nennt der Rechnungshof insbesondere den Dschungel von Vorschriften, der Betrügereien Tür und Tor öffne. So habe Italien als Hauptnutznießer der EG-Marktordnung für Obst und Gemüse auch die meisten Unregelmäßigkeiten aufzuweisen. Von den 118 Betrugsfällen, die im betreffenden Zeitraum aufgedeckt wurden, entfielen 106 allein auf Italien. Dabei ging es um eine Summe von insgesamt 85 Millionen ECU. Frankreich, Griechenland und die Niederlande schneiden jedoch in den Augen der EG-Kontrolleure nicht viel besser ab.

Herbe Kritik übt der Rechnungshof in seinem Bericht an der Brüsseler Marktordnung. Sie ermutigt in keiner Weise zur Erschließung neuer Absatzmärkte, sondern trage vielmehr entscheidend dazu bei, daß von Jahr zu Jahr größere Mengen »vom Markt genommen« werden müssen. Die bisherigen Strukturmaßnahmen, die auf eine Umstellung bestimmter Produktionszweige zielten, hätten sich zudem als wirkungslos er-

wiesen, rügte die Kontrollbehörde.

Auch bestehende Kontrollen seine gänzlich unzureichend. Betrüger hätten somit leichtes Spiel. Schließlich handle es sich bei den sogenannten »Erzeugergemeinschaften« oft nicht um ordnungsgemäße Einrichtungen, denen es obendrein noch viel zu leicht gemacht würde, Rücknahmeaktionen zu veranlassen. □

Solidarität verurteilt Einschüchterungen

Die kürzlich legalisierte Gewerkschaft Solidarnosc beschuldigte die polnische Regierung, die Leute vor den Parlamentswahlen eingeschüchtert zu haben. Sprecher der Gewerkschaft behaupten, eine Regierungserklärung sei über die Wahrheit hinweggegangen und habe Tatsachen manipuliert, als der Westen darin beschuldigt wurde, Polens Souveränität durch Unterstützung des Wahlkampfes der Gewerkschaftskandidaten verletzt zu haben.

Dazu antwortete der Sprecher der Gewerkschaft Janusz Onyszkiewicz: »Den Verfassern dieser Erklärung sind alle Tatsachen wohl bekannt. Aber sie sind nicht an der Wahrheit interessiert, nur an Propaganda gegen die Solidarität. Einschüchterung von Menschen, Verletzung patriotischer Gefühle und Manipulierung von Tatsachen erleichtern unsere Arbeit nicht.« □

Souveränität ist für die Sowjets unaktuell

Das Blatt der sowjetischen Kommunistischen Partei »Prawda« schrieb in einem Leitartikel, das Beharren der baltischen Republiken auf Unabhängigkeit sei »aus der Mode«, weil die staatliche Souvernänität durch überstaatliche Institutionen ersetzt werde. Das sowjetische Blatt griff den Aufruf der estnischen, litauischen und lettischen Volksfront-Führungen zur Aufkündigung des Hitler-Stalin-Paktes durch die UdSSR an. Unter jenem Abkommen von 1939 annektierte Rußland die drei Länder.

Das sowjetische Argument ist höchst ungewöhnlich und herausfordernd. »Prawda« betont nachdrücklich, daß der Hitler-Stalin-Pakt kein »Gentlemen's Agreement« war, sondern eine Situation verhinderte, in der die baltischen Staaten als »Aufmarschgebiet« für den Einfall Nazi-Deutschlands in die UdSSR hätte dienen können.

Dann greift das Blatt die baltischen Führer an, weil sie »die Uhr zurückstellen wollen«. »Prawda« hob hervor, daß die Nationen heute ihre »absolute staatliche Souveränität« an »überstaatliche Institutionen« abgeben und daß von daher gesehen die neuen Forderungen der baltischen Republiken »historisch aus der Mode« seien. □

Sowjets schlagen UN-Umwelt-Agentur vor

In einem Schreiben schlug die Regierung der Sowjetunion eine Körperschaft vor, die eine internationale Reaktion auf »Umweltnotstände« vorbereiten soll. In dem von Außenminister Eduard Schewardnadze unterzeichneten Schreiben wird ein Gedanke aufgegriffen, den der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow im Dezember 1989 der Generalversammlung der UN vorgetragen hatte. »Die Bewältigung der weltweiten Bedrohung für die Umwelt und die Herbeiführung einer universalen Umwelt-Sicherheit durch schnelle und wirksame Handlungen ist eine zwingende Notwendigkeit unserer Zeit«, sagte Gorbatschow.

Schewardnadze meint nun, es müßte ein UN-Zentrum zur Hilfe bei Umweltnotständen geschaffen werden, das von einem Generalsekretär geleitet werden sollte. »Die Hauptaufgabe des Zentrums wäre die schnelle Entsendung von internationalen Gruppen von Experten in Gebiete, wo sich der Zustand der Umwelt sehr verschlechtert hat.«

Das Team würde die Lage untersuchen und neue Empfehlungen zur Verbesserung vorschlagen, sagte er. »Wenn erforderlich, würden zu solchen Gruppen Anwälte gehören, die sich mit den rechtlichen Problemen befassen, die sich aus Umweltkatastrophen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen ergeben könnten.« □

Euro-Föderalisten greifen Mrs. Thatcher an

Wurde auf der Sitzung der elitären Bilderberg-Gruppe beschlossen, einen Propagandafeldzug gegen die britische Premierministerin Margaret Thatcher über die Frage »Europa 1992« zu starten? Mrs. Thatcher hat scheinbar bei ihrem Widerstand gegen einen Plan, nach dem alle Schranken gegen die Bewegung von Gütern, Menschen und Kapital unter den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft fallen sollen, kein Blatt vor den Mund genommen.

Nach Mitteilung eines Mitgliedes der Bilderberger war die Sitzung in Spanien stark auf eine Beschleunigung des Integrationsprozesses »Europa 1992« ausgerichtet. »In der gegenwärtigen Lage brauchen wir mehr als je zuvor ein vereintes Europa. Es herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß wir dieses Ziel vorantreiben müssen.«

Er fügte hinzu: »Wir sprachen über einige von Mrs. Thatcher engen Freunden, die uns versicherten, sie sei ›europäischer‹ als sie zu sein scheint, die aber einräumten, daß ihre harschen Worte eine Gefahr darstellen könnten.«

Als die Bilderberg-Sitzung noch im Gang war, erlebte Großbritannien einige der schärfsten Angriffe auf Mrs. Thatcher in der Angelegenheit »Europa 1992« aus den Reihen ihrer eigenen Konservativen Partei heraus.

Der ehemalige britische Verteidigungsminister Michael Heseltine, der Ambitionen hat, Mrs. Thatchers Nachfolge als Premierminister anzutreten, startete eine Attacke auf diejenigen in Großbritannien, die eine volle britische Beteiligung an dem Plan blockierten.

Dann griff der ehemalige britische Premierminister Edward Heath, ein Jünger des verstorbenen Integrationisten Jean Monnet, Mrs. Thatcher an, weil sie gesagt hatte, Großbritannien dürfe keinem »sozialistischen Überstaat« in Brüssel unterworfen werden. Heath sagte, dies sein »absoluter Unsinn«, und Thatcher wolle Großbritannien zu einer »zweitrangigen Macht in eine zweitrangigen Gesellschaft« machen. □

Jacques Chirac über die NATO

Der Pariser Oberbürgermeister Jacques Chirac, ehemaliger französischer Ministerpräsident, sagte vor einer Versammlung beim Carnegie Endowment for Peace in Washington: »Die Zeit ist noch nicht gekommen, so scheint es mir, der UdSSR das Zertifikat der Demokratie zu verleihen, wie einige von uns nachdrücklich verlangen.

Wir müssen eine nukleare Abschreckung bewahren, weil wir ohne eine solche keine Chance haben, die Sicherheit und den Frieden in Europa zu erhalten.«

Chirac legte drei Prinzipien für die NATO vor: »Erstens, weist eine Entnuklearisierung und Verhandlungen über Kurzstrekkenwaffen zurück. Zweitens, verringert die Anzahl der Raketen auf ein Mindestmaß und erhöht ihre Reichweite, damit die Abschreckung den Europäern nicht als gleichbedeutend mit einem begrenzten Kernwaffenkrieg auf ihrem eigenen Boden erscheint. Drittens, tragt unabhängige britische und französische Kernwaffen bei durch Vereinbarungen und geeignete politische und militärische Mechanismen unter den Europäern selbst sowie mit den Vereinigten Staaten.« □

Frankreich

Der Revisionismus nach dem Leuchter-Bericht

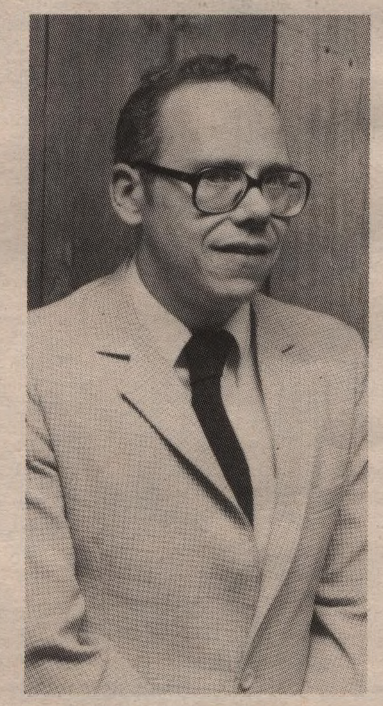
Robert Faurisson

Im April vorigen Jahres wurde anläßlich eines Prozesses gegen den Revisionisten Ernst Zündel vor einem Gericht im kanadischen Toronto der 193seitige Leuchter-Bericht von seinem Verfasser vorgelegt und kommentiert. Der Verfasser ist ein Ingenieur aus Boston, Spezialist für den Entwurf und den Bau von Gaskammern zur Hinrichtung von zum Tode Verurteilten. Das technische Gutachten kommt zu der sachlichen Schlußfolgerung, daß es in Auschwitz, in Birkenau und in Majdanek zu keiner Menschentötung in Massen gekommen ist. Das Gutachten enthält unter anderem das Ergebnis einer in einem amerikanischen Laboratorium durchgeführten chemischen Analyse von 32 an Ort und Stelle entnommenen Gesteins- und Mörtelproben.

Der Leuchter-Bericht beweist, daß die Historiker der revisionistischen Schule Recht hatten. Er bestätigt, daß die zionistischen Organisationen sich zu Unrecht für den Mythos des Völkermords verbürgt haben. Die Verantwortlichen dieser Organisationen waren der jüdischen Gemeinde in aller Welt keine guten Hirten.

Nicht auf Warnungen einzelner gehört

Man hätte auf die Warnungen einiger jüdischer Einzelpersonen hören sollen, die die Klarsicht und den Mut hatten, auf verschiedene Weise ihren Beitrag zur Revision der Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu leisten. Schon 1968 hatte Olga Wormser-Migot gegen den Mythos des Völkermordes argumentiert. Edgar Morin hatte wiederholt darauf hingewiesen, man müsse die Geschichte der dreißiger und vierziger Jahre neu untersuchen und dürfe sich dabei nicht von Tabus und von dem Sakrosankten einschüchtern lassen.



Der Amerikaner Fred Leuchter ist auch für die französischen Revisionisten eine wichtige Autorität.

Noam Chomsky war für das Recht zum Zweifel und für die Freiheit der Forschung eingetreten. Jean-Gabriel Cohn-Bendit – Bruder des roten Danny aus Frankfurt – hatte für die Revisionisten Partei ergriffen. Gabor Tamas Rittersporn hatte sich den von zionistischen Organisationen verklagten Revisionisten zur Seite gestellt. Claude Karnoouh und Jacob Assous bekundeten ihre Verbundenheit mit dem revisionistischen Gedankengut auch noch vor Gericht.

Die Verantwortlichen der zionistischen Organisationen und Institutionen zogen es jedoch vor, gegen die Revisionisten, ob jüdische oder nichtjüdische, mit polizeilicher und gerichtlicher Unterdrückung vorzugehen.

Auf zur Hetze gegen »Geschichtsgangster«

Die Medien hetzten unter diesen Umständen immer wieder gegen die Revisionisten auf. Am 1. Juli 1987 erließ die Fédération des sociétés de journalistes, in der mehr als 2000 Journalisten der drei Hauptkanäle des französischen Fernsehens sowie der bedeutendsten Rundfunktstationen und Presseorgane gruppiert sind, einen Aufruf zu unverzüglichen gerichtlichen Unterdrükkungsmaßnahmen gegen die Revisionisten.

Mit der Unterschrift von Bruno Frappat rief die große Tageszeitung »Le Monde« zur allgemeinen Entrüstung gegen die Revisionisten, diese »Starrköpfe der Lüge und Fälschung«, diese »Geschichtsgangster« auf.

Dieselben Verantwortlichen zionistischer Organisationen und Institutionen sahen sich schließlich veranlaßt, auf ihre Lieblingswaffe gegen sie zurückzugreifen: auf die gerichtliche Unterdrückung.

In den letzten zehn Jahren war es ihre Taktik – und ist es immer noch – jeder Diskussion mit den Revisionisten aus dem Weg zu gehen, ihnen den Zugang zu den Medien zu versperren und sie vor die Gerichte zu zerren. Aber, wie Pierre Vidal-Naquet mit Bitterkeit feststellen mußte, ist die gerichtliche Unterdrükkung eine gefährliche Waffe, die sich auf jene richten kann, die sie handhaben.

In Frankreich gelang es den Revisionisten schließlich, die einzigen Personen aufzurütteln, vor denen sie sich äußern konnten: die Richter. Während die Journalisten jede Muße hatten, auf einer Haltung zu beharren, die darauf hinauslief, die Revisionisten zu verurteilen, ohne sie auch nur anzuhören, waren die Richter ihrerseits sehr wohl dazu gezwungen, sich die Argumente der Revisionisten anzuhören. So fanden sie nach und nach den wahren Sinn des Revisionismus heraus, der nichts mit Rassismus oder irgendeiner politischen Ideologie zu tun hat, sondern auf wissenschaftlichen und technischen Forschungsarbeiten beruht.

Man muß wissen, daß bis 1982, das heißt bis zu einem Zeitpunkt als Revisionisten noch kaum ihre Beweisführung vor den Richtern entwickeln konnten, die Gerichtsurteile ganz besonders hart waren, aber nach 1983 hat sich der Wind gedreht.

Jeder Franzose kann von einer historischen Lüge sprechen

Die Wende von 1983 zeichnete sich vor allem durch einen Beschluß der ersten Zivilkammer des Pariser Landgerichts vom 26. April 1983 ab. An diesem Tag endete ein im Jahr 1979 begonnener Prozeß mit einer Entscheidung, mit der nach Ansicht des gleichen P. Vidal-Naquet »die Ernsthaftigkeit der Arbeit Faurissons anerkannt wurde, da hört sich doch alles auf, und er alles in allem nur deswegen verurteilt wurde, weil er böswillig gehandelt habe, indem er seine Thesen in Slogans zusammenfaßte«.

Mit dieser Entscheidung gingen die Richter soweit, jedem Franzosen das Recht zu gewährleisten, zu sagen, daß der Völkermord eine historische Lüge ist. Die Gerichtsentscheidung wurde nicht auf Grund der Notwendigkeit der freien Meinungsäußerung, sondern angesichts der Ernsthaftigkeit der revisionistischen Schlußfolgerung bezüglich dessen gefällt, was das Gericht selbst »das Problem Gaskam-

mern« zu nennen beschloß; denn es gab hier ein Problem!

Ab 1963 bis Ende 1988 überstürzten sich die Ereignisse. Indem sie zur Offensive übergingen, erreichten die Revisionisten die Verurteilung des Recueil Dalloz Sirey – in der ersten Instanz, in der Berufung und vor dem Kassations-Gericht. Sie, die man ohne Beweis beschuldigt hatte, Fälscher zu sein, sie bewiesen, unterstützt durch unwiderlegbare Beweise, daß ihre Gegner, die sogar in den Spalten der ehrwürdigen Gerichts-Zeitschrift Unterschlupf gefunden hatten, selbst die Texte in schwerwiegender Weise gefälscht hatten – ganz wie die Zeitung »Le Monde« über das gleiche Thema.

Am 16. Dezember 1987 entlud sich ein gerichtlicher Donnerschlag. Pierre Guillaume, Direktor der »Annales d'histore Révisioniste« (AHR) erreichte durch Entscheidung des Landgerichts von Paris die Aufhebung des zum Zeitpunkt des Barbie-Prozesses (Mai 1987) durch den Richter Gérard Pluyette auf dem Weg einer einstweiligen Verfügung gegen die erste Ausgabe der neuen Zeitschrift verkündeten Verbots.

Und dieses Mal gingen die Richter soweit, jedem Franzosen das Recht zu garantieren, zu sagen, daß nicht nur die Gaskammern, sondern auch der Völkermord eine historische Lüge ist. Für diese Richter handelte es sich hier »um den freien Austausch von Gedanken und Meinungen und um eine öffentliche Diskussion unter Historikern«.

Die den revisionistischen Autoren zuerkannte Eigenschaft als »Historiker« und diese Feststellung bezüglich einer »öffentlichen Diskussion« rief bei den Gegnern große Bestürzung hervor, und sie entschlossen sich dazu, Berufung einzulegen.

Verfahren sind Lotteriespiele

1988 erhielt der Staatsanwalt Domingo hintereinander zwei Nasenstüber. Zweimal hatte er Pierre Guillaume strafrechtlich wegen Rassenhetze verfolgt und zweimal wurde er mit seiner Klage abgewiesen.

Auch in Frankreich haben die Politiker, sowohl von den Rechten als auch von der Linken, sich bisher in der Verfechtung der Vernichtungsthese gegenseitig überboten. Am 20. September 1987 hatte Charles Pasqua, seinerzeit Minister des Inneren, versichert, daß, hinge es von ihm ab, »Professor Faurisson ins Gefängnis wandern würde«.

Am 2. April 1988 hatte Georges Sarre im Namen der Gruppe der sozialistischen Abgeordneten einen Vorschlag eingereicht, der gegen die Verfechter »revisionistischer Thesen« eine Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr, eine Geldstrafe von 2000 bis 300 000 Franc und Auferlegung der für zwangsweise erfolgenden gerichtlichen Veröffentlichungen anfallenden Kosten vorsah.

Dieses »Lex Faurissonia« würde darauf hinauslaufen, eine amtliche, von der französischen Polizei und Justiz geschützte Wahrheit zu schaffen. Es würde naiverweise beweisen, daß die Gegner des Revisionismus selbst eingestehen, derzeit vor einem juristischen Vakuum zu stehen. Die von der Regierung auf Grund der herrschenden Mächte eingeleiteten Verfahren sind nur Lotteriespiele: die Staatsanwälte, deren Feder per Definition leibeigen ist, hoffen auf willfährige Richter zu stoßen.

Das große geistige Abenteuer dieses Jahrhunderts

Die französischen Journalisten spüren die Stunde der Wende: In seinen Startlöchern wartet jeder darauf, daß ein kühner Kollege das Startsignal gibt und tatsächlich einem Revisionisten das Wort erteilt.

Die französischen Historiker glänzen durch ihr Schweigen oder ihre Feigheit, ganz nach der tausendjährigen Tradition der Hofhistoriker.

Was die jüdische Gemeinde betrifft, so wird sie von denjenigen Abrechnung verlangen müssen, die sie so hinter das Licht führten.

Der Revisionismus, so hat man gesagt, »ist das große geistige Abenteuer dieses Jahrhunderts«. □

ADL

Das Ziel heißt Zionismus

Mark Lane

Indem sie ihren neuesten Katalog mit Material über menschliche Beziehungen für Schulen herausbringt, stellt die Anti-Defamation League (ADL) fest, daß sie »als Berater für Lehrerbildungs-Institute und Schulsysteme handelt, bei der Ausarbeitung von Lehrplänen mithilft, die negative Einstellungen und Verhaltensweisen ändern und das Verständnis fördern sollen.«

Wie alle professionellen Propagandisten weiß die ADL, daß der fruchtbarste Boden für die Gestaltung einer langfristigen öffentlichen Meinung – und Unterstützung für Israel zu Lasten der herkömmlichen westlichen Werte – der Klassenraum ist.

In gleicher Weise enthält die Kategorie »Politische und soziale Fragen« vorwiegend Material über Antisemitismus. Andere Themen, die sich auf die Diskriminierung von Minderheiten beziehen, werden nur beiläufig behandelt. Wie zu erwarten, ist eine ganze Kategorie von Lehrmaterial Israel und dem Nahen Osten gewidmet, ohne daß darin die Palästinenser oder eine andere arabische Nation erwähnt werden.

Für Anne Frank wird die Kirche zur Bühne

Die einzige größere Kategorie des empfohlenen Lehrmaterials betrifft natürlich »das Lehren über den Holocaust«. Wie bei den anderen Kategorien wird Betonung auf audio-visuelles Material gelegt, das, wie Lehrer ebenso wie Propagandisten erkannt haben, viel wirksamer ist, um die leicht zu beeindruckenden Geister von Kindern und Jugendlichen in den Griff zu bekommen.



Während die ADL behauptet, daß das in ihrem neuen Katalog angepriesene Lehrmaterial dazu dienen soll »Verständnis unter den Völkern verschiedener Rassen, Glaubensbekenntnisse und Volkszugehörigkeit« zu fördern, ergibt eine nähere Überprüfung, daß der Hauptzweck darin besteht, den Zionismus und den Holocaust herauszustellen.

Zionismus und den Holocaust fördern

Unter der Kategorie »multikulturelle Erziehung« zum Beispiel befindet sich in dem Katalog Lehrmaterial, das sich auf verschiedene Minderheiten in Amerika bezieht, aber ein Großteil davon befaßt sich mit jüdischen Amerikanern. Arabische Amerikaner werden überhaupt nicht erwähnt.

Der letzte in dem 48 Seiten starken Katalog aufgeführte Punkt ist »Anne Frank in Maine«, eine 28minütige audio-visuelle Lehrhilfe. Die Aufschrift lautet: »Die Junior-High-School-Klasse in Kennebunk, Maine, (wo Präsident Bush seinen Sommersitz hat) erfährt etwas über den Holocaust. Schüler fragen Erwachsene, die jene Jahre durchlebt haben. Nach und nach wird die ganze Gemeinde darin verwikkelt. Wenn sich die Klasse dazu entschließt ›Das Tagebuch der Anne Frank‹ aufzuführen, dann stellt die Ortskirche die Bühne zur Verfügung. Der Pastor, Leute aus der Stadt, Schüler und deren Eltern nehmen zu dem Holocaust-Lehrprogramm und seiner Wirkung auf die betroffenen Kinder Stellung. Hilfreich für diejenigen, die daran interessiert sind, Lehrprogramme über den Holocaust in ihrer eigenen Gemeinde zu entwickeln.« □

Französische Revolution

Verschwörung zum Umsturz der Zivilisation

Ivor Benson

Ein Buch, das vom Buchhandel des Establishments nicht ausgestellt wird, jetzt, wo in diesem Jahr die Zweihundertjahrfeier der Erstürmung der Bastille in der ganzen Welt gefeiert wird, ist Nesta Websters erschöpfend dokumentiertes Meisterwerk der Geschichtsschreibung und Analyse »The French Revolution«. Und es besteht eine noch wesentlich geringe Chance, daß das zweite Buch öffentlich erwähnt oder besprochen wird, das der gleiche Autor zwei Jahre später schrieb: »World Revolution: The Plot Against Civilization« (»Weltrevolution: Der Anschlag gegen die Zivilisation«). Der Grund für das Schweigen über diese beiden Bücher ist ganz einfach: Niemand soll die wahren Hintergründe der Französischen Revolution erfahren.

Man kann sagen, daß sich die Geschichte der Welt in den letzten 200 Jahren aus der Französischen Revolution heraus entfaltet hat. Mit anderen Worten, die Haupteinflüsse, die jenen historischen Umsturz herbeigeführt haben, gedeihen weiter und haben der Welt ein Zeitalter der Konflikte und Tragödien beschert, für die es in der Geschichtsschreibung keine Parallele gibt.

Keine Untersuchungen über die Ursprünge

Nesta Webster schreibt im Vorwort zu dem Buch »World Revolution: The Plot Against Civilization«: »In all den Büchern, Schriften und Zeitungsartikeln, die jetzt der Weltrevolution gewidmet sind, die wir derzeit durchlaufen, stellt man mit Erstaunen fest, daß es kaum wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die sich mit den Ursprüngen der Bewegung befassen.«

Webster fügt hinzu: »Zur Beantwortung zahlreicher Anfragen, ob die Feststellungen, die ich in dem Buch ›The French Revolution‹ getroffen habe, inzwischen widerlegt worden sind, möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen, daß meines Wissens niemand versucht hat, irgendwelche gegenteilige Beweise vorzutragen.

Die sozialistische Presse schwieg völlig, während feindselige Rezensenten in der allgemeinen Presse sich damit begnügten zu schreiben, das Werk sei ›voreingenommen‹, ohne jedoch genaue Angaben zu machen, um diese Behauptung zu untermauern.«

Eine wichtige Persönlichkeit gab den beiden Büchern von Mrs. Webster jedoch seine Bekräftigung: Winston Churchill schrieb 1922, als er noch Großbritanniens Kriegs- und Luftfahrtminister war und ungehinderten Zugang zu allen streng geheimen Informationen über die bolschewistische Revolution aus Kreisen der Diplomatie und des militärischen Geheimdienstes hatte, einen Artikel im Londoner »Illustrated Sunday Herald« über das, was er »diese weltweite Verschwörung zum Umsturz der Zivilisation« nannte.



Die drei Stände: Geistlicher, Adliger, Bürger. Ihre Eintracht, getragen vom gemeinsamen Respekt vor der Krone, war nur von kurzer Dauer.

Und Churchill lobte Nesta Webster dafür, daß sie die revolutionären Kräfte sowohl in der Französischen als auch in der Russischen Revolution so klar und deutlich namhaft gemacht hatte.

Der Beginn einer Weltrevolution

Durch die ganze Geschichte hindurch mußten sich die Völker mit Umsturzversuchen und ausländischen Feinden abfinden. Fünfhundert Jahre vor dem christlichen Zeitalter flehte Darius der Große in einem Gebet an Ahura Mazda, das in einem steinernen Denkmal eingemeißelt ist, darum, daß sein Land vor drei Gefahren bewahrt werden möge: »Ein ins Land einfallendes Heer, eine Hungersnot und die Lüge«.

Mit »der Lüge« meinte er interne Umsturzversuche unter Anwendung von Betrug, Geheimhaltung und Falschdarstellung.

Was Frankreich zur Zeit der Revolution und weit in das nachfolgende Jahrhundert hinein und später Rußland bis in dieses Jahrhundert erlebten, war Umsturz von einer anderen Art, durchgeführt über die Landesgrenzen hinaus mit einem Geschick und einer Gnadenlosigkeit von einem in der ganzen Geschichtsschreibung nie dagewesenen Ausmaß.

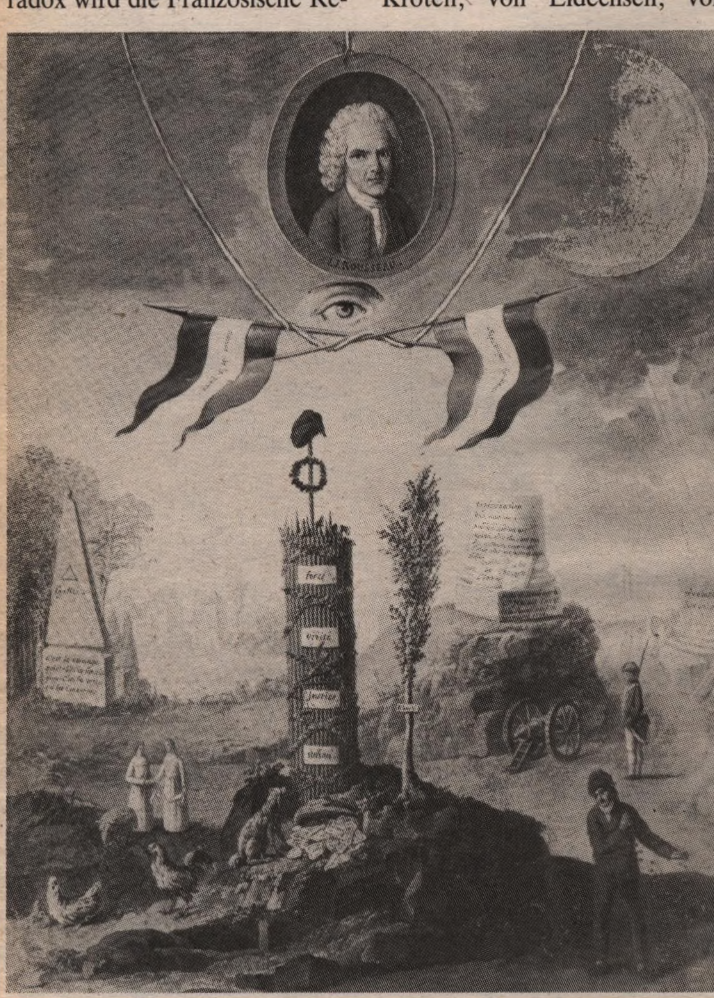
Mrs. Webster schreibt dazu: »Welcher Agentur wir das auch immer zuschreiben . . . der Mechanismus der Französischen Revolution unterscheidet sich von allen früheren Revolutionen. In der Französischen Revolution sehen wir zum ersten Mal jenen Plan in der Ausführung, der direkt bis zur Gegenwart weitergetragen worden ist – der systematische Versuch, Mißstände zu schaffen, um sie dann auszubeuten.«

Was die Französische Revolution heute zu einer Angelegenheit von herausragender Bedeutung erhebt, ist die Tatsache, daß die vielen Komponenten einer Weltrevolution, die immer noch bei uns zu Gange ist, leichter erkannt und in diesem historischen Zusammenhang untersucht werden können als irgendwelche andere vorher oder seitdem.

Wir sehen den Lügen-Faktor in vielen neuen Gestaltungen und erkennen, wie er angewendet wurde, um unterschiedliche Bestrebungen zu fördern, die alle letztendlich in einer einzigen weltrevolutionären Bestrebung subsumiert werden sollen, von dem die betroffenen Massen und deren Führer nichts verstanden haben.

Die Lüge von der Bastille

Durch einen merkwürdigen Paradox wird die Französische Re-



Ein Symbolbild, das versucht die Hintergründe der Französischen Revolution zu dokumentieren.

volution immer noch durch die Erstürmung der Bastille symbolisiert, trotz der Tatsache, daß, wie heute allgemein bekannt, die Bastille für die revolutionäre Propaganda ein Produkt der Einbildung war, das zum Zweck der Aufwiegelung eines Mobs zur Gewalttätigkeit benutzt wurde.

Mrs. Webster schreibt: »So stellt die Bastille am Ende der Rue Saint-Antoine mit ihren finsteren Toren und acht grauen Türmen ein ewiges Moment der Spekulation für phantasievolle Geister dar . . . Wenn sich gelegentlich die widersinnig dicken Türen mit ihrem gigantischen Aussehen öffneten, um die Neugierigen hineinzulassen, dann hatten sie den Verdacht, daß ihnen immer noch vieles verborgen blieb.

Unterhalb der Steinböden, vom Tageslicht verborgen, waren dort nicht jene unterirdischen Kerker, der Zufluchtsort von Kröten, von Eidechsen, von fürchterlichen Ratten und Spinngeweben, wo die Opfer der Gewaltherrschaft in Finsternis und Einsamkeit schmachteten, bis sie ihren Geist aufgaben?«

»Das ist die Legende der Bastille«, fügt Mrs. Webster hinzu, »die von Schriftstellern wie Louis Blanc und Michelet, von Carlyle und Dickens verewigt wird, die aber auf keiner Grundlage beruht«.

Diese Legende oder Lüge wurde schon von dem Augenblick der Erstürmung der Bastille an zerstreut, und sie hatte lange genug Bestand, um die erforderliche Wirkung zu erzielen.

Sieben Gefangene waren in der Bastille

Der amerikanische Geschichtsschreiber Simon Schama bemerkt in einem im vergangenen Jahr herausgekommenen Buch: »Niemand wollte in der Bastille sein, aber wenn man einmal dort war, dann konnte das Leben für die Privilegierten erträglich gestaltet werden.«

Alkohol und Tabak waren zugelassen, schreibt er, und unter Ludwig XVI. wurden Kartenspiele eingeführt für diejenigen, die sich eine Zelle teilten, ganz abgesehen von einem Billardtisch für den niedrigeren bretonischen Adel, der nach einem verlangte.

Was also fanden die Aufständischen vor, als sie in die Bastille hineingelangten? Mrs. Websters Version wurde niemals in Frage gestellt: »Nur sieben Gefangene wurden angetroffen – vier Fälscher (deren Namen sie nennt), zwei Irre, die schon verrückt waren, bevor sie eingesperrt wurden, und Graf de Solages, der auf Verlangen seiner Familie wegen ›scheußlicher Verbrechen‹ eingekerkert worden war.

Die vier ersteren verschwanden nach Paris. Die übrigen drei wurden durch die Straßen geführt und jeden Tag einer interessierten Bevölkerung zur Schau gestellt.«

»Die Irren«, schreibt sie, »wurden anschließend in eine Anstalt



Die kleine Garnison der fast leeren Bastille leistete so gut wie keinen Widerstand.

Französische Revolution

Verschwörung zum Umsturz der Zivilisation

gesteckt und der Graf wurde seiner Familie zugeführt, die ihn nur unwillig wieder aufnahm.«

Man ist sich jetzt allgemein darüber einig, berichtet Mrs. Webster, daß sich in der belagernden Volksmenge zu keinem Zeitpunkt mehr als tausend Menschen befanden – bei einer Einwohnerzahl der Stadt von insgesamt 800 000. Und wer waren diese tausend Einwohner? Mrs. Webster zitiert den zeitgenössischen französischen Schriftsteller Dussaulx:

»Da waren Männer, die wie Wilde bewaffnet waren. Und was für Männer? Von der Sorte, an die sich niemand erinnern konnte, sie jemals im hellen Tageslicht gesehen zu haben. Wo kamen sie her? Und wer hatte sie aus ihren finsteren Höhlen herausgeholt?

Sie gehörten nicht zum Volk, diese Räuber, die sich im Hôtel de Ville (Rathaus) drängten, einige von ihnen fast nackt, andere seltsam gekleidet in bunten Gewändern, außer sich vor Wut.«

Der Beginn einer Legende

Das waren keine Pariser, sondern der Bodensatz der Menschheit, der von Marseilles, Lyon und anderswo im Süden herbeigeschleppt wurde, viele von ihnen bestochen, damit sie sich an den Aufständen beteiligten.

Was die Legende betrifft, die sich über die Jahre hinweg gehalten hat, die Französische Revolution sei ein Volksaufstand gegen eine goldene Aristokratie gewesen, so beweisen unbestrittene Tatsachen jetzt etwas anderes.

Mrs. Webster: »Die volkstümliche Auffassung von dem Terror-Regime als Umzug gepuderter Zöpfe auf dem Wege zur Guillotine erscheint seltsam naiv, wenn man die Tatsachenberichte über jenen Zeitabschnitt liest. Demnach kamen während des großen Terrors in Paris etwa 2800 Menschen um; und von diesen stammten annähernd fünfhundert aus der Aristokratie, tausend gehörten dem Bürgertum und tausend der Arbeiterklasse an.

Nach Prudhomme belief sich die Gesamtzahl der ertränkten, mit der Guillotine hingerichteten oder erschossenen Opfer in ganz Frankreich auf 300 000, und darin war die Zahl der den Ereignissen zum Opfer gefallenen Adeligen eine fast zu vernachlässigende Größe; es handelte sich um nur etwa 3000 insgesamt.«

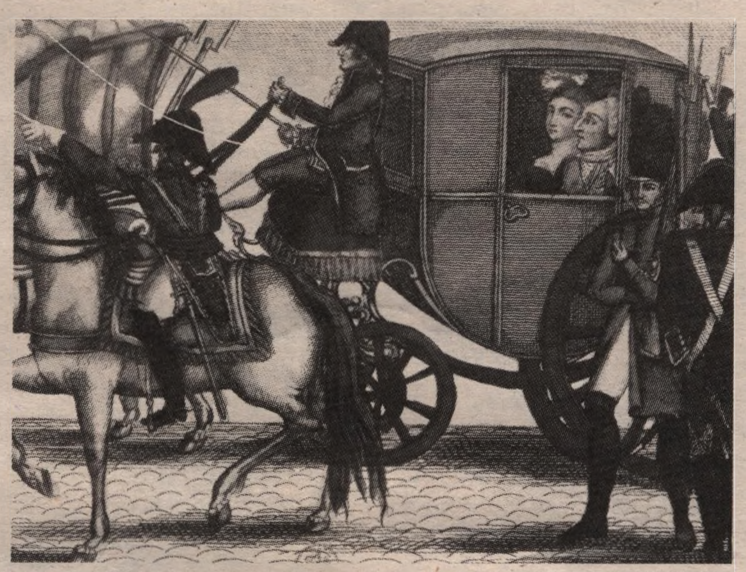
Die Revolution als triumphierende Lüge wurde 1811 in diesen Worten von dem angesehenen französischen Schriftsteller Joseph de Maître dargestellt: »Wenn das Volk die Revolution heute verstehen würde, dann wäre sie morgen zu Ende.«

Die Französische Revolution war eine Zusammensetzung verschiedener Ränkespiele oder Verschwörungen, die Mrs. Webster im einzelnen wie folgt behandelt:

1. Die Intrigen des Herzogs von Orleans und seiner Anhänger um die Dynastie Ludwig XVI. zu verdrängen.

2. Die Intrigen des Königs von Preußen, um das französisch-österreichische Bündnis zu sprengen.

3. Die Intrigen gewisser Geheimgesellschaften, um alle Religionen zu zerstören und alle Regierungen zu stürzen.



Am 6. Oktober 1789 kehrte König Ludwig XVI. mit seiner Frau noch einmal nach Paris zurück.

Aus geheimen Quellen kam englisches Gold

Man hatte seinerzeit den Verdacht, daß England, das damals in scharfer Rivalität mit Frankreich um Macht und Einfluß stand, bei der Unterminierung des Ancien régime seine Hand im Spiel hatte, aber Premierminister Pitt ließ sich nicht betören.

Ein geschwächtes Frankreich wäre zwar für England von Vorteil gewesen, aber er erkannte deutlich die Gefahr, die darin lag, in Frankreich eine revolutionäre Bewegung zu unterstützen, die zu einer Quelle der Inspiration und der Ermutigung für die gleiche Art von aufrührerischer Tätigkeit in England werden könnte.

Viel »englisches Gold« wurde verwendet, um die Unruhen in Frankreich anzuheizen, aber aus Quellen, auf die die englische Regierung keinen unmittelbaren Einfluß nehmen konnte.

Was seinerzeit niemand geahnt zu haben scheint, eine Tatsache, die Mrs. Webster erst in ihrem späteren Buch »World Revolution« beleuchtet: Es gab eine andere, noch größere Zusammensetzung von Machtinteressen, die bei der Verschwörung eine Hand im Spiel hatte, diese war jedoch tief in den Schlingen der Geheimbünde verborgen. Leichter zu erkennen war der Gebrauch, den die Orleanisten und die Regierung von Preußen von den Dienstleistungen der Geheimbünde machen konnten, deren bedeutendster das Freimaurertum war, das in harmloser Form von England, seinem Ursprungsort, eingeführt und sich später mit dem Illuminatentum, einer von einem gewissen Adam Weishaupt 1768 in Bayern gegründeten Bewegung, zusammentat.

Der Herzog von Orleans, ein wohlhabender und ehrgeiziger Aristokrat vom Typ eines Playboys, der vor persönlichem Haß gegen den König und die Königin schäumte und von anderen unzufriedenen Elementen der oberen Schichten ermutigt wurde, erkannte, welchen Gebrauch er vom Freimaurertum als Waffe der Unruhestiftung und der Zerstörung machen konnte, und es gelang ihm, sich zum Großmeister des Ordens in Frankreich wählen zu lassen.

Der Lieblingstraum Friedrichs des Großen

Viele Jahre vor der Französischen Revolution war es der Lieblingstraum Friedrichs des Großen gewesen, die große Macht des französisch-österreichischen Bündnisses von 1756, das seinen Weg zu einem vereinten Deutschland unter preußischer Herrschaft versperrte, zu zerschlagen.

Dieser Ehrgeiz übertrug sich auf seinen Nachfolger Friedrich Wilhelm, der jetzt sah, wie die Geheimbünde, vor allem die »illuminierten« Freimaurer, im Rahmen seiner eigenen gutfinanzierten verschwörerischen Operationen benutzt werden konnten.

Indem er selbst den Freimaurern beitrat, konnte er mit den Orleanisten und anderen unzufriedenen Elementen, die am Sturz der alten Ordnung in Frankreich arbeiten, gemeinsame Sache machen. Es versteht sich von selbst, daß weder der Herzog von Orleans noch Kaiser Friedrich Wilhelm den Wunsch mit den Frei-

maurern teilten, jede geordnete Regierung oder Religion zu beseitigen, aber beide sahen den Orden als höchst wertvolles Instrument zur Erreichung kurzfristiger Ziele an, für den Herzog, sich auf den Thron Frankreichs zu setzen und für Friedrich Wilhelm, Österreich und Frankreich auseinander zu bringen.

Und so wendeten beide dieses Instrument an und lösten damit eine Kettenreaktion von Katastrophen aus, von denen sich Frankreich bis heute noch nicht wieder erholt hat.

Die Illuminaten als Haupttriebfeder

In ihrem früheren Buch bringt Mrs. Webster, gestützt auf zahlreiche maßgebende zeitgenössische Quellen, detaillierte Beschreibungen der wichtigsten Ereignisse der Revolutionszeit – der Erstürmung der Bastille, der Märsche auf Versailles und auf die Tuilerien, das dämonische Massaker von 1789 an allen Insassen der überfüllten Gefängnisse, und über das Schreckensregime, das vier Jahre später begann.



Erst bei ihren Nachforschungen für ihr späteres Buch »World Revolution«, das von Winston Churchill gelobt wurde, setzte sie sich mit dem Hauptbestandteil der Französischen Revolution, ohne den eine solche Revolution nicht möglich gewesen wäre, auseinander.

Und gerade weil diese Weltrevolution immer noch im Gange ist und weiterhin stark von völliger Geheimhaltung abhängt, ist sie bislang von Geschichtsschreibern des westlichen Establishments noch nicht eingehend untersucht worden.

Wenn die ganze Welt heute noch nicht über die Ziele des Freimaurertums unterrichtet ist, das die Haupttriebfeder der Französischen Revolution war, dann liegt das nicht daran, daß es sich hier um ein Geheimnis handelt, das man keinem gewöhnlichen Menschen zumuten kann zu durchdringen, sondern daran, daß das Thema außerhalb der bestimmten erlaubten Grenzen gesetzt worden ist.

Alle wichtigen Tatsachen über das Illuminatentum, den tödlichsten Bestandteil der Bewegung, die Frankreich in die Katastrophe führte, sind in der Tat bekannt. Weishaupts Orden der Illuminati wurde von der bayrischen Regierung in einer Weise entlarvt, wie keine andere Verschwörung gegen die Gesellschaft vorher oder nachher entlarvt, worden ist.

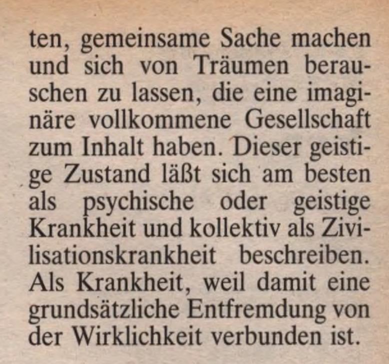
Am 11. Oktober 1786 führten die bayerischen Behörden eine Razzia auf ein Haus in München durch, beschlagnahmten dort viele Papiere. Eine gründliche Untersuchung folgte. Abschriften eines zusammenfassenden Berichts wurden anschließend an alle Regierungen Europas gesandt, aber man nahm wenig Notiz davon, weil viele, die von den Illuminati verbreiteten Gedanken als zu verrückt ansahen, als daß sie eine ernsthafte Aufmerksamkeit verdient hätten.

Der Traum von der neuen Ordnung

Es ist äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, die Wahrheit über die Doktrin des Illuminatentums, die von Weishaupt ins Leben gerufen wurde und Frankreichs Freimaurertum des Groß-Orients mit Zähnen und Klauen versehen hatte, in wenigen Worten darzustellen.

Auf Antrag von Mirabeau und Talleyrand beschloß die Nationalversammlung die Verstaatlichung des gesamten Kirchengutes.

Es besteht eine natürliche Neigung bei den Enttäuschten und Unzufriedenen in einer Gesellschaft, besonders unter den gebildeten und gehobenen Schich-



ten, gemeinsame Sache machen und sich von Träumen berauschen zu lassen, die eine imaginäre vollkommene Gesellschaft zum Inhalt haben. Dieser geistige Zustand läßt sich am besten als psychische oder geistige Krankheit und kollektiv als Zivilisationskrankheit beschreiben. Als Krankheit, weil damit eine grundsätzliche Entfremdung von der Wirklichkeit verbunden ist.

Da die »neue Ordnung«, von der sie träumen, spontan entstehen soll, nachdem die alte Ordnung zerstört worden ist und niemand sich gedanklich mit einer vorherigen Planung auseinandersetzt, kann die Rolle solcher »Träumer« oder »Idealisten« nur zerstörerisch sein – und das war sie auch in den vergangenen 200 Jahren.

Weishaupt, ein Professor an der Universität von Ingolstadt, dessen Geist von bitterem persönlichem Haß gegen die Jesuiten, von denen er seine Grundausbildung erhalten hatte, vergiftet war, und der sich nachher als von der ganzen Gesellschaft entfremdet fühlte, wandelten die herkömmlichen geheimen Gesellschaften, von der es damals in allen europäischen Ländern viele Arten gab, um.

Er legte dieser Gruppe ein Programm von Zielvorstellungen und eine äußerst kluge Methodologie zur Durchsetzung dieser Ziele vor. Zu den Hauptzielen seines Hasses zählten »die Monarchie und jede geordnete Regierung«, das Privateigentum, die Vererbung, die Familie und jede Art von Religion.

Der Kongreß von Wilhelmsbad

Für Winston Churchill bestand 1922 kein Zweifel daran, daß diejenigen, die letztendlich für die Französische Revolution verantwortlich waren, auch wie er es ausdrückte, »die Haupttriebfeder jeder subversiven Bewegung im neunzehnten Jahrhundert gewesen sind«. Er schrieb in seinem Artikel im »Illustrated Sunday Herald« dazu: »Und jetzt hat diese außergewöhnliche Bande von Persönlichkeiten aus der Unterwelt Europas das russische Volk am Schopf ergriffen und sie sind die unbestrittenen Herren dieses Riesenreiches geworden.«

Französische Revolution

Verschwörung zum Umsturz der Zivilisation

Eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der westlichen Welt trug sich am 16. Juli 1782 zu; es war der Kongreß von Wilhelmsbad, dem Delegationen von allen geheimen Gesellschaften beiwohnten – Martinisten sowohl wie Freimaurer und Illuminati – die zu diesem Zeitpunkt in der ganzen Welt drei Millionen Mitglieder zählten, von denen natürlich nicht alle gleichermaßen »illiminiert« waren.

»Was auf diesem furchtbaren Kongreß vor sich ging, wird der Außenwelt niemals bekannt werden«, schreibt Nesta Webster, »denn diejenigen die ahnungslos in die Bewegung hineingezogen worden waren und nun zum ersten Mal etwas von den wirklichen Absichten der Führer hörten, standen unter Eid, nichts davon zu verraten.«



Die Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Révolution diente dem brutalen Vergnügen der Schaulustigen.



Robespierre war Führer der Bergpartei und hatte von der Republik bestimmte Vorstellungen.

Dann wurde eine Entscheidung von großer Bedeutung getroffen: Die Verlegung des Hauptsitzes des illuminierten Freimaurertums von München nach Frankfurt, einer Hauptstadt des Finanzwesens.

»In dieser Führungsloge von Frankfurt«, schreibt Mrs. Webster, »wurde der gigantische Plan der Weltrevolution vorangetrieben; und hier war es auch, wo 1789 auf einem großen Freimaurer-Kongreß, wie zwei französische Freimaurer hinterher erklärten, der Tod von Ludwig XVI. und der von Gustav III. von Schweden, endgültig beschlossen wurden.«

Das Machtstreben der Hochfinanz

Spätere Ereignisse haben verdeutlicht, daß mit der französischen Revolution, die weniger als drei Jahre später losging, ein viel weitergehender und langfristig ausgelegter Zweck verfolgt werden sollte als die Bestrebungen des Herzogs von Orleans und des preußischen Herrschers. Eine stark konzentrierte fremde Finanzmacht befand sich im Besitz des Instruments, das sie benötigte, um ein weltweites Bestreben, das bisher durch so viele Staatsgrenzen und nationale Loyalitäten vereitelt worden war, zum Ziele zu führen.

Die historischen Entwicklungen seit der französischen Revolution mögen dazu beitragen, die Handlungsweise einer Hochfinanz zu erklären, die die bolschewistische Revolution finanzierte und seitdem die Sowjetunion in ihr Operationsgebiet einbezieht – während sie gleichzeitig ständig in revolutionäre Aktivitäten in der ganzen Welt verwickelt ist.

Diese neue Art des Imperialismus, in dem Geld und ein neutraler Geist bewaffnete Streitkräfte als Instrument der Eroberung ablösten, hat der Welt ein Zeitalter des Konflikts und des Leidens ohne Präzedenzfall in der ganzen Geschichte beschert – und wird bis zum heutigen Tage in unendlich vielen Formen weiter verfolgt. □

Das Buch von Nesta Webster »The French Revolution« liegt nur in englischer Sprache vor und ist für 11 US-$ zu beziehen über Liberty Library, 300 Independence Ave. SE, Washington, D.C. 20003, USA.
Der Verlag Diagnosen hat in diesen Tagen ein Buch mit dem Titel »Der namenlose Krieg – die Hintergründe von Kriegen und Revolutionen« herausgebracht. Das Buch beschäftigt sich mit den verschiedenen Revolutionen seit Cromwell bis in unsere heutige Zeit. Es gibt einen umfassenden Überblick über den Orden des Herrn Weishaupt, den Bestrebungen des okkulten Logentums, den Urheber der Revolutionen sowie über die Ideen des Freimaurertums zum radikalen Internationalismus. Außerdem wird die große Konstitution des Schottischen Ritus erstmals umfassend der Öffentlichkeit vorgelegt. Das Buch umfaßt 448 Seiten mit über 80 Bildern, kostet 36,– DM und ist beim Verlag Diagnosen zu bestellen.

Zweiter Weltkrieg

Alliierte planten Giftgas-Einsatz

Mike Blair

Gegen Ende des Jahres 1943 waren die amerikanischen und britischen Streitkräfte in einer »Hin-und-her«-Schlacht gegen die deutschen Truppen in Italien, die stark an den stagnierenden Grabenkrieg des Ersten Weltkrieges erinnerte, festgefahren.

Das Schicksal des »grandiosen« Plans des britischen Premierministers Winston Churchill, Deutschland durch einen Angriff auf das, was er als den »weichen Unterleib Europas« nannte, zu besiegen und den Zweiten Weltkrieg zu beenden, hing in der Schwebe. Die von Feldmarschall Albert Kesselring kommandierten gut verschanzten deutschen Truppen hatten die amerikanischen und britischen Streitkräfte in Italien praktisch zum Stillstand gezwungen.

Die Lösung sollte Giftgas bringen

Aus den Archiven des Zweiten Weltkrieges geht jetzt hervor, daß eine alliierte Lösung zur Beseitigung des Stillstands in Italien darin bestand, mit der chemischen Kriegsführung, einschließlich des Einsatzes von Senfgas, zu beginnen, um die deutschen Truppen, die Italien verteidigten, aus ihren Stellungen herauszuzwingen. Senfgas wurde bereits im Ersten Weltkrieg mit tödlicher Wirkung eingesetzt, um Truppen aus den Tiefen der Schützengräben zu vertreiben.

Wie wirksam das Gas war, ging aus einem damals streng geheimen Kabeltelegramm hervor, das während des Ersten Weltkrieges von General John J. Pershing, Kommandeur der nach Europa entsandten amerikanischen Expeditionsstreitkräfte, aus dem Kampfgebiet in Frankreich abgeschickt worden war.

In dem Kabel stellt Pershing fest: »Die Briten hatten Verluste in Höhe von 20 000 Soldaten allein durch Gas. Fünf Prozent davon sind Todesfälle, 14 Prozent ernste Fälle und der Rest waren leichterer Fälle.

Dieser Giftgas-Einsatz ist für vier oder fünf Stunden nach Aussetzung nicht feststellbar. Dann erst fühlt der Soldat ein Brennen in den Augen und eine Trockenheit sowie einen ausgetrockneten Zustand der Haut. Er wird dann blind, und die Atmungsdurchgänge entwickeln einen dyphterieähnlichen Zustand.

Die einzige Verteidigung ist ein sofortiges Aufsetzen der Gasmaske, und auch dies gewährleistet nur eine Verringerung der Verluste.«

Der britische Feldmarschall Sir John French gab einen noch erschütternden Bericht ab: »Was auf einen deutschen Gasangriff folgte, spottet jeder Beschreibung. Die Wirkung dieser Giftgase war so bösartig, daß die ganze von der französischen Division gehaltene Verteidigungslinie praktisch unfähig war, irgend etwas zu tun.

Jeder deutsche Soldat trug während des Zweiten Weltkrieges eine Gasmaske bei sich.

Jeder Landser hatte seine Gasmaske bei sich

Es war zunächst für jedermann unmöglich, sich darüber klarzuwerden, was eigentlich geschehen war. Der Rauch und die Dämpfe machten alles unsichtbar, und Hunderte von Männern verfielen in einen Zustand der Schlafsucht oder des Sterbens, und innerhalb einer Stunde mußte die ganze Stellung aufgegeben werden, zusammen mit etwa 50 Artilleriegeschützen.«



General Eisenhower, oberster US-Kommandeur, verschwieg in seinen Memorien, daß 83 Amerikaner am eigenen Giftgas gestorben sind.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Herstellung von Senfgas weiter vervollkommnet und »Destillierter Senf« (HD), gelegentlich als »Levinstein-Senf« bekannt, wurde zum Standardtyp des zur Kriegsführung hergestellten Gases.

Gewisse Mengen des Gases wurden in den Jahren 1939–1940 zur möglichen Verwendung durch britische und amerikanische Truppen in Europa hergestellt und die Deutschen bauten ähnliche Vorratslager auf.

Der mögliche Einsatz des Gases gegen deutsche Truppen wurde von der deutschen Militärführung anscheinend sehr ernst genommen. Es ist aus praktisch je-

Zweiter Weltkrieg

Alliierte planten Giftgas-Einsatz

der Fotografie deutscher Infanteriesoldaten des Zweiten Weltkriegs zu ersehen, daß sie Gasmasken mit sich führten, die in Spezialbehältern aus Wellblech untergebracht waren.

Während die Gasmaske bei deutschen Truppen zur Standardausrüstung gehörte, war dies bei den alliierten Truppen nicht der Fall.

Der deutsche Geheimdienst stellte in der Tat Anfang des Zweiten Weltkriegs fest, daß die britischen Militärplaner zur Verteidigung der britischen Inseln gegen eine deutsche Invasion über den Kanal hinweg tatsächlich Pläne hatten, die auf dem Einsatz von Giftgas beruhten.

Jetzt geht aus amerikanischen Militärdokumenten hervor, daß die amerikanischen und britischen Truppen in Italien Ende 1943 große Vorräte an Senfgas anlegten.

Die Deutschen wußten Bescheid

Man glaubt auch, daß der deutsche Geheimdienst dies ausgekundschaftet haben könnte und den sofortigen Einsatz dieses Gases befürchtete. Einige Kreise glauben nämlich heute, daß dies der Hauptgrund war, warum die deutsche Luftwaffe, die zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon schwer angeschlagen war, in der Nacht vom 2. Dezember 1943 in Albanien und Jugoslawien eine Streitmacht von 100 JU-88-Bomber zusammenstellte und einen gewagten Angriff über das Adriatische Meer hinweg auf den von den Alliierten besetzten Hafen und Nachschubdepot in Bari an der Ostküste Italiens flog.

Bei dem Angriff gingen 16 alliierte Transportschiffe verloren. In seinen Memoiren über den Zweiten Weltkrieg »Cruzade in Europe« (»Kreuzzug in Europa«), 1948 herausgekommen, stellte der Oberkommandeur der alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower, in Zusammenhang mit dem Angriff auf Bari fest:

»Der größte Schaden erwuchs aus der Tatsache, daß ein Schiff mit Treibstoff getroffen wurde und auslaufendes Öl eine Feuerkatastrophe zu vielen der benachbarten Schiffe trug.

auch wenn wir dieses Material nur zum Zwecke der Vergeltung im Falle einer Überraschungsaktion seitens des Feindes hergestellt und mit uns geführt haben.«

Eisenhower als Oberster Kommandeur wußte es allerdings besser. Ihm mußten die damals streng geheimen amerikanischen gelagert und nicht nur lediglich »zu Vergeltungszwecken mitgeführt wurden.«

Kurz nach der Bari-Katastrophe stellten amerikanische und britische Geheimdienstler fest, daß deutsche Wissenschaftler ein äußerst tödlicheres Nervengas – einschließlich Tabun – entwikkelt hatten, gegen das das alliierte Senfgas vergleichsweise harmlos war.



Bei der amerikanischen Invasion Siziliens führte ein US-Transporter Bomben mit Senfgas mit.

Ein mit dieser Angelegenheit zusammenhängender Umstand hätte die schlimmsten Auswirkungen haben können. Eines der Schiffe war nämlich mit Senfgas beladen, das wir wegen der Unsicherheit über die deutschen Absichten hinsichtlich der Verwendung dieser Waffe gezwungen waren, mit uns zu führen. Glücklicherweise ging der Wind von der Küste weg und das ausströmende Gas verursachte keine Verluste.

Hätte der Wind jedoch in die entgegengesetzte Richtung geweht, dann hätte dies sehr wohl eine große Katastrophe hervorrufen können. Es wäre in der Tat schwer zu erklären gewesen, -

Militärdokumente – später entklassifiziert – bekannt gewesen sein. Daraus ging hervor, daß innerhalb von etwa 18 Stunden nach dem Luftangriff Männer in nahegelegenen Lazaretts starben. Innerhalb eines Monats war die Todesziffer auf 83 geklettert, und weitere 540 Personen litten unter schweren Augenreizungen und Hautverletzungen.

Die Amerikaner starben am eigenen Giftgas

Deutsche Bomben hatten tatsächlich das amerikanische Handelsschiff »John Harvey« getroffen, das mit 2000 Senfgasbomben beladen war.

Eisenhower versuchte nicht nur seine Leser über die Tatsache zu täuschen, daß es tatsächlich beträchtliche Verluste gab, sondern überging auch die Tatsache, daß die Bomben in Italien

Es waren in der Tat die Deutschen, die in der Lage gewesen wären, für den Einsatz von tödlichen chemischen Waffen in der Kriegsführung furchtbare Vergeltung zu üben.

Folglich wurden tödliche Giftgase im Zweiten Weltkrieg von keiner Seite im Kampf eingesetzt. Mindestens 400 Tonnen tödlicher Giftgase, darunter vielleicht erbeutete Tabungranaten und -bomben, wurden 1947 vor der amerikanischen und kanadischen Pazifikküste abgekippt. Sie waren in einem streng geheimen, gemeinsam von Amerikanern und Kanadiern benutzten Stützpunkt für chemische Kriegsführung bei Suffield, US-Bundesland Alberta, zu Versuchszwecken gelagert und verwendet worden. □

USA

Schutz für einen Drogenlord

James Harrer und Martin Mann

Einer der größten Kokain-Großhändler in den Vereinigten Staaten und Spitzenagent für den Mossad, Israels internationale Spionage- und Terroristenagentur, wird von amerikanischen Behörden seit drei Jahren ohne Anklage festgehalten.

Der Agent heißt Max Mermelstein, 54, der 1986 von amerikanischen Bundesagenten ergriffen wurde und seitdem in »Schutzhaft« gehalten wird. Entgegen der amerikanischen Rechtsordnung wird Mermelstein Tag und Nacht von Bundesbeamten beschützt und bewacht.

Die Hintergründe des Medellin-Kartells

Ein Informant aus amerikanischen Regierungskreisen teilte mit, er glaube, daß der Grund, warum bisher noch keine Anklage gegen Mermelstein erhoben wurde, darin besteht, daß die US-Bundesbehörden Israel eine Peinlichkeit ersparen wollen, wenn öffentlich bekannt wird, daß das Medellin-Kartell die Organisation ist, die Jahr für Jahr 55 Tonnen Kokain und andere ungesetzliche Drogen in die Vereinigten Staaten schmuggelt und von Israel aus operiert.

»Eine Anklage und Verfahren gegen Max Mermelstein könnte zutage bringen, daß das Medellin-Kartell eine israelisch geführte Organisation ist, die Israel jedes Jahr einen Nettogewinn aus illegalen Drogengeschäften in Höhe von Milliarden Dollar einbringt«, äußerte dieser Beamte. Er fügte hinzu, dies wäre eine »Katastrophe« für das, was bei den amerikanischen Steuerzahlern, die jährlich mehr als drei Milliarden Dollar als »Auslandshilfe« nach Israel schicken, noch von Israels Image übrigbliebe.

Mermelstein war ein Hauptverbindungsglied in dem verborgenen Gewirr von Kanälen, die wichtige israelische Interessen – Banken, Geheimdienst, das Militär – mit Panama und seinem mit Drogen handelnden Diktator General Antonio Noriega verbinden. Mermelstein gestand, annähernd 500 Millionen Dollar an Drogen-Bargeld durch panamesische Banken gewaschen zu haben.

Die Spur führt nach Panama

Zur Bestätigung dieser Enthüllungen spiegelt der abschließende Bericht des von US-Senator John Kerry geleiteten Unterausschusses für Terrorismus, Drogen und internationale Operationen, der Mitte Mai nach zwei Jahren Beweisaufnahme und Fahndung herausgegeben wurde, die den Fall Mermelstein umgebende offizielle Vertuschung wider. Die 1200 Seiten starke Studie über den weltweiten Drogenhandel enthält einen detaillierten Überblick über größere Drogenfälle, vermeidet aber sorgfältig den Namen Mermelstein auch nur zu erwähnen.

In Kreisen des amerikanischen Gesetzesvollzugs wird bestätigt, daß Mermelstein in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in Florida mehr kolumbianisches Kokain verkauft hat – viel davon an kleinere Händler – als irgendein anderer Importeur der Unterwelt. Aber als die Drug Enforcement Administration (Drogengesetz-Vollstreckungsbehörde), DEA, ihm Anfang 1986 auf die Spur kam – dem Vernehmen nach durch einen hochrangigen panamesischen Offizier, der von Noriegas Stab abgefallen war –, kam Mermelstein weder ins Gefängnis noch vor Gericht. Er verschwand ganz einfach von der Bildfläche.

In den letzten drei Jahren wurde Mermelstein eine »den speziellen Bedürfnissen angepaßte« Version jener Einrichtungen zuteil, wie sie im Rahmen des amerikanischen Bundes-Zeugenschutzprogramms benutzt werden, um wichtige Informanten zu schützen. Wie verlautet, lebt er mit seiner Frau in streng bewachten Unterkünften auf Militärreservaten in den Vereinigten Staaten und wechselt häufig sein Domizil.

»Es ist ein unerhörter Fall von illegaler Begünstigung und Vertuschung von Untaten einer fremden Regierung«, behauptet ein ehemaliger DEA-Agent, der im vergangenen Jahr »angeekelt«, wie er sich ausdrückte, aus dem Dienst ausschied und der jetzt als Drogenberater für das Schulwesen von New York City arbeitet. »Es wirft eine grundsätzliche Frage über unseren ganzen Mickey-Mouse-Drogenkrieg, man könnte sagen über die 64-Millionen-Dollar-Frage, auf:

Ist die Drogengesetzvollstrekkung ein Fehlschlag, weil das Medellin-Kartell und General Noriega die gleiche Art von Unter-dem-Tisch-Schutz genießen und dies aus den gleichen Gründen?«

Im Fall Noriega wird Israel den USA nicht helfen

Die Frage dieses ehemaligen Fahndungsbeamten wurde von anderen Experten aufgegriffen. »General Noriega unterhält schon seit langem viele Geheimverbindungen zu Israel«, versicherte der ehemalige Oberzollinspektor Wallace Shanley, der in den siebziger Jahren, als er das Zollamt von Miami leitete, als strenger und gerechter Vollzugsbeamter weithin geachtet war. »Das gilt auch für das Medellin-Kartell. Über die Jahre hinweg haben beide diese Verbindungen genutzt, um in politischen Kreisen in Washington Macht und Einfluß zu erlangen.«

In den achtziger Jahren – in dem Zeitraum, als er seine Macht als Panamas starker Mann aufrichtete und festigte – reiste Noriega »vielleicht ein halbes Dutzend Mal« nach Israel und besuchte dort Geheimdienst-, Aufstandsbekämpfungs-, Befehlsstands- und Generalstabsschulen, sagte Captain Silvio Matos, ein ehemaliger panamesischer Offizier, der jetzt in Amerika im Exil lebt.

In den darauffolgenden Jahren gingen fast 1000 panamesische Offiziere und Unteroffiziere – fast zehn Prozent der uniformierten Verbände Panamas – den gleichen Weg und unterzogen sich einer Ausbildung in Israel, die von militärischer Elektronik bis zum Feldgesundheitswesen reichte, berichtete Matos.

»Dies ist eines der Probleme, mit denen es Präsident Bush in diesen Tagen zu tun hat, wo er versucht, Noriega loszuwerden, und das panamesische Militär drängt, ihn abzusetzen«, erklärte Matos. »Noriega hängt zu seinem Schutz von einem Elite-Wachbataillon und einer Sondereinsatzbrigade ab. Beide wurden in Israel ausgebildet und sie werden nicht auf das hören, was Bush sagt.«

Israel tut nichts gegen General Noriega

Israel wird sich darüber hinaus keinem Anti-Noriega-Putsch anschließen.

Mitte 1983 machte der Mossad-Leiter, General Mair Amit, eine Reihe von Besuchen in Panama, wo er eine große Untergrundstation für seine Agenten aufbaute. Zwei Mossad-Beamte wurden Schlüsselmitglieder von Noriegas innerem Kreis: Michael Harari wurde als ehemaliger Chef der beweglichen Schlagmannschaft des Mossads identifiziert, während der andere, Zvi Modal, für die Geheimverbindung des Kleinstaates mit dem Medellin-Kartell verantwortlich sein soll.

»Die Medien scheinen anzunehmen, daß alle wesentlichen Figuren in dem Medellin-Drogensyndikat, das etwa 80 Prozent des in den USA verbrauchten Kokains liefert und 15 Milliarden Dollar an jährlichen Profiten einstreicht, spanisch-indianischer Herkunft sind«, sagte der ehemalige DEA-Agent. »Das ist ganz bestimmt nicht der Fall.« □

George Bush und der CIA

Peter Blackwood

»Ein gefährlicher und mächtiger Bettler«, waren die Worte eines sich in wichtiger Stellung befindlichen westeuropäischen Geheimdienst-Experten, der gebeten wurde, die Zusammensetzung der ein halbes Jahr alten amerikanischen Bush-Regierung zu charakterisieren. So lächerlich wie die Beschreibung auch klingen mag, sie verrät die Auffassung amerika-freundlicher Kräfte in Europa, daß eine finanziell und wirtschaftlich bankrotte Supermacht nichts aufhalten wird, um diejenigen Länder oder unabhängigen politischen Kräfte zu zerschlagen, die dem von ihr eingeschlagenen närrischen politischen Kurs im Wege stehen, um zu versuchen ihr Überleben sicherzustellen angesichts der Krise, für die die USA kein Rezept haben.

Angesichts der fortbestehenden Spar- und Darlehenskrise, der Schwäche der amerikanischen Wirtschaft und der strategischen Probleme, die die weltweite Planung der Sowjets begünstigen, versucht die Bush-Regierung eine strukturelle Lösung für diese Krise auf der Grundlage einer »bonapartistischen« Regierungsmethode zu gestalten. Sie hat eine Menge Kraft, den Willen sie einzusetzen und bildet sich ein, das sei die Lösung. Das Ganze ist ein lahmer Versuch, die Regierung durch »Krisen-Management« aus der drohenden Katastrophe herauszulavieren.

Die beiden Außenminister der Supermächte, Baker und Schewardnadse, haben sich seit einiger Zeit über einen Frieden zwischen Israel und der PLO verständigt.

In Washington regiert der Größenwahn

Bonapartismus, ein Begriff, der im 19. Jahrhundert geprägt wurde, um die Herrschaft des Kaisers Louis Napoleon von Frankreich zu beschreiben, ist in seiner modernen Form eine »bürokratische Diktatur des Krisen-Managements«, in der nur die Form der verfassungsmäßigen Regierung beibehalten werden darf. In Wirklichkeit werden die Gesetzesregeln über Bord geworfen und willkürliche Regeln auf der Grundlage der momentanen Erfordernisse der Krise in Kraft gesetzt. Ihr wesentlicher Inhalt ist eine politisch-rechtliche Sicherheitsstruktur, und jede organisierte Opposition gegenüber den fest im Sattel sitzenden Mächten und ihrer Politik wird ausgeschaltet.

Innerhalb des Establishments wird auch ein selbstüberwachendes »Abschuß«verfahren durch das Justizministerium durchgeführt.

Irgendwelche herumirrenden Machtgruppierungen, die nicht auf Vordermann gehen wollen und die »ethischen« Grenzen des Bonapartismus überschritten haben, werden zum Abschuß freigegeben.

Genauso ein Bonapartismus, ein Anachronismus des 19. Jahrhunderts, ist das Wesen des Herangehens des anglo-amerikanischen Establishments an die bestehende strategisch-finanzielle Krise der Politik.

Philosophisch gesehen hat die Bush-Regierung die Version der alten American Century-Gruppe (Anhänger der Idee des Amerikanischen Jahrhunderts), basierend auf einem aus den fünfziger und sechziger Jahren stammenden Größenwahn, wieder aufgewärmt. Vorgeblich realistischer als die Reagan-Regierung, ist ihr Ausblick ein »liberal imperialer«, der die »Machtvorstellung« auszunutzen sucht, um eine »Anpassung« an weltweite Realitäten zu vollziehen, die den Anschein beseitigt, daß sich Amerika am kürzeren Ende des Hebels befindet.

Untergang des weltweiten Ansehens

Viele innerhalb dieser Gruppe wollen das Ansehen der Vereinigten Staaten als Weltmacht nicht opfern. Jedoch wegen ihrer Verpflichtungen gegenüber den vorherrschenden Banking- und Wirtschaftspraktiken sind sowohl das weltweite Ansehen der USA als auch diese Gruppe dem Untergang geweiht.

Es ist auf Schwäche zurückzuführen, daß alles, was die Vereinigten Staaten vom Standpunkt der strategischen Politik aus unternehmen, den amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen untergeordnet ist. Von diesem Standpunkt aus gesehen »mitbewältigt« die Bush-Regierung die Nahost-Krise zusammen mit den Sowjets, während sie Gorbatschow im Westen als Hebel gegen patriotische antikommunistische Kräfte fördert. Dieses Arrangement bestimmt alle anderen strategischen Handlungen.

Während einige Professionelle und patriotische Elemente des Militärs und des Geheimdienstes sich diesen Ausblick und die damit verbundene Politik nicht zu eigen machen, haben sie nichtsdestoweniger keine Macht oder Willen zur Schau getragen, den gegenwärtigen Lauf der Ereignisse ändern zu wollen, und gehen im Namen der bonapartistischen »Einigkeit« jeder Kontroverse aus dem Weg. Sie neigen dazu, nach den Regeln des liberalen Establishments das »Spiel mitzumachen«, und tun so, als sei die Lage nicht so schlimm, wie es scheint. Dies trifft besonders auf die Professionellen des CIA zu, deren berufliche Laufbahn völlig abhängig von einem Förderer innerhalb des Establishments war.

Der Zustand der amerikanischen Sicherheit

Die völlige Kontrolle über die Politik der Regierung ist im National Security Council (Rat für nationale Sicherheit), NSC, unter der Leitung des Schützlings von Henry Kissinger, Brent Scowcroft, zusammengefaßt. Formell ist der Präsident Chef des NSC. Unter der Bush-Regierung sind der Präsident, der Vizepräsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister die einzigen, die offiziell im Rat für nationale Sicherheit vertreten sind, zusammen mit dem CIA-Direktor und dem Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff als Berater.

Unter dieser Hauptgruppierung befindet sich die dem Kabinett unterstehende zwischenbehördliche Einsatzgruppe, die von dem stellvertretenden Berater für nationale Sicherheit und ehemaligen stellvertretenden CIA-Direktor Robert Gates geleitet wird. Zu dieser Gruppe werden die höheren NSC-Gebietsleiter zusammen mit den verantwortlichen Personen innerhalb des Apparates der staatlichen Sicherheit aus den Außen- und Verteidigungsministerien und des CIA gehören.

Der Gesamtüberblick über die Politik der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der, wie

berichtet wird, von Robert Gates und seiner Einsatzgruppe erarbeitet wird, ein Punkt, auf dem Bush bei seinen verschiedenen Gesprächen mit der Presse und ausländischen Führungspersönlichkeiten immer wieder herumreitet, ist in Wirklichkeit ein Schwindel. Über die Politik ist nämlich bereits entschieden worden.

Die Vereinigten Staaten werden fortfahren, die Beziehungen mit Gorbatschow zu vertiefen, und alles Mögliche tun, um sicherzustellen, daß Gorbatschow an der Macht bleibt. Jede gegenteilige politische Orientierung wird im Schnellverfahren zerschlagen. Vom Standpunkt des anglo-amerikanischen Establishments aus gesehen, soll Bush lediglich der Vollstrecker ganz gleich welcher Politik sein, die das Establishment gemeinsam bestimmt. Entgegen dem Anschein wird diese Politik nicht innerhalb der offiziellen Regierungsinstitutionen festgelegt, sondern sie geht aus den Korridoren der wirklichen Macht innerhalb des Establishments hervor. Das Zentrum dieser Macht liegt im Council on Foreign Relations, CFR (Rat für auswärtige Beziehungen), in New York.

Eine Regierung aus CFR- und CIA-Mitgliedern

Jedes einzelne Mitglied des National Security Council ist auch Mitglied des CFR und seiner Abzweigungen, der Trilateralen Kommission und Kissinger Associates. Während der Reagan-Regierung wurde das von den anglo-amerikanischen liberalen Kräften geführte innere Establishment des CFR nicht bereitwillig zu Rate gezogen, sondern fand heraus, daß eine Manipulation, die zu dem gleichen Ergebnis führt, eine leichte Sache ist.

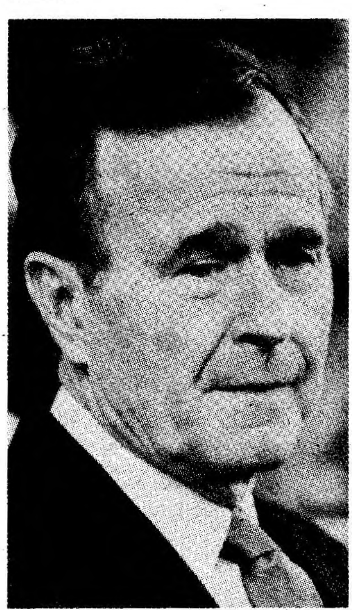
Die Nixon-Regierung, die vermutlich gegen das liberale Establishment war, beugte sich dessen Forderungen, was dazu führte, daß Nixon selbst zurücktreten mußte.

Der vermeintliche Unterschied zwischen Bush und Nixon besteht darin, daß Bush selbst ein »Patrizier« ist, ein urwüchsiger weißer angelsächsischer Protestant, während Nixon ein »politischer Straßenkämpfer« und Quaker der Mittelklasse war.

Daher kann das, was Nixon widerfuhr, »Bush nicht passieren« – wenigstens nicht nach den normalen Regeln des Establishments.

Die Voraussetzung ist, daß Bush in die große Fußstapfen der anglo-amerikanischen Politik tritt. Unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen klaffen die Risse innerhalb des Establishments zu weit auseinander, um ihr »Wahrnehmungsspiel« zusammenzuhalten.

Der Fall des Ernennungsverfahrens des designierten Verteidigungsministers John Tower erhellt die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Establishments. Obwohl Bush Towers Ernennung voll unterstützte, bestanden innerhalb seines engsten Kreises ernsthafte Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen Tower und dem Verteidigungsminister James Baker III. Tatsächlich wird sich nach Meinung gut informierter Kreise des Geheimdienstes eine neue Weinberger-gegen-Shultz-Lage ergeben, vor allem in bezug auf die Beziehungen mit der Sowjetunion.



Der neue amerikanische Präsident George Bush versucht durch »Krisen-Management« in Abstimmung mit den Sowjets die wirtschaftlich und finanziell bankrotte Supermacht auf Kurs zu halten und damit das politische Überleben der USA zu sichern.

Nicht nur wird der NSC von oben nach unten geleitet werden, sondern der Apparat der Außenpolitik, der dem NSC direkt untersteht, wird bereits in der gleichen Weise organisiert. Praktisch alle diplomatischen Schlüsselstellungen sind CIA-CFR-Mitarbeitern zugeteilt worden.

Die alten Herren von CIA und CFR

Viele der politischen Laufbahnen dieser Männer wurden durch die »Patrizier«-Maschinerie innerhalb der Regierungsbehörden patronisiert.

An der Spitze der Liste steht die Ernennung von Vernon Walters zum Botschafter der Bundesrepublik Deutschland. Als Statthalter des Bush-CFR-Apparats wird Walters praktisch für ganz Europa zuständig sein. Darüber hinaus ist Walters' Tätigkeit auf die Beibehaltung kritischer Verhandlungen mit den Sowjets über rückwärtige Kanäle konzentriert. Er wird nicht dem Außenminister Baker unterstehen, dessen eigene politische Verantwortlichkeit es sein wird, die Außenwirtschaftspolitik zu koordinieren im Rahmen des strategischen Zusammenhangs, so wie er sich aus den wirtschaftlichen politischen Sachzwängen Londons und New Yorks ergibt.

Loyalität gegenüber dem Establishment

Lawrence Eagleburger, der stellvertretende amerikanische Außenminister, gehört dem CFR und Kissinger Associates an. Eagleburgers Ernennung soll gewährleisten, daß die Interessen des Kapitalanlage-Bankgeschäfts – besonders die von Goldman Sachs, Lazard Frères und Warburg, Pinus und Co. – gewahrt werden.

Michael Armacost, der neue Botschafter für Japan, ist Mitglied des CFR und der Botschafter für den Hof von St. James, Henry Catto, gehört dem CFR und dem CIA an.

Die Botschafter für China, Mexiko und Südkorea sind alles alte CIA-Hasen. In China ist James Lilley, ehemaliger Stationschef in der Volksrepublik unter Botschafter Bush, Berufsbeamter des CIA. Don Greggs Ernennung nach Südkorea ist eine Belohnung dafür, daß er George Bush vor dem Iran-Contra-Skandal schützte, als Gregg für den damaligen Vizepräsidenten Bush als Berater für nationale Sicherheit diente.

Für Ibero-Amerika ist der CFR-CIA-Diplomat John Negroponte zum Botschafter für Mexiko ernannt worden. Negroponte war ein Kissinger-Schützling aus der Zeit des Vietnam-Krieges.

Es gibt in der Tat einen CFR-CIA-Apparat von Insidern, die den verschiedenen Parteiungen des Establishments, aus denen die Bush-Regierung besteht, loyal gedient haben. Auf praktisch jeder Regierungsebene ist alles andere ausgeschlossen worden. Die konservativen Rechten, aus denen die ursprüngliche Reagan-Regierung zusammengesetzt war, oder die patriotischen »republikanischen« Kräfte geben kein Lebenszeichen von sich. Sie sind alle zum Trocknen aufgehängt worden.

Auf den höheren Ebenen wird keinem, der nicht seine Loyalität gegenüber dem Establishment gezeigt hat, und weiter unter keinem, der nicht seine Loyalität zu Bush und zu seinen Insidern aus dem Nachrichtendienst gezeigt hat, in dieser Situation eine Mitspielerfunktion zugestanden.

Die wirklichen Herren der Macht

Die Ausüber der Machtpolitik glauben jedoch, daß sie ungeachtet ihrer eigenen Aufspaltung in Parteiungen in der Lage sein werden, alle Probleme zu meistern. Sie sitzen auf einem Pulverfaß, ohne Politik, um damit fertig zu werden, und hoffen durch Täuschung aus der Katastrophe herauszukommen, indem sie mit ihrem Krisen-Management Zeit herausschinden. Da ihnen der erforderliche geistige Mut fehlt, die Regeln des Establishment-Spiels zu ändern, um die Krise bei den Hörnern pakken zu können, beugt sich die Gruppe an der Macht willig dem Spiel, das die wirklichen Herren des Geistes, die Briten, spielen.

Die dummen Amerikaner werden ihre bonapartistische Diktatur im Inland ausüben und im Ausland mit amerikanischer Muskelkraft protzen. Am Ende, und das schon sehr bald, wird sich herausstellen, daß die Amerikaner wirklich sehr dumm gewesen sind. □

USA

Der Panama-Kanal muß geschützt werden

John Bishop

Es ist möglich, daß die Regierung von Präsident Bush noch vor Ende des Sommers direkte militärische Schritte unternimmt, um Panamas starken Mann, General Manuel Antonio Noriega, aus seinem Amt zu entfernen, ist aus zuständigen militärischen Kreisen und von Experten in Mittelamerika zu erfahren.

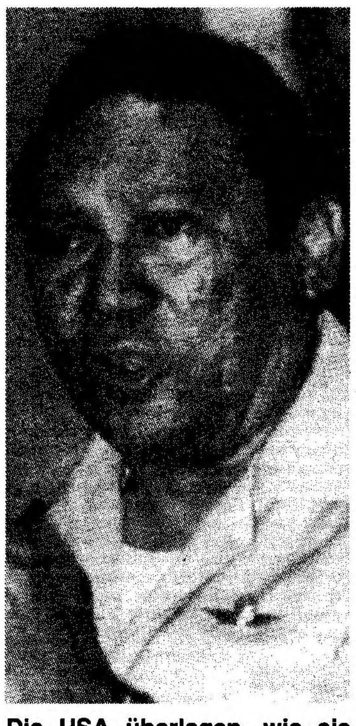
Ein militärischer Einsatz der USA könnte tatsächlich jeden Tag nach dem Stichtag 1. Juli erfolgen, den die Bush-Regierung für alle Angehörigen des in Panama stationierten Militärpersonals festgelegt hat, an dem sie das Land entweder verlassen oder sich in sichere Unterkünfte in einem der elf Militärstützpunkte in dem mittelamerikanischen Land begeben mußten.

Eventuell Sondereinsatz von Elite-Truppen

Wie die Experten meinen, reichen die in Erwägung gezogenen militärischen Entscheidungen, um Noriega zu stürzen, von einem breit angelegten Angriff bis zu Sondereinsätzen von Elite-Truppen, die darauf abgezielt sind, den panamesischen Diktator gefangenzunehmen.

Aus einer Informationsquelle des amerikanischen Verteidigungsministeriums verlautet, daß die Joint Chiefs of Staff (Vereinigte Generalstabschefs) bereits eine Reihe von Auswahlplänen für militärische Einsätze gegen die noriega-freundlichen Streitkräfte entworfen haben.

»Eine Reihe von Auswahlmöglichkeiten steht fest, wenn erforderlich und wenn der Präsident das grüne Licht dazu gibt«, heißt es dort.



Die USA überlegen, wie sie den starken Mann Panamas, General Manuel Noriega, loswerden, der die volle Unterstützung der Israelis hat.

Am 7. Mai dieses Jahres errangen Kandidaten, die gegen Noriegas ausgesuchte Kandidaten seiner von der Panama Defense Force unterstützten Democratic Revolutionary Party angetreten waren, überwältigende Siege bei den allgemeinen Wahlen. Die Ergebnisse wurden jedoch von Noriega für null und nichtig erklärt.

Als Folge davon gab Bush am 11. Mai den Befehl, die bereits in Panama befindlichen US-Streitkräfte durch 1900 Soldaten aufzustocken. Die Truppen wurden aber schon einen Tag nach der Wahl in Alarmbereitschaft versetzt. Sie trafen schon am 13. Mai in Panama ein.

Verstärkung der militärischen Präsenz

Zu den 1900 Soldaten gehören das 1. Bataillon, 61. Infanterie-Regiment der 5. Motorisierten Division, das in Fort Polk, Luisiana, stationiert ist.

Militärexperten weisen darauf hin, daß das Bataillon während des militärischen Vorgehens gegen Noriegas Panama Defense Force verschiedene äußerst lebenswichtige Einsätze durchführen würde. Der wichtigste davon: Die Schützenpanzerwagen, mit denen sie ausgerüstet sind, könnten benutzt werden, um Zivilpersonal, wie zum Beispiel die amerikanischen Arbeiter am Panama-Kanal, in Sicherheit zu bringen.

Das amerikanische Militär unterhält jetzt eine mehr als 6000 Mann starke Kampftruppe in Panama, die von A-10-Tiefangriffs-Düsenflugzeugen unterstützt werden.

Zusammen mit den Militärstreitkräften befinden sich etwa 40 000 Amerikaner in Panama. Dazu gehören etwa 12 000 zivile Angehörige von Militärpersonal und mehr als 20 000 andere Zivilpersonen, von denen viele am Kanal arbeiten oder Angehörige von dort beschäftigten Arbeitern sind.

Bei einem größeren Militäreinsatz würde starker Gebrauch von amerikanischen Marinestreitkräften, darunter Flugzeugträger- und Schlachtschiff-Sondereinheiten, gemacht, sagten uns Fachleute.

Man könnte damit rechnen, daß Transport-Einheiten der US-Navy und Air Force schnellstens weitere Truppen heranholen, um die starken Kräfte, die sich bereits dort befinden, zu verstärken.

Norman A. Bailey, Planungschef im National Security Council während der Reagan-Regierung, glaubt, daß die Vereinigten Staaten eine Division Luftlandetruppen über Panama abspringen lassen und eine Seeblockade anordnen sollten, »und dann sollten wir ihnen, der Panama Defense Force, sagen, daß sie 48 Stunden Zeit haben, um Noriega loszuwerden«.

Es gibt andere Berater für staatliche Sicherheit in der Bush-Regierung, die auf einen ähnlichen Einsatz drängen, um Panama aus dem drogenverseuchten Würgegriff Noriegas zu befreien.

Man will Noriega loswerden

Ein Militäreinsatz gegen das Noriega-Regime könnte mit dessen Belästigung von Amerikanern in Panama gerechtfertigt werden. Nach Berichten aus dem Pentagon gab es in der Zeit vom 6. Februar 1988 bis zum 26. März dieses Jahres 642 Fälle der Belästigung von amerikanischem Militärpersonal und ihren Angehörigen in Panama. Diese Zwischenfälle stellten 1068 Verletzungen der Bestimmungen der zwischen den Vereinigten Staaten und Panama unterzeichneten Kanal-Verträge dar.

Es gab in der gleichen Zeit 41 Fälle von Gefangenhaltungen, hinterhältigen Überfällen und körperlichen Mißhandlungen, die sich außerhalb von amerikanischen Militärstützpunkten ereigneten, oder von Feuergefechten im Umkreis von amerikanischen Anlagen. Dem Vernehmen aus dem US-Verteidigungsministerium nach waren sie »ernsthafter Natur.«

Verschiedene Elite-Einheiten der amerikanischen Armee, darunter Teile der neuen 10. leichten Gebirgsdivision, die in Fort Drum im Hinterland von New York stationiert ist, sind nach Panama entsandt worden, seitdem es zwischen dem Noriega-Regime und den Vereinigten Staaten ein gespanntes Verhältnis gibt.

»Wir wissen, was die Panama Defense Force dort haben und wo es ist, und wir sind bereit«, sagte uns ein amerikanischer Offizier. □

Israel

Enttäuscht von Henry Kissinger

Victor Marchetti

Israels anscheinend verringertes Ansehen sowie das der Pro-Israel-Lobby innerhalb des inneren Kreises der Bush-Regierung erweist sich für Henry Kissinger und seine Jünger als ebenso frustrierend wie peinlich.

Der nachlassende Einfluß des Rockefeller-Gurus auf die amerikanische Realpolitik in Washington berührt Kissingers ehemals blühendes und kostspieliges Beratergeschäft, heißt es aus gut unterrichteten Quellen des US-Kongresses.

Das Fluidum des Einflusses

Henry Kissinger, so meinen diese Insider, ist seit zwölf Jahren aus der amerikanischen Regierung heraus und hat sich in diesen Jahren auf das Geldverdienen statt auf die Formulierung und die Ausführung der Politik konzentriert. Er habe lange Zeit von seinen Verbindungen aus der Nixon-Ära profitiert, aber jetzt sei sein Insider-Netz nur noch auf die Verbindungen beschränkt, die sein Hauptkunde David Rockefeller ihm zur Verfügung stellt.

Bis weit in die Zeit der Präsidentschaft von Ronald Reagan verfügte Kissinger international über ausgezeichnete Verbindungen, allmählich trockneten sie aber aus, als Schlüsselfiguren aus dem amerikanischen Regierungsgeschäft ausschieden, obgleich einige – Lawrence Eagleburger und Brent Scowcroft – dies taten, um in Kissingers Beraterfirma einzutreten.

Die letzten Überbleibsel des Netzes, die hartgesottene Pro-Israel-Gruppe – Richard Perle und Stephen Bryen – verließen die US-Regierung unter der Wolke des Argwohns, die sich in den Nach-Pollard-Jahren bildete.

Henry Kissinger ist den erdumspannenden Interessen des Hauses Rockefeller in höherem Maße verpflichtet als zeitweiligen amerikanischen Strategien.

Seit dieser Zeit hat Kissinger das Fluidum des Einflusses als Insider dadurch aufrechterhalten, daß er versprach, seine Leute wieder in hervorragende Stellungen in der Bush-Regierung unterzubringen. Dies ist tatsächlich geschehen, aber nicht ganz mit den Ergebnissen, auf die Kissinger gehofft hatte.

Obwohl Eagleburger jetzt stellvertretender US-Außenminister ist, beklagte er sich bei Freunden darüber, daß er bei wichtigen politischen Entscheidungen bezüglich Israel nicht hinzugezogen wird. Diese Entscheidungen werden von US-Präsident George Bush und Außenminister James Baker getroffen, die ihre Karten dicht vor der Brust halten.

Kein Grund, um mit Henry zu teilen

In ähnlicher Weise werden andere Gleichgesinnte Kissingers, zum Beispiel der Politik-Planungschef des Außenministeriums, Dennis Ross, und der Chef des Nationalen Sicherheitsrates für den Mittelwesten der USA, Richard Haass, bei den vielen Bush-Baker-Entscheidungen umgangen.

Außerdem, so verlautet von Kennern der Szene, dient Scowcroft, jetzt Berater des amerikanischen Präsidenten für nationale Sicherheit, weitgehend als Makler für das Weiße Haus im Kabinett und im Geheimdienstwesen und ist nicht direkt an politischen Entscheidungen beteiligt. Außerdem sei Scowcroft niemals ein hingebungsvoller Kissinger-Junge, nicht einmal in Sachen Israel, gewesen.

Kissinger arbeitet seinerseits verzweifelt daran, seinen Einfluß in Washington neu aufzubauen. Aber er wird in kritischen Fragen weder zu Rate gezogen, noch wird sein freiwillig gegebener Rat vom Weißen Haus beachtet. Er ist, so verlautet aus diesen Quellen, bei der Bush-Regierung »aus der Schleife heraus«.

Außerdem seien Kissingers Ansichten hinsichtlich Israels jetzt in den Augen von Bush und Baker »passé«. Einerseits stünde Kissingers Haltung gegenüber Israel im Widerspruch zu Plänen, den Geist der Entspannung des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow gegenüber neu zu entfachen.

»Und dann ist da noch die kleine Angelegenheit der Macht«, sagt ein Gesprächspartner. »Bush und Baker sehen keinen Grund, warum sie diese mit Henry Kissinger teilen sollten.«

Kissingers nachlassender Einfluß in der Politik gegenüber Israel war für die Mannschaft des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir während seiner Verhandlungen mit der Bush-Regierung offenbar. Ein Israeli beklagte sich denn auch: »Die Wasps (weiße angelsächsische Protestanten) benutzen ihre Hausjuden dazu, um mit uns zu schachern.«

Der schwindende Einfluß Kissingers in Fragen der US-Politik gegenüber Israel bedeutet aber nicht, daß er sich nicht auf einem anderen politischen Feld austoben kann: der Finnlandisierung Europas. Auf diesem Gebiet schlägt er eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets vor, den osteuropäischen Ländern freie Wahlen im Austausch gegen Beschränkungen ihrer Streitkräfte.

Und mit diesem Vorschlag sowie einer anzustrebenden Verständigung zwischen Moskau und Washington über eine Neuaufteilung der Welt, einem neuen Jalta sozusagen, findet er beim neuen amerikanischen Präsidenten Gehör, zumal diese Vorschläge völlig im Einklang mit David Rockefeller und seinen Absprachegremien, der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Konferenz, stehen.

Eine Tatsache ist nicht zu übersehen: Kissinger ist den erdumspannenden Interessen des Hauses Rockefeller in höherem Maße verpflichtet als zeitweiligen Strategien des Weißen Hauses. Die Interessen der amerikanischen Politik – und besonders in Fragen des zionistischen Israels – decken sich keinesweg immer mit den Zielen des Hauses Rokkefeller. □

Israel beunruhigt über die Akzeptanz der PLO

Die Israelis ärgern und grämen sich weiterhin, da es keine Anzeichen für ein Nachlassen des Palästinenser-Aufstandes gibt. So wie die Anzahl an toten Palästinensern wächst, geht Israels Prestige in der Weltgemeinde entsprechend nach unten.

Die Israelis bleiben standhaft bei ihrer Weigerung, mit der PLO zu reden, und drängen hartnäkkig auf Wahlen an der West Bank zu dem einzigen Zweck, sich einen Kader von örtlichen Führungspersönlichkeiten zu schaffen, mit denen dann verhandelt werden soll – als Alternative zur PLO. So wie die PLO in Prestige und Akzeptanz unter den Politikern der Welt Fortschritte macht, wird Israels Reaktion immer schriller.

Man nehme als Beispiel die Welle der Bosheit und der drohenden Ankündigung seitens der israelischen Regierung, nachdem der französische Präsident François Mitterrand den Vorsitzenden der PLO Jassir Arafat in Paris willkommen hieß.

Mitterrand war der erste führende Politiker eines westlichen Dauermitglieds des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der Arafat zu einem offiziellen Besuch empfing. Der Besuch fiel unglücklicherweise mit dem Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust zusammen.

Premierminister Yitzhak Shamirs Kommentar dazu: »Es ist ein sehr großes Symbol, weil dieser Mann (Arafat) dem jüdischen Volk viele Dinge sagt. Er folgt der Tradition jener Nazis. Aber, wir brauchen kein Symbol um gegen diesen Besuch zu sein.«

Shamir war besonders über Mitterrand verärgert, weil es ihm, als Shamir vor seiner Reise in die Vereinigten Staaten zu Gesprächen mit Präsident Bush in Paris weilte, nicht gelungen war, den französischen Staatspräsidenten dazu zu überreden, seine Zusammenkunft mit Arafat abzusagen.

Die fortgesetzte Belastung, die der Palästinenser-Aufstand Israel auferlegt, macht sich auf vielfache Weise bemerkbar. Die israelische Armee leidet unter ernsthaften Problemen der Moral; das Finanzministerium ist einem gewaltigen Aderlaß ausgesetzt, der sich aus Militärkosten und aus Handelsstörungen ergibt; und die ständigen heftigen Proteste – und die brutale Reaktion der Israelis darauf – verleihen Arafat ein internationales Ansehen, das er niemals zuvor genossen hat.

Israels Strategie der Verringerung oder zumindest der Eindämmung des Einflusses der PLO in den besetzten Gebieten fällt langsam auseinander. Sein Plan, eine alternative Führung zu schaffen, ist zum Fehlschlag verurteilt, weil er, um zum Erfolg zu führen, die Zusammenarbeit mit der übrigen Welt – besonders mit den Vereinigten Staaten erfordert, die dieses Mal Israel nicht zur Hilfe eilen. Shamir deutet drohend an, daß eine weitere internationale Anerkennung für Arafat »die Chancen für den Frieden verringert«, da »diese den extremsten Faktoren in unserem Gebiet größere Bedeutung verleiht«.

Israelische Politiker fühlen sich besonders verletzt, da die Akzeptanz der PLO durch westliche Staaten dieser israelischen Strategie entgegenwirkt. Verteidigungsminister Yitzhak Rabin sagte: »Die PLO in Tunesien repräsentiert weitere Elemente. Sie vertritt in erster Linie die palästinensischen Flüchtlinge, die außerhalb des biblischen Landes Israels leben«, und die die Israelis von jeder Diskussion oder Verhandlung ausschließen wollen.

Der israelische Außenminister Mosche Arens vertrat ebenfalls diese Ansicht und verstärkte sie noch in einem Interview mit der Pariser Zeitung »Le Figaro«. Er sagte, er sei überzeugt davon, daß »die Zubilligung der geringsten Anerkennung oder Legitimität an die PLO nur extremistische Haltungen in der arabischen Welt ermutigen und zukünftige Gewalttaten und Terrorismus begünstigen kann«.

Dies ist noch ein weiterer Versuch, den palästinensischen Kampf um einen Zustand nationaler Einheit als konzertierten »arabischen« Versuch darzustellen, Israel zu zerstören – eine Charakterisierung, die einfach keinen weiteren Bestand haben kann.

Die PLO und die Palästinenser in der West Bank und im Gazastreifen sind jetzt einunddieselben Leute. Weder Kanonen noch stark angetriebene Public Relations-Kampagnen werden diese grundlegende Tatsache ändern. □

Die Dinge laufen nicht gut für Israel

Der von Premierminister Yitzhak Shamir und Verteidigungsminister Yitzhak Rabin auf den Weg gebrachte Friedensplan, der Wahlen in der West Bank und im Gazastreifen vorsieht, wird von den israelischen Hardliners zäh bekämpft und findet auch bei den örtlichen Palästinensern und der PLO wenig Gegenliebe. Indessen geht trotz der erneuten Bemühungen der Regierung, die anderthalbjährige Intifada zu zerschlagen, der Aufstand weiter und belastet in steigendem Maß die Israelis mehr als die belagerten Palästinenser.

Obwohl es gewichtige Gründe gibt zu glauben, daß Shamir den Plan, in den besetzten Gebieten Wahlen abzuhalten, nur vorgetragen hat, weil er kalkulierte, daß die Palästinenser ihn nicht annehmen würden, geht der rechte Flügel seiner eigenen mächtigen Likud-Partei kein Risiko ein. Das reaktionäre Minister-Trio Ariel Sharon, David Levy und Yitzhak Moda'ai, unterstützt von den Parteien der wachsenden äußersten Rechten, sind entschlossen, sich eilig aus der Initiative zurückzuziehen oder Shamir – und die Koalition der nationalen Einheit – bei einer Vertrauenswahl der Parteien zu Fall zu bringen.

Gleichzeitig hat sich der kürzlich erfolgte verstärkte Schlag gegen die Palästinenser, der als notwendig gerechtfertigt wurde, um die zur Abhaltung von Wahlen notwendige ruhige Lage zu schaffen, als Fehlschlag erwiesen – er ist sogar nach hinten gegangen. In einem Anfall des Abscheus hat sich der populäre Generalstabschef der israelischen Streitkräfte dazu entschlossen, von seinem Kommando zurückzutreten. Er sagte, die Intifada sei ein Volksaufstand, der eine politische, keine militärische Lösung erfordert.

Außerdem erschweren die Aktionen der von jüdischen Siedlern in der West Bank gestellten Wachmannschaften, eine Art Volkssturm, die Bemühungen der Armee, den Aufstand niederzuschlagen, in zunehmendem Maße.

Die Verbannung von mehr als 100 000 arabischen Arbeitern aus dem eigentlichen Israel, ein Schritt mit dem beabsichtigt war, die Palästinenser zu bestrafen, hat stattdessen die schon ziemlich wackelige Wirtschaftsstruktur des zionistischen Staates noch weiter geschwächt. Weder die lange arbeitslosen israelischen Arbeiter, die nun von der Sozialhilfe leben, noch die Arbeit suchenden Jugendlichen, die jetzt ihre höhere Schulbildung beenden, haben sich danach gedrängt, die freien Stellen im Baugewerbe, in der Textilindustrie und im Hotel- und Gaststättengewerbe, die durch den Weggang der arabischen Arbeitskräfte geschaffen wurden, zu besetzen.

»Die Intifada saugt uns wirtschaftlich und emotionell aus«, erklärte uns ein israelischer Geschäftsmann. »Wir verschwenden unser ganzes Geld und Energie auf diesen Konflikt, aber wir wissen nicht, wie wir ihn beenden können. Irgend jemand – die USA oder die Vereinten Nationen – werden uns eine Einigung aufzwingen müssen, so daß wir weiterleben können.« □

Rabbi Kahane sehnt sich in die USA zurück

Rabbi Meir Kahane sprach in Washington zu einer Gruppe von Getreuen. Das Hotel, wo das Zusammentreffen stattfand, war zum Empfang von

über zweihundert Menschen vorbereitet, es erschienen aber nicht mehr als neunzig, um den radikalen Rabbiner ihren Respekt zu erweisen.

Die Versammlung sollte um acht Uhr beginnen. Um 8.30 Uhr trat Sol Margolis, der Organisator der Veranstaltung, auf das Podium und begann zu sprechen, aber die Tonanlage blieb stumm. Nachdem Margolis sich wieder gefaßt hatte, stellte er Kahane als einen »Führer aus Reihe und Glied« vor.

Kahane wiederholte wieder einmal seine übliche heuchlerische Behauptung, daß »nicht genug Juden ›Aliya machen‹, nicht genug Juden nach Israel gehen und Opfer bringen«.

Im Augenblick versucht Kahane verzweifelt, seinen Status als amerikanischer Staatsbürger zurückzugewinnen, nachdem die israelische Regierung ihm mitgeteilt hatte, daß er, wenn er sich an der Wahl zum Eintritt in die Knesset beteiligen will, dann das ›wahre Aliya‹ machen müsse, indem er auf seine amerikanische Staatsbürgerschaft verzichtet. Kahane wurde nicht wieder aufgestellt und er und seine politische Kach-Partei wurde aus der israelischen Politik verbannt. Nachdem ihm klar geworden war, was geschehen war, sprach Kahane wieder im US-Außenministerium vor und jammerte über den Verlust seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft.

Kahanes Anwälte werden vor einem Bundesrichter dahingehend plädieren, daß er seine amerikanische Staatsbürgerschaft unter »widerrechtlichem Zwang« aufgegeben habe. Die Wahrheit ist, daß Kahane aus freien Stücken auf seine amerikanische Staatsbürgerschaft verzichtete, als er während seiner ersten Amtszeit in der Knesset seinen Amtseid ablegte.

Ursprünglich sollte die Verhandlung über seine Staatsbürgerschaft schon stattfinden, aber seine Anwälte beantragten eine Vertagung. Indessen reist der Rabbi zwischen New York und Tel Aviv hin und her und versucht in Amerika Unterstützung für seine Kach-Bewegung zusammenzutrommeln.

Erst vor einigen Wochen war Kahane in Jerusalem wegen »Aufhetzung« verhaftet worden, als er einen Marsch von Juden durch die Stadt anführte. Kahanes Botschaft war grob: »Eintausend arabische Menschenleben entsprechen einem jüdischen Menschenleben.«

In seiner zweistündigen Rede gab Kahane seinen Ärger über die steigende arabische Geburtenziffer in Israel zum Ausdruck: »Wir hochentwickelten Juden haben 30 000 Abtreibungen im Jahr, während die Araber Babys, Babys, Babys bekommen – ihre Geburtenrate ist enorm.«

Die Tatsache, daß die Araber den »Krieg der Gebärmutter« gewinnen, beunruhigt die Israelis schon seit Jahren. Vorausschauende Bevölkerungsberechnungen deuten darauf hin, daß bis zum Jahr 2020 ebenso viele Araber wie Juden in Israel leben werden.

Der Höhepunkt des Abends trat ein, kurz nachdem Kahane seine Rede begonnen hatte. Eine Bombenwarnung führte zu einem überstürzten Rennen zur Ausgangstür hin. Zwei Staatspolizisten beruhigten die Anwesenden schnell. »In Ordnung, jeder geht wieder hinein. Ihr Leute werdet hysterisch ohne jeden Grund.«

Alle setzten sich wieder hin und hörten den Rest der Rede Kahanes, die mit der Mahnung schloß: »Bevor sie uns von außen mit Unterstützung von innen vernichten . . .« □

Die Kluft zwischen den USA und Israel weitet sich

Was mit einer Reihe von Andeutungen und leisen Bemerkungen hinter der vorgehaltenen Hand begann, ist zu einer reifen, amtlichen Politik gewachsen. Die Bush-Regierung hat durch einige Reden, diplomatische Schritte und direkte Gespräche mit Israelis und Palästinensern die von der Reagan-Regierung geschaffenen engen Bindungen zu Israel gelockert und einer ausgewogeneren Annäherung an die Nahost-Politik den Vorzug gegeben. Und dies trotz der Tatsache, daß der ehemalige US-Außenminister George Shultz fleißig darauf hingearbeitet hatte, die Bindungen zwischen den USA und Israel so zu festigen, daß sie von nachfolgenden Regierungen unmöglich wieder gelöst werden könnten. Trotz dieser Bemühungen gelang es der Bush-Regierung, mit ein paar zeitlich gut abgestimmten und gezielten Schritten das amerikanische Interesse wieder zum Leitprinzip der amerikanischen Nahost-Politik zu machen.

US-Außenminister James Baker setzte diesem Akt der Distanzierung kürzlich die Krone auf, als er vor einer so pro-israelisch eingestellten Gruppe wie dem American Israeli Political Action Committee (AIPAC) eine Rede hielt, in der er warnte, daß Israel seinen Traum von einem »Groß-Israel« aufgeben und »der Annektion abschwören, die Siedlungstätigkeit einstellen, den Schulen die Wiedereröffnung in der West Bank gestatten und den Palästinensern die Hand reichen müsse als Nachbarn, den politischen Rechte zustehen«.

Obwohl Bakers Rede im Grunde genommen eine bloße Wiederholung der amtlichen amerikanischen Politik gegenüber der Annektion und der fortgesetzten Besetzung der West Bank und des Gazastreifens war, ließen der von ihm gewählte Tagungsort und der dramatische Ton, in dem er seine Rede hielt, keinen Zweifel daran, daß Israel ein Ultimatum erteilt wurde. Das heißt, Israel muß sich ernsthaft darum bemühen, sein »Palästinenser-Problem« zu lösen, oder es kann nicht mehr mit bedingungsloser Unterstützung seitens der USA rechnen. Die Kritik aus den USA wird nicht mehr in beruhigenden Tönen unter Betonung der Bedeutung der besonderen Beziehungen eingehüllt werden.

Dies war auch kein Ausbruch, der einer augenblicklichen Eingebung folgte. Es war eine sorgfältig ersonnene Politik. Beamte des Außenministeriums sagten, die Rede sei zu dem Zweck ausgearbeitet worden, um die Israelis einer kleinen »Realitäts-Therapie« zu unterziehen. Man hätte sich bewußt bemüht, den Israelis die Botschaft so grob wie möglich zu übermitteln, ohne versöhnende Worte, wie sie oft von Sprechern der Reagan-Regierung, besonders von Shultz, benutzt worden waren.

Ein Beamter wurde folgendermaßen zitiert: »Wenn wir den Brennpunkt der amerikanischen Diplomatie wieder auf den Friedensprozeß richten, dann ist eine kleine Umerziehung unsererseits natürlich von nöten.«

Thomas Dine, Direktor von AIPAC, nahm Bakers Rede nicht sehr freundlich auf. Ihm gefällt das, was die neue Richtung der USA-Regierung für Israel ankündigt, ganz und gar nicht. Dine sagte: »Die Art und Weise, Israels Vorschlag zu den Wahlen ins Spiel zu bringen, besteht darin, daß die Vereinigten Staaten und Israel eng zusammenarbeiten, und daß er sowohl von den Arabern als auch von den Palästinensern als unteilbar gesehen und aufgefaßt wird. Der Pfad, den die US-Regierung zu wandeln scheint, spiegelt diese Annäherung an das Problem nicht wider.«

Wie verlautet erhielt das US-Außenministerium viele geschockte und wütende Anrufe und Zuschriften von der Pro-Israel-Lobby.

Worauf ist nun dieser Richtungswechsel in den USA zurückzuführen? Er entsprang teilweise der Enttäuschung über die offensichtliche Starrköpfigkeit des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir, seinen Plan für Wahlen in der West Bank durchzusetzen und der fortgesetzten Gewaltausübung gegen die Palästinenser sowohl durch die Armee als auch – mit einem steigenden, beunruhigenden neuen Trend – durch organisierte Angriffe durch eine Art Volkssturm, bestehend aus jüdischen Siedlern, die von der Armee mit Waffen und Fahrzeugen versorgt werden, nicht entgegenzutreten.

Kürzlich stellte eine Delegation aus dem US-Außenministerium fest, die nach Israel entsandt wurde, um amerikanisches Input und Ratschläge zu übermitteln, wie die Wahlen durchgeführt werden sollen und nach welchem Zeitplan, daß die Israelis nicht zur Zusammenarbeit bereit sind. Shamir erklärte, daß die Antworten auf solche Fragen nur die Palästinenser stärken. □

Iran-Contra-Affäre

Oliver North und kein Ende

Warren Hough und James Harrer

Manipulierte Geheimdienstberichte und irreführende Ratschläge von sich selbst bedienenden Hilfskräften, denen das Wohlergehen Amerikas gleichgültig ist, haben den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in den Iran-»Contra«-Skandal verstrickt. Die gleiche Art von schlechten Ratschlägen führte Reagan auch zu der Fehleinschätzung, die sich noch als das bedauerlichste von allem herausstellen könnte, daß der amerikanische Präsident dem Oberstleutnant Oliver North nicht rechtzeitig Gnade gewährt hat.

Zu dieser Schlußfolgerung kommen informierte Beobachter, die in dem Drehbuch des Waffenschmuggels, der Geldwäsche und der geheimen Machenschaften, die zu Norths Prozeß führten, schweigende Mitspieler waren. Es sind Diplomaten, Geheimdienst-Experten und erfahrene Journalisten aus dem Iran und aus Ländern des Nahen Osten – zum Beispiel aus Saudi-Arabien –, die in der Iran-Contra-Affäre Schlüsselrollen gespielt haben.

Ziele und Opfer eines großen Betruges

Aber bei ihren langausgedehnten Untersuchungen dieses Skandals haben weder der amerikanische Kongreß noch die Gerichte – noch die Medien des Establishments – versucht herauszubekommen, was diese Hauptzeugen wirklich wissen.

»Das ist so, weil sich die Vereinigten Staaten immer noch nicht dazu durchringen können, über dieses Debakel die Wahrheit zu sagen«, erklärte ein UN-Delegierter aus einem Land am Persischen Golf, das in den letzten Jahren Millionen Dollar zu amerikanischen heimlichen Aktionsprogrammen beigetragen hat.

Dieser Gesandte und andere gut unterrichtete Kreise aus dem Iran und dem Nahen Osten wurden im Verlauf einer Überprüfung des Falles North interviewt. Einige von ihnen waren bereit, über eine Reihe von heiklen Fragen aufrichtig zu sprechen.

Nach der übereinstimmenden Meinung von Experten des Nahen Ostens, waren North und seine Anhänger, einschließlich Reagan die Ziele – und Opfer – eines breit angelegten Betrugsfeldzugs, der von einer fremden Geheimdienstagentur in Szene gesetzt wurde.

Israels Interesse am lukrativen Geschäft

Auf das Wesentliche beschränkt, wurde die nachstehende Folge der Ereignisse aus privaten Gesprächen mit diesen wohlunterrichteten Kreisen rekonstruiert.

In den siebziger Jahren machten amerikanische und israelische Banker, Waffenhändler, Geheimagenten und Fixer riesige Geschäfte mit der Ausbeutung des Reichtums des Iran. Als die Islamische Revolution dieses Füllhorn im Jahr 1979 zerschlug, zogen sich die Vereinigten Staaten zurück. Aber Israel war entschlossen, dieses höchst lukrative Geschäft nicht aufzugeben.

Die Schwierigkeit lag darin, daß der Handel ungesetzlich war. Was der Iran benötigte – und für das er nach dem Angriff durch den Irak jeden Preis zu zahlen bereit war – waren Ersatzteile, Munition und Ersatz für das von den USA gelieferte Arsenal. Aber Verkäufe von Kriegsmaterial an den Iran waren von den Vereinigten Staaten nach der Besetzung der Botschaft in Teheran verboten worden.

»Israel könnte fast alle Waffen, die es haben will, von Amerika bekommen«, sagt Derek Gubbins, ein britischer Berichterstatter aus dem Verteidigungsbereich, der kürzlich den Nahen Osten besuchte. »Es könnte fast alles an den Iran verkaufen. Die Schwierigkeit liegt in einer Konfrontation mit der Reagan-Regierung über diese illegalen Exporte in den Iran.«

Angesichts dieser Schwierigkeiten erwies sich der Mossad, Israels Geheimdienst, als die am besten geeignetste Stelle, dieses verbotene Geschäft zu betreiben.

Der Mossad regelte alles

Schon 1980 gründeten drei hochstehende Mossad-Beamte – Yaacov Nimrodi, Oberst Chaim Rosenblith und Aharon Raviv – in Westeuropa eine GmbH, die sich mit den Waffenverkäufen an den Iran befassen sollte. Um diese Tätigkeit zu verschleiern, begann David Kimche, Leiter der überseeischen Einsätze des Mossad, damit dem Weißen Haus Reagans eine Reihe von unechten nachrichtendienstlichen Berichten und täuschenden Kommuniqués zuzuspielen.

»Wenn man Kimche betrachtet, der vorgab, ein hoher Beamter des israelischen auswärtigen Dienstes zu sein, dann erkennt man den Virus, der Washington infiziert hat«, sagt Gubbins. »Jeder Insider wußte, daß Kimche in Wirklichkeit kein Bürokrat, sondern ein an der Spitze stehender Meisterspion war«.

»Die Presse wußte das, die politischen Kommentatoren wußten das. Aber in der Reagan-Ära bedeutete Kritik an Israel das Ende jeder beruflichen Laufbahn in Washington. Niemand sprach sich offen aus«.

In Wirklichkeit verstärkte ein innerer Kreis von Doppel-Loyalen unter den Staatssicherheitsbeamten den Betrugsfeldzug des Mossad. Im Weißen Haus arbeiteten Leiter von Schlüsselabteilungen des National Security Council – darunter Howard Teicher, Dennis Ross und der Berater Michael Ledeen – Hand in Hand mit Kimche, um die Strategie der Vereinigten Staaten zugunsten von Israel zu manipulieren.

Um die Mitte der achtziger Jahre, als der Handel des Mossad mit dem Iran auf Hochtouren kam, verstärkte Kimche seinen Desinformationsfeldzug in Washington, mit Rückendeckung durch andere, altgediente Mossad-Agenten, darunter Nimrodi, ein ehemaliger Agent im Iran, Manucher Ghorbanifar, ein erfahrener Munitionsmanipulierer und Amiram Nir, der Chefberater der israelischen Regierung in geheimdienstlichen Angelegenheiten war. Kimche versorgte das Weiße Haus mit einem umfassenden Drehbuch, das auf ausgemachten Lügen beruhte.

Nir, der kurz nach der öffentlichen Enthüllung seiner Verwirklichung in den Iran-Contra-Skandal aus dem Regierungsdienst ausschied, starb Mitte 1988 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz in Nordmexiko, wohin er angeblich unterwegs war, um einen Handel mit Avokados zu tätigen.

Falschaussagen und Verdrehungen

Nach Mitteilung dieses Mossad-Experten war Irans starker Mann, Ayatollah Khomeini, alt und bei schlechter Gesundheit, bereit abzutreten. Eine »gemäßigte Gruppierung«, angeführt von Ayatollah Montazeri und anderen islamischen Führungskräften, die den Vereinigten Staaten wohlwollender gegenüberstanden, darunter Jalaleddin Farsi, Abbas Kangarloo und Lai-Akhbar Meshkini, war bereit die Macht zu übernehmen.

Aber es war lebenswichtig – und dringend – für die Vereinigten Staaten, mit diesen Gemäßigten Kontakte zu knüpfen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Wie? Indem man sie mit ausgeklügelten Waffen, darunter TOW- und Hawk-Raketen, versorgte.

»Dies waren keine Falschaussagen und Verdrehungen«, sagt Dr. Amir Khorazi, ein islamischer Gelehrter, der kürzlich von einer dreimonatigen Forschungsreise in den Iran nach

New York zurückkehrte. »Das Mossad-Drehbuch war ein Lügengewebe, ein Betrug, mit dem Präsident Reagan alles versprochen wurde, was er haben wollte: Freilassung der amerikanischen Geiseln, Ausschluß des sowjetischen Einflusses aus dem Iran und sogar eine Beendigung des verheerenden Golfkrieges.

Dies alles sei in Reichweite, behauptete der Mossad. Wenn eine geheime Mission nach Teheran reisen würde, um mit diesen Gemäßigten, die kurz davor stünden, in Iran die Macht zu übernehmen, Verbindungen aufzunehmen – und wenn die Vereinigten Staaten diese Fühler mit neuen und immer größeren Munitions- und Raketenverkäufen an den Iran, abgewickelt über Israel, verstärken würden.«

Am Ende wurde die geheime Mannschaft, die am 25. Mai 1986 aus Washington in Teheran eintraf, von dem ehemaligen Berater für nationale Sicherheit Robert McFarlane geleitet und schloß einen Farsi-sprechenden CIA-Agenten, George Cave sowie zwei Beamte des National Security Council, North und den offenkundlichen Israel-Freund Howard Teicher ein.

Iraner erkannten das Spiel des Mossad

»Aber der eigentliche Sprecher für die Delegation war kein Amerikaner«, erinnerte sich Khorazi. »Es war Amiram Nir, der altgediente Mossad-Agent, der mit McFarlane und seiner Mannschaft in den Iran reiste.«

Die Iraner, die Nir von Fotografien her gut kannten und ihn als gefährlichen feindlichen Agenten erachteten, waren unangenehm überrascht, als sie hörten wie dieser Mossad-Agent als »Joseph Miller«, »amerikanischer Diplomat« vorgestellt wurde.

Nir erwies sich darüber hinaus als selbstbewußter Vermittler. Er übernahm die Verhandlungen mit den Iranern und schlug, als amerikanischer Abgesandter sprechend, den Iranern Bedingungen vor, mit denen Israel weitgehend begünstigt wurde.

»Unter solchen Umständen waren die Gespräche mit dem Iran zum Scheitern verurteilt«, sagte Khorazi. »Die McFarlane-Mission verließ Teheran, ohne irgendeinen Aspekt des Streites zwischen dem Iran und den USA geschlichtet zu haben.«

Die Spur des israelischen Betrugs, der diesen Beamten destrugs, der diesen Beamten des Weißen Hauses untergeschoben wurde, war noch deutlich sichtbar, nachdem der US-Kongreß und die von dem ehemaligen Senator John Tower geleitete Kommission mit der Untersuchung des Debakels begonnen hatten.

Die USA verhandelten mit Khomeinis Vertreter

»Ihre Erklärung: Sie hätten mit Führungspersönlichkeiten einer gemäßigten Gruppierung verhandelt, die gefährdet, sogar hingerichtet werden könnten, wenn ihre Kontakte mit den Vereinigten Staaten bekannt würden.«

Iran- und Nahost-Experten lachten über diese Behauptung. »McFarlane und die anderen haben das ausgesagt, weil Kimche und der Mossad ihnen das weisgemacht haben«, sagte ein UN-Diplomat aus der Golf-Region.

»Der Kongreß, der die israelische Lobby ebenso fürchtete wie das Weiße Haus, akzeptierte ihre Erklärung. Bis zum heutigen Tage ist der Name des Sprechers, der sich mit der McFarlane-Mission in Teheran traf, noch nicht bekanntgeworden.«

Auf der Grundlage von Interviews können wir berichten, daß der iranische Verhandlungspartner bei den Geheimgesprächen mit der Mannschaft aus dem Weißen Haus Muhammed Ali Najaf-Abadi, ein ehemaliger stellvertretender Außenminister war, der auch den Vorsitz des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Majlis, der iranischen Gesetzgeberkörperschaft, führte.

»Najaf-Abadi war weder ein Gemäßigter noch ein Verschwörer«, sagte Khorazi. »Er war Khomeinis persönlicher Vertreter bei den Gesprächen. Die US-Mannschaft, die glaubte, sie treffe sich mit einer Dissidenten-Gruppierung von ›Gemäßigten‹, verhandelte in Wirklichkeit mit Irans Herrscher mit dem eisernen Willen«. □

Zionismus

Seelenforschung immer noch im Gang

Mark Lane

So wie sie auch immer versuchen mögen, den unmöglichen Traum des Zionismus zu träumen, so finden sich amerikanisch-jüdische Intellektuelle mehr und mehr mit dem harten Boden der Tatsachen des israelisch-palästinensischen Kampfes ab. Und so wie sie das tun, wird ihre Seelenforschung immer quälender.

In der neuesten Ausgabe von »Midstream«, eine von der Theodor-Herzl-Stiftung – Theodor Herzl war der Vater des modernen Zionismus – herausgebrachte Monatszeitschrift, argumentieren zwei engagierte amerikanische Zionisten widerwillig zugunsten einer Land-für-Frieden-Regelung als einzige vernünftige Lösung für den krebsartigen Konflikt. Ihr Entschluß, sich offen auszusprechen, ist nicht nur an sich schon bemerkenswert, sondern auch wegen der quälerischen Selbstprüfung, die erforderlich war, um zu ihren bitteren, aber realistischen Schlußfolgerungen zu kommen.

Die Zeit ist für uns alle gekommen

Seymour Cain, ein ehemaliger für Religion verantwortlicher Redakteur der »Encyclopedia Britannica«, schreibt: »Die Zeit ist für uns alle gekommen, damit aufzuhören, dies zu tun: der Realität zu widerstehen. Neue, konstruktive Annäherungen an das Problem verlangen einen beiderseitigen Verzicht auf jede und alle maximalistischen Doktrinen und eine Rückkehr zu der klugen Pragmatik jener zionistischen Führer, die der Meinung waren, daß ein halber Laib Brot besser ist als keiner.

Martin Buber sagte einst, er habe viele Menschen gekannt, deren Haltung war ›alles oder nichts‹, aber seiner Erfahrung nach hatten sie am Ende gewöhnlich nichts.«

Im Gegensatz zu Cains pragmatischer, fast fatalistischer Akzeptanz eines Abkommens mit den Palästinensern muß sich Benno Weiser Varon, der an der amerikanischen Universität von Boston lehrt, buchstäblich durch seine emotionelle Ergebenheit zum Zionismus hindurchkämpfen, bevor er sich für den Frieden entscheidet. Er streitet sich mit dem Kolumnenschreiber der »New York Times«, Anthony Lewis, herum, weil dieser Varons kürzliche Meinungsänderung über die palästinensische Frage korrekt zitiert hatte.

»Sie sind für einen Palästinenserstaat«, sagt er zu Lewis, »aus Ihrer liberal-linken, Pro-dritte-Welt-Menschenfreundlichkeit heraus. Ich komme zu meiner Schlußfolgerung aus einem Gespür für Realpolitik heraus, indem ich widerwillig das Unvermeidliche anerkenne. Sie sind glücklich über diese Aussicht. Ich ganz bestimmt nicht.«

Varon lamentiert auch über die Kritik an seiner neuen Auffassung durch fanatische zionistische Freunde, die glauben, er habe sich an den stets gegenwärtigen Judenfeind und an Bekannte mit verrückten Meinungsäußerungen aus den Reihen der in Washington ansässigen zionistischen Desinformations-Gruppe »Camera« verkauft.

Wie wäre es mit einem Notplan für den Frieden

Aber schließlich beißt Varon die Zähne zusammen: »Meine Freunde haben mir bewiesen, daß Mut dazu gehört, auch nur an Frieden zu denken. Und es gibt nicht nur München (Anspielung auf den Münchener Vertrag von 1938) an der Landstraße der Geschichte. Es gibt auch eine sich anbahnende Freundschaft zwischen den USA und der UdSSR, die vor kurzer Zeit so unwahrscheinlich war wie derzeit ein israelisch-palästinensischer Frieden zu sein scheint.

Ich bin sicher, daß Israels Verteidigungsminister Notpläne für einen möglichen kriegsähnlichen Zustand hat. Wie wäre es mit einem Notplan für den Frieden?« □



Israel

Shamirs unrealistischer Plan

Victor Marchetti

Nach Monaten des Hinhaltens hat der israelische Premierminister Yitzhak Shamir mit starker Unterstützung durch Verteidigungsminister Yitzhak Rabin von der Oppositionspartei schließlich einen Plan zur Abhaltung von Wahlen in den besetzten palästinensischen Gebieten an der West Bank und im Gaza-Streifen entworfen.

Aber im Licht des beträchtlichen amerikanischen und internationalen Drucks, der erforderlich war, um die Israelis dazu zu drängen, den Plan zu formulieren – und der Tatsache, daß er vom Kabinett der nationalen Einheit nur widerwillig gebilligt wurde –, sind die Aussichten für seinen Erfolg nicht sehr gut.

Es soll keinen Palästinenserstaat geben

Im Stadium des Entwurfs wäre der Plan beinahe gescheitert wegen der unglaublichen Forderung des israelischen Außenministers Mosche Arens, daß darin eine Klausel enthalten sein müsse, die ein völliges Verbot des Ankaufs von Angriffswaffen durch alle arabischen Staaten des Nahen Osten vorsieht.

Und während der Kabinettsdebatte über den Plan torpedierten auf dem rechten Flügel ansässige Mitglieder von Shamirs Partei – Ariel Sharon, David Levy und andere – beinahe dessen Genehmigung. Der Plan muß noch von der Knesset akzeptiert werden, wo er erwartungsgemäß auf weitere Schwierigkeiten stoßen wird.

Darüber hinaus wird in einem der wichtigen Punkte des Plans bereits die Eingrenzung eines Friedensabkommens, das schließlich mit den Palästinensern abgeschlossen werden könnte, festgelegt, nämlich, daß es keinen unabhängigen Palästinenserstaat geben wird.

Eine begrenzte Autonomie oder eine Art Föderation mit Jordanien ist das Höchste, was Israel bereit ist zu tun, um den Palästinensern Unabhängigkeit zuzugestehen. Und selbstverständlich wird es keine Verhandlungen mit der PLO geben.

Indessen scheint die Bush-Regierung entschlossen zu sein, den Friedensprozeß voranzutreiben, wobei freie Wahlen in der West Bank und im Gaza-Streifen der Anfang sein sollen. Sie hat den Israelis bereits durch den Planungschef des amerikanischen Außenministeriums, Dennis Ross, mitteilen lassen, daß sie bald Verhandlungen mit den Sowjets über den Wahlen-Plan und den israelisch-palästinensischen Friedensprozeß im allgemeinen aufnehmen wird.

Gleichzeitig führt die Regierung weiterhin Gespräche mit der PLO in Tunis.

Die Kombination dieser Initiativen schuf in Washington eine Atmosphäre, die ernüchternd, wenn nicht erschütternd war für Arens und Rabin, die hierhergekommen waren, um den israelischen Plan sowohl der amerikanischen Führung als auch den amerikanischen Juden zu verkaufen. Aber keinem von ihnen wurde die Gelegenheit gegeben, mit US-Präsident Bush zusammenzutreffen, und Rabin hatte nur eine kurze Zusammenkunft mit Außenminister Baker.

Zwei Kontrahenten: Shamir und Peres – beide haben entgegengesetzte Meinungen über das weitere Vorgehen Israels.

Laut Mitteilung eines Insiders war die Botschaft an Arens und Rabin klar und deutlich: »Es ist Zeit, sich ernsthaft mit dem Frieden zu befassen.«

Das Ende für den zionistischen Traum

Außerdem geschah es während des Besuches der beiden israelischen Minister, daß Baker seine Aufsehen erregende Rede hielt, in der er sagte, daß die Zeit gekommen sei, den zionistischen Traum von einem Großisrael aufzugeben, und daß dem palästinensischen Volk seine politischen Rechte zuerkannt werden müssen.

»Bakers Rede unterstrich lediglich die Botschaft, die die Bush-Regierung in den letzten Monaten verbreitet hat«, heißt es in zionistischen Kreisen. »Aber es geschah mit größerem Nachdruck, als irgend jemand erwartet hätte.«

Trotz des amerikanischen Drucks gibt es viele Gründe, daran zu zweifeln, daß der Wahlen-Plan funktionieren wird – von denen nicht der geringste die Frage ist, welche Rolle, wenn überhaupt, die PLO spielen darf.

Die USA haben Shamir vorgeschlagen, daß Kandidaten, die ihrer Unterstützung für die PLO Ausdruck verleihen, nicht ausgeschlossen werden sollten. Und Washington hat den Vorsitzenden der PLO, Jassir Arafat, dazu ermutigt, seinen Anhängern in den besetzten Gebieten zu gestatten, sich um ein Amt zu bemühen. Keiner der beiden Führungspersönlichkeiten ist bis jetzt bereit, sich den amerikanischen Vorschlägen anzuschließen.

Andere Streitpunkte sind, durch wen und wie die Wahlen beaufsichtigt und genehmigt werden sollen. Die Israelis behaupten, sie könnten dies ohne Hilfe von außen tun, aber die Palästinenser verlangen eine internationale Kontrolle, weil sie den Israelis nicht trauen.

Die Geduld hat einen kritischen Punkt erreicht

Das möglicherweise größte Problem liegt jedoch vielleicht eher bei dem israelischen Volk als bei seinen Führern. Es gibt Anzeichen dafür, daß der Durchschnitts-Israeli über den Palästinenseraufstand und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten mehr und mehr enttäuscht und verärgert ist.

Ein kürzlich von einem ausgedehnten Besuch in Israel zurückgekehrter amerikanisch-jüdischer Journalist schreibt: »Ihre Geduld hat den kritischen Punkt erreicht. Sie denken nicht mehr logisch. Es fehlt nicht mehr viel und die landesweite Wut gegen die Palästinenser wird sich entladen.« □

Israel

Die namenlosen Banken

Mark Lane

Es gibt jüdische Banken in Jerusalem – wenig bekannte, unscheinbare Banken ohne Namen, die immer noch auf altmodische Weise Geld verdienen – und es spielt keine Rolle, daß einige ihrer besten Kunden Palästinenser sind, die den Palästinenseraufstand und die PLO aktiv unterstützen.

»Geld hat eine sehr interessante Eigenschaft«, sagte ein israelischer Beamter kürzlich, als er zu diesen Banken Stellung nahm. »Es scheint keinen Geruch, keine Farbe zu haben. Alle diese Leute sind darin verwickelt, weil sie Geld verdienen wollen. Und sie kümmern sich nicht um Palästinenser. Wenn Sie zu ihnen kommen oder wenn Mohammad aus Nablus zu ihnen kommt, geben sie ihnen den gleichen Preis.«

Schmuggel kostet einige Dollar mehr

Aber es ist noch mehr an dieser Sache, sagen Roger Friedland und Richard Hecht, zwei Lehrkräfte von der University of California in Santa Barbara, die in der Zeitschrift »Tikkun« einen Artikel über diese namenlosen Banken veröffentlichten. Diese Banken leisten bessere Dienste als die etablierten israelischen Institutionen. Sie bieten nicht nur höhere Wechselkurse an, sie verlangen auch keine Ausweisung der Person, und Auslandsschecks können sofort eingelöst werden.

Außerdem waschen diese kleinen jüdischen Banken wissentlich Geld für die PLO für eine kleine Provision – 10 bis 15 Prozent. Für eine höhere Provision schmuggeln einige von ihnen sogar Dollar ins Land der Palästinenser.

Wer sind diese geheimnisvollen Geldwechsler von Jerusalem? Es sind fromme ultra-orthodoxe Juden, die sich Haredim nennen – wörtlich »jene die Gottes Zorn fürchten«. Ursprünglich aus Osteuropa, sind viele von ihnen Nachkommen der alten Yishuv, der vor-zionistischen Juden, die sich in den heiligen Städten des Landes Israel niederließen, weil sie glaubten, es sei eine heilige Verpflichtung – keine patriotische Pflicht – dies zu tun.

Die Haredim sind eine einzigartige Gemeinde, eigentlich eine Sammlung von leidenschaftlich unabhängigen Sekten in Israel. Yiddisch ist die Sprache des täglichen Lebens; Hebräisch ist für Gebete und Studien vorgesehen. Sie erheben nicht nur die Lehren der Thora über die Interessen des Judenstaates, die Haredim betrachten den weltlichen Nationalismus des Zionismus als eine Gotteslästerung – ein profanes Vorkaufsrecht der messianischen Prophezeiung – und Gefahr für das jüdische Volk. Schon seit der Gründung Israels haben sie der Eingliederung in die Gesellschaft des jüdischen Staates widerstanden.

Warum schließen dann die israelischen Behörden diese offenkundig regierungsfeindlichen Banken nicht?

Erstens ist mit den Haredim nicht gut Kirschen essen. Sie haben keine Achtung vor den israelischen, das heißt zionistischen Gesetzen. Es handelt sich um religiöse Eiferer, die weitgehend durch Gelder von Anhängern der gleichen Religion in Amerika unterstützt werden. Aber ein weiterer wichtigerer Grund besteht darin, daß diese Schwarzmarkt-Banker eine wertvolle, wenn auch ungesetzliche Funktion in der israelischen Wirtschaft erfüllen.

Laut Friedland und Hecht sagen israelische Beamte, daß sie sich nicht selektiv in diesen Geldwechslermarkt einmischen können, ohne den normalen Strom des Haredim-Bargeldes in das Land zu gefährden. Dieser Strom »unschuldigen« Geldes, wie die Israelis es nennen, ist von kritischer Bedeutung für eine stagnierende Wirtschaft, deren Devisenreserven oft gefährlich niedrig sind. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. August 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Zitate

Asylanten

Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister: »Weder Europa noch Deutschland kann das Rettungsboot für alles Elend dieser Welt sein.«

Bonn

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind unwiderruflich eingebettet in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Eine Großmacht sind wir nicht, aber ein Spielball anderer auch nicht. Es ist für uns ein entscheidender Gewinn, Freunde und Partner gefunden zu haben.«

Geschichts-Klitterei

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: Am 8. Mai 1945 hatte das Deutsche Reich bedingungslos kapituliert.«

Moskau

Manfred Wörner, Generalsekretär der NATO: »Wir wären naiv, um nicht zu sagen töricht, wenn wir die Risiken übersähen, die in einer Umwälzung liegen, wie sie sich zur Zeit in der Sowjetunion und in Osteuropa abspielt. Daher dürfen wir unsere Sicherheit, mithin unsere Verteidigung, nicht vernachlässigen. Wir können unsere Sicherheit nicht auf noch so gute Absichten dieses oder jenes sowjetischen Parteichefs bauen. Absichten können sich ändern, Personen können wechseln. Grundlage unserer Sicherheit bleibt eine starke, geschlossene und handlungsfähige Allianz. Auf einem solchen soliden Fundament stehend, können wir unbesorgt die Hand zur Zusammenarbeit ausstrecken.«

Lateinamerika

Carlos Saul Menem, Präsident Argentiniens: »Wir gehören keiner internationalen Organisation an, und wir wollen auch keiner beitreten. Insbesondere in Europa gibt es alte Klischeevorstellungen von unserer Bewegung. Überhaupt bin ich der Meinung, daß die Europäer uns und das gesamte Lateinamerika oft falsch einschätzen, uns von oben herab ansehen. Eines Tages aber werden sie zu uns kommen und uns bitten, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen. Ich sehe große Probleme voraus. Aber die Zukunft liegt in Lateinamerika. Die sogenannten armen Länder von heute sind die reichen Länder von morgen. Die Europäer werden sich daran erinnern müssen, daß in Südamerika die größten Bodenschätze der Welt liegen. Sie sollten sich allerdings nicht in Dinge einmischen, von denen sie wenig verstehen. Sie sollten sich auch davor hüten, lateinamerikanische Regierungschefs als Politiker zweiter Kategorie einzustufen. Sie sind genauso fähig oder vielleicht noch fähiger als die Europäer.«

Offenheit

George Bush, US-Präsident: »Glasnost mag ja ein russisches Wort sein. Offenheit jedoch ist ein westliches Konzept. West-Berlin hat immer die Offenheit einer freien Stadt besessen.«

Unterwerfung

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Unsere amerikanischen Freunde können sich darauf verlassen: Die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Westen ist unwiderruflich. Ich habe es in meiner Regierungserklärung gesagt: Sie ist Teil unserer Staatsräson. Wir sind keine Wanderer zwischen zwei Welten.«

Bismarck

Otto von Habsburg, CSU-Abgeordneter im Europäischen Parlament: »Als Christ war Bismarck auch ein Mann des Friedens. Er hat wie wenige andere erkannt, daß ein dauerhafter Friede zwei wesentliche Dinge zur Vorbedingung hat: Der Besiegte muß am Friedenswerk beteiligt werden und damit für die Friedensordnung Verantwortung tragen. Ein echter Friede muß zudem Grundsätze befolgen, die gleichermaßen auf Sieger wie auf Besiegte Anwendung finden. Der Wiener Kongreß war ein Erfolg. Verglichen mit Wien ist Jalta ein geradezu klassisches Beispiel wie man einen Krieg nicht beenden darf. Bismarck hätte nie so gehandelt wie die Zerstörer Europas 1945. Er hätte, wie de Gaulle, der mit ihm häufig geistesverwandt war, Jalta abgelehnt. Denn ein Diktat kann nie dauerhaften Frieden schaffen.«

Österreich

Golo Mann, Historiker: »Ich würde auch die Österreicher als Deutsche bezeichnen. Das liegt im Schicksal des alten deutschen Reichs. Ich rede jetzt nicht vom Bismarck-Reich, das ja kein echtes Reich mehr war, sondern vom alten Römischen Reich Deutscher Nation. Daß sich innerhalb dieses riesigen Gebietes besondere Territorien gebildet haben, nun gut. Im 18. Jahrhundert etwa hat sich ein Bayer mehr als Bayer, denn als Deutscher empfunden. Es haben sich Volksstämme sehr früh vom alten deutschen Reich getrennt, so die Holländer, die Schweizer und andere. Die Österreicher, die ja noch bis 1866 führendes Mitglied im Deutschen Bund waren, haben sich lange noch als Deutsche angesehen und würden auch heute noch, wollte man sie fragen, sich als Deutsche spezifischer staatlicher Art empfinden. Und die Österreicher, die in den zwanziger und dreißiger Jahren mit ihrem Staat unglücklich waren, haben ihn jetzt zu einem echten Staat gemacht, der der Schweiz nicht ganz unähnlich ist. Mit dem Unterschied jedoch, daß sie trotzdem Deutsche geblieben sind, was die Deutschen längst nicht mehr sind. Das ist eine etwas komplizierte Geschichte, aber das ist das Schicksal der Deutschen. Das hat seine Bereicherungen gebracht für Europa und auch für die Deutschen, freilich auch Komplikationen, das gebe ich zu. Aber ich finde: Man muß seine nationale Geschichte akzeptieren, wie sie nun einmal war, mit ihrem Großartigen, das gab es, und mit ihrem Bösen, das gab es auch. Das ist eine Aufgabe für den, der sich im Ernst für seine Nation interessiert. Was die dunkle Vergangenheit des Dritten Reiches betrifft, so liegt die, meinem Gefühl nach, inzwischen weit zurück. Ich glaube, daß man da des Guten genug getan hat, vielleicht gar schon zuviel.«

Europa

Hellmut Diwald, Historiker: »Was soeben, bei der Europawahl 1989, vor dem europäischen Binnenmarkt 1992 und dem angestrebten Bundesstaat Westeuropa zur Debatte steht, ist für uns Deutsche nochmals ein Ja oder Nein zur ›staatlichen Einheit Deutschlands‹. Das Europa der politischen Wirklichkeit unserer Tage ist im Vergleich mit der Vision vor vier Jahrzehnten ein Alptraum. Die Idee ist untergegangen in einem Meer von Milch, im eingestampften Obst und in der Butter, die Jahr für Jahr zu Weihnachten in den Osten verschleudert wird. Realität ist der Markt. Was für ein Markt? Und welch ein Glück für Europäer, daß die Garnröllchen im verheißenen Binnenmarkt sowohl in Belgien als auch in der Bundesrepublik gleich lang sein müssen und nicht wie bisher in Belgien zwei Meter und in der Bundesrepublik Deutschland fünf Meter. Wie viele Jahre hat uns das schon gequält? Dem ›Markt für 340 Millionen‹ fiebern wir also entgegen wie dem Super-Lottogewinn. Wir Westdeutschen stürmen Europa mit fliegenden Fahnen. Nur: Haben wir eine Fahne? Können wir Flagge zeigen? Die deutsche?«

Berliner Mauer

Michail Gorbatschow, sowjetischer Staats- und Parteichef: »Ich glaube zu behaupten, das einzige Hindernis für den Aufbau des europäischen Hauses sei die Berliner Mauer, wäre nicht seriös. Wir müssen noch viele Probleme lösen, um das europäische Haus im Interesse aller Völker aufzubauen und dabei ihre Wahl, ihre Tradition, ihre Geschichte zu wahren. Wir wollen hoffen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Mauer ist entstanden in einer bestimmten realen Situation, sie war einfach von dieser diktiert. Die DDR hat das beschlossen, indem sie ihre souveränen Rechte genutzt hat, und die Mauer kann auch nur verschwinden, wenn jene realen Voraussetzungen verschwunden sind, die sie ins Leben gerufen haben. Ich sehe hier eigentlich kein besonders großes Problem. □



Nurflügel eine alte deutsche Erfindung

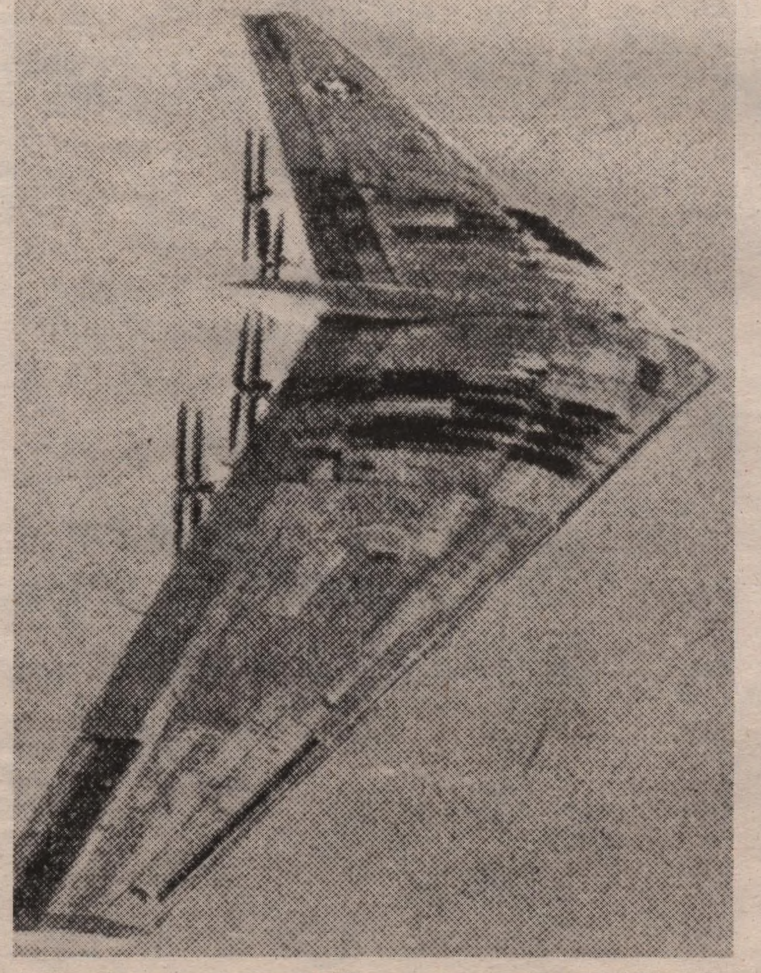
Peter Blackwood

Was ist eigentlich ein Nurflügel? Die meisten der heute auf der Welt fliegenden Flugzeuge haben einen Rumpf, nicht allzuweit von der Spitze entfernt einen großen Tragflügel und hinten am Ende des Rumpfes eine waagrechte und eine senkrechte Steuerfläche, das Leitwerk. Dabei liefert der Tragflügel den Auftrieb – die Kraft zum »Obenbleiben« –, der Rumpf liefert den Platz für die Nutzlast – den Passagier und die Fracht – und das Leitwerk sorgt für einen stabilen Flug. Ohne den Flügel ist Fliegen nicht möglich. Warum also den Rumpf, der aerodynamisch nur schädlichen Widerstand erzeugt, nicht einfach weglassen und die Nutzlast im Flügel unterbringen? Dies zu verwirklichen, war und ist das Bestreben der Brüder Horten.

Der dynamische Flug von Luftfahrzeugen schwerer als Luft beruht auf dem durch eine Tragfläche erzeugten Auftrieb. Die Entwicklung des Flugzeuges in seiner über 90 Jahre währenden Geschichte beruht auf dieser Erkenntnis; sie gelangte zu einer Reife, die uns heute täglich in Tausenden von Flugzeugen und Flügen vor Augen geführt wird. Dabei hat sich aus den ersten Tagen bis heute eine Grundbauart mit getrennter Auftriebserzeugung und Flugstabilisierung bewährt, die den Forderungen nach Tragfähigkeit und Flugeigenschaften in hohem Maße gerecht wird.

Konzentration auf die Tragfläche

Nur wenige aber wagten in diesen neun Jahrzehnten den Schritt zur konstruktiven Konzentration des Flugzeugs auf seine physikalische Grundlage, die Tragefläche oder den Flügel, obwohl eine solche »Nurflügel«-Bauart zweifellos Vorteile hinsichtlich der Effizienz des Fluggerätes zu bringen in der Lage ist.



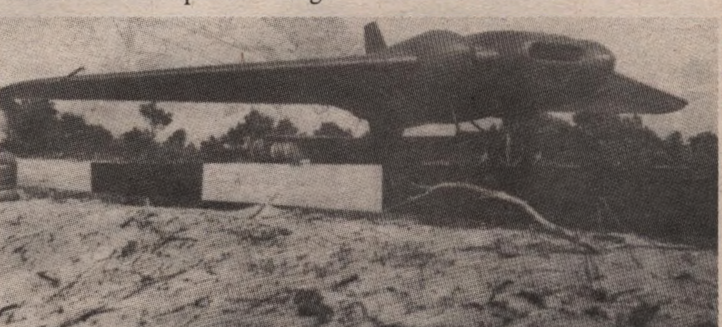
Dem deutschen Horton-Großbomber nachgebaut: US-Nurflügelbomber YB-35 aus den fünfziger Jahren.

Untersuchungen über die Kursstabilität von Segelflugzeugen Anfang der dreißiger Jahre legten den Grundstein für die Geradeausflugeigenschaften der späteren großen Nurflügel-Flugzeuge der Brüder Horten. Die technische Kreativität und Beharrlichkeit von Reimar Horten wurde ideal vom Organisationstalent seines Bruders Walter ergänzt. Noch als Schüler begannen sie in der elterlichen Wohnung im Südwesten Bonns 1933 mit dem Bau ihres ersten Flugzeuges.

Bei Kriegsbeginn folgten zwei in mehreren Exemplaren hergestellte Segler und zwei weitgehend aus Kunststoff aufgebaute Flugzeuge, ein Gleiter und ein Motorflugzeug, die bei der Dynamit AG in Troisdorf hergestellt wurden.

In der Grauzone der Militärbürokratie

Erstmals in der Welt wurde bewiesen, daß sich aus »Ersatzstoffen« nicht nur kleine Teile, sondern auch tragende Strukturen aus den harzgetränkten Papieren oder mit Zellulose versetzten Kunstharz herstellen lassen.



Dies ist die JB-1, eine Versuchsmaschine, die bereits 1944 getestet wurde.

In der Kriegszeit bewiesen die Brüder Horten Geschick, in den Grauzonen der Militäradministration einen Weg für den Aufbau des die Horten-Konstruktionen tragenden Luftwaffenkommandos IX zu finden. Mitten im Krieg wurden sowohl Hochleistungssegelflugzeuge als auch Motorflugzeuge zur Flugreife gebracht.

Noch vor Ende des Krieges flog das erste Nurflügel-Turbinenflugzeug. Ein sechsmotoriges Transportflugzeug war als fliegender Windkanal zu 50 Prozent fertig, ein Delta-Überschalljäger und ein sechsstrahliges Fernkampfflugzeug waren begonnen, als der Zusammenbruch alle Arbeiten beendete.

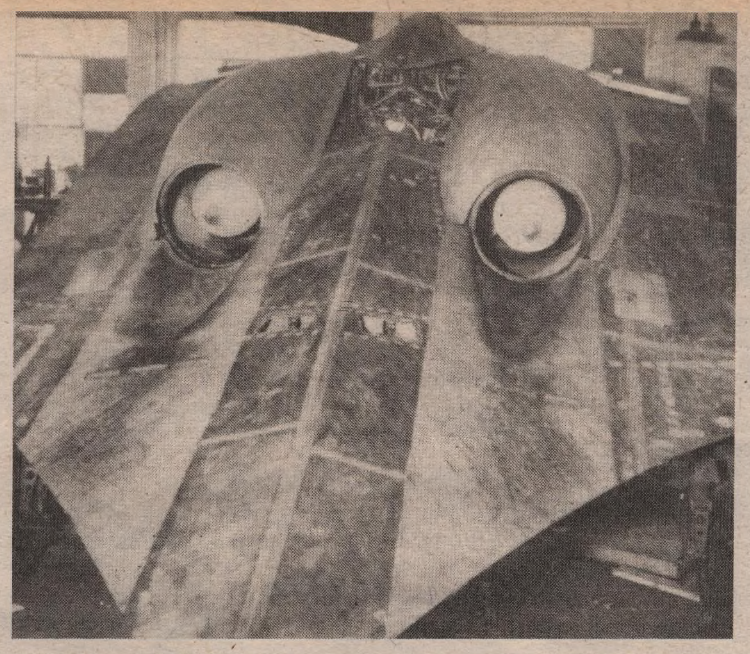
Bereits zu Kriegsende waren fast alle deutschen Projekte schwanzlose oder sogar Nurflügel-Flugzeuge. In Deutschland hatte sich die Idee von Junkers durchgesetzt. Bei einer Tagung für den Nachtjäger, 1945 in Bad Eilsen, waren von sechs Firmenprojekten fünf schwanzlos, das beste Projekt in Delta-Form von Konsin (Arado).

In den englischen Verhörlagern war natürlich nach dem Zusammenbruch nicht der Rahmen ge-

Nurflügel eine alte deutsche Erfindung

geben, um die Ergebnisse zu besprechen. Es war für die Horten daher tragisch-komisch mit anzusehen, wie alle die von ihnen gelösten Probleme jetzt bei den Engländern neu auftraten und ungelöst schienen, obwohl seit Jahren die Lösungen vorhanden waren.

Der Versuch von Reimar Horten 1947 in die Firma Faiorey einzutreten, um am Überschall-Delta mitzuarbeiten, scheiterte, obwohl die Werksleitung den besten Willen dazu hatte. So

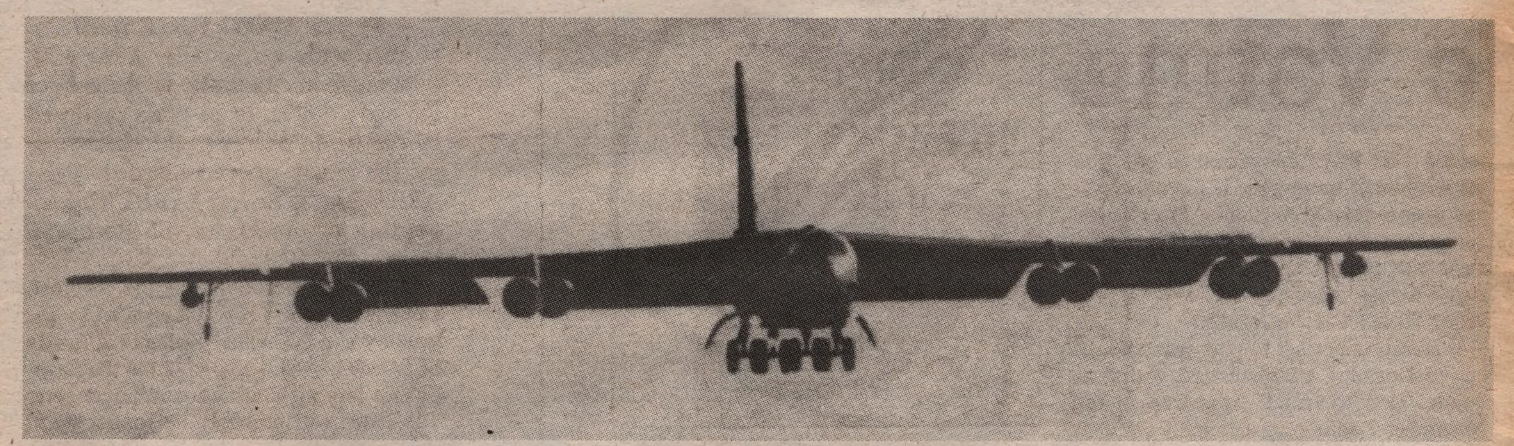


Das Mittelteil der deutschen Konstruktion eines Nurflügel-Kampfjägers, der im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde und Vorläufer des »Stealth«-Bombers war.

Vorreiter in der Delta-Entwicklung nach dem Krieg war wohl SAAB in Schweden, die mit dem »Draaken« Hervorragendes geleistet haben und der Entwicklung der anderen Welt um viele Jahre voraus blieben. Obwohl nur kleine Mittel zur Verfügung standen, bauten die Schweden 20 Jahre lang einen der besten Jäger der Welt.

In neuerer Zeit hat dann auch Frankreich mit der »Mirage« und »Concorde«, letztere gemeinsam mit Großbritannien, die Delta-Form übernommen und damit dem Jäger wie dem Verkehrsflugzeug die Zukunft erschlossen.

Es muß auch erwähnt werden, daß Rußland die Tupolew 144 als Überschall-Delta gebaut hat und diese ebenso wie die Concorde zu den Welt-Spitzenleistungen der Luftfahrt gerechnet werden muß.



Diese modernsten Flugzeuge haben ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg und beruhen auf deutschen Konstruktionsunterlagen.

kurz nach dem Krieg hatte die Presse-Hetze gegen die Deutschen die Belegschaft erfaßt und kritiklos gegen alles Deutsche aufgebracht.

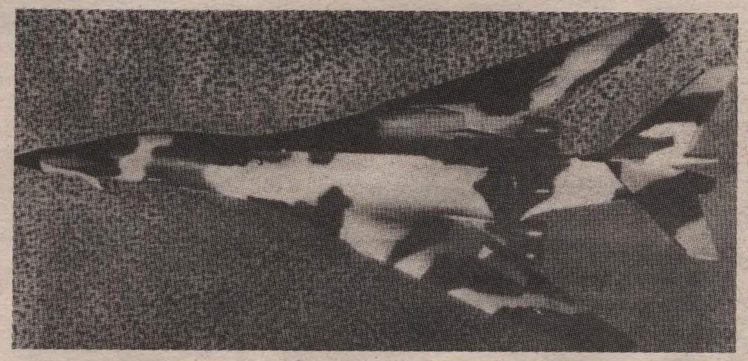
Kein Kontakt mit Herrn Northrop

Solange man in England mit größerem Seitenverhältnis experimentierte, ohne die Glockenauftriebsverteilung zu kennen, mußten die Flugeigenschaften unbefriedigend bleiben. Erst mit dem Delta Avro »Vulkan« wurde dann ein Schritt vorwärts getan.

In dieser Zeit veröffentlichte Northrop in den USA einen Nurflügel, zweimotorig, jedoch mit stark negativer V-Stellung der Flügelenden.

Horten versuchte Kontakt mit Northrop zu bekommen, jedoch ohne Erfolg. Mit großem Geldaufwand hatte Northrop ein entsprechendes Nurflügel-Flugzeug geschaffen, ohne über die erforderliche Theorie des Flugzeuges mit großem Seitenverhältnis zu verfügen.

Bei Convair mit der B 58 und Douglas mit der A 4, die beide Deltas mit kleinem Seitenverhältnis bauten, konnte der Erfolg nicht ausbleiben.

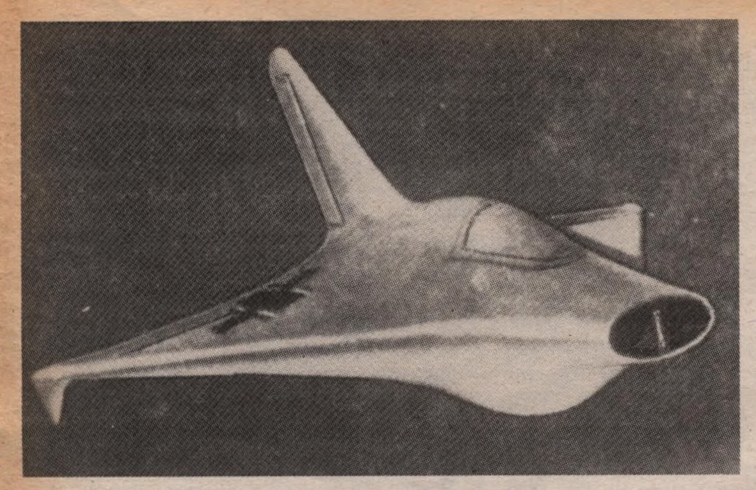


Eine B-1B im Flug. Mit diesen Flugzeugen können die USA heimlich zu den sowjetischen Standorten unbemerkt von Radar durchdringen.

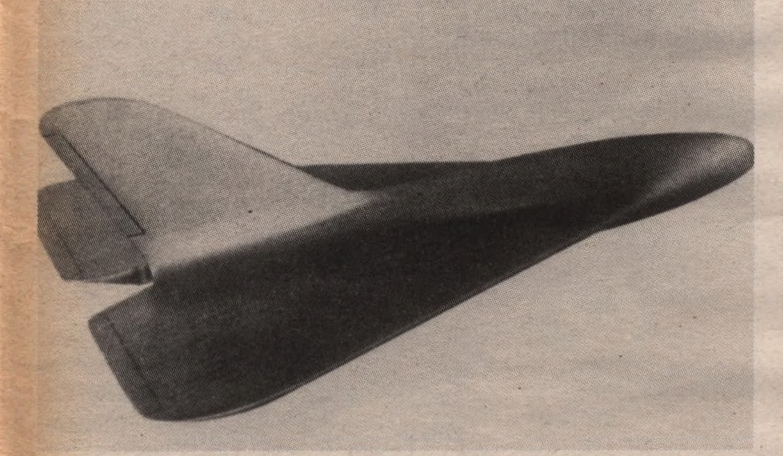
Inzwischen haben die Amerikaner die von den Deutschen begonnene Konstruktionen weitergeführt und den Stealth-Bomber B 2 und den Stealth-Jäger der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Stealth-Bomber mißt 52,42 Meter von Flügelspitze zu Flügelspitze, ist 21 Meter lang und hat Platz für eine zwei- bis vierköpfige Mannschaft. Das Cockpit ist gelb, anscheinend aus einem Werkstoff hergestellt, der geeignet ist, Radarstrahlen von der Entdeckung von Gegenständen innerhalb des Cockpits abzulenken.

Die Grundlagen schufen die Deutschen

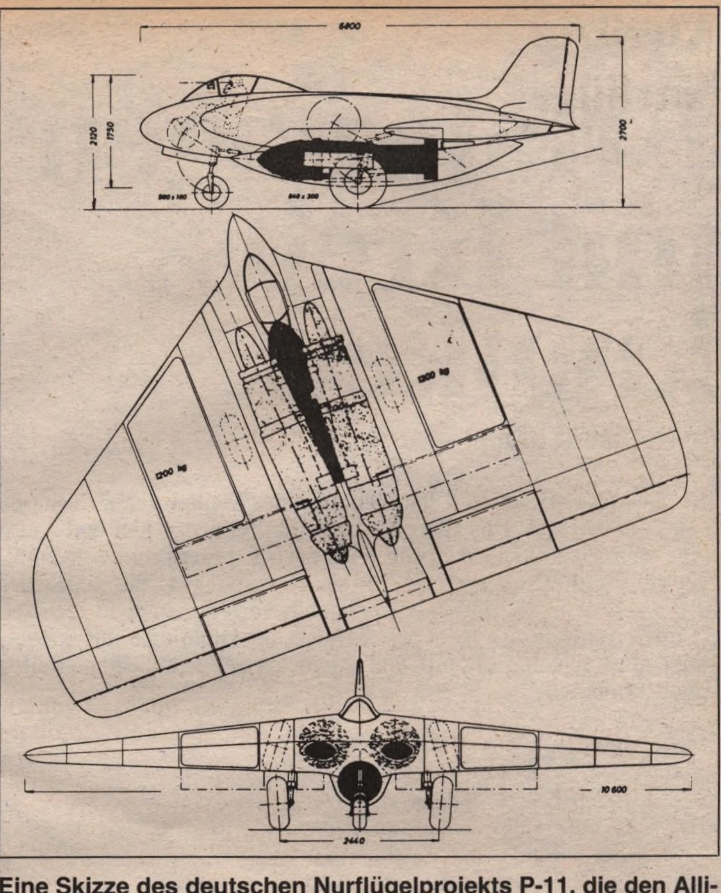
Seit dem Patent von Junkers 1910 über das Nurflügel-Flugzeug hat diese Idee bis auf den



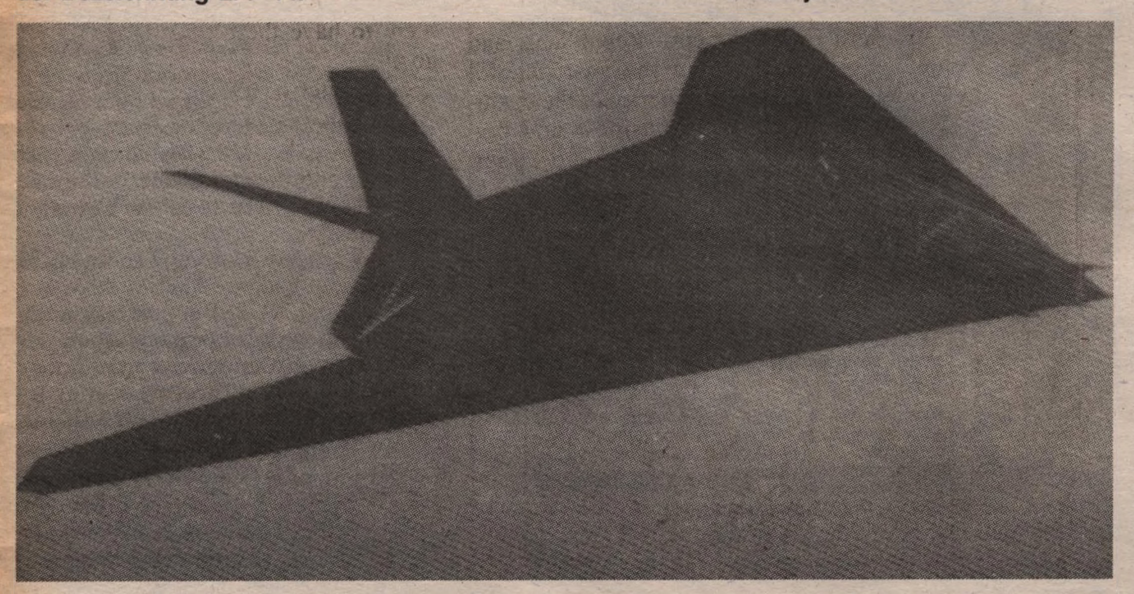
Aus dem reichsdeutschen Science-fiction-Arsenal: Nurflügeljäger Li-P 12.



Das letzte Modell eines Überschalljägers aus dem Jahr 1945 mit der Bezeichnung Li-P 14.



Eine Skizze des deutschen Nurflügelprojekts P-11, die den Alliierten bei Kriegsende in die Hände fiel.



Der Stealth-Jäger F-117A kann das feindliche Radar völlig ausschalten und erreicht so jedes militärische Ziel.

heutigen Tag die Flugzeugentwicklung wesentlich beeinflußt. Mit dem B 2 greifen Northrop, Boeing und Ling-Temco Vought heute ganz eindeutig auf die Horten-Bomberpläne der Jahre 1944/45 zurück. Offenbar ist die deutsche Luftfahrttechnologie aus der Schlußphase des Krieges vier Jahrzehnte später immer noch revolutionär genug, um den US-Spitzenprojekten der ausgehenden achtziger Jahre das Know-how zu liefern, und das bereits in zweiter Auflage.

Wieviel vom technischen Interieur des Stealth-Bombers tatsächlich auf deutsches Patentwissen zurückgeht, wird sich nie mehr feststellen lassen; womöglich wäre die jahrelange Suche nach der ominösen Ferrit-Beschichtung überflüssig gewesen, wäre die Washingtoner OTS-Behörde nur imstande gewesen, endlich die 3000 Tonnen reichsdeutscher Patentdokumente zu sichten. Schließlich befinden sich darunter allein 50 000 Patente und Formeln über Farben, Lacke und ähnliche Forschungsergebnisse der IG-Farben.

Schätzungen zufolge lagern im OTS (Office of Technical Services) in Washington über eine Million einzelner Erfindungen, die der Bearbeitung harren. Bei realistischer Einschätzung ist dies bis auf den heutigen Tag nicht annähernd geschehen.

Dem Reich freilich wurde durch die bis heute unentschädigte Wegnahme dieser in ihrem wirtschaftlichen Wert vielfach gar nicht zu benennenden Dokumente ein Verlust von unzähligen Goldmilliarden zugefügt. In entscheidenden technischen Bereichen waren die deutschen Konstrukteure am Ende des Zweiten Weltkrieges den Westmächten »100 Jahre voraus« gewesen. Sie hatten damals dazu drei bis maximal fünf Jahre gebraucht. □

Interessant in diesem Zusammenhang ist das Buch von Reimar Horten und Peter F. Selinger »Nurflügel – Die Geschichte der Horten-Flugzeuge 1933–1960«, erschienen im H.-Weishaupt-Verlag, Graz.

Erfahrungen mit Krebskranken

Günter Carl Stahlkopf

Die Geschwulstkrankheit hat sich zu einer Geißel der zivilisierten Völker entwickelt. Das Wort Krebs verbreitet Schrecken und Angst unter den Menschen. Weltweit wird nach Erregern und Gegenmitteln geforscht. Die Ergebnisse dieser Bemühungen, die ungeheure Mittel verschlingen, sind unbefriedigend. Soweit man nicht rechtzeitig operieren kann, werden die Erfolge der Onkologie mit schwerwiegenden Schäden erkauft und möglicherweise mit einer zweiten Tumorkrankheit.

Dazu sagte mir ein Facharzt kürzlich: »Das Zweitmalignom ist erst in 10 bis 20 Jahren zu erwarten, und dann leben die meisten Patienten sowieso nicht mehr.« Das sollte ein Trost sein!

Krankheit ist ein sinnvolles Heilbestreben

Im Gegensatz zu der herkömmlichen Auffassung der Schule wie auch der Außenseitermethoden geht die Regena-Therapie ganz neue Wege in der Betrachtung über Entstehung und Wesen der Krebskrankheit.

Ich will versuchen das Wesentliche kurz darzustellen: Grundsätzlich bedeutet Krankheit immer sinnvolles Heilbestreben des Körpers auf eine Schädigung. Krankheiten werden nicht durch pathogene Keime verursacht, sondern primär sind die Veränderung des Zelle-Milieusystems und der gestörte innerzelluläre Stoffwechsel, die den Mutterboden für die Besiedelung mit Viren oder Bakterien »in Urschöpfung bieten«, die Ursache.

Die Behandlung besteht daher nicht in der Erregerbekämpfung, sondern in der Milieusanierung.

Tumorbildung ist nicht Entartung, kein aus der Kontrolle geratenes Zellwachstum, keine Fehlleistung des Immunsystems, sondern eine Notzellbildung zur Bindung von Toxinen, mit denen der Körper anders nicht mehr fertig wird, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Fließgleichgewichts im Organismus. Diese Notzellbildung im Sinne einer Auffangstation für Stoffwechselgifte, die man als Krebsgifte bezeichnen könnte, ist dann kein Versagen der Immunleistung, sondern die körpereigene Abwehr selbst, ebenso wie die Metastasenbildung, die dann *notwendig wird, wenn die Kapa*zität des Primärtumors erschöpft ist.

Folgerichtig ist das Bestreben der Regenaplex-Behandlung beim Krebs wie bei allen anderen Erkrankungen, die defekten Entgiftungsmechanismen wiederherzustellen, latente Zellverbände mit Hilfe der spezifischen Zell-Regenerationsmittel neu zu beleben durch bio-molekulare bis bio-atomare Stoffumwandlung, um den Organismus zu entlasten durch Wiederherstellung der Grundregulation.

Die Krebskrankheit ist das Ende einer Entwicklung

Daß dies möglich ist, hat die Erfahrung gezeigt. Gelingt es, dann wird die Bildung weiterer Tumormetastasen im Krebsgeschehen überflüssig, und die vorhandenen können wieder abgebaut werden. Auf solche Weise haben wir schädigungsfrei zur echten Gesundung des Körpers beigetragen, statt ihn mit neuen Giften zu belasten und durch Immunsuppression seine Abwehr zu lähmen.

Die Krebskrankheit steht am Ende einer langen Entwicklung. *Alle Erkrankungen im Laufe ei*nes Lebens haben etwas dazu beigetragen, sofern sie symptomatisch behandelt und eingeheilt sind, statt auszuheilen.

Dazu kommen Erbschäden, Impfschäden, chronische Ernährungsfehler und seit unserem Jahrhundert in zunehmendem Maße Umweltbelastungen, vermehrter Streß, der nicht mehr abgebaut werden konnte, psychische Fehlleistungen und seelische Dauerbelastungen. Es dauert meist Jahrzehnte, bis es zum Konkurs kommt.

Für eine so komplex aufgebaute schwere Störung kann es kein Patentrezept und kein Wunderheilmittel geben. Es muß die ganze Krankheitsbiographie aufgearbeitet werden. Daher ist die sorgfältige Aufnahme der Krankheitsvorgeschichte, die auch die Lebens- und Ernährungsgewohnheiten umfassen sollte, so wichtig.

Bei der Auswahl der Präparate haben akute Störungen vor chronischen den Vorrang. Die Behandlung muß sich immer wieder den aktuellen Gegebenheiten im Krankheitsgeschehen anpassen, denn alles Lebende fließt.

Die Regena-Therapie muß unterstützt werden durch die Umstellung der Ernährung auf eine möglichst schadstoffarme Vollwertkost, die fettarm, säurearm und zuckerfrei sein sollte. Das bedeutet: wenig Eiweiß, Verzicht auf milchsaure Produkte, Obst und Obstsäfte, auch Verzicht auf Konserven aller Art einschließlich Tiefkühlkost und Vorsicht mit Gewürzen.

Alle Gewürze, die in alten Zeiten zur Präparation von Speisen für die Vorratshaltung benutzt wurden, zum Beispiel Majoran und Thymian, verhärten die Zellen.

Den Schlafplatz untersuchen

Zu den Milchsäureprodukten noch eine Anmerkung: In der Außenseitermedizin wird das Ansteigen des pH-Wertes im Urin über sieben in alkalische Bereiche als Zeichen der Praekanzerose (Vorkrebskrankheit)

Der Aufbau einer Zelle. Es handelt sich um den Querschnitt eines Leberzellenmodells, das ungefähr 10000fach vergrößert ist.

gewertet und daher milchsaure Kost empfohlen.

Wir können erleben, daß durch den Einsatz der Regena-Entgiftungsmittel in kurzer Zeit der Urin der Patienten wieder sauer wird durch die Ausleitung der innerzellulär eingelagerten Milch- und Harnsäure auf dem anaeroben Stoffwechsel. Daher erscheint uns säurereiche Kost entgegengesetzt.

Es empfiehlt sich außerdem, den Schlafplatz des Patienten von einem guten Rutengänger untersuchen zu lassen, um geopathogene Störungen auszuschalten gemäß den Forschungen von Dr. Ernst Hartmann aus Eberbach.

Dazu ein Beispiel: Bei einem vierzigjährigen Apotheker hatte sich nach einem akuten Katarrh mit Heiserkeit ein karzinomatöser Stimmbandpolyp entwickelt, der operativ entfernt wurde. Es blieb danach eine starke Heiserkeit mit tonloser Stimme.

Der Apotheker entschloß sich zu einer Regena-Behandlung. Aus der Krankheitsvorgeschichte war zu erfahren, daß sich nach einer Blinddarmoperation im 14. Lebensjahr eine krankhaft vermehrte Absonderung von Hauttalg im Gesicht entwickelt hatte, die bis zum 33. Lebensjahr ständig hautärztlich behandelt wurde. Spontan habe es sich gebessert, aber danach hatte er unregelmäßige Stühle und Durchfallneigung, eine Steißbeinfistel, die häufig etwas absonderte.

Unter Regenaplex-Behandlung und nach Bettplatzsanierung innerhalb von zwei Behandlungsphasen – etwa drei Monate – ging die Heiserkeit bis auf einen durch Verwachsung bedingten Rest zurück.

Der Mann hatte wieder Ton in der Stimme und war fähig, seine Kinder laut zu rufen.

Die Ekzemflecken im Gesicht blaßten zusehens ab, die Darmtätigkeit regulierte sich ein. Aber es bildete sich ein gutartiges Geschwür auf dem rechten Stimmband, das allerdings unter weiterer Therapie verschwand, noch ehe es operiert werden mußte.

Nach eineinhalb Jahren brach der Patient die Behandlung ab, weil er sich gesund fühlte. Unter erheblichen seelischen Belastungen im familiären Bereich kam es zwei Jahre später wieder zu einem Rückfall.

Anstelle der fachärztlich dringend geratenen Nachoperation ließ sich der Apotheker wieder mit Regenaplexen behandeln und bleibt bis heute dabei. Der neue Stimmbandpolyp verschwand nach zwei Monaten restlos. Seither sind alle Kontrollen einwandfrei. Die Steißbeinfistel ist seit zwei Jahren trocken.

Man wollte die Frau nicht mehr quälen

Zwei Jahre nach einer schweren Dickdarm-Operation nahm ich eine 51jährige Angestellte zur Beratung an. Ein Teil ihres Dickdarms war wegen einer wachsenden Krebsgeschwulst beseitigt worden. Allerdings hatten sich Metastasen bereits in den Lymphknoten festgesetzt. Es kam zu einer weitergehenden Operation mit einer Anlage eines endständigen Anus präter (operativ angelegter After an nicht natürlicher Stelle).

Man hatte damals einen »Erlanger Magnetring« implantiert, auf den die Anuskappe mit Eisenring aufgesetzt werden sollte ohne Gürtel und Klebstoff.

Da die zarten Bauchdecken der kleinen Frau diese Eisenkonstruktion nicht tragen, ruht nun der Magnetring funktionslos im Gewebe. Nach diesen Operationen mußte eine Nachresektion des Anus durchgeführt werden, weil sich im Bereich des Stoma histologisch gesicherte Metastasenknötchen gebildet hatten.

Der Operateur vermutete eine weitergehende Metastasierung in der Tiefe und sah deswegen von radikaleren chirurgischen Maßnahmen ab, weil er glaubte, die Frau nicht mehr weiter quälen zu dürfen.

Bereits nach der ersten Operation hatte die Patientin eine Bettplatzsanierung durchführen lassen und ihre Ernährung umgestellt. Sie nahm biologische Mittel von Heel, Cosmochema und Horvie ein.

Die Krankheitsvorgeschichte ergab eine Krebsbelastung durch beide Eltern, beim Patienten selbst häufige Anginen bis zu Mandelentzündungen mit 32 Jahren, Entfernung des Blinddarms, kinderlose Ehe, Totaloperation wegen Myomblutungen, seitdem Wallungen, Augentränen, rasche Ermüdbarkeit, Zahnfleischbluten und kalte Füße.

Die Frau sah blaß und angegriffen aus, wirkte zerbrechlich. Unter der Regenaplex-Behandlung kam es zunächst zu Reaktionen wie Hautekzemen und Gewichtsabnahme.

Dann besserte sich das Allgemeinbefinden. Im Laufe der Zeit normalisierte sich der Zustand der Patientin. Sie nahm wieder an Gewicht zu, hat jetzt warme Hände und Füße, kann ihren Haushalt gut versorgen und fühlt sich wohl.

Die Wucherungen der Narben am Bauch haben sich bei zwei Narben vollständig zurückgebildet, diese sind flach, blaß und gut beweglich geworden. Nur eine Narbe ist noch leicht gerötet und erhaben.

Für Tumor-Rückfälle finden sich keine Anhaltspunkte. Die Patientin wird regelmäßig labormäßig überwacht. Nach dreieinvierteljähriger Beobachtungszeit ist dies ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis.

Manche Erfahrungen sind bitter

Außer den vorgetragenen Fällen haben die Ärzte des Regena-Arbeiterkreises unzählige Fälle von Brustkrebs- und Darmkrebspatienten behandelt, die nach Operationen und zum Teil Bestrahlungs-Therapie über mehrere Jahre mit Regenaplexen versorgt wurden und rückfallsfrei blieben. Aber leider hatten unsere Ärzte auch einige Fälle, bei denen die Krankheit nicht oder nicht auf Dauer zu beeinflussen war.

Nach meiner Beobachtung kommt es erst nach erfolgreicher Anbehandlung zum Tumorrückfall, wenn der Patient sich bereits geheilt wähnt, die Ernährung aufgibt und sich zu viele Belastungen zumutet.

Auch eine Antibiotikabehandlung kann zum Rückfall führen. Man hat den Eindruck, daß das körpereigene Abwehrsystem den erneuten Einbruch nicht mehr verkraftet und die Katastrophe besiegelt ist. Auch die Rückkehr zur Regena-Therapie und sinnvollen Ernährung kann dann nichts mehr retten.

Diese Erfahrungen sind bitter. Sie werden von den Mitgliedern unseres Ärztekreises immer wieder berichtet.

Andererseits scheinen im fortgeschrittenen Stadium der Matastasierung die Regenerationskräfte des Körpers erschöpft zu sein, so daß dann die Hilfen zu einer Heilung nicht mehr genutzt werden können.

Wenn Patienten so spät kommen, gelingt es manchmal nicht mehr, aus dem Stadium der Notzellbildung, das heißt der Metastasierung, durchzustoßen bis zum Abbau der Tumoren. Dieses hohe Risiko meiner Therapie bin ich mir bewußt.

Die Behandlung maligner Tumoren mit Regenaplex-Präparaten ist kausal wirksam und erfolgreich, wenn der Patient ehrlich mitarbeitet und über die nötige Einsicht verfügt. Sie setzt keine neuen Schäden, sondern bewirkt die ganzheitliche Regeneration vorhandener Organläsionen und Funktionen, damit werden die Idealvorstellungen echten Heilens erreicht. Allerdings ist der gesundete Krebs-Patient mit seinem Zellsystem nicht mehr unbeschränkt belastbar.

Die Belastbarkeit wächst nach meiner Erfahrung unter der Regenaplex-Behandlung, daher sollte sie zum Schutz auf lange Zeit fortgesetzt werden.

Ein Goethe-Wort möchte ich an den Schluß meiner Ausführungen setzen: »Alles läßt mehr oder weniger mit sich handeln; aber die Natur versteht gar keinen Spaß, immer ernst, immer streng, sie hat immer recht, und die Fehler und Irrtümer sind immer des Menschen.« □

Informationen über die Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie und die Anschriften des Regena-Ärzte-Kreises erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell.

Vertrauliches

Simbabwe

Der Exodus der Weißen

Im Jahr 1988 stieg die Zahl der Weißen in Simbabwe, die einen Antrag auf Einwanderung nach Südafrika stellten, um 47 Prozent. Der erneute Exodus ist wahrscheinlich auf einen chronischen Mangel an Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten sowie auf Sicherheitsängste zurückzuführen. Derzeit gibt es etwa 80 000 einheimische und 30 000 expatriierte Weiße in Simbabwe. Die weiße Bevölkerung erreichte 1974 mit 287 000 ihren Höhepunkt. Als der frühere Ministerpräsident Ian Smith 1965 die einseitige Unabhängigkeitserklärung abgab, betrug das Verhältnis von Schwarzen zu Weißen 16:1. Heute beträgt es bei einer Gesamtbevölkerung von neun Millionen – gegenüber vier Millionen im Jahr 1965 – nahezu 70:1. □

Kambodscha

Kein Truppenabzug der Vietnamesen

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadze und der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach riefen zu einer internationalen Konferenz über Kambodscha auf, die abgehalten werden sollte, bevor die vietnamesischen Truppen ihren Abzug »im September« beenden. Aber dieser Aufruf zeigte keinerlei Wirkung.

Anstatt sich auf einen Truppenabzug im September vorzubereiten, treffen vietnamesische Streitkräfte gegenüber Thailands Provinz Chanthaburi-Trat Anstalten für eine Offensive in der trockenen Jahreszeit, behauptet der thailändische Hauptmann Bandit Bunyapruek, Geheimdienstchef der provinziellen Verteidigungsstreitmacht.

Captain Bandit behauptet, daß Vietnam nicht wie angekündigt 50 000 Soldaten abgezogen hat, sondern nur 20 000, von denen die meisten verwundet oder verkrüppelt seien. Sogar diese seien durch frische Truppen aus Vietnam ersetzt worden.

Ein Versuch wurde unternommen, diese Tatsachen zu kaschieren. Die Ersatzleute wurden unverzüglich mit regulären kambodschanischen Truppen »vermischt«, durch einfachen Austausch von Uniformen.

Seiner Behauptung über eine geplante vietnamesisch-kambodschanische Offensive verleiht die Tatsache Glaubwürdigkeit, daß einen Tag zuvor ein Bombardement durch kambodschanische Regierungstruppen mehr als 10 000 Flüchtlinge und Widerstandskämpfer aus Flüchtlingslagern der Roten Khmer an der thailändischen Grenze vertrieb. Es wurde als die schwerste Kampfhandlung an der Grenze seit vier Jahren bezeichnet. Das Bombardement begann am Vorabend eines Besuches des thailändischen Außenministers in der Gegend. □

Japan

Takeshita gelobt Aufbau der Verteidigung

»Der Frieden in der Welt wurde erhalten auf der Grundlage eines Machtausgleiches und Abschreckung zwischen Ost und West. Und ich glaube nicht, daß die Struktur der Ost-West-Konfrontation sich grundlegend gewandelt hat«, sagte der scheidende japanische Premierminister Noburo Takeshita. Er rief das japanische Militär dazu auf, trotz scheinbarer Änderungen in der sowjetischen Abrüstungspolitik mit dem Aufbau einer eigenen Verteidigung fortzufahren.

Die Selbstverteidigungs-Streitkräfte müssen ihre Bemühungen fortsetzen, ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern, so wie im Wortlaut des nationalen Verteidigungsprogramms von 1976 festgelegt ist, führte er vor einer Versammlung höherer japanischer Offiziere aus.

Takeshita meinte, die Regierung werde bald einen neuen Plan für den Aufbau einer Verteidigung für 1990 bis 1995 übernehmen. Er fügte hinzu, daß Japan auch seine Verteidigungsbindungen mit den Vereinigten Staaten, darunter mehr gemeinsame Übungen und Austausch von Technologien und Waffen, festigen müsse.

Der Chef des Amtes für Verteidigung, Kichiro Tazawa, sagte, zu den größeren Aufstockungen der Frontstärke im kommenden Jahr werde auch ein zweiter moderner Zerstörer vom Typ Aegis für das Luftabwehr-Arsenal der Flotte gehören. Auch der neue Panzer T-89, eine zusätzliche Stationierung von Boden-Schiff-Raketen und eine Verbesserung des alternden Phantom-Abfangdüsenjägers F-4EJ gehören zu dieser Aufstockung.

Takeshita rief auch die Verteidigungs-Industrie des Landes dazu auf, die Entwicklung der Technologie des Flugzeugbaues, der gelenkten Raketen und der elektronischen Waffensysteme zu beschleunigen.

Japan liegt bereits unter den nicht-kommunistischen Ländern mit seinen Verteidigungsausgaben an zweiter Stelle hinter den USA. □

Umwelt

Sonne für die weltweite Erwärmung verantwortlich

Die Sonne ist für die höheren Temperaturen auf der Erdoberfläche verantwortlich, nicht »Treibhausgase«, behauptet Albert Arking, Leiter der Klima- und Strahlungs-Abteilung des Goddard Space Flight Center der NASA. In einem Kommentar der »New York Times« argumentiert Arking dahingehend, daß, obwohl »Treibhausgase« bei der Mäßigung der Erdtemperatur eine Rolle spielen, aus den Aufzeichnungen nicht hervorgeht, daß Treibhausgase zusammen mit der Industrietätigkeit die Temperatur auf der Erde erhöht haben.

Arking stellte fest: »Stories in den Nachrichtenmedien vermitteln den Eindruck, es gebe eine Übereinstimmung unter Wissenschaftlern, und besonders unter Wissenschaftlern im Staatsdienst, daß die weltweite Erwärmung der achtziger Jahre hauptsächlich auf ›Treibhausgase‹ in der Atmosphäre zurückzuführen sei. Es gibt eindeutige Beweise dafür, daß ein anderer Faktor einen bedeutenden Einfluß auf unser Klima hat: die Sonnentätigkeit. Der kürzlich festgestellte Aufwärtstrend der weltweiten Temperaturen war Gegenstand einer genauen Untersuchung.

Der derzeitige Trend zur Erwärmung geht jedoch erst zwölf Jahre zurück. Vorher gingen die Temperaturen zurück oder waren gleichbleibend zwischen 1940 und Ende der siebziger Jahre – obwohl dieser Zeitraum durch einen starken Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs und des Verbrennens von fossilen Brennstoffen gekennzeichnet war.

Außerdem waren die 50 vorangegangenen Jahre – von 1890 bis 1940 – ein Zeitraum, in dem bedeutend weniger fossile Brennstoffe verbrannt wurden; trotzdem erwärmte sich die Erde.« □

Pakistan

Mrs. Bhutto entfernt Geheimdienstchef

Premierministerin Benazir Bhuttos Hinauswurf des Chefs der pakistanischen Inter-Services Intelligence (ISI), General Hamid Gul, und sein Ersatz durch einen General im Ruhestand, Shamsur Rehman Kalloo, wird als bedeutende Konsolidierung ihrer Regierungsmacht gewertet, verlautet aus Informationsquellen in Indien.

Wenn auch nicht unerwartet, ist dieser Schritt doch bedeutsam, weil Gul, kürzlich von Mrs. Bhutto in den Rang eines Generalleutnants befördert, als der mächtigste der Loyalisten des Verstorbenen Präsidenten Mohammad Zia ul-Haq, die sich noch in amtlichen Stellungen befinden, angesehen wurde.

Nach der in Lahore ansässigen Zeitung »The Nation« führte eine Reihe von Zwischenfällen – die alle mit Guls offensichtlicher Verwendung des ISI gegen die

Bhutto-Regierung zu tun hatten – zu seiner Entlassung. Gul wird dafür verantwortlich gemacht, Geschichten in den Zeitungen lanciert zu haben, nach denen Bhutto in ihren Gesprächen mit Rajiv Gandhi während des Dezember-Gipfeltreffens der »Südasischen Gesellschaft für Regionale Zusammenarbeit«, die aus fünf Ländern des Subkontinents, nämlich Pakistan, Indien, Nepal, Sri Lanka und Bangladesh besteht, die Landesinteressen verraten habe.

Gul soll auch einen Reporter der »New York Times« über eine fiktive Zusammenkunft zwischen Mrs. Bhutto und dem US-Botschafter Robert Oakley wegen der Entscheidung der afghanischen Freiheitskämpfer, die fehlgeschlagene Belagerung von Jalalabad zu starten, persönlich »instruiert« haben.

Die schwerwiegendste Anklage gegen Gul ist die, daß der ISI direkt in der Aufstachelung zum Volksaufstand in der unruhigen Provinz Sindh verwickelt sein soll. Sechs kürzlich dort gefangengenommene maskierte Männer haben behauptet, sie seien von Personen mit Verbindungen zum ISI dafür bezahlt worden, Gewalttätigkeiten zu provozieren.

Aus den von »The Nation« zitierten »zuverlässigen Quellen« verlautet, daß eine starke Clique innerhalb des ISI vor der letzten Wahl Gelder abgezweigt hätte, um zu versuchen, Bhuttos PPP an der Machtübernahme zu hindern. Der Regierung liegen jetzt Beweise dafür vor, daß eine »Desinformations-Zelle« innerhalb des ISI aktiv geblieben ist, um Bhutto nach ihrer Machtübernahme zu verleumden. Der neue ISI-Chef, Shamsur Rehman Kalloo, wurde vor drei Jahren von Zia veranlaßt, in den Ruhestand zu gehen. □

Afghanistan

Kommt es zu einem Einsatz von Giftgas

Dem Vernehmen nach hat die sowjethörige Regierung Afghanistans in der belagerten Stadt Jalalabad Gasmasken austeilen lassen, offensichtlich als Vorbereitung für den Einsatz von chemischen Waffen gegen die von Pakistan unterstützten Widerstandskräfte.

Aus Kabul war mittlerweile zu erfahren, daß fünf afghanische Piloten auf einer Pressekonferenz berichteten, daß die Luftwaffe eine Technik entwickelt habe, den Stinger-Raketen auszuweichen, die von den Rebellen in Jalalabad eingesetzt werden. Die Piloten sagten, die Technik versetze sie in die Lage, Kampfflugzeuge wirksamer und gefahrloser gegen Guerilla-Ziele um die Stadt herum einzusetzen.

Es besteht eine wirkliche »Gefahr der Niederlage in Afghanistan«, schrieb Cord Meyer, ein alter CIA-Hase, in der »Washington Times«. »Trotz formeller Warnungen durch den Geheimdienst entschloß sich die pakistanische Regierung am 5. März mit Zustimmung der USA dazu, die Guerilla-Streitkräfte zu einem Großangriff auf Jalalabad zu bewegen. Die einzigen in der Öffentlichkeit vorgetragenen Bedenken kamen von einigen der erfahrensten Feldkommandeuren wie Abdul Haq, der warnte, daß die Guerillas nicht über die schweren Waffen und die Spezialausbildung verfügen, die erforderlich sind, um die Tiefengliederung der Verteidigung um Jalalabad herum zu durchbrechen.

Er meinte auch, daß als Folge des Jalalabad-Fehlschlags in der US-Regierung und im Kongreß die Überzeugung wächst, daß eine gründliche Überprüfung der politischen Voraussetzungen erforderlich ist. Er spekulierte, daß, wenn Jalalabad, Kabul, Kandaher und Herat unter der kommunistischen Herrschaft noch bis zum kommenden Winter durchhalten können, der Krieg verloren ist.« □

Kambodscha

Unklarheiten über Sihanuks Position

Prinz Norodom Sihanuk, Führer der Koalition von Rebellen in Kambodscha, warnte, daß denjenigen ein »brutales Erwachen« bevorstehe, die seit kurzem der Verhandlungsposition der Vietnamesen und ihrer Schattenregierung in Phnom Penh wohlwollend gegenüberstehen. Er meinte rundheraus, daß eine Regelung des Kambodscha-Problems »in naher Zukunft überhaupt nicht durchführbar ist«. Und doch äußerte sich der gleiche Sihanuk optimistisch über eine solche Regelung.

»Der alte Sihanuk wünscht seinerseits, daß jene in der freien Welt und andere, die die Sirenen von Hanoi und Phnom Penh sympathisch und sogar attraktiv finden, nicht eines Tages ein brutales Erwachen haben werden«, sagte Sihanuk in einer Erklärung.

Sihanuk mag teilweise auf Bemerkungen des amtierenden Oberkommandeurs der thailändischen bewaffneten Streitkräfte General Chavalit Yongchaiyudh reagiert haben, der nach einer Meldung der Bangkoker Zeitung »The Nation« gesagt haben soll, daß Thailands Unterstützung für die kambodschanische Widerstandsbewegung automatisch beendet würde, falls und wenn die vietnamesischen Truppen das Land verlassen.

Sihanuks Streitkräfte sowie thailändische Geheimdienstkreise haben vietnamesischen Behauptungen widersprochen, es seien Truppen aus Kambodscha abgezogen worden. Sihanuk sagte zu der »Bangkok Post«, daß Hanoi »Tausende« von vietnamesischen regulären Soldaten und Technikern in die kambodschanische Armee eingegliedert habe, wobei weitere 100 000 bewaffnete Vietnamesen als Milizsoldaten eingesetzt sind, und daß sich eine Million vietnamesische Siedler im Land befinden.

In einem Gespräch zwischen den streitenden Parteien in Djakarta forderte der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen Sihanuk formell auf, als Staatsoberhaupt nach Kambodscha zurückzukehren. »Wir haben vorgeschlagen, Sihanuk zu bitten, als Staatsoberhaupt von Kambodscha nach Hause zurückzukehren, und wir werden unsere Regierung öffnen. Dann werden wir eine Wahlkommission zusammenstellen, damit andere Parteien teilnehmen können, um dann die Wahlen zu organisieren«, behauptet er.

Einen Tag später wurde Sihanuk in Meldungen von Nachrichtenagenturen wie folgt zitiert: »Wenn Hun alle diese Vorschläge unterstützt, dann werde ich Hun Sen folgen, auch wenn der Rote Khmer das zurückweist. Aber wenn Hun Sen alle meine Wünsche erfüllt, dann werde ich als Präsident des demokratischen Kambodscha zurücktreten. Ich werde als Staatsoberhaupt nach Phnom Penh gehen. Hun Sen muß das Prinzip akzeptieren, das Prinzip einer viergeteilten Regierung. Wenn der Rote Khmer es zurückweist, könnte sie dreiteilig sein.«

Sihanuk sagte noch, er habe unabhängig mit Hun Sen verhandelt, nicht als Präsident der Guerilla-Koalition. □

Indien

CIA behauptet Kernwaffen-Wettlauf mit Pakistan

Indien hat die Behauptungen des amerikanischen CIA-Chefs William Webster, daß das Land eine H-Bombe produziere, als grundlos zurückgewiesen. In einer Aussage vor einem Senatsausschuß behauptete Webster, Neu-Dehli sei in einen Kernwaffen-Wettlauf mit Pakistan verwickelt und versuche, eine Wasserstoffbombe herzustellen.

Der Sprecher der indischen Botschaft, Ratakonda Dayakar, wies die Anklage zurück und sagte, es sei einfach kein Wort wahr an den Berichten, daß Indien dabei sei, eine H-Bombe zu bauen. Er meinte, der CIA habe diese Schlußfolgerung wohl aus dem Jahresbericht des indischen Ministeriums für Energie gezogen, in dem zu lesen war, daß Indien in der Lage ist, Lithium-6 zu reinigen. Indien hätte eine solche Entwicklung in einer amtlichen Veröffentlichung nicht erwähnt, wenn es, wie behauptet wird, die Absicht hätte, eine Wasserstoffbombe zu entwickeln, stellte Dayakar fest. □

Briefe

Betr.: Kulturgeschichte »Der Templerstaat«, Nr. 6/89

Die Schilderungen über die Kreuzzüge sind sehr interessant, und ich meine, hier sollte man noch weiter forschen, und zwar in der Richtung: Wer waren die Päpste, die diese Kreuzzüge veranlaßt haben? Welche Berater hatten sie?

Ich kann mir gut vorstellen, daß da noch andere Interessen für die Besetzung des Heiligen Landes durch die Kreuzritter und die Kreuzzüge mitgespielt haben.

Daß hier als Nebenprodukt eine Gesellschaft entstand, die dem Materialismus diametral gegenüberstand und in relativ kurzer Zeit eine Weltmacht wurde, kann ich mir gut vorstellen.

Die Idee der Templer sollte man heute wieder neu aufgreifen und mehr publizieren.

Eine Partei gründen, welche wirklich für eine Demokratie eintritt. So wie ich es in Ihrem Artikel gelesen habe, von unten nach oben regiert wird und nicht umgekehrt.

Es ist doch geradezu pervers, kein Mensch möchte, daß die Flüsse verunreinigt werden. Trotzdem geschieht dies mit behördlicher Genehmigung.

Kein Mensch möchte aus verseuchtem Wasser, aus den Abwasser-Flüssen wieder Trinkwasser gewinnen, trotzdem geschieht dies mit behördlicher Genehmigung und einem riesen Aufwand.

Kein Mensch möchte, daß unsere Meere umkippen, trotzdem werden mit behördlicher Genehmigung Dünnsäure und andere Gifte in die Meere gekippt.

Kein Mensch möchte mit unkontrollierbaren Kräften aus dem Universum hier auf der Erde herumexperimentieren und die gesamte Menschheit ausrotten, trotzdem geschieht dies mit immensen finanziellen Mitteln, die ausgerechnet diejenigen aufbringen müssen, die dies gar nicht wollen.

Kein Mensch möchte, daß unsere Atmosphäre und Stratosphäre verseucht wird, trotzdem geschieht dies mit behördlichen Genehmigungen, und kein Mensch möchte, daß Tierarten und Pflanzenarten ausgerottet werden, trotzdem geschieht dies und wird als gegeben hingenommen.

Wir müssen uns im letzten Moment von dem Materialismus abwenden, welcher letztendlich nur Unheil bedeutet. Ich habe noch nie einen glücklichen Materialisten gesehen, aber ich habe schon mehrere arme glückliche Idealisten erlebt!

Die sargonsche Gesetzgebung hat ja nicht deswegen versagt, weil sie mit der Zeit unmodern wurde, sondern weil trotz jahrtausendlanger Bewährung die Leute diese Gesetzgebung nicht mehr beachteten und sich dem Materialismus zugewandt haben, und damit war auch das babylonische Schicksal besiegelt.

Früher konnte durch Hinwendung zum Materialismus sich nur ein Staat ruinieren, jetzt ist dies jedoch ein weltweites Anliegen geworden und muß dementsprechend auch weltweit in den Griff genommen werden. Dies gelingt nur durch eine breite Aufklärung.

H. F. Reuter, Hamburg

Betr.: Medizinbetrieb »Terror gegen den Krebsforscher Hamer«, Nr. 4/89

Gegendarstellung

Der Artikel von Hans-Joachim Gerdesheim »Terror gegen den Krebsforscher Hamer« in der Ausgabe April 1989 enthält unrichtige Behauptungen über die Deutsche Krebshilfe e.V. sowie über ihre Gründerin und frühere Präsidentin, Frau Dr. Mildred Scheel.

1. Der Verfasser behauptet, ein Mitarbeiter der Deutschen Krebshilfe e.V., ein Dr. Jonas, habe die Reproduzierbarkeit der Thesen von Dr. Hamer mit positivem Ergebnis geprüft, seine Untersuchung sei auf Anordnung von Frau Dr. Scheel unter Verschluß gehalten worden. Dies trifft nicht zu. Ein Dr. Jonas war nie Mitarbeiter der Deutschen Krebshilfe e.V. Seine Existenz und seine behaupteten Untersuchungen waren und sind der Deutschen Krebshilfe unbekannt.
2. Frau Dr. Scheel soll mehrfach bei der Firma Siemens Kobalt-Bestrahlungsgeräte gekauft und zu dem Einzelpreis von 5 Mio. DM jeweils 500 000,– DM Zuschuß der Deutschen Krebshilfe e.V. gezahlt haben; dafür habe sie jeweils 500 000,– DM Provision erhalten. Auch dies ist unwahr. Frau Dr. Scheel hat niemals eine solche Anlage gekauft; die Deutsche Krebshilfe hat auch niemals zu einer solchen Beschaffung Zuschüsse von 500 000,– DM gezahlt.

Bonn, den 6. Juni 1989

gez. Achim Ebert

CODE hat die von der »Krebshilfe« beanstandeten Passagen von Herrn Dr. Hamer erhalten. In einem Gespräch mit CODE am 26. Juni erklärte Herr Dr. Hamer, daß er den betreffenden Dr. Jonas in einer Ende 1982/Anfang 1983 stattgefundenen Gesprächsrunde des »Süddeutschen Rundfunks« persönlich kennengelernt und dieser ihm erklärt habe, er sei ein Mitarbeiter Frau Dr. Mildred Scheels. In ihrem Auftrag habe er im November 1981 in der Chirurgischen Klinik in Heidelberg etwa 100 Patienten im Hinblick auf die Krebs-Theorie Herrn Dr. Hamers untersucht und diese weitgehend bestätigt bekommen. Auf Frau Dr. Scheels Weisung sei diese Untersuchung dann aber nicht veröffentlicht worden.

Ferner erklärte Herr Dr. Hamer, daß es zwar richtig sei, daß die »Krebshilfe« nicht direkt die Kobalt-Bestrahlungsgeräte bestellt habe, sondern dies von den Kommunen bzw. Krankenhäusern geschehen sei. Seinen Informationen zufolge habe Frau Dr. Scheel diese Geräte aber sehr wohl vermittelt, mit Geldern der »Krebshilfe« bezuschußt und habe dann dafür über Schweizer Konten eine Provision erhalten. Diese soll in Höhe der von der »Krebshilfe« bezuschußten Summe gelegen haben.

Betr.: Kirchen »Christlich verklärter Sozialismus«, Nr. 6/89

Die meisten Friedensgruppen kennen die Ursachen aller Kriege und die zu erfüllenden Bedingungen für den dauerhaften Frieden. Einige gewissenhafte deutsche Politiker versprachen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: die Deutschen werden nie mehr Waffen in die Hände nehmen.

Aber bald darauf wurden sie wortbrüchig und stimmten der Anordnung der internationalen Finanz zu, den Militarismus und die Rüstung wieder einzuführen, weil es ihr Ziel ist, durch Rüstungswettlauf alle Völker in unbezahlbare Schulden zu stürzen, weil sie nur mit Krisen und Kriegen Milliarden-Gewinne machen können.

Und die Sieger noch in besonderer Weise, weil sie es nach 1945 nicht vermochten, die rund 150 regionalen Kriege mit vielen Millionen Toten zu verhindern. Und mit Wirtschaftskrisen sind sie beinahe noch mehr belastet als die Besiegten.

In dem Buch »Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte« von Heinz Scholl steht auf Seite 28 folgendes:

»Die geldtheoretischen Forderungen Gesells verlangen, daß Geld nicht mehr gehortet werden kann und damit als Machtmittel zur Erzeugung von ökonomischen und politischen Krisen automatisch ausscheidet. Die Praktizierung der Gesellschen Reformvorschläge würde dem Kapitalismus das Genick brechen. Als John D. Rockefeller sr. (1839–1937) von der revolutionären Geldtheorie Gesells hörte, ordnete er an, weltweit eine öffentliche Diskussion über die konstruktiven Ideen zur Brechung der Zinsherrschaft zu unterdrücken.

Die kapitalistisch ausgerichteten Massenmedien in der ganzen Welt befolgten den Befehl Rockefellers genauso eifrig wie die deutsche Sozialdemokratie, die zahlreiche Mitglieder ausschloß, die eine Erörterung und Beschlußfassung über Gesells freiwirtschaftliche Lehren verlangten, und die in der DDR Anhänger von Gesells natürlicher Wirtschaftsordnung strafrechtlich verfolgt.

Die Bonzen in den sogenannten Arbeiterparteien sind, wie die Tatsachen zeigen, jederzeit bereit, mit typischen faschistischen Mitteln alle politischen Versuche zur friedlichen Beseitigung des zinswucherischen Kapitalismus zu vereiteln. Mit der Verfolgung von Anhängern Gesells haben sich Sozialdemokraten und Kommunisten eindeutig als Komplizen des privatwirtschaftlich organisierten Wucherkapitalismus entlarvt.«

Die wirkliche Grundlage des Kapitalismus ist der Zyklus: Konjunktur – Krise – Krieg. Die Konjunkturen werden immer kürzer, die Krisen immer länger, die Kriege immer grausamer. Oder kurz gesagt: Zinswirtschaft ist gleich Kapitalismus und somit eine kriminelle Wirtschaftsverfassung.

Walter Michel, Berlin

Betr.: Bonn »Nein, Frau Lehr!«, Nr. 6/89

Frau Meves findet meine volle Zustimmung.

Die Entrüstung von Noch-Frauen aus einer Flut von Leserbriefen an die einschlägige Presse der letzten Wochen zu diesem Thema hatte aber gezeigt, daß es hierzulande doch noch Frauen gibt, bei denen die Diagnose Emanzenwahn nicht zutrifft!

Peinlich ist es schon, wenn einer Ministerin und Medizinerin Naturgesetzlichkeiten ins Gedächtnis gerufen werden müssen!

Für die Beobachter der Bonner Szene waren und sind die Einlassungen von Frau Lehr vom Januar 1989 und danach nicht verwunderlich.

Über den Sozialismus ist viel geschrieben worden. Die sozialistische Idee untersuchte man von der Antike bis hin zur Gegenwart. Man kam zu dem Schluß, daß dem Sozialismus ein Drang zur Selbstzerstörung innewohnt.

Die Töne aus Bonn in den letzten Wochen regen dazu an, dem chiliastischen Sozialismus einige Gedanken zu widmen.

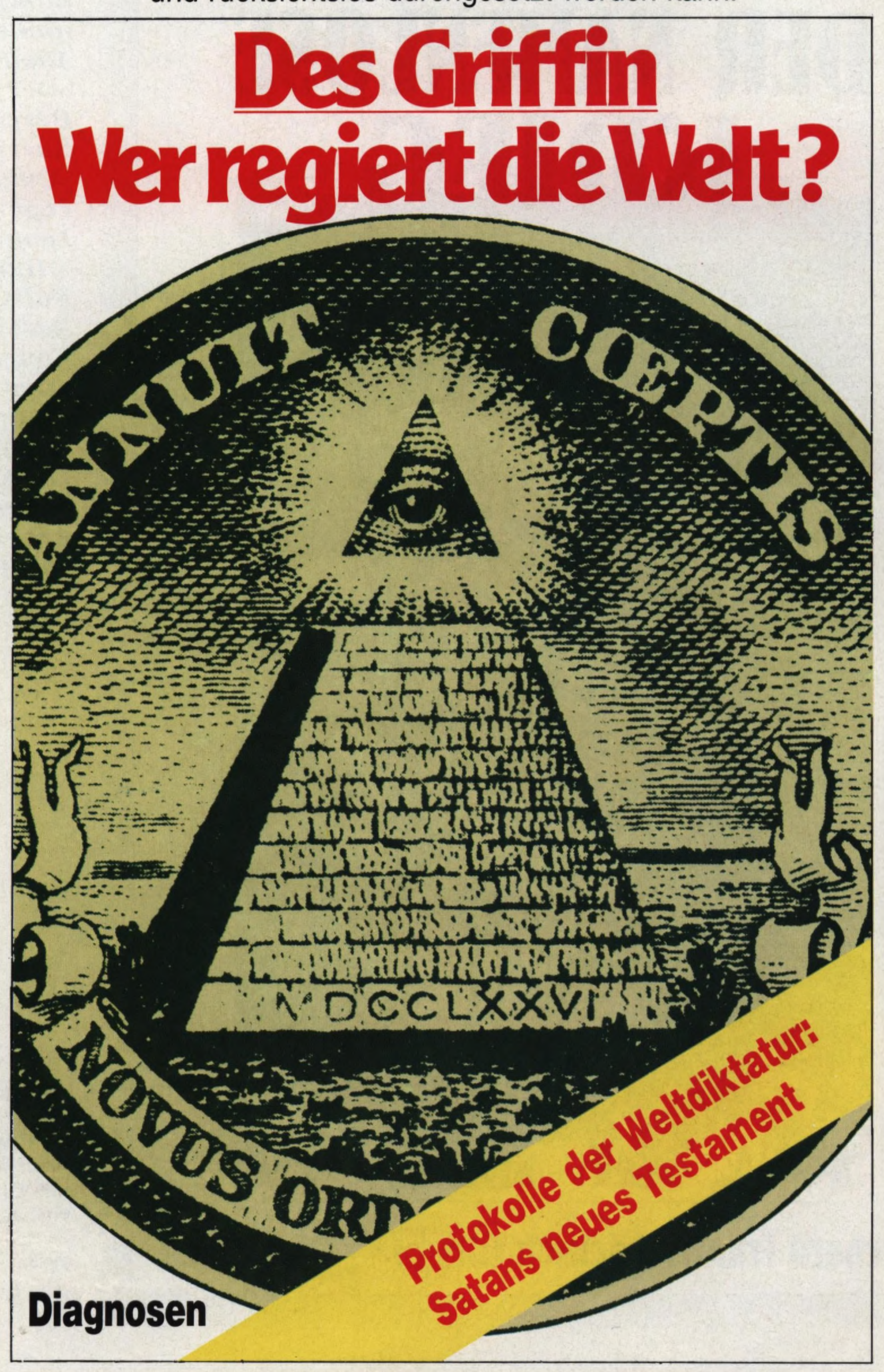
Aus den Reden und gezielten Bemerkungen einiger Mitglieder der in Bonn Etablierten ersehen wir, daß sich unter verschiedenen Gewändern – der hegelianischen Phraseologie von Karl Marx und der Posse des Aristophanes – beinahe identische Programme verbergen:

1) Aufhebung des Privateigentums;
2) Aufhebung der Familie, das heißt Frauengemeinschaft, und Auflösung der Bindungen von Eltern und Kindern;
3) Erziehung aller Kinder, von dem Augenblicke an, wo sie der ersten mütterlichen Pflege entbehren können, in Nationalanstalten und auf Nationalkosten;
4) Extremer, rein materieller Wohlstand.

Man kann also nur noch eine angenehme Zukunft wünschen.

Arno Günther, Köln

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel